

Badische Heimat

Juni
2/1997

Zeitschrift für Landes- und Volkskunde
Natur-, Umwelt- und Denkmalschutz



Oa
OZB 41

G. BRAUN FACHVERLAGE
Postfach 1709 76006 I
PVSt Entg. bez. DPAQ
E 1459 66 034 2550165
Badische Landesbibliothek
Zeitschriftenstelle
Postfach 1429
76003 Karlsruhe

76 07 07 92

Wir machen den Weg frei

...für Ihre persönliche Vermögensbildung



Wir helfen Ihnen, mehr aus Ihrem Kapital zu machen.
Damit Ihre Träume immer genug Wasser
unter dem Kiel haben.
Fragen Sie uns nach den erfolgreichsten
Anlagemöglichkeiten.

**Die freundlichen
Banken mit
Kompetenz vor Ort**
<http://www.vrnet.de/>



Volksbanken Raiffeisenbanken Spar- und Kreditbanken



**Badische
Beamtenbank**

Unser FinanzVerbund:

SGZ-Bank
STÄDTISCHER GENOSSENSCHAFTLICHES
KREDBANKENVERBUND

Karlsruhe,
Frankfurt



**Bausparkasse
Schwäbisch Hall**



**R+V
Versicherung**



**Südliche
Krankenversicherung**



**Deutsche
Genossenschaftliche
Hypothekensbank**



**Münchener
Hypothekensbank**



**DIFA
Immobilien Fonds**



**Union
Investment**



VR-Leasing

Badische Heimat

MEIN HEIMATLAND

ISSN 0930-7001

Herausgeber:

Landesverein Badische Heimat e.V.
für Heimatkunde und Heimatpflege, Natur- und Denkmalschutz,
Volkskunde und Volkskunst, Familienforschung

Präsident:

Ludwig Vögely

Schriftleitung und Redaktion:

Heinrich Hauß

Weißdornweg 39, 76149 Karlsruhe

Fax 07 21-2 07 82

Geschäftsstelle:

Haus Badische Heimat,

Hansjakobstr. 12, 79117 Freiburg

Tel. (07 61) 7 37 24

Fax (07 61) 7 37 24

Geschäftszeiten:

Mo. 14.00–18.00 Uhr,

Di. 8.00–12.00Uhr,

Do. 8.00–12.00 Uhr

Diese Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliederbeitrag abgegolten. Jahrespreis für Einzelmitglieder 50,00 DM; Preis des Heftes für Nichtmitglieder 12,00 DM.

Für den Inhalt der einzelnen Beiträge sind ausschließlich deren Verfasser verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte, Bildmaterial und Besprechungsstücke wird keine Haftung übernommen. Rücksendung bei unangeforderten Manuskripten erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt. Alle Rechte der Vervielfältigung und Verbreitung behält sich der Landesverein vor. Veröffentlichte Manuskripte gehen in das Eigentum des Landesvereins über.

Zahlstellen des Landesvereins:

Postbank Karlsruhe,

Konto-Nr. 16468-751, BLZ 660 100 75

Sparkasse Freiburg,

Konto-Nr. 20 032 01, BLZ 680 501 01

Spenden bitte an das

Konto der Stadt Freiburg

Nr. 2010012 bei der Sparkasse Freiburg

Vermerk „Spende Badische Heimat“

bitte nicht vergessen

Gesamtherstellung:

G. Braun Printconsult GmbH

Anzeigenverwaltung: Rolf Dambach

Karl-Friedrich-Str. 14–18

76133 Karlsruhe

Tel. (07 21) 1 65-2 59, Fax (07 21) 1 65-8 38

Zur Zeit Anzeigenpreisliste Nr. 6 gültig

Reproduktionen: G. Braun GmbH

Inhalt

I. Freiburg

- Die (fast) endlose Geschichte um die B 31*
Adolf Schmid, Freiburg 167

II. Flößerei

- Ein geschichtlicher Beitrag zur Flößerei auf der Oos*
Lothar Brandstetter, Baden-Baden 181

III. Ortsjubiläum

- Ein neues Dorf – Neudorf*
Kurt Andermann, Stutensee-Blankenloch 197

IV. Kultur

- Zur Wiederherstellung der Chorfenster des Brettener Melanchthonhauses*
Daniel Parello, Freiburg 205
- Die Schloßkonzerte Bad Krotzingen*
Hannsdieter Wohlfahrt, Staufen 213
- Christian Wenziger*
Franz Hilger, Pfaffenweiler 221

St. Gallen als Zentrum alemannischer Kultur

- Adolf Schmid, Freiburg 227

V. Glashütten

- Schwarzwälder Waldglas*
Hansjosef Maus, Freiburg 237

VI. Hebeliana

- Johann Peter Hebels Berufung nach Karlsruhe*
Friedrich Resin, Weil am Rhein 257

VII. Drittes Reich

- „Überzeugter Nationalsozialist eigener Prägung“*
Willi Worch, NSDAP-Kreisleiter in Karlsruhe
Manfred Koch, Karlsruhe 267

Politische Realität und programmatische Weltanschauung

- Die Karlsruher Rede (3. 3. 1928) als Beitrag zur Weltanschauung Hitlers*
Peter Exner, Meppen 279

VIII. Rückerinnerung: 1947

- Karlsruhe im Jahre 1947*
Manfred Koch, Karlsruhe 293

IX. Hebelpreis/Hebeldank

- Emma Guntz erhielt die Johann Peter Hebel-Gedenkplakette 1997*
Elmar Vogt, Hausen 313
- Ursula Hülse erhielt den „Hebeldank 1997“ des Lörracher Hebelbundes*
Elmar Vogt, Hausen 316

X. Vereinsnachrichten/Nachruf, Geburtstag

- Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg für Ludwig Vögely*
Heinrich Hauß, Karlsruhe 319
- Nachruf auf Dr. Hans Georg Zier*
Ludwig Vögely, Karlsruhe 320

Hansmartin Schwarzmaier 65 Jahre

- Leonhard Müller, Karlsruhe 321

Großes Verdienstkreuz mit Stern für

- DHB-Präsident Dr. Hans Tiedeken* 323

- XI. Buchbesprechungen 324

Die (fast) endlose Geschichte um die B 31

Der Straßenbau im Osten Freiburgs hat begonnen

Anfang April 1997 haben im Bereich des Freiburger Konrad-Guenther-Parks die Arbeiten an der Baustraße der „B 31-Ost neu“ begonnen und damit die Bauarbeiten am hartnäckig, unnachgiebig und sehr medienträchtig wohl bisher am meisten umstrittenen Straßenbauprojekt des Landes.

Die provisorische Asphaltstraße wird gebaut für die schweren Baufahrzeuge, hier soll zunächst vor allem der Bauaushub transportiert werden. Die jungen Bäume und Sträucher, die in den vergangenen Wochen auf der geräumten Trasse von Straßengegnern neu angepflanzt worden sind, werden sorgfältig ausgegraben und „transplantiert“.

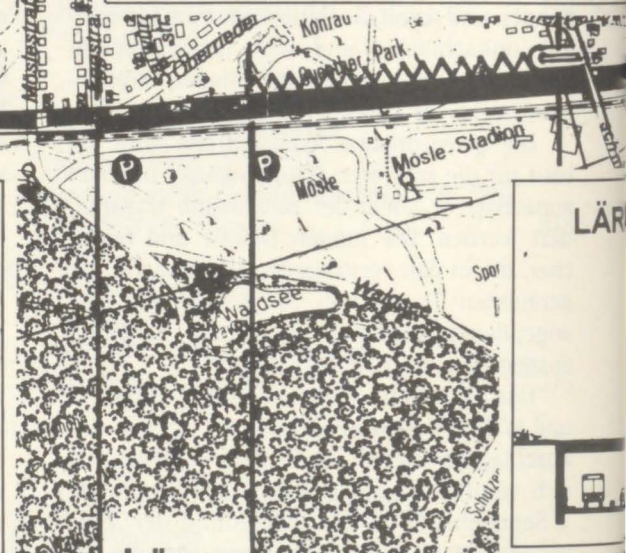
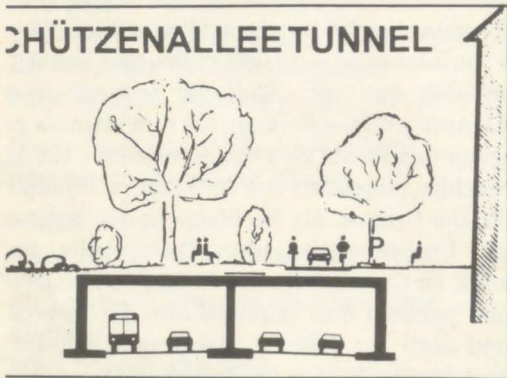
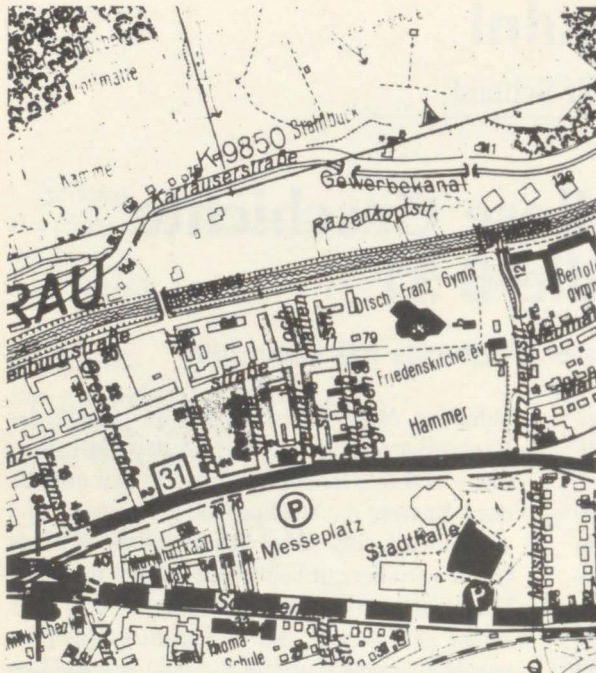
Das Baukonsortium Züblin/Dyckerhoff und Widmann/Holzmann hat vor kurzem den Zuschlag für diesen Straßenbau erhalten und sich verpflichtet zur Freigabe der Straße am 1. September 2000. Die Zeitplanung, der „Baublaufplan“ ist entsprechend eng, aber die Privatfinanzierung ermöglicht – so der Regierungspräsident Conrad Schroeder – „eine enorm kurze Bauzeit“. Die Kosten des Projekts sind eindrucksvoll: 400 Millionen Mark; darin enthalten sind 30 Millionen, die bereits verbaut sind in Brücken und mit andern Vorarbeiten. Regierungspräsidium und Stadtverwaltung verhehlen nicht, daß die Bewohner im Freiburger Osten in den nächsten vier Jahren „auf eine harte Probe“ gestellt werden.

FREIBURG 1997

Als ob nicht die „normalen“ städtischen Bauvorhaben gereicht hätten! „Noch nie war der Bauboom so groß“; bis zur Jahrtausendwende werden in der Stadt Freiburg über 500

Millionen Mark investiert, stellte gerade der Baubürgermeister Sven von Ungern-Sternberg fest – und dies trotz der Löcher in den öffentlichen Kassen; die Großprojekte „Vauban“ und „Rieselfeld“ sind dabei besonders zu nennen. Gerne wird derzeit betont, daß das Statistische Landesamt bei der letzten Bilanz 200 706 Menschen gezählt hat, die in Freiburg leben; es wurde also eine ominöse Einwohnerzahl übersprungen (auch wenn der städtische Statistiker – kurioserweise – 15 000 Freiburger weniger ermittelt hat; vgl. „Badische Zeitung“ vom 23. April 1997). – Freiburg hat nun erstmals in seiner Geschichte eine Bürgermeisterin, Gerda Stuchlik, präsentiert von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, als Nachfolgerin des bisherigen Umweltbürgermeisters Peter Heller, gewählt im Gemeinderat mit 24 von 48 Stimmen und politisch nun verantwortlich für Umwelt und auch für Bildung, Sport und Schulen, nachdem der Posten des Kulturbürgermeisters mit dem „Dienstschluß“ für Thomas Landsberg gestrichen wurde. Verwaltungsreform oder Sparmaßnahme? – Ganz wichtig auch: Ausbau der 15. Fakultät der Universität auf dem alten Flugplatzgelände; 10jähriges Jubiläum des „Ausländerbeirats“ (in Freiburg leben 21 337 Ausländer aus 144 verschiedenen Nationen); Abbruch des Hauptbahnhofgebäudes, um Platz zu schaffen für einen neuen, rund 200 Meter langen, durchgängig fünfgeschossigen Baukörper und zwei markante Türme, 60 bzw. 40 m hoch. – Viele andere Themen beschäftigen Freiburg 1997, nicht zuletzt die sportliche Magerkost beim ehemaligen „Dreamteam“ SCF.

Aber ein Problem hat die Tagesordnung und die politische Auseinandersetzung dominiert, wurde zum Symbol der Freiburger Streit-



SCHÜTZENALLEETUNNEL
 - ~ 850m -

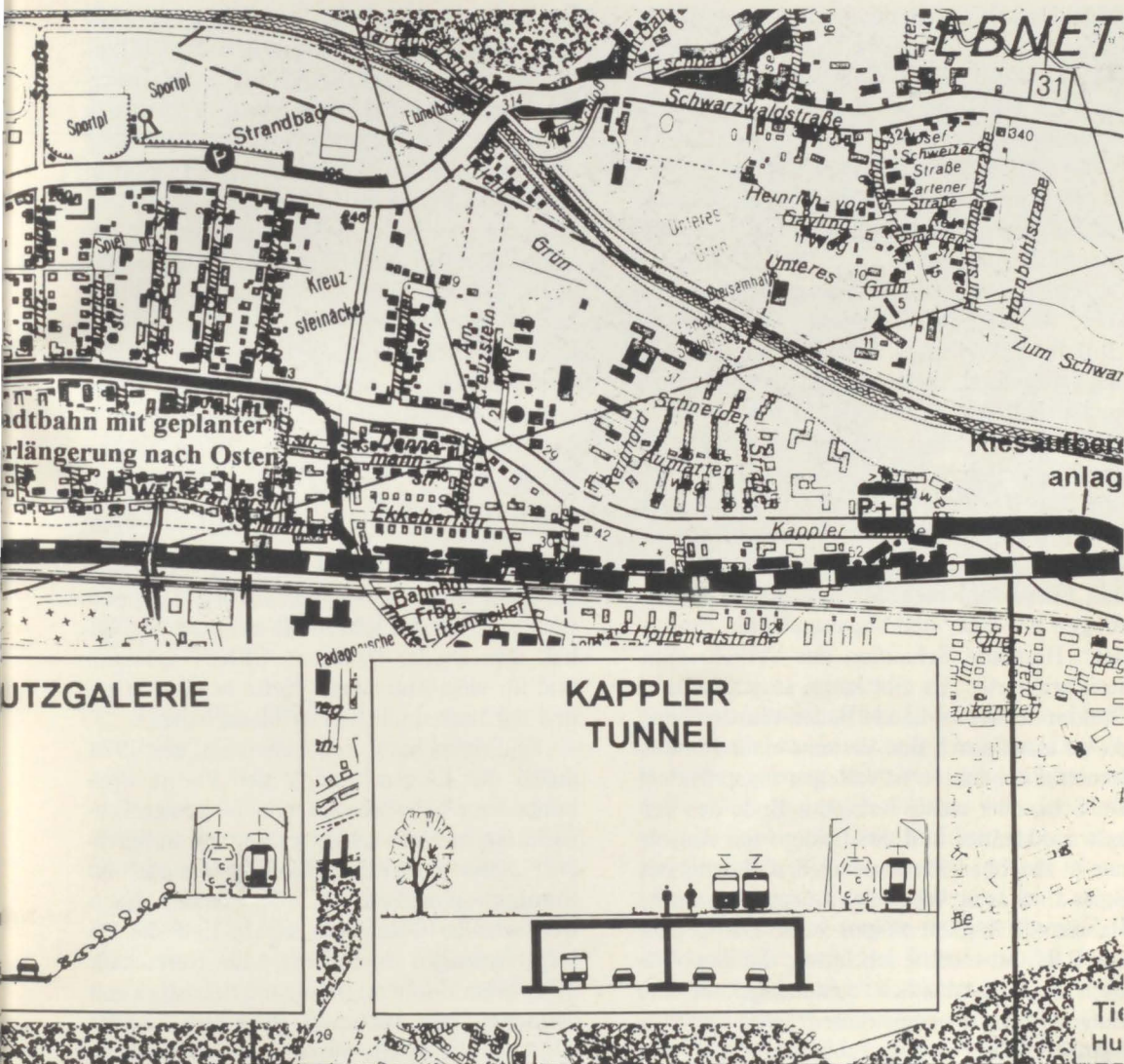
Lärm-schutz-galerie
 - ~ 280m -

Lärmschutz-steilwall
 - ~ 410m -

kultur: das Hin und Her, die Konfrontation und die Zwietracht um die „B 31-Ost neu“. In einer Frage, die den Freiburger Osten ganz einfach entzweit hat, die total umstritten ist, soll hier versucht werden, zumindest die Chronistenaufgabe zu lösen.

„ERSTER SPATENSTICH“ AM 17. MÄRZ 1994

Der „Baubeginn“ vor drei Jahren war ein äußerst seltsamer Start. Zum „ersten Spatenstich“ für die B 31 Freiburg-Kirchzarten „an der künftigen Anschlussstelle Kappler Straße“ war viel Prominenz aufgeboten, die Begrü-



UTZGALERIE

KAPPLER
TUNNEL

Schützen-
allee

Kappler Tunnel

off

520m -

- ~ 1200m -

B 31

ßung durch die „Musikkapelle des Straßenbauamts Freiburg“ wurde aber mächtig übertönt von ganzen Heerscharen von Gegnern dieses Straßenbaus; sie wollten von der Botschaft der Politiker nichts hören. Und die – für „die andern“ höchst erfreuliche – Kunde hieß: „Eine Zukunftsvision für alle bisher lärmgeplagten Anwohner und für die staugenervten

Autofahrer kann bald Wirklichkeit werden: Aus der Stadt Freiburg über die Schwarzwaldstraße nach Osten fahrend, wird der Autofahrer bei der Maria-Hilf-Kirche in einen 870 m langen Tunnel unter der heutigen Schützenallee abtauchen. Nach dem Meßplatz bzw. der Stadthalle fährt er dann in einem halboffenen Bereich zwischen einer insgesamt 860 m lan-

gen Lärmschutz-Galerie sowie einem 420 m langen Lärmschutz-Steilwall zur linken Seite und der Höllental-Bahnlinie zur rechten Seite, bevor er kurz vor der Pädagogischen Hochschule und den bebauten Bereichen von Littenweiler in den 1200 m langen Kappler Tunnel einfährt. Erst bei der Anschlußstelle Kappler Straße wird der Fahrzeugverkehr wieder ans Tageslicht gelangen . . .“.

Matthias Wismann, Bundesminister für Verkehr, rechtfertigte die private Finanzierung: „Durch antizyklisches Verhalten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten tragen wir damit auch zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei. Ich freue mich, daß eines dieser Pilotprojekte heute auf den Weg gebracht wird“. Ministerpräsident Erwin Teufel betonte: „Die neue B 31 zwischen Freiburg und Kirchzarten berücksichtigt sowohl das Mobilitätsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger als auch die berechtigten Forderungen der lärm- und abgasgeplagten Anwohner“. Hermann Schaufler, der Verkehrsminister, erinnerte: „Es gibt kaum eine städtische Ortsdurchfahrt im Lande Baden-Württemberg, die so stark durch den Verkehr einer Bundesfernstraße belastet ist“. Regierungspräsident Dr. Schroeder stellte fest: „Das Ende des Verkehrsnotstandes und des Leidens der Anwohner ist absehbar. Ich freue mich, daß damit der Staat auch seine von vielen Bürgern erwartete Handlungsfähigkeit zeigen kann. Die Gegner der B 31 Ost möchte ich bitten, die demokratisch und reststaatlich zustandgekommene Entscheidung zu respektieren“. Und der Freiburger OB Dr. Böhme schließlich: „Zehnmal hat der Freiburger Gemeinderat die Planung zur B 31 mit Mehrheiten beschlossen und zehn Jahre ist die B 31 Gegenstand von Gerichtsverfahren gewesen. Erst ein Vergleich mit den Klägern hat den heutigen ersten Spatenstich ermöglicht. Die Stadt unterstützte diese Einigung, weil ein Vergleich auch ein friedensstiftender Akt sein kann“.

WAS JETZT BEGONNEN WURDE

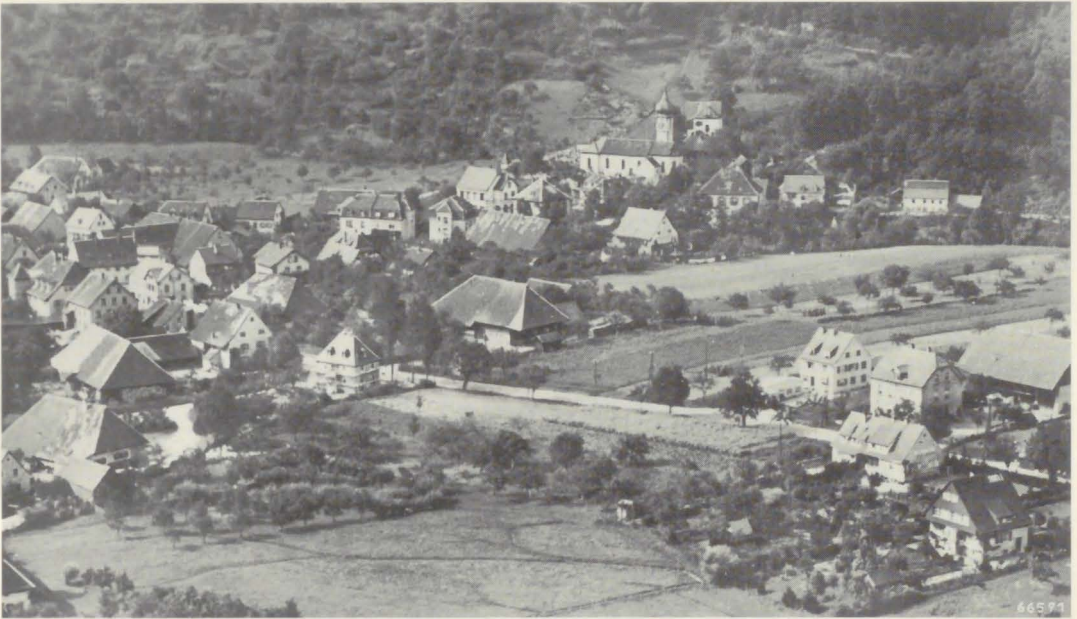
Es waren kräftige Worte im März 1974, aber es wurde dann wieder ganz still. Es gab keinerlei Baulärm, nur juristische und politische Kontroversen. Und auch was nun, seit April 1997, in Angriff genommen wurde, ist nur

ein kleines Teilstück der B 31, die ja von Breisach bis Ulm führt. Es handelt sich um die 7 km von der Freiburger Schützenallee bis nach Kirchzarten. Freilich: dies ist nun einmal der eindeutige Schlagzeilendauerbrenner. Aber man wird sich kaum wundern, wenn das Problem Stadttunnel/Anschluß am Ganter-Knoten, wenn auch der Ausbau im Westen Freiburgs oder bei den Engpässen im Höllental auch in Zukunft für Furore sorgen wird. Zunächst geht es um einen Torso-Ausbau der B 31; die vieldiskutierte Planungsreife für die Gesamtstrecke ist nicht vorhanden, nicht zuletzt aus Geldmangel. Eine detaillierte Gesamtdarstellung ist hier also auch nicht möglich.

EBNET UND DER STAUBERICHT

Wer die Hinweise auf Verkehrsbehinderungen und die Stauberichte auf den Straßen Südbadens in den letzten Jahrzehnten verfolgt hat, dem ist der Ortsname EBNET geläufig, und für viele Autofahrer dürfte er einen ganz und gar unfreundlichen Beiklang haben.

Und dabei hatte sich Ebnet, erst seit 1974 durch die Eingemeindung der Vorort Freiburgs zum Schwarzwald hin, in langer Entwicklung zu einer schönen Ortschaft in herrlicher Natur entfaltet. 1113 ist „Ebenöte“ im Rotulus von St. Peter erstmals erwähnt. Nach wechselvoller Geschichte erwarb 1568 die Familie Sickingen durch Heirat die Herrschaft; 1748 begann Johann Ferdinand Sebastian von Sickingen den barocken Schloßbau; schon 1725 war die Kirche mit der schönen Zwiebelhaube entstanden. Nach dem Frieden von Preßburg (1805), der den vorderösterreichischen Breisgau badisch machte, verkaufte Sickingen das Schloß in Ebnet und das Freiburger Palais in der Salzstraße an den badischen Staat, in dem die habsburgisch orientierte Familie nicht bleiben wollte (1809). Ludwig Christian Gayling von Altheim erwarb 1811 den Ebnet Besitz. Man kann davon ausgehen, daß es eine wichtige Funktion des Dorfes war, Rastplatz zu sein auf dem Verkehrsweg im Dreisamtal; die Reihe der alten Gasthöfe entlang der Straße war noch vor kurzem sehr eindrucksvoll. Heute prägen die veränderten Stadt-Land-Beziehungen die Situation des Ortes, in dem ein dramatischer



Flugzeugaufnahme von Ebnet b. Freiburg/Br., 1936.

Strukturwandel festzustellen ist, nur erklärbar durch die „Sogwirkung“ der Großstadt, die den kleinen Nachbarn eingemeindet hat: Noch 1930 gab es 117 landwirtschaftliche Betriebe, Kleinbetriebe und Zuerwerbswirtschaft. 1975 wurden nur noch 20 Betriebe gezählt, 1996 waren es nur noch 5 „hauptamtliche“ Landwirte. Lebten um die letzte Jahrhundertwende noch über 50% der Erwerbstätigen von der Landwirtschaft, waren es 1950 nur noch 13%, 1975 gerade noch 6% – und die Tendenz ist weiterfallend, heute unter 2%. Für Umsatz mögen derzeit die Tankstellen sorgen, kaum die Gasthöfe.

Aber die Gemarkungsfläche von 687 ha, die bis zum Gipfel des Roßkopfs reicht, bietet neben 421 ha Wald und 55 ha bisher überbautem Gelände noch mehr: 120 ha sind landwirtschaftlich genutzt. Also Baugelände für die gefräßige Großstadt? Nein! Bis in der Mitte der 60er Jahre der Tiefbrunnen bei Hausen an der Möhlin zusätzliches Wasser lieferte, nutzten die Freiburger ausschließlich die kostbare Flüssigkeit, die aus dem großen Sammelgebiet östlich von Ebnet stammt. Eine größere bauliche Ausweitung der Bebauung ins Tal hinein verbietet sich also von selbst, so schön sich wohl mancher das Wohnen in der Talland-

schaft des „zauberischen Dreisamts“ (so 1858 Josef Bader) auch vorstellen möchte. Daß innerörtlich derzeit sehr viel gebaut wird, ist erstaunlich und nur erklärbar mit der Hoffnung auf eine neue Zukunft Ebnets „nach dem Straßenbau“. Die Planungen für ein neues Ortszentrum am „day after“ sind im Gange. Wichtig aber wird bleiben müssen, die natürliche Grünzäsur zwischen Ebnet und Zarten zu erhalten bzw. wieder zu sichern. Aber selbst die Konkretisierung des Flächennutzungsplanes von 1980 setzt zwingend den Wegfall der alten B 31 voraus.

EBNET UND SEINE DORFSTRASSE

Die alte B 31 ist Freiburgs einzige Ausfallstraße nach Osten, Richtung Schwarzwald und dies in einer Talenge, die so schmal nun einmal von der Natur gemacht wurde. Und das Nadelöhr hat einen Namen: EBNET. Das Problem hat sich im Verlauf der Jahrzehnte so entwickelt, verschärft, zugespitzt – mit der Automobilität, mit der „Volksmotorisierung“, die schon vor 1933 und schon vor der Idee mit dem „Kraft-durch-Freude-Wagen“ begonnen hat. Seit 1950 wurde in Ebnet geklagt über die

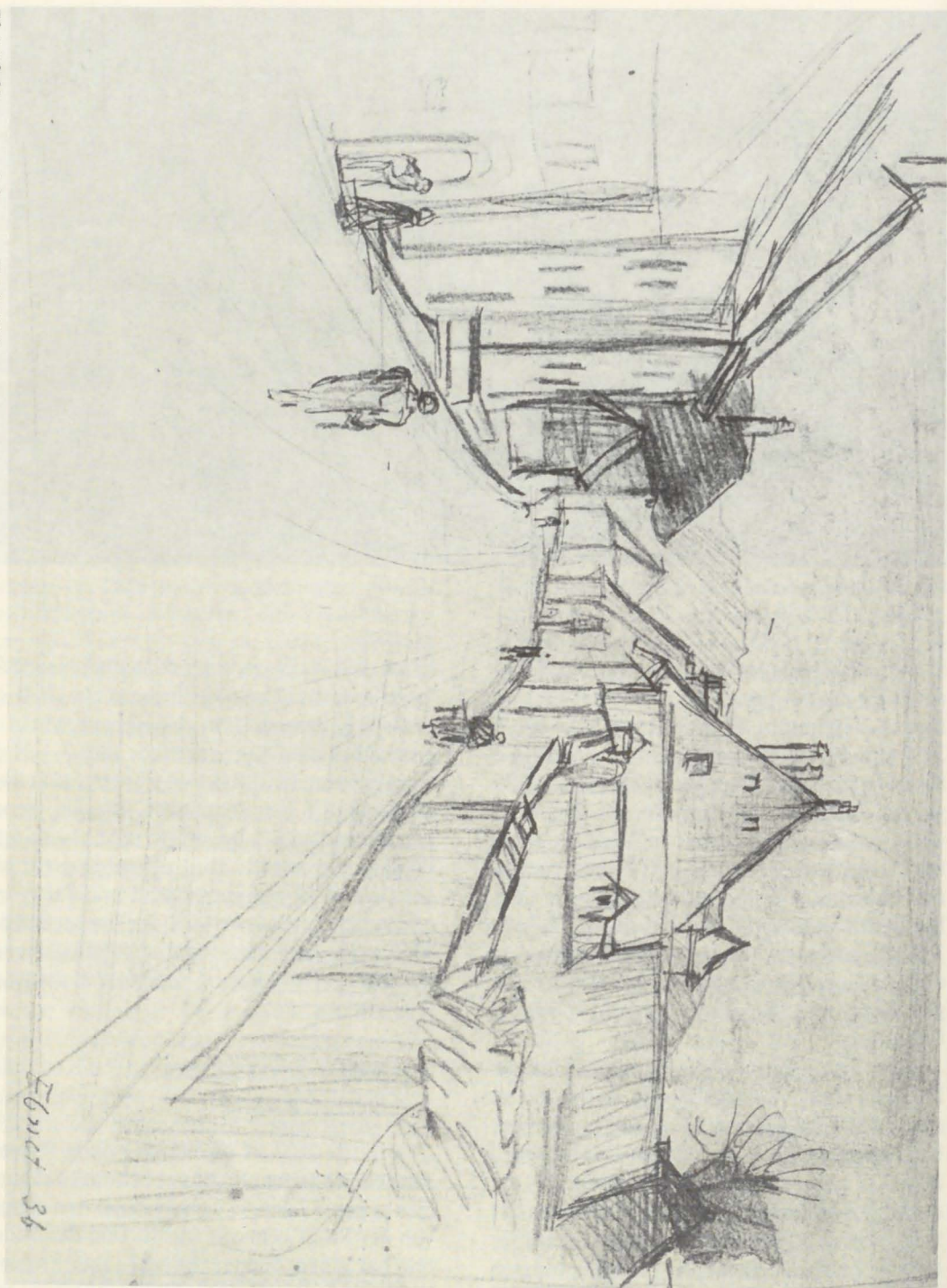


Fig. 34



täglich nach Freiburg fahrenden Auspendler aus dem Dreisamtal, im Herbst 1959 waren es pro Tag rund 2000 Personen, die nach Freiburg zur Arbeit fuhren. Und heute? – Die stetige Zunahme seit den „Wirtschaftswunderjahren“ war fatal, letztlich unzumutbar. Heute bleibt jedem, der in Stauzeiten durch die Schwarzwaldstraße fährt, genug Zeit zu lesen: „B 31 – das Maß ist voll!“ – „40 Jahre Versprechungen – baut endlich die B 31 neu!“ – „Hilfe, wir wollen leben!“

Seit Jahren scheint Konsens zu bestehen: das Problem EBNET muß gelöst werden! Wo in den 30er Jahren Ochsenkarren und wenige Kfz fuhren, wurden 1987/88 pro Tag ca. 25 000 Fahrzeuge gezählt, in beiden Richtungen, hin und her. Aber es wurde auch festgestellt, daß nur 20% Ferndurchgangsverkehr war, das Fahrziel war überwiegend der Freiburger Raum, Ziel- und Quellverkehr. Die Anwohner dieser Straße sind zwangsläufig einer täglich noch zunehmenden Schadstoffemission ausgesetzt, Lärm, Gestank und Dreck. Und wie oft passiert es: ein kleiner Unfall – und der ganze Verkehr steht; eine wichtige Baumaß-

nahme – und die Staulänge wird gigantisch; ganz übel ist der Feiertagsabend-Stau, wenn die Ausflügler aus dem Schwarzwald zurückkommen.

EBNET UND DAS WASSEREINZUGSGEBIET

Zwei Drittel der Freiburger Bevölkerung werden mit Trinkwasser aus dem Dreisamtal versorgt, aus einem Wasserschutzgebiet, durch das tagtäglich Zehntausende von Autos, Kolonnen von Lastwagen fahren. Die derzeitige Trasse der B 31 östlich Ebnet ist nach Meinung vieler gerade aus wasserwirtschaftlichen Gründen eine unzulässige, unverantwortbare, eigentlich strafwürdige Situation. Ein jederzeit möglicher Unfall könnte das Trinkwasserreservoir katastrophal gefährden. Es sind nur wenige Zentimeter Humus und Lehmboden, der Schotter darunter fördert eine rasche Versickerung; eine Sicherheitsfilterung? Fehlanzeige. Es besteht also wohl ein Zwang, Rücksicht zu nehmen auf ein unverzichtbares Wasserschutzgebiet. Diese Einsicht ist alt.

1931–1997

Der Freiburger Stadtrat gab am 9. Dezember 1930 (!) der Verwaltung den Auftrag, über die Möglichkeiten der Stadterweiterung nach Osten zu berichten. Am 8. Januar 1931 lag dieser Bericht vor, in dem u. a. zu lesen war:

„Die Übersichtlichkeit auf der Landstraße nach dem Höllental unmittelbar oberhalb der Ebneten Brücke läßt zweifellos zu wünschen übrig. Eine Beseitigung dieses Mangels wird daher bestimmt eines Tages in irgendeiner Form erfolgen müssen. Kommt man dazu, eine großzügige Schnellverkehrsstraße nach dem Höllental entlang der Höllentalbahn in Aussicht zu nehmen und diese baldmöglichst herzustellen, so wird die durch Ebnet ziehende Landstraße ganz erheblich einbüßen, und es wird dann fraglich sein, ob man noch die großen Mittel für eine Umgehungsstraße bei Ebnet aufwenden will“.

Tatsächlich, seit 1931 wurde geplant, vor allem die Südseite der Dreisam sollte dem Straßenbau geopfert werden. Seither sind die Diskussion und die Planung und der Streit zu diesem Thema nie abgebrochen, immer neu variiert worden. Schon bis 1939 wurden verschiedene Konzepte zum Ausbau der „Reichsstraße 31“ ausgearbeitet. Kurt Scharbach, der in den 70er und 80er Jahren bzw. bis zu seiner Pensionierung 1992 zuständiger Referent im Regierungspräsidium war und dort 164 Varianten zu überprüfen und zehn Vorlagen detailliert zu erarbeiten hatte, war noch vor dem Krieg als Vermessungsgehilfe bei der Planung der R 31 tätig. 1950 wurden in Freiburg die ersten Tunnelideen diskutiert: a) eine Trasse unter dem Hirzberg zur Friedrichstraße; b) eine Trasse von der Kartause zum Immental; c) eine Trasse unter dem Roßkopf nach Zähringen. Als 1955 das Regierungspräsidium die Planung wieder konkret aufnahm, war die Grundannahme, die Trasse östlich von Ebnet auf die Südseite der Dreisam zu wenden und entlang der Höllentalbahn zum Meßplatz zu führen. Varianten zur Linienführung brachte u. a. der Feuchtinger-Plan (1956–60) mit einer „Dreisamufer-Lösung“: zwei Fahrbahnen diesseits und jenseits der Dreisam und zwei kreuzungsfreie Fahrbahnen über den Dreisamufern zwischen Schnewlinstraße und Ganter-Braue-

rei; aber der Gemeinderat war dagegen, wollte die neue B 31 entlang der Höllentalbahn und durch die Schützenallee. Dann kam ein Generalverkehrsplan, 1960 wurde die ASS heiß diskutiert, die „Autoschnellstraße“ durch die Wiehre (von der Escholzstraße, über die Kronenstraße, Hildastraße, Urachstraße zur Schützenallee); die Wiehre-Bewohner feierten ihre Verhinderung als einen Sieg „gegen die städtischen Planer“.

1967/69 fiel wohl die Vorentscheidung für die „Südtrasse“ („Mösle-Trasse“) im Dreisamtal. Und schon 1969 wurde das entsprechende Planfeststellungsverfahren eingeleitet, 1970 stimmte der Gemeinderat der Stadt Freiburg der Planung des östlichen Teilbereichs zu. Aber es wurde weitergeplant, vor allem um den Lärmschutz zu verbessern durch Tunnel und Tieflagen – und immer wieder stimmte der Gemeinderat zu.

1974 stellte der damalige Regierungspräsident Dr. Hermann Person überraschend fest: „Im Interesse einer baldmöglichen Bereinigung der Verkehrsverhältnisse im Dreisamtal, vor allem im Interesse einer Ausschaltung der Ortsdurchfahrt Ebnet, müssen auch andere Lösungen als die Trasse an der Höllentalbahn entlang untersucht werden. Die Bebauung läßt leider nur die Möglichkeit der Einführung der B 31 Ost in die Schwarzwaldstraße unmittelbar beim Strandbad zu . . .“. Person plädierte für eine Querspange Strandbad-Zenlinweg-Kapplerstraße; er bekam kein gutes Echo. Am 30. August 1974 schrieb er an OB Dr. Keidel persönlich: „Die Verkehrsverhältnisse im Dreisamtal bedürfen einer dringenden Bereinigung bzw. Verbesserung, bis die Linienführung der Schwarzwaldautobahn geklärt ist. Es liegt daher in der alleinigen Verantwortung der Stadt Freiburg, wenn durch Verzögerungen in der Planung und der durchzuführenden Planfeststellungsverfahren die unzulänglichen Verkehrsverhältnisse auf der B 31 im Dreisamtal auf unbestimmte Zeit keiner Lösung zugeführt werden können“. Der Freiburger Stadtrat lehnte den Person-Vorschlag noch einmal ab, unterstützte dafür ab 1975 ganz klar die Vorstellungen von Bund und Land, zwischen Freiburg und Donaueschingen die ganz große Lösung zu suchen, eine Autobahn zu bauen. Es begann eine ganz



überhitzte Phase der öffentlichen Auseinandersetzung.

Es wurde heftig diskutiert über die Probleme und Widersprüche der Verkehrspolitik, die sich wie im Brennspiegel im „Nadelöhr Freiburg-Ebnet“ konzentrierten. Professor Karlheinz Schächterle/Ulm prognostizierte eine Zunahme für das Jahr 1990 auf 27 000 Kraftfahrzeuge, mit Höchstbelastungen in Ebnet jeweils zwischen 7 und 8 Uhr und 17 und 18 Uhr. Aber keiner wagte eine Aussage, wann für Ebnet eine Entlastung kommen könnte. Prophylaktisch wurden schon Gerichtsverfahren angekündigt. Es wurde aber auch schon sehr grundsätzlich diskutiert – auf der Grundlage einer Berechnung des Statistischen Landesamtes, das zu bedenken gab: Wenn der Verbrauch an Grünflächen andauere wie bisher, sei in 185 Jahren der letzte Quadratmeter Baden-Württembergs überbaut; konkret werde dies sein im Jahre 2158! – Das prinzipielle Nein beim Straßenbau kündigte sich an.

Aber die Ebneter Misere war konkret, da, und es mußten Alternativen durchdacht werden:

- die Schwarzwaldautobahn mit einer Trasse a) über St. Peter und St. Märgen oder b) durch das Spirzental oder c) durchs Hölental, von vielen angepriesen als leistungsfähige Ost-West-Verbindung in der Achse Frankreich – Wien; sie wurde letztlich als „nicht durchsetzbar“ aufgegeben;
- wenig ernst genommen wurde der Plan eines Dreisamtunnels; dafür wurde einige Zeit wieder der „Roßkopftunnel“ favorisiert. Alle Tunnellösungen wurden letztlich abgelehnt wegen der hohen Baukosten bzw. Dauerkosten, aber auch wegen der zu geringen Entlastung im Ziel- und Quellverkehr für Freiburg/Ebnet;
- kurzfristige Maßnahmen wie Stauampeln östlich Ebnet, über- und unterirdische Übergänge im verkehrsgeteilten Ebnet u. a. wurden als ineffektiv und Flickschusterei abqualifiziert;
- viel diskutiert wurde immer wieder die „kleine Umgehung Ebnet“; auch sie wurde von den Planern letztlich abgelehnt, weil sie nur durchführbar wäre mit gewaltigen Brückenbauwerken im Süden und Südosten Ebnet, ein wichtiges Naherholungs-

gebiet würde so zerstört, die Schwarzwaldstraße und Zarten hätten gar keine Entlastung.

1979 legte das Regierungspräsidium eine wesentlich verbesserte Planung vor, verbessert vor allem unter ökologischen Gesichtspunkten. Der Gemeinderat stimmt dieser Planung zu am 28. Juni 1982 mit 35 zu 9 Stimmen. Ganz ernsthaft wurde die Forderung diskutiert, die Straße entlang dem Dreisamufer in einem Stadttunnel weiterzuführen. Noch immer stritten die meisten über das Wie, nicht über das Ob. Unter Persons Nachfolger im „Basler Hof“, Norbert Nothhelfer, wurde im Regierungspräsidium eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe eingerichtet mit dem klaren Auftrag, diese „leistungsfähige Straßenverbindung Freiburg-Donaueschingen“, die aber keine Autobahn sein sollte (!), zur Planfeststellung voranzubringen. Der neue Freiburger OB hieß ab 1982 Rolf Böhme. Er setzte engagiert auf diesen Bau der neuen B 31-Ost nach der vorliegenden Planung; der Gemeinderat wiederholte den Beschluß, das Regierungspräsidium verkündete 1984 den Planfeststellungsbeschluß und das Votum für die „Möslle-Trasse“, wo viel weniger Anwohner tangiert seien als bei der Nordtrasse und wo durch Tunnelbauten eine große Entlastung möglich werde usw.

Eine Lösung schien greifbar nahe.

DAS VERWALTUNGSGERICHT SCHRIEB STRASSENBAUGESCHICHTE

Es war am 4. November 1988, als die 3. Kammer des Freiburger Verwaltungsgerichts (3 Berufsrichter und 2 Laienrichter) den Planfeststellungsbeschluß des Regierungspräsidiums für rechtswidrig erklärte, den Straßengegnern also rechtgab und eine baureife Planung als nichtig abtat, auch wenn gleichzeitig die Notwendigkeit „einer vierspurigen Straße östlich Freiburgs“ bestätigt wurde. Aber gerügt wurden die Eingriffe in die Rechte von betroffenen Anliegern, bemängelt wurden die angeblich unzureichenden hydrologischen Gutachten, vermißt wurden sorgfältige Untersuchungen zu möglichen Tunnellösungen; grundsätzlich wurde gefordert, auch andere Projektlö-

sungen genau so gründlich zu untersuchen wie die als „richtig und machbar erkannte“ vorgelegte Planung.

Hier waren ganz neue Maßstäbe, völlig neue Richtmaße und Standards gesetzt. Daß eine baureife Planung vorlag, daß wiederholt politische Beschlüsse durch demokratisch gewählte Gremien das Unternehmen abgesegnet hatten, daß Konsens bestand zwischen Stadt-Land-Bund, daß vor allem auch die Finanzierung gesichert war (214 Millionen DM wurden kalkuliert!) – all dies war nicht von Belang für das Gericht, für das das bisherige Verfahren „rechtswidrig“ war. Regierungspräsident Dr. Nothhelfer stellte desillusioniert klar, Straßenbau könne so wohl in Zukunft gar nicht mehr realisiert werden, wenn dieses Freiburger Urteil erster Instanz auch vom Obergericht bestätigt werde. Für die „Ebneten“ war dieser Richterspruch eine Hiobsbotschaft, ganz schlicht ein „Mißgriff“ und ein „juristisches Trauerspiel“. Und der Verkehr nahm mittlerweile weiter zu. Nicht nur die Nachtruhe der B 31-Anwohner wie Adolf Biechele, der sich selbst noch daran erinnert, wie bereits 1938/39 Landvermesser am Ortsrand, entlang der Dreisam, das Gelände für eine Umgehungsstraße aussteckten, oder Franz Reichenbach, der mit seiner Familie den alten Hof an der „Ebneten Dorfstraße“ bewirtschaftet, wurde weiter gestört und maltrahiert.

DIE STRASSENGEGNER

Im wesentlichen war der Kampf gegen diese Straße gewaltfrei, auch wenn einzelne Gruppen bisweilen erinnerten „an die etwas andere Art“, wie in der Vergangenheit schon politisch agiert worden sei, beim „Häuserkampf“ z. B. Natürlich gab es viele Attacken, die allgemein politisch gemeint waren, aber doch sehr persönlich adressiert wurden. Da gab es auch viele pfiffige Aktionen, eindrucksvolle Menschenketten, „kleine Nadelstiche“, Mahnwachen mit Kerzenlicht. Da gab es die Floßfahrt der „Esperanza“ bis Bonn, das „Floß der Hoffnung“, ganz sportlich und medienwirksam. Da gab es ein gut organisiertes „Aktionsbündnis gegen die B 31“, gegründet vom SPD-Stadtrat Christoph Thauer, um möglichst viele Bürger in dieser Angelegenheit zu mobilisieren. Ab 1992

übernahm Reiner Ehret aus Kirchzarten diese Regie, immer und überall präsent, wo gegen diesen Straßenbau Hindernisse aufgebaut werden konnten, bis zuletzt überzeugt, „daß wir noch einige Pfeile im Köcher haben, die wir abschießen und mit denen wir dann auch treffen werden“; den Freiburger OB forderte er zum Rücktritt auf, weil er „seiner eigenen Fraktion und dem Frieden in Freiburg schweren Schaden zugefügt“ habe. Es gab Widerstand, weil die neue Straße „mangelhaft geplant, technisch überholt und an den fehlinformierten Bürgern vorbei entschieden worden“ sei; der Gemeinderat habe jeweils einer „anderen“ Straße zugestimmt als der jetzt in Angriff genommenen Trasse. Es gab auch in großem Maße Widerstand ganz prinzipieller Art mit leidenschaftlichen Appellen zur „Verkehrswende“; auf keinen Fall brauche Freiburg eine „Transit-Autobahn“ zwischen Madrid–Wien oder Paris–Bagdad.

PRO B 31-OST NEU

„B 31-Ost neu“ ist zu einer Bekenntnisfrage geworden; der Konflikt scheint auf beiden Seiten nachvollziehbar zu sein. Recht überzeugend sind sicher auch die Argumente der Befürworter: „Viele gute Gründen sprechen für B 31-Ost neu!“

Pro gestimmt sind nach wie vor „die Ebneten“ (mit wenigen Ausnahmen) und die Bewohner der Schwarzwaldstraße. Für die neue Straße hat sich auch die IHK stark gemacht, 13 Verbände und Kammern haben sich in einer Interessengemeinschaft der Wirtschaft engagiert – u. a. zur Sicherung von Arbeitsplätzen, zur Entlastung lärm- und abgasgeplagter Anwohner, vor allem auch zum „Schutz des wichtigsten und größten Freiburger Trinkwasservorkommens“ – und „für alle, die in und um Freiburg auf Auto oder LKW angewiesen sind“.

1981 wurde ein Verein gegründet von Menschen, die unter der „Horrorstraße“ derzeit leiden, Ebneten vor allem. Auch sie demonstrierten, verteilten Flugblätter, schrieben Leserbriefe. Vor allem unterstützten sie aktiv und lautstark alles und alle, die ihrer Meinung nach den Fortgang betrieben und so die „Folterkammer Ebnet“ entsorgen wollten; nie vergaßen

sie den Hinweis auf das Trinkwasser und seine Gefährdung. „Thumb und einfallslos“ waren diese „Straßenkämpfer“ unter der Regie von Erna Bailer sicher nicht, aber sie stritten ohne jeden Aktionismus und förderten in vielfältiger Weise die Politik im Rathaus in Ebnet, in Freiburg, im Regierungspräsidium. Und sie versäumten es natürlich nicht, beim Baubeginn OB Böhme und RP Schroeder als Pioniere „ihrer“ Straße, zu der es „keine ernsthafte Alternative gibt“, den Lorbeer zu flechten. Vor allem dem Regierungspräsidenten, der selbst nur wenige Meter von der künftigen Trasse entfernt wohnt und nicht müde wird zu betonen, daß diese Straße „mit einem bundesweit einmalig großen finanziellen Aufwand umweltverträglich in die Stadt und das Dreisamtal eingebunden wird“; es werde also nicht einfach die „B 31-Problematik von Ebnet auf die gegenüberliegende Dreisamseite verschoben!“

Auf die gute Kooperation zwischen der Ebnetter Ortsverwaltung (unter Willi Ruh und H. J. Wolf), dem Freiburger Rathaus und dem Regierungspräsidium in dieser Frage weist die „Notgemeinschaft“ gerne hin – mit Dank für „die entschlossene Umsetzung demokratisch getroffener Entscheidungen“. Und in der Tat: Wenn nach 66 Jahren der Planung diese Straße nun „im Bau“ ist, dann nur weil Politik und Verwaltung letztlich ohne Wenn und Aber Hand in Hand gearbeitet haben, offensichtlich aus voller Überzeugung. So sagte Dr. Böhme: „Die Demokratie nimmt Schaden, wenn wir nicht auch ’mal rechtlich überprüfte Verfahren durchsetzen!“ Ganz wesentlich war es wohl auch dem Verhandlungsgeschick von OB Böhme zu verdanken, daß 1993 juristische Hürden abgebaut werden konnten, indem eine „gütliche Einigung“ außerhalb des Gerichts angestrebt und erwirkt wurde. Das „Aktionsbündnis gegen die B 31-Ost“ sprach damals von einem „schändlichen Judasspiel, in das sich selbst einige Mitarbeiter und Vertraute aus dem Kreis der Bürgerinitiative“ hätten einbeziehen lassen.

JURISTISCH VÖLLIG AUSGEREIZT

Es dürfte weit und breit kein Straßenbau so sehr juristisch begleitet worden sein wie diese B 31! Noch bis zum wirklichen Baubeginn gab

es Fallen und Barrieren. Noch Ende Februar 1997 wurde beim Verwaltungsgericht Freiburg ein „Antrag gegen den Bauablauf“ eingereicht; fast gleichzeitig wies der Verwaltungsgerichtshof Mannheim Kläger ab, die eine Kiesaufbereitungsanlage für den Straßenbau – wegen der zu erwartenden Lärmbelästigung – verhindern wollten.

Wir erinnern uns: Gegen den Planfeststellungsbeschluß von 1984 klagten 53 Anlieger, sie bekamen 1988 „ihr“ Recht, das Gericht nannte den Beschluß rechtswidrig wegen „Abwägungsfehlern bei der Trassenentscheidung“. Stadt und Regierungspräsidium gingen in Berufung, und am 5. Juli 1991 hob der VGH Mannheim die erstinstanzliche Entscheidung wieder auf, bestätigte nun den Planfeststellungsbeschluß von 1984 – und ließ gleichzeitig eine Revision vor dem Bundesverwaltungsgericht in Berlin für die noch verbliebenen 12 klagenden Anlieger nicht zu. Aber die Kläger legten nun eben ihrerseits Nichtzulassungsbeschwerde beim Berliner Gericht ein und, tatsächlich gab im Juli 1992 das Gericht dieser Beschwerde statt, verwies aber zugleich die ganze Angelegenheit an den VGH Mannheim zur erneuten Entscheidung zurück. Das Mannheimer Urteil hatte genau derselbe Senat zu entscheiden, der sich zuvor schon einmal für die B 31 Ost neu ausgesprochen hatte.

Aber gerade in dieser Zeit kam es nun zu der bereits angesprochenen „gütlichen Einigung“, die außergerichtliche Lösung führte zum Erfolg. Im Januar 1995 wurde ein Planfeststellungsänderungsbeschluß gefaßt, der das alte Votum von 1984 korrigierte und ergänzte um weiter verbesserten Lärmschutz, noch längere Tunnelabschnitte und einige Trassenverlegungen. Es war fast zu erwarten, daß – bei der neuen Sachlage – wieder Kläger nach Mannheim zogen und – im Dezember 1995 – zurückgewiesen wurden. Eine Nichtzulassungsbeschwerde, mit der die Kläger eine Behandlung durch das Bundesverwaltungsgericht erzwingen, wollten, scheiterte am 28. August 1996. Damit war nun der Planfeststellungsbeschluß auch mit seinen Änderungen auf Grund des „gütlichen Vergleichs“ eindeutig und unumstößlich rechtskräftig.

Es war also doch keine endlose Geschichte . . .



Freude nach dem Mannheimer Urteil.

Natürlich war die juristische Überprüfung letztlich entscheidend für den positiven Ausgang. Aber nicht zu vergessen sind dennoch die vielen Einflußnahmen auf den verschiedensten Ebenen. Es waren in bisher nicht gekannter Weise die Bürger, die sich hier einmischten, ob sie nun direkt betroffen waren oder nicht. B 31 Ost neu – ein Thema, das (fast) alle Freiburger beschäftigte, erregte, erhitzte, erzürnte, belästigte. Zu keinem Thema gab es so viele Meinungen und sie wurden auch geäußert, gesprochen, geschrieben, geschrien. Es gab Diskussionen, vom Fernsehen übertragen, in „neutralen“ Räumen, z. B. in der Katholischen Akademie, mit professionellen Moderatoren, die vor sachlich ausgewogener Neutralität triefen; aber es blieb bei heftigen, emotionsgeladenen Positionen, bei gebetsmühlenartigen Stellungnahmen – und bei den alten Argumenten! Der Stuttgarter Minister Thomas Schäuble, der selbst einige Zeit im „Nadelöhr Ebnet“ gewohnt hat, hat wohl recht: „Was Befürworter und Gegner der Straße einigt, ist, daß der Verkehr nicht vor der eigenen Haustür rollen darf“. Aber irgendwelche Spuren, daß

die Kommunikationswissenschaftler unserer Informationsgesellschaft in dieser Auseinandersetzung Positives hinterlassen hätten, lassen sich auch im nachhinein nicht feststellen.

DER KONRAD-GUENTHER-PARK

„Wir haben die Bäume gewissermaßen dazu benutzt, die ökologischen Sünden dieses Straßenbaus begreifbar zu machen. Billig sind die dadurch ausgelösten Emotionen nicht!“ So die Meinung von Reiner Ehret in einem BZ-Interview (31. 10. 96). Die Stadt Freiburg hatte den Baubeginn angekündigt, in großen Inseraten in den Tageszeitungen, auch z. B. am 7. November 1996: „Als nächster Schritt wird das Gelände im Konrad-Guenther-Park gerodet und eine Baustraße für den Baustellenverkehr angelegt. Das Fällen der Bäume ist ein Eingriff, der von allen bedauert wird. Er war aber bei dieser Trasse unvermeidlich. Als Ausgleich werden im Bereich der neuen Straße 1400 neue Bäume gepflanzt“. Rund 200 Bäume sollten fallen im Guenther-Park, benannt nach dem Universitätszoologen Günther, 1874 in Riga

geboren, 1955 in Freiburg gestorben. Es war – nach dieser Ankündigung – abzusehen, was geschehen mußte nach bekannten Vorbildern: die Bäume wurden besetzt, Baumhütten wurden errichtet und zwei Wochen lang bewohnt, bis die Polizei räumte; 500 Mann waren im Einsatz. Die Aktion machte bundesweit Schlagzeilen. Etwa 40 junge Leute wurden über Drehleitern heruntergeholt, manche mußten mit Bolzenschneidern losgeschnitten werden. Weitere 250 Demonstranten, die sich am Boden um die Baumstämme gesetzt hatten, leisteten „passiven Widerstand“, wurden „deportiert“. Bei den Baumbesetzern soll es akrobatische Höchstleistungen gegeben haben.

Daß beim raschen Abholzen der „Schneise“ etliche Bäume zu viel geschlagen wurden – ganz entgegen der Planung –, war ein peinliches Detail der ganzen Aktion. Schon jetzt hat das Regierungspräsidium die ersten Flächen wieder bepflanzen lassen, die damals zuviel freigeschlagen wurden.

ZWISCHENBILANZ UND VISION

Der Bau ist nun „im Gange“, unwiderrücklich! Aufgrund von Bonner Beschlüssen wurden 12 Straßenbaumaßnahmen des Bundes als „Pilotprojekte“ für die Privatfinanzierung ausgewählt, darunter auch der B 31-Ausbau Freiburg-Kirchzarten. Dies bedeutet: sämtliche Baukosten werden über die gesamte Bauzeit von den ausführenden Firmen vorfinanziert, und ein Jahr nach der Fertigstellung beginnt die Rückzahlung, in 15 Jahresraten, durch den Bundesfinanzminister – ein Unternehmen, das politisch Neuland bedeutet, das juristisch überprüft wurde und das Bauunterbrechungen wegen Haushaltsproblemen nicht aufkommen läßt. Aber daß hier Bedenken angemeldet werden, kann man verstehen.

Und wenn die neue B 31-Ost fertig sein wird?

Der Verkehr Richtung Schwarzwald wird dann natürlich über die neue Straße fließen. Und es ist leicht, sich vorzustellen, wie entlastet Schwarzwaldstraße und Ebnet dann sein werden. Die Schwarzwaldstraße und die Hansjakobstraße sollen dann „zurückgebaut“ werden, um mehr Platz zu schaffen für Radfahrer und für die Stadtbahn, die dann einen eigenen

Gleiskörper bekommen soll, um unbehelligt vom Kfz-Verkehr rollen zu können. Die Schützenallee wird eine reine Anliegerstraße werden, soll fußgänger- und radfahrerfreundlich gestaltet werden. Der Platz vor der Maria-Hilf-Kirche wird ein neues Gesicht bekommen, natürlich auch die Ortskerne von Littenweiler und Ebnet.

Und im Dreisamtal, östlich von Ebnet, auf der alten B 31? Hinter der Abzweigung Richtung Stegen/St. Peter soll die Straße nahezu komplett verschwinden, soll renaturalisiert werden, soll nur ein schmaler Wirtschaftsweg für landwirtschaftliche Fahrzeuge und Radfahrer übrig bleiben. Geplant sind viele Maßnahmen, die dazu beitragen können, das „zauberische Dreisamtal“ mit seiner sensiblen Landschaft offen zu halten. Ein Ziel wird man immer im Auge behalten müssen: den Schutz des Wassers. Insgesamt soll im Freiburger Osten nachgeholt werden, was bei der B3-Umgehung von St. Georgen im Freiburger Westen Richtung Lörrach/Basel so glücklich gelöst und möglich wurde: eine geordnete, menschengerechte und verkehrssichere Gestaltung von Stadt und Landschaft. Das Straßenbauprojekt Freiburg-Kirchzarten wurde zum Symbol. Alle wollten „EBNET“ retten, entspannen, erlösen. Aber der Streit über den richtigen Rettungsweg führte zu einer in dieser Unerbittlichkeit und Unversöhnlichkeit unerwarteten Polarisierung. Jetzt rollen die Bagger – und es fließen Tränen. Gibt es Trost, wenn man sich vorstellt, es wäre das Autobahnprojekt quer durch den Schwarzwald Realität geworden? Besteht die Chance auf ein neues Miteinander, auf neue Nachbarschaft auf der Suche nach dem „Gemeininteresse“? – Ob neue Einsichten und Erkenntnisse und Hilfen auf diesem Weg zu erwarten sind von der für Mai und Juni angekündigten „Ringvorlesung zur B 31“ an der Pädagogischen Hochschule“, wo die Auseinandersetzung also „akademische Formen“ annehmen soll, bleibt abzuwarten (Dieser Text wurde am 1. Mai 97 abgeschlossen).

Anschrift des Autors:
Adolf Schmid
Steinhalde 74
79117 Freiburg

Ein geschichtlicher Beitrag zur Flößerei auf der Oos

Wer heutzutage in der Lichtentaler Allee längs der Oos promeniert, der kann, wer wollte es ihm verdenken, sich kaum vorstellen, daß dieser scheinbar so harmlose Wasserlauf einstmals große Mengen an Holz zu Tale förderte, zur Stadt und nach Rastatt in die Residenz. Ja sogar nach Steinmauern flößten Floßgesellschaften Tannenlangholz aus dem städtischen Wald. Dort band man die Stämme zu großen Flößen zusammen, die von dort rheinabwärts nach Holland gesteuert wurden.

Der kaum 20 km lange Wasserlauf der Oos war und ist gewiß bescheiden gegenüber den großen, wie Nagold, Enz, Murg oder Kinzig.

Somit konnten auch keineswegs die Mengen an Holz, die auf der Oos zu Tal transportiert wurden, an die der eben genannten Flüsse heranreichen, – und dennoch muß man staunen, was da einst auf diesem Gewässer gefloßt wurde! Das soll nun an wenigen Beispielen gezeigt werden.

Das meiste Holz, besonders das Langholz, wurde auf dem wasserreicheren und damit stärkeren Grobbach herausgebracht, der in Lichtental in die kleinere Oos mündet. Die Quelle des Grobbaches liegt in der Nähe des Plättigs (Schwarzwald-Hochstraße), wogegen die Oos ihren Namen erst beim Zusammenfluß des Schärrbaches mit dem Schlifferbach im hinteren Oostal erhalten hat.

„Die Statt Baden und Bürger daselbst und ihre Markgenossen haben auch gut und fug und recht uff gemelter Bach und Wasser Baw undt Brennholz zu flößen.“ Dieser Passus aus dem Polizeibuch der Stadt aus dem Jahr 1510 gibt wohl den ersten Hinweis auf das Flößen im Oostal. Weitere Ordnungen folgten diesbezüglich in den Jahren 1521, 1531 und 1553. In

diesen Aufzeichnungen wird u. a. festgehalten, daß die Stadt vor „urdenklichen Jahren her ihr Holtz aus den hinteren Waldtungen zu flößen berechtigt gewesen seye“, also schon weit länger zurückliegend! Ursache dieser Feststellung waren die Streitigkeiten mit dem Kloster Lichtenthal, das 1586 eine Mühle an der Oos unmittelbar beim Kloster errichtet hatte und sich durch die Flößerei im Betreiben der Mühle gehindert fand.

VOM TRANSPORT – TRIFTEN – DES KURZHOLZES

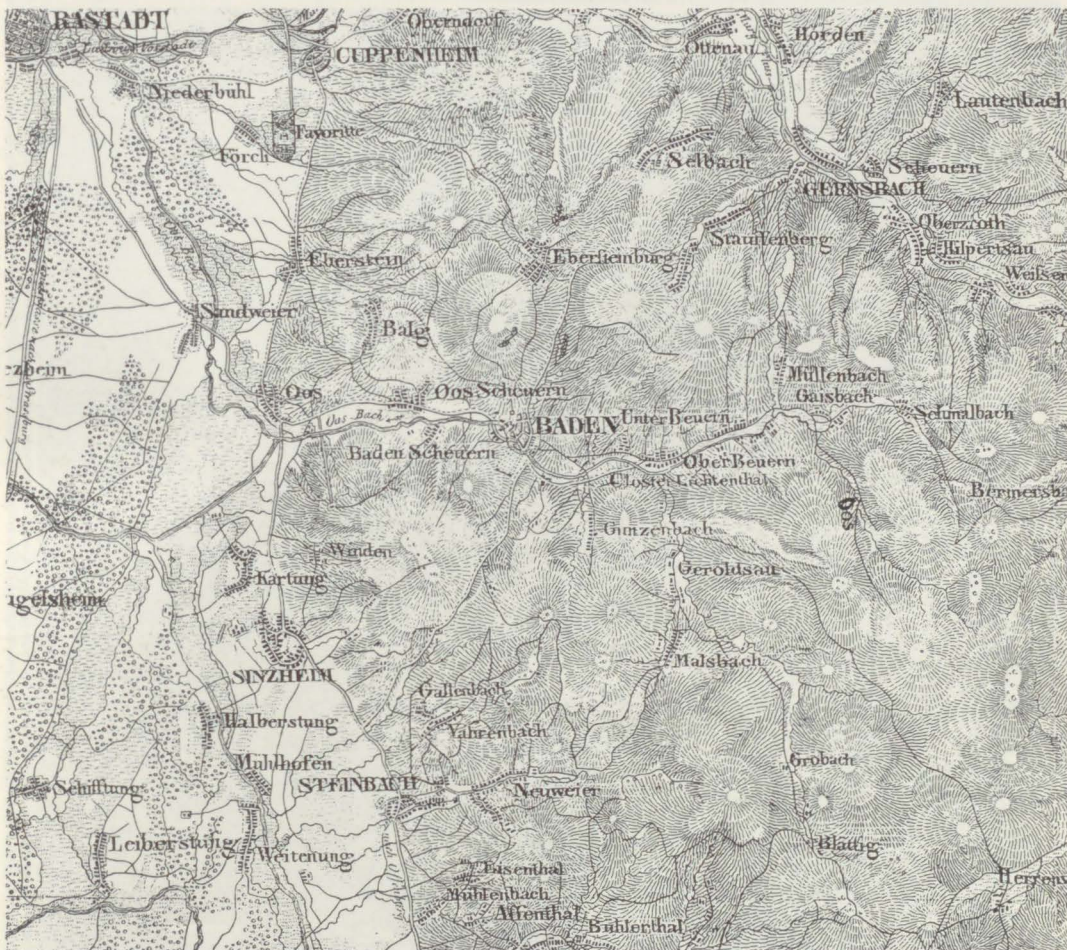
Mag im 16. Jahrhundert das Beibringen des Brenn- und Misselholzes¹ auf dem Wasser noch gering gewesen sein, so verlagerte sich der Holzeinschlag – nach und nach – immer mehr in die abgelegeneren Waldteile. So ist in einem Schiedsspruch vom 3. März 1702 zu lesen, daß die 16 000 Stück Misselholz für das Kloster nicht mehr in den „sogenannten vorderen gantz ausgehawenen Waldtungen“ eingeschlagen werden können. Der stadtnahe Wald reichte nicht mehr für die Holzversorgung, – und zwangsläufig gewannen die Bäche immer mehr an Bedeutung für den Holztransport aus den abgelegeneren Waldgebieten.

Eine Verordnung der markgräflichen Hofverwaltung aus dem Jahr 1732 besagt, daß infolge des Holz mangels in der Ebene nunmehr das Brennholz für den markgräflichen Hofstaat in den entlegenen Murg- und Badener Waldungen, „wo es dem Eckericht und sonst am wenigsten schädlich ums bare Lohn gehauen und zu flößen ist.“

So wurden große Mengen an Brenn- und Misselholz in die entfernten, schlecht zugängli-



Die Oos in der Lichtentaler Allee.



Aus „Nouveau Guide à Bade et dans les environs“.

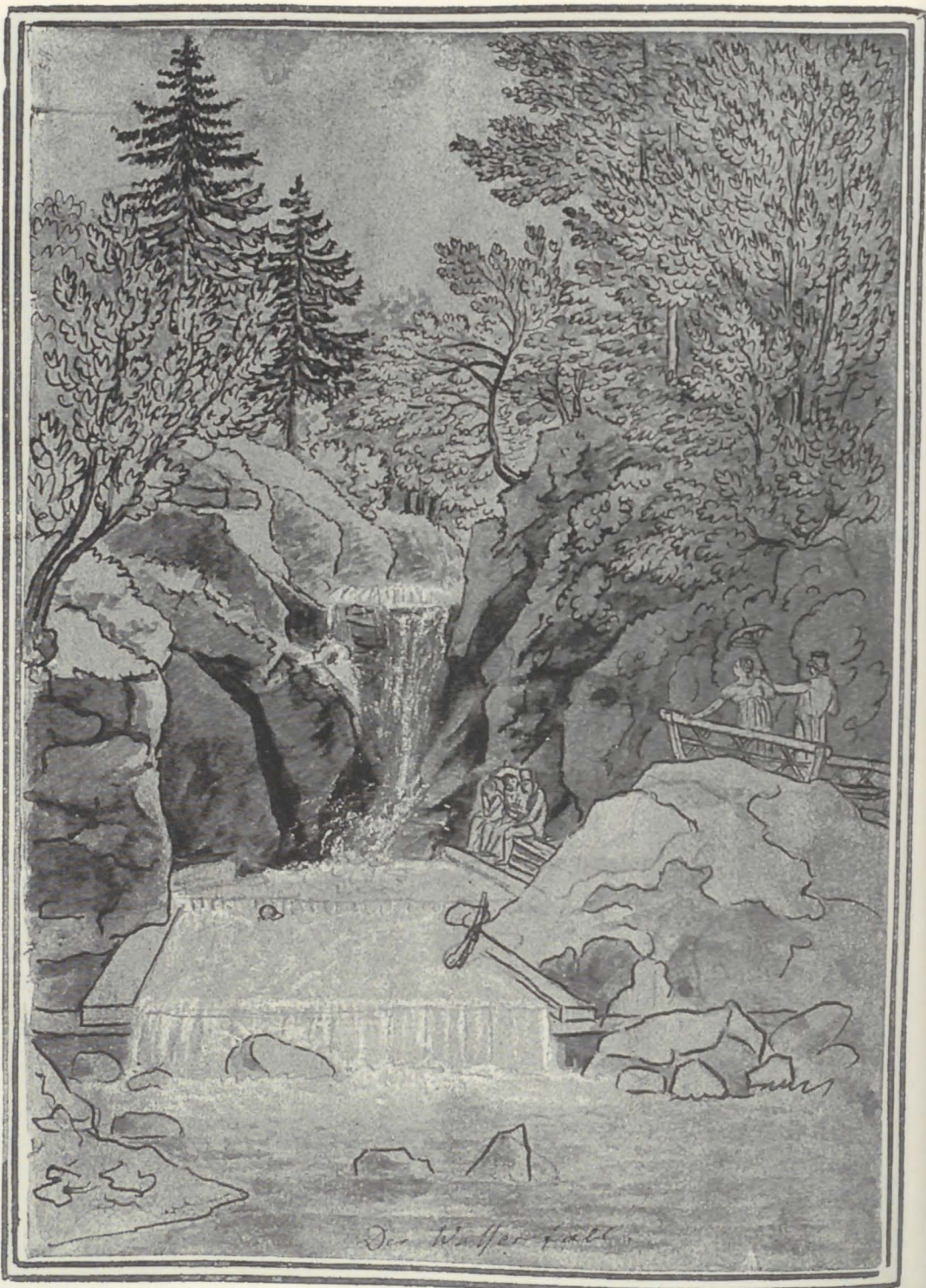
H. A. Schreiber, Karlsruhe et Bade 1836

gen hinteren Waldungen der Stadt, nahe der Bachläufe, im 17. und insbesondere im 18. Jahrhundert eingeschlagen. Eine erstaunlich präzise Abrechnung liegt für die Zeit 1737 bis 10. Mai 1739 vor. Im genannten Zeitraum wurden im Urbachtal 752 880 Stück Misselholz eingeschlagen. Davon gelangten in fünf „Gängen“ 462 131 Stück an ihren Bestimmungsort, jedoch gingen davon durch das „Flößen bislang 4050 Hölzer“ verloren. Der Bericht besagt, daß noch 286 699 Stück im Wald sitzen.

Diese in fünf Gängen beförderten Holzstücke konnten natürlich nicht zusammengebunden werden, wie dies beim langen Holz der Fall war. Wie der Transport dieser kurzen Holzstücke vor sich ging, das Triften, schilderte Jägerschmid sehr anschaulich: „Kaum war aber die Pforte der Schwallung geöffnet, so hob die

Gewalt des fürchterlich schäumenden Wassers wogend jenen kleinen Holzberg und zertrümmerte ihn unter fürchterlichem Getöse in die einzelnen Teile, woraus er bestand. Pfeilschnell, mit zunehmender Gewalt prallten die Klöße an den Felswänden an und mit noch größerem Donner fahren sie zurück. Tobend zerstäubte die Flut und im dicken Nebel sammelte sie sich wieder. Hier zertrümmerten schnell ankommende Klöße an dem herabhängenden Haupt eines Felsens zu Splintern und dort klammerten sich andere an Rizen fest.“ Man spricht daher auch von der Wildbachflößerei.

In ähnlicher Weise wiederholte sich der Vorgang bei der nächst tiefer gelegenen Schwallung. Im Tal beruhigte sich schließlich die schäumende Gewalt, da das Gefälle grin-



Geroldsauer Wasserfall, gesehen von Karl Urban Keller, 1814 (Stadtmuseum Baden-Baden). Auffallend sind die beiderseitigen hölzernen Begrenzungen, die das Durchschleusen des Floßholzes erleichtert haben. Ohne diese Seitenbegrenzungen hätte sich das Holz, vor allem das kurze, im Gumpen angesammelt und den Weitertransport blockiert.

ger wurde. So konnten die an der Oos tätigen Müller – wenn auch mit Widerwillen – diese Art der Holzbringung noch dulden. Von den 4050 verloren gegangenen Stück Missel mögen manche beim Hängenbleiben an den Uferböschungen von den angrenzenden Bewohnern für den eigenen Verbrauch entwendet worden sein. 1732 sollte jeder für jedes sich angeeignete Stück Holz mit 32 Kreuzern bestraft werden. Es war geplant, zur Überwachung Jäger und Husaren einzusetzen, um den „Holzklaue“ zu unterbinden.

Anfangs des 18. Jahrhunderts waren 20–30 Männer beim Misselflößen tätig, davon zahlreiche „Thieroller“. Sie hatten die Holzstücke „vom Holz ahn die Bach zu waltzen“ und dafür zu sorgen, daß das Holz zum „Brügel“ (Holzlagerplatz der Stadt; die Holzhofstraße erinnert noch an diesen Ort) oder zur Residenz nach Rastatt kam.

In den Waldmeisterei-Rechnungen des 17., aber besonders des 18. Jahrhunderts wird die Menge des geflößten Misselholzes immer wieder genau festgehalten und werden die ausbezahlten Beträge an die Unternehmer aufgeführt.

Es sollen hier nur zwei Beispiele genannt werden:

So flößte im Mai 1700 „Flötzermeister Mathes Seckler und Consorten 25950 Stück“ zur Stadt. Zu lesen ist in der Waldmeisterei-Rechnung, daß 13 Flößer einen „Imbiß“ von je 30 Kreuzern und „dann 5 Flötzer bey dem Deich zwey Taglohn á 15 Kreuzer und für den Imbiß 30 Kreuzer erhielten.

Am 17. Oktober 1740 „seindt auf der Grobbach undt Grochengrundt 27200 Stück hereingeflößt worden“ – zur Stadt! – wobei vier Männer „zwey Täg ahn den Laitern“ standen.

Es bleibt jedoch noch immer ein Geheimnis, wie zu jener Zeit das große Hindernis, der Geroldsauer Wasserfall, überwunden wurde. Das gilt insbesondere auch für die Langholzflößerei! Zeigt uns vielleicht ein Schreiben des Großherzoglichen Bezirksamtes vom 9. November 1812 die Lösung? Danach sollte zur „Flotzbarmachung der Gerolzauerbach“ eine „Pritscheneinrichtung“, eine Rutsche aus Holzstämmen, das Hindernis des Wasserfalles überbrücken. Etwa 2500 Stück Stammholz für Bauholz waren alljährlich für die Stadt vorgesehen

und sollten über diesen Wasserfall transportiert werden. Dazu kam noch eine große Menge an Brennholz. Die „Pritsche“ sollte man jeweils nach dem Flößen „bis zur nächsten Flotzzeit wegschaffen koennen, ohne daß also der Wasserfall dadurch zerstört und vorzüglich zur Sommerzeit gehemmt und in seiner natürlichen Lage durch eine Pritsche entstellt würde; da man auf der einen Seite dem Interesse der Stadt durch Flozbarmachung des Baches nicht entgegen sein moechte, auf der anderen Seite aber auch diese von allen Fremden, vorzüglich von Ihro Kaiserlichen Hoheit, der Frau Großherzogin selbst, beliebte Naturschoenheit, wozu nun bereits mit großem Kostenaufwand die Wege hergestellt sind, nicht zerstören lassen kann.“ – Das war ein großartiger Kompromiß!

Auch wenn noch 1823 auf dem Oberlauf der Oos 6000 Stück Brennholz zur – Stadt getriftet wurden, so hörte der Transport dieses Holzes auf dem Wasser nach und nach auf. Das Interesse am Erhalt der Floßeinrichtungen, die durch Hochwasser beschädigt worden waren, nahm daher gleichzeitig ab. Doch gegen den Widerstand des Stadtrates, der den Floßbetrieb beibehalten wollte, betrieb ab 1834 der neue Bezirksförster Diß energisch die Walderschließung mit Wegen.

Die LANGHOLZFLÖSSEREI AUF OOS UND GROBBACH

Das bereits erwähnte Polizeibuch aus dem Jahr 1510 enthält einen Abschnitt „Die Schiffherren berüren“. Danach konnten „die Schiffherren zu Gernspach oder sunst im Murgthal Jars uß der Statt welden tusend bäume und nitt darüber kauffen.“ Den Schiffherren im „Bühler Thale“ wollte man jährlich auf Anforderung dreihundert Bäume geben. Die zugewiesenen Einschlagsorte lagen jeweils in der Nähe des Überganges zum Nachbartal.

Nach Jägerschmid standen „schon im 10. Jahrhundert die Flößerei und der Holzhandel auf der Murg auf einer achtbaren Stufe.“ Konkurrenz war schon damals nicht beliebt. Deshalb kam es bereits 1520 – nach E. Renner – zu einem Vertrag zwischen der Murgschifferschaft und der Stadt Baden, „um in der Stadt Baden keine Flößerei aufkommen zu lassen,



Die Oos im hinteren Oostal. Kaum glaubhaft, daß hier einst in großer Menge kurze Holzstücke zu Tal getriftet wurden.

und um der Oosflößerei den Rang abzulaufen.“ Also die Flößerei auf der Oos und den Nebenbächen war für den großen Holzhandel tabu!

Noch 1700 ließ z. B. H. Philipp Kast aus Gernsbach in unmittelbarer Nähe der Roten Lache, also nicht weit zum Murgtal, 855 Blöcher Nadelholz einschlagen; ein Schiffer namens Friedrich Weyler holte sich ebenfalls in diesem Gebiet sein Nadelholz. Floßbares Wasser in Richtung Oostal war weit entfernt. Ein Unternehmer Caspar Berger aus Weißenbach fällt 1725/26 im Bereich des „Kleinen Staufenberg“, auch nahe zum Murgtal gelegen, eine große Menge „Hohlland-Holz“ darunter auch viele Eichen.

Also der Handel mit Hollandholz blühte, doch gingen die Transporte vorwiegend über das Murgtal.

Doch der erste „Accord“ – die erste vertragliche Vereinbarung – über das Flößen auf Oos und den Nebenbächen wurde nach den vorliegenden Akten am 28. Juni 1743 für 16 Jahre zwischen dem „entreprenneur“ und dem Oberfloßkommissar Daniel Friedrich Sprenger „nebst Consorten“ aus Pforzheim und der Stadt mit der Genehmigung der markgräflichen Verwaltung abgeschlossen.

Laut Vertrag war Sprenger u. a. verpflichtet, die Bäche (Oos und Grobbach) floßbar zu machen, „enge Ränk und krumme Bäche zu begradigen“, und er mußte sich mit den Anliegern der Gewässer wegen der Veränderung am Bachlauf und eventuell entstehender Schäden in Verbindung setzen. Jedes Jahr durften 400 Stämme aus dem Gebiet Wolfschärr (Bereich Scherrhof), Harzbach, Stegleiter und Bernstein eingeschlagen und gefloßt werden.

Demnach muß man annehmen, daß auf Grund der Verpflichtungen jetzt erst die „hohe Zeit“ der Flößerei im Oostal begann.

Es waren noch keine drei Wochen nach Vertragsabschluß vergangen, da stellten die Unternehmer bei der markgräflichen Verwaltung am 19. Juli 1743 den Antrag, das Quantum an Holländer-Hölzern von der begrenzten Zahl 400 Stämme je Jahr zu erhöhen, da immense Ausgaben von 12 000 Gulden erforderlich werden, um die Bachläufe floßbar zu machen. Nur 400 Stämme zu flößen, sei nicht rentabel, so wurde argumentiert. Daher möchte das Unternehmen so viel Holz bei der Stadt

kaufen, „als der Wald erliden kann.“ Hierdurch werde „der fürstlichen Durchlaucht die Commissions-Gelder undt der Steinmauerer Zoll merklich verbessert, der Stadt Baaden ihre bißhero ohnbrauchbares Holtz consumiret undt ihr nutzen gefördert, deren Unterthanen aber bessere nahrung verschaffet werden.“

Auch damals verstand man mit dem Geld zu klimpern, um mehr zu erreichen! Doch es gelang nicht, die Behörde mit Geld zu ködern. Schon am 25. Juli 1743 äußerte sich das Oberamt Rastatt negativ zu diesem Antrag. Die nur 400 Stämme seien durchaus gerechtfertigt, da sonst der Wald ruiniert würde. Es darf nicht vergessen werden, daß in diesen Waldungen bereits im großen Umfang Missel- und Brennholz eingeschlagen worden waren.

Nach wenigen Monaten ging die „Badener Bachcompagnie“ an den Oberschiffer Vollmer aus Pforzheim über. In einem Bericht des markgräflichen Forstmeisters Kißling an die Rentkammer in Karlsruhe vom 10. Januar 1744 heißt es, daß nicht nur der Oberschiffer Vollmer und der Posthalter zu Rastatt, namens Dürr, sondern auch mit denselben noch die beiden Kaufleute zu Calw, namens Notter und Stuber in der Compagnie stehen. Weiter ist zu lesen, daß „gedachter öhlbach² ohne anstandt, außer in einem Ort allwo das Wasser 25 schu hoch über einen felsen herunterfalle floßbar gemacht worden.“ Es wird ferner erwähnt, daß zur Sprengung des Felsens (es handelt sich hier um den Geroldsauer-Wasserfall) „die erforderliche leithe angenommen seien, auch das dazu benöthigte Pulffer parat lige.“ Sollte die Sprengung sich nicht ermöglichen lassen, ist „die Bach hinter dem felsen herumzuleithen.“ Die Kosten für die Umleitung des Wassers wurden mit 500 Gulden veranschlagt.

Ob mit dieser Umleitung einmal begonnen wurde, ist ungewiß. Allerdings könnte man vermuten, daß die kleine Schlucht, die durch den Brückensteg in der Höhe des Wasserfalls überspannt wird, von Menschenhand geschaffen wurde. Der Untergrund und die Seiten sind unnatürlich glatt.

Für die Beseitigung der Blöcke und Felsen, für die Anlage von 18 Floßlöchern und Wasserstuben, für die Durchbrechung und Sprengung des großen Wasserfalles und vieler anderer



Geroldsauer Wasserfall, das einst große Hindernis für das Flößen, seit 1971 ein Naturdenkmal.

Arbeiten ging man jetzt sogar von 18 000 Gulden aus.

In dem zuvor genannten Bericht wird weiter festgestellt, daß „im Badischen keine Leithe sich finden dürfften“, welche dieses Langholzflößen verstehen, doch machte man sich „die größte Hoffnung, die Wildbächeflößer dahin zu gebrauchen.“ Bemängelt wurde, daß die „badener Flößercompagnie“ das Holz aus dem Stadtwald viel zu billig erhalten würde. Das „Fürstlich Geheime Rathscollgium“ wollte daher zunächst die Genehmigung für das Floßunternehmen nicht erteilen, da „nicht nur die diesseitige, sondern eben sowohl auch die Württembergische Schiffer und Flößer mehreren Theils völlig ruiniert werden dürfften.“

Am 21. August 1748 fand mit den „holzentreprenneurs“, einem Vertreter des „Markgräfllich-Badischen Comissariats“, dem Waldmeister Strohe, Mitglieder vom Rat der Stadt und „Feldumgängern“ (wohl Feldhüter!) eine Ortsbesichtigung längs der Oos im westlichen Teil der

Stadt statt. Die Anlieger waren zugegen. Der Lauf der Oos sollte begradigt und Uferausbauten vorgenommen werden. Mit dem Bockwirt von Baden konnte keine Einigung erreicht werden, um einen großen Bogen der Oos zu begradigen. Er lehnte „bey solch verspürten Eigensinn“ eine Landabgabe ab, oder nur gegen einen „unheimlichen“ Preis war er dazu bereit.

Derartige Ortsbesichtigungen längs des Grobbaches und der Oos erfolgten in unregelmäßigen Zeitabständen, um vorhandene Schäden festzustellen.

1757 verklagte die Stadt die „Badener Bachcompagnie“; es wird von der Fauler'schen Schifferschaft gesprochen, in der Joh. Jakob Fauler, drei weitere Pforzheimer, sowie Franz Anton Dürr aus Rastatt und zwei weitere Rastatter als Unternehmer vertreten waren. Anlaß der Klage war die erhebliche Mehrnutzung an Holz, was sich mit dem im Jahre 1859 ablaufenden Vertrag nicht vereinbaren ließ. Man argumentierte u. a.: Die Compagnie „wußte den



Gepflegte Kurlandschaft an der Oos.

abgelebten Bürgermeister und vorherigen Waldmeister solchergestalten zu beleben und einzuschläfern, daß diese beide der Compagnie über die im Contact bestimmte Zahl des Holzes jährlich ein weit größeres quantum angewiesen.“ Seitens der Stadt vertrat man die Ansicht, „die Compagnie hätte den hinteren Stadtwald sonst den Garaus gemacht.“

Fauler und Consorten hatten im Murgtal ebenfalls die Waldungen ausgebeutet. Bei K. F. V. Jägerschmid, großh. bad. Oberforst-rath: „Baden und der Untere Schwarzwald im Großherzogtum Baden“ lesen wir:

„Diese Gesellschaft unter der Firma Fauler u. C. wußte allerdings während der Andauer des Akkords ihre Aufgabe zu lösen und nicht nur diese Urwaldungen von dem überstandenen, sondern auch von dem haubaren und jungen Holze zu entleeren und die seit Jahrhunderten von undurchdringlichen Waldungen beschattete Erdfläche, die weder Sonne noch Mond zu beleuchten vermochte, zu lichten und zu verwüsten.“

Das Hofgericht entschied am 10. 5. 1759 zugunsten der Stadt Baden, da ohne Anweisung durch die Stadt Holz gefällt und der Wald und die landesherrliche Wildfuhr (Jagd!) dadurch benachteiligt wurde. Außerdem wurde noch von einer „Defraudierung des Zolls“ gesprochen.

Die Gegenpartei legte gegen das Urteil „remedium revisoris“ ein. In die Vergleichsverhandlungen schaltete sich nun als weiterer Partner der „Badener Bachcompagnie“ der bedeutende Handelsmann des Murgtales und Bürgermeister der Stadt Gaggenau – Rindenschwender – ein. Der Vergleich führte dazu, daß ein neuer auf weitere sechs Jahre abzuschließender Accord mit dem „Badener Bach-Compagnie-Handel“ unter Beteiligung von Rindenschwender, Fauler und Consorten zustande kam. Der Vertragsabschluß erfolgte am 30. 3. 1761.

Die Einleitung des Vertrages besagt, daß die Stadt das Holz in den hinteren Waldungen nicht ungenutzt stehen lassen will. Im Bereich des „Bährensteins und Wurtzelweges“ durften in der Vertragszeit 1600 Holländerstämme oder mehr soweit es der Wald, ohne Schaden zu erleiden, zuließ, genutzt werden. Wenn man schon schlechte Erfahrungen mit den Floßge-

sellschaften gemacht hatte, so ist diese lasche Formulierung unverständlich.

Im § 7 des Vertrages wird Rindenschwender sogar zugestanden, daß, bevor das Holz aus den vorderen Waldungen von der Stadt nach auswärts verkauft wird, ihm das Holz anzubieten ist (Vorkaufsrecht!).

Der § 13 regelt die entstandenen Schäden durch das Flößen; sie sollten durch „geschworene Untergänger abgeschätzt“ werden; entsprechend waren dann die Schäden zu begleichen. Angemeldet werden mußten die Schäden von den betroffenen Grundstückseigentümern binnen acht Tagen.

Nach Beendigung des Akkords, so besagt ein anderer Paragraph, sollten sämtliche Anlagen in das Eigentum der Stadt übergehen. Das Halten von Vieh durch die Floßleute im Wald und die Urbachmachung von Gelände war untersagt.

In einem Nachtrag erklärt sich die Stadt bereit, für die erforderlichen Landwege (Riesanlagen, auf denen das Holz zum Wasser glitt oder gezogen wurde) geringes Buchenholz zur Verfügung zu stellen.

Zu diesem Floßakkord gehörte noch eine umfassende Preisvereinbarung für das eingeschlagene Holz; nur zwei seien herausgegriffen:

„Für den Stamm von achtzig, siebenzig und sechziger Tann auf dem Stock fünf Gulden. Und sollen die Tann wenigstens am kleinen End 16 Zoll³ halten.“ – Also, das waren schon Urwald-Riesen! Ob diese wirklich durch das Oostal geflößt wurden? Man kann sich das kaum vorstellen!

„Ein Stück Balken ad 2 Gulden 30 Kreuzer und soll der geringste am kleinen End 14 Zoll³ halten.“

Es ist dann noch die Rede von Holländer-Dickbalken, von Meßsiebenziger, Kreuzbalken, gemein Holz, vom Stamm zu Spitzenholz, – alles Sortimente mit für den Verwendungszweck entsprechenden anderen Abmessungen.

Die starken Tannen, mit denen der Holzhandel nach Holland betrieben wurde (Holländer-Tannen), durften keine oder höchst selten nur unmerkliche Krümmungen oder andere Fehler aufweisen. „Das Tannen-, Schiffbau- und Gemeinholz wird in Holland zu Schiffen, so dann aber auch besonders zu bürgerlichen Gebäuden und Wasserbauten, als Bauholz und

Bretter verwendet“, so ist im Handbuch für Holztransport- und Floßwesen von Jägerschmid zu lesen.

Ein „sechziger Tann“ war 60 Schuh lang (ca. 18 m); hinzu kamen noch zwei Schuh sogenanntes Vorholz zum Anbringen der Bohrlöcher für die Holzwieden, um das Zusammenbinden der Stämme zu einem Floß zu ermöglichen. Der „achtziger Tann“ hatte gar eine Länge von rund 25 m, wobei ebenfalls wieder der Stamm zwei Schuh länger für das Vorholz auszuhalten war.

Die Entschädigung der Mühlenbesitzer wird, da sie ihre Wehre zur Verfügung stellen müssen, geregelt. Für jedes Floß werden gerade 24 Kreuzer bezahlt.

Desweiteren werden in der Vereinbarung die Maßeinheit, wie das Holz vermessen wird, und die Zahlungsfrist festgelegt. „Wird der Stamm Holtz alles auf Baademer Maß abgemessen, das Scheiderholtz aber auf Nüremberger Maß abgemessen und soll er die Hälfte des

Holtzes jedes mahl bey Auszeichnung und die andere Hälfte, wann die Jahresflößung vollendet ist, bezahlen.“

In dem genannten „zur Nutzung des Stammholzes“ freigegebenen Bereich war für das Auszeichnen des Holzes Rinderschwender zuständig⁴ – nicht der Waldmeister! So walten die Interessen der Floßcompagnie in diesem Waldgebiet! Er war weiterhin verantwortlich für den Holzeinschlag, für die Bringung und für das Flößen des Holzes bis nach Steinmauern. Auch die finanziellen Angelegenheiten, wie das Bezahlen des Holzes und der Löhne, oblagen ihm. Fauler, sein Compagnon, tätigte die Geschäfte im „Ausland“. Er organisierte das Flößen des Holzes bis nach Mannheim, von wo das Holz von Händlern übernommen wurde. Außerdem war Fauler für die gesamte Buchführung der Gesellschaft verantwortlich. Jeweils zu Martin⁵ eines jeden Jahres mußte der Stadt Rechenschaft gegeben werden.



Der Grobbach in Geroldsau um 1830 von C. Obach, Stadtmuseum Baden-Baden.

In der Blütezeit der Langholzflößerei – mit Rindenschwender wurde 1766 ein weiterer Akkord abgeschlossen – fuhren oft im Frühling und Spätherbst am Tage bis zu drei Flöße talwärts. Zum Beispiel wurden 1764 920 Stämme in „19 Flötz“, also pro „Flötz“ im Schnitt 49 Stämme (!) und 1768 2422 Stämme auf Grobbach und Oos transportiert! Man kann es sich heute schwerlich vorstellen, daß auf dem Grobbach und dann anschließend auf der Oos Stämme mit Wieden (schwache junge Tannen, auch Birken, Buchen und Hasel waren möglich) zu Flößen zusammengebunden – wenn mit kaum 50 Stämmen das Floß auch verhältnismäßig klein war – zu Tal gebracht wurden.

DAS ENDE DER LANGHOLZFLÖSSEREI

Verschiedene Faktoren verursachten die Einstellung der Flößerei gegen Ende des 18. Jahrhunderts, so unter anderem die Auswirkungen des waldplündernden Holzeinschlags der Flößerei-Compagnien. Er führte zu einer Verwüstung und „gänzliche Ruin“ des Waldes, wie aus verschiedenen Niederschriften zu ersehen ist, und zum mehrfachen Eingreifen der markgräflichen Forstverwaltung im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Ein vom Oberjägermeisteramt Karlsruhe im September 1880 an den damaligen Markgrafen gerichteter Brief bringt hier die Empörung über die Waldbehandlung mehr als deutlich zum Ausdruck. In diesem Brief ist zu lesen: „Zum blühenden Wohlstand der Stadt Baden gehört unstreitig die Erhaltung deren beträchtlichen Waldungen, welche nur durch die Einführung einer gesetzlichen Holzcultur und Einschränkung der verderblichen Forstwirtschaft erreicht werden kann. Solange also die Administration der Badener Waldungen dem städtischen Vorstand überlassen ist, wird kein gebesserter Erfolg, vielmehr der gänzliche Ruin zu erwarten seyn. – Ein jedes Fach hat seine eigenen Grundsätze, seine eigene Behandlungsart. Die Forstökonomie besonders ist ein weitausgedehntes Feld, dessen Grenzen am wenigsten Männer erreichen, die nicht nach deren Prinzipien handeln und es als eine Wohltat für das städtische Ärarium ersehen, wenn sie durch übermäßigen

Holzverkauf Geld für dasselbe acquirieren, dabei aber zu erwägen vergessen, daß diese Verfahrensart nicht allein das Capital selbst absorbiert, sondern auch die Nachkommen und Waldgenossenschaft dem Mangel am Ende ausgesetzt werden.“

Das war eine sehr deutliche Kritik an die Stadt, der das Geld aus dem Flößerei-Betrieb näher stand als die Zukunft ihres wertvollsten Kapitals, dem Wald. Das ist vorallem dann verständlich, wenn man weiß, daß der Bürgermeister sehr oft auch den Waldmeisterposten inne hatte, oder gar einer vom Rat!

Auch politische Gründe, wie die napoleonischen Kriege und deren Auswirkungen mögen das Geschäft nach Holland unterbrochen haben.

DIE REAKTION DER MÜLLER LÄNGS DER OOS

Über die Einstellung der Flößerei haben sich – mit Sicherheit – die Müller gefreut. Sie waren die Leidtragenden, denn immer wieder mußten sie den Mahlbetrieb einstellen, wenn ein Floß durch ihren Mühlteich polterte. Davon zeugen z. B. Schreiben aus dem Jahr 1751. Es beschwerten sich die Müller Trautmann- und Schmahlholz (Oos und Sandweier), Joseph Baumwarth und der Aumüller von Beyern (Mehl- und Ölmühle), Adam Schababerle, Adam Eysen der Schweigrother (Mehlmühle) und Margreth Friedel, Wittib, bitter über die Geschäftseinbußen durch das Stillstehen der Mühlen während des Vorbeiflößens und wegen der entstandenen Schäden an den Wehren. „Nach meinem Gutdünken sind der drei Jahr lang schon über die 80 Flötz hinunter“, schreibt der Müller Joseph Baumwarth im August 1751 an den „Hochfürstlichen Marggraf. Baadischen Hofrath Dirrhein“ und an das „Flotz-Commißarium“. „Der große Schaden entstehe durch die Schwellings, denn so bald ein Flotz am Kloster Teuch ist, so muß schon ein Flötzer die Wasserfall auf machen bey meinem Teuch und muß solches offenstehe bis sie mit dem Flotz bey der guntzbacher brücken“ sind. Wenn er, der Müller Baumwarth, den zur Mühle gehörenden Teich nicht zumachen dürfe, so bliebe er offen. Solange der Teich nicht gefüllt ist, müssen die Mühlen stillstehen. Es dürfe, so erwähnt er weiter doch

keineswegs bei „kleinem Wasser“ – Niedrigwasser – geflößt werden. An dieses Verbot halten sie, die Flößer, sich nicht und „schwellen allzeit so lang bis man mit truckhenem Fuß über die Bach laufen kann.“ Zu einer solchen Zeit würde ihm das Mahlen völlig unmöglich gemacht. Doch auch das „große Wasser“ bereitete Baumwarth in Verbindung mit der Flößerei Sorge. „Zur nachts Zeit“ kann er „vielmahl kein licht auslöschten und nicht schlafen aus forcht und aus ursach das hochwasser könne einige Flötze wegreißen undt sie gegen die Mühle werfen oder haus und mühl unterminieren.“

Der Müller Schababerle weiß zu berichten, daß ein Mann allein den ganzen Tag zu tun habe, um wieder den Abfluß zuzustopfen.

Sogar die Bäcker beschwerten sich 1753, da sie nicht genügend Mehl von den Müllern erhielten und oft unverrichteter Dinge heimfahren mußten. Das Mehl würde, so reklamierten sie, durch den unregelmäßigen Mahlgang schlechter. Der Bäcker Schababerle erklärte gar, er könne seiner Herrschaft nicht mehr so

ein schönes Semmelmehl liefern, wie sie es beliebt.

So waren also die Mehl-, Öl- und Sägemüller weitgehend zufrieden, daß sie nach Stilllegung der Langholzflößerei nun ihr Gewerbe besser ausüben konnten. Das Flößen des Mischholzes mußten sie noch eine Weile ertragen.

WAS ERINNERT NOCH HEUTE AN DAS FLÖSSEN?

„Erinnerungsstücke“ von der Flößerei findet man noch da und dort im einst genannten „hinteren Wald“ der Stadt Baden-Baden. Bei der heutigen Urbachhütte war, so noch in einer Karte aus dem Jahre 1837 zu ersehen, eine größere Wasserfläche, die „Woog“ genannt. Man kann diese Fläche, wenn auch zugewachsen, heute noch erahnen. Die „Schwöllwag“ muß nach Jägerschmid soviel Platz haben, daß beim Einwälzen das Holz keinen Schaden erleide, daß die Stämme geschwenkt werden können und daß ein Floß darin Platz findet. Hier also, in der Nähe des ehemaligen Floßhauses,



Bild Ausschnitt vom Wandgemälde von Dipl. Ing. Julius Kraetz über die Flößerei im Grobbach.



Das einstige Floßhaus, das seit einigen Jahren unter Denkmalschutz steht.

dem Neuhaus, mögen demnach die Flöße gebildet worden sein.

Das Holz wurde meist auf sogenannten Riesen, Erd- oder Holzriesen, beigebracht. Auf den Holzriesen rutschte natürlich das Holz bedingt durch die geringere Reibung (Holz auf Holz) schneller zu Tal. War diese Riese feucht, so beschleunigte sich das Gleiten. So erinnert noch heute die „Holländerschleif“ oberhalb des Neuhauses an diese einstige Holzbringung zur Flößerzeit.

Ebenfalls befand sich ein kleiner See zwischen den Grobbachhöfen und der Stöckelsmatt (unterhalb des Schwanenwasen, an der Schwarzwald-Hochstraße gelegen).

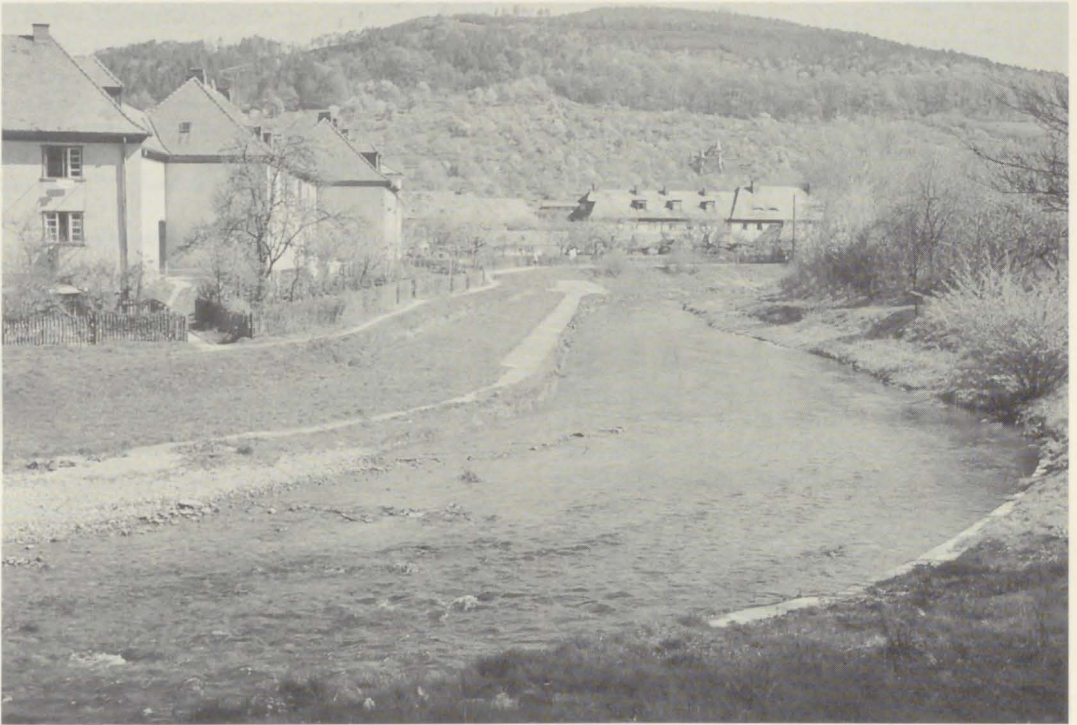
Überreste von Schwallungen und Uferbefestigungen kann man im hinteren Oostal wahrnehmen. Sie dienten fast ausschließlich der Brenn- und Misselholzflößerei. Die Einrichtungen fallen kaum auf; Wald wächst auf ihnen.

Noch ein Zeuge aus jener Zeit ist vorhanden, das einstige „Flozhaus“, das Neuhaus, ein einsam gelegenes, romantisches Fachwerkhäus, das noch bis 1959 von einer Waldarbei-

terfamilie bewohnt worden war; heute dient es kurörtlichen und forstlichen Belangen.

1767 wird dieses Haus, das seither einige Male umgebaut wurde, erstmals erwähnt. Im Contraktenprotokollband jenes Jahres steht folgendes: „Es ist von Förstern die Anzeige geschehen, daß dem Flötzer Johannes Künstle das in Zeiten des Herrn Markgrafen Ludwig Georg (1702 bis 1761) erbaute Flozhaus, welches für die gegen die Wilderer aufgestellte Jäger-Parthie bestimmt gewesen, gegen Bezahlung eines jährlichen Zinses überlassen worden seye.“

Bei einer Beschreibung der Gegend aus dem Jahre 1810 heißt es u. a.: „Der Weg wendet sich rechts nach dem Herrenacker, einem platten Wiesenplatz, dann nach dem Flozhaus, so heißen zwei Häuser, in deren Nähe man drei Schwallungen sieht⁶. Von hier kommt man an einem einzelnen Haus, dem Philippshöfel, vorbei.“ Wo das Philippshöfel einst stand, ist in Vergessenheit geraten; das obere Neuhaus, also das zweite, wurde kurz vor der Jahrhundertwende abgerissen. Ein ähnliches Schicksal wäre fast dem „unteren Neuhaus“ be-



Die Oos im Westen der Stadt.

schieden gewesen. Zweimal war der Abriß geplant, und jedes Mal konnte dies von Heimatfreunden verhindert werden. Dem Verfasser dieser Abhandlung gelang es, daß dieses geschichtsträchtige Haus 1983 durch das Landesdenkmalamt unter Denkmalschutz gestellt wurde.

An die Flößerei erinnert im Stadtwald auch noch das Flößerstübel im Gasthaus „Scherrhof“. Ein Wandgemälde des Heimatpreisträgers der Stadt Baden-Baden, Julius Kraetz, erinnert dort an die große Zeit der Flößerei. Es soll die Flößer bei der Arbeit mit dem langen Holz auf dem Grobbach wiedergeben.

Wie die Flößer einst aussahen, darüber gibt auch Hauff Auskunft: „Sie tragen Wämser von dunkler Leinwand, einen handbreiten, grünen Hosenträger über die breite Brust, Beinkleider von schwarzem Leder; ihr Stolz und ihre Freude aber sind ihre Stiefel, die größten wahrscheinlich, welche auf irgend einem Teil der Erde Mode sind; denn sie können zwei Spannen weit über die Knie hinaufgezogen werden, und die „Flötzer“ können damit drei Schuh

tiefen Wasser umherwandeln, ohne sich die Füße naß zu machen.“

1805 schrieb der Geheime Hofrat und Arzt namens Jung-Stilling in sein Tagebuch: „Das Tal wird von dem Fließchen Ohß durchströmt, das sich besonders durch Holzflößerei wichtig macht!“ Auch zahlreiche Mühlräder setzte es in Bewegung. Doch die Zeiten haben sich inzwischen völlig verändert; aus der „arbeitssamen“ Oos wurde ein charmant dahinfließendes Fließchen, das allerdings ab und zu auch launisch und unberechenbar werden kann, wenn es im Gebirge zuviel regnet.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts errichteten Einheimische und Fremde im Uferbereich der Oos Hotels – die Weltruf erlangten – prächtige Villen und Wohnhäuser. Zu erwähnen sind die zu jener Zeit angelegten Grünflächen, seien es Parkanlagen oder schmucke Gärten. So wurde aus dem arbeitssamen „Fließchen Ohß“ und aus den angrenzenden Uferbereichen ein schmückender Bestandteil der kurstädtischen Landschaft Baden-Badens – völlig vergessen ist die rauhe Zeit der Flößerei!

Quellen-Verzeichnis

- 1 Generallandesarchiv Karlsruhe
- 2 Archiv der Stadt Baden-Baden
- 3 Brandstetter Lothar „Forstgeschichtliche Untersuchungen über den Stadtwald von Baden-Baden“ – Dissertation 1962
- 4 Brandstetter Dr. Lothar „Die Geschichte des Neuhauses“ – „Zwischen Murg und Kinzig“ -Beilage des „Badischen Tagblattes“ Januar, März, April 1980
- 5 Brandstetter Dr. Lothar „Wege und Hütten im Wald für Adel und Badegäste anfangs des 19. Jahrhunderts“ – „Aquaë 1993“ Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden e. V.
- 6 Brandstetter Dr. Lothar „Von den Waldmeistern der Stadt Baden“ – „Aquaë“ 1994 Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden e. V.
- 7 Hauff Wilhelm „Ausgewählte Werke“ – Druck und Verlag der Aschendorffschen Buchhandlung, Münster 1890
- 8 Jägerschmid K. F. „Handbuch für Holztransport und Floßwesen“ – Karlsruhe, Müller'sche Hofbuchhandlung 1828 –
- 9 Jägerschmid K. F. „Baden und der untere Schwarzwald“ – Karlsruhe, Druck und Verlag C. Macklot, 1846 –
- 10 Renner E. „Entstehung und Entwicklung der Murgflößerei bis zum 30-jährigen Krieg“ Freiburg 1928

Anmerkungen

- 1 Nach Jägerschmid: Missel = 6-8-9-12 Fuß (ca. 2,00–4,50 m) lange Klötze (Feuerhölzer) auf unregelmäßigen Floßstraßen. Die Missel dienten auch zur Herstellung von Pfählen und anderen Gegenständen.
- 2 Die Oos hatte verschiedene Bezeichnungen: „Bey Lichtenthal die Beyemer, bey Baaden die Öhl- und bey Ooß die oößbach heiße.“
- 3 16 Zoll = etwa 45 cm; 14 Zoll = etwa 40 cm
- 4 Er entschied, welche Bäume zu fällen sind; der zu fällende Baum erhält heutzutage einen Schalm mit der Axt am Stamm; ob dies damals so geschah, ist nicht bekannt.
- 5 11. November
- 6 Eine Schwallung ist auch vorhanden.

Anschrift des Autors:
Dr. Lothar Brandstetter
Maximilianstraße 5
76534 Baden-Baden

Ein neues Dorf: Neudorf

Zum Jubiläum der ersten Erwähnung Neudorfs im Jahre 1497

Eigentlich müßten die Neudorfer sich glücklich schätzen, daß der Staat Steuern erhebt, denn ohne staatliche Steuern, genauer: ohne die Ausschreibung einer allgemeinen Reichssteuer auf dem Wormser Reichstag von 1495, vor allem aber ohne den Vollzug dieses Gesetzes in den Jahren 1496 bis 1499, hätte man in Neudorf mit der Feier des fünfhundertjährigen Jubiläums noch ein paar Jahre warten müssen¹. Die nächste zuverlässige Erwähnung Neudorfs datiert von 1502.

Übrigens handelt es sich bei der 1495 in Worms beschlossenen Steuer um eine der allerersten allgemeinen Reichssteuern in Deutschland überhaupt². Sie war eine kombinierte Kopf- und Vermögenssteuer, zu der jedermann herangezogen werden sollte, ohne Rücksicht auf seinen Stand und seine Würde. Steuerpflichtig waren alle Männer und Frauen ab dem fünfzehnten Lebensjahr, das heißt: beginnend mit der Volljährigkeit. Die Dauer der Abgabe wurde (zunächst) auf nur vier Jahre beschränkt. Der Zweck dieser Steuer war ein doppelter: Nach außen sollte mit ihrer Hilfe der von den Türken bedrohte Reichsfrieden gesichert werden; nach innen aber ging es darum, die Justiz- und Exekutivorgane, die derselbe Reichstag zur Wahrung eines ewigen Landfriedens neu geschaffen hatte, zu finanzieren³.

Bezeichnet wurde die in Worms beschlossene Steuer als „Gemeiner Pfennig“ – ein Name, dem wir, denken wir nur an die Steuern und Abgaben, die uns selbst bedrücken, von Herzen zustimmen möchten. Aber natürlich ist dieser Name nicht im modernen Sinn als „gemein“ = „niederträchtig“ zu verstehen, sondern im älteren und eigentlichen Sinn als „gemein“ = „allgemein“; schließlich handelte es sich um eine allgemeine, von allen damaligen Reichsangehörigen zu entrichtende Steuer. Die harmlose

Bezeichnung einer Steuer als „Pfennig“ kennen wir aus eigener Erfahrung, zahlen wir doch selbst einen „Kohlepfennig“ und einen „Wasserpfennig“ und wissen daher nur zu genau, daß es dabei mit Pfennigbeträgen sein Bewenden keineswegs hat. Auch was die anfängliche Befristung neuer Steuern betrifft, müssen wir nur an die Sektsteuer oder an den Solidaritätszuschlag denken, um zu wissen, wie es um entsprechende Verheißungen tatsächlich bestellt ist. – Steuern: eine unendliche Geschichte . . .

Die Steuer von 1495 freilich drückt die Neudorfer schon lange nicht mehr, und um so weniger vermag sie die heutige Festesfreude zu trüben. Das solcherart steuerbegünstigte Glück Neudorfs und seiner Bewohner besteht an sich ganz einfach darin, daß die Erhebung jener 1495 beschlossenen Reichssteuer des „Gemeinen Pfennigs“ – wie jegliches Verwaltungshandeln noch in unseren Tagen – mit der Entstehung von Akten verbunden war, Akten, die heute im Archiv der Stadt Frankfurt liegen und in denen der Name Neudorfs das allererste Mal zu fassen ist⁴. Nachdem der „Gemeine Pfennig“ im August 1495 von den Ständen des Heiligen Römischen Reiches beschlossen worden war, bestimmte Kaiser Maximilian im Jahr darauf die Reichsstadt Frankfurt am Main als Sammelstelle für die eingehenden Gelder, und die alsbald mit dem Einsammeln betrauten Schatzmeister richteten im Frankfurter Rathaus, dem „Römer“, ihre Geschäftsstelle ein. Die erste Zahlung wurde dort im März 1497 verbucht, die letzte im Mai 1499; der größte Teil der Buchungen geschah freilich im Laufe des Jahres 1497⁵.

Wann genau die Steuergelder aus dem Hochstift Speyer – und damit auch jene aus Neudorf – in Frankfurt eingegangen sind, läßt sich heute nicht mehr mit letzter Gewißheit

sagen. Man darf jedoch annehmen, daß der reichstreue Bischof von Speyer, damals ein Herr von Helmstatt aus dem Kraichgau, ganz sicher nicht zu den säumigen Zahlern gehörte, und insofern ist es – bis zum Beweis des Gegenteils – zweifellos legitim, dem Neudorfer Jubiläum nicht die Jahre 1498 oder 1499, sondern – wie geschehen – das Jahr 1497 zugrunde zu legen.

1497–1997: Mancher mag einwenden, ein solches Jubiläum, bei dem man „nur“ auf fünfhundert Jahre zurückblicken kann, nehme sich doch sehr bescheiden aus, wenn man es mit den vielen 1200- oder 1000-Jahr-Feiern vergleicht, die unter Berufung auf den Lorscher Codex oder auf den Weißenburger Codex Edeleini im zurückliegenden Vierteljahrhundert am Oberrhein und anderwärts allenthalben begangen werden konnten. Das ist wohl wahr. Indes: Der vielzitierte Lorscher Codex und ebenso der Weißenburger Traditions Codex berichten für die jeweiligen Orte fast ausschließlich von Gütern und Rechten und erwähnen nur selten einmal die dort lebenden Menschen. Hingegen erfahren die Neudorfer aus dem Frankfurter Steuerregister gleich bei der ersten Erwähnung ihrer Gemeinde ganz genau, wieviele Personen – Männer und Frauen – in dem noch jungen Dorf lebten, wie sie geheißen wurden und wieviele Kinder sie hatten. Diese steuer-technisch bedingte Besonderheit der Neudorfer Ersterwähnung darf man für einen ganz seltenen Glücksfall halten.

Unter der Überschrift *Neudorff* führt die Steuerliste 23 steuerpflichtige Personen auf: elf Männer und dazu deren elf Ehefrauen sowie einen offensichtlich volljährigen, aber noch im Haushalt der Eltern lebenden Knaben. Demnach bestand Neudorf um 1497 aus elf Haushaltungen mit insgesamt etwa vierzig bis fünfzig Personen – schließlich muß man den namentlich genannten Erwachsenen auch noch die Kinder und Minderjährigen hinzurechnen.

Die in dem Verzeichnis vorkommenden Zu-beziehungsweise Familiennamen sind der Reihe nach: *Bertsch, Doßler, Clauß, Mecher, Syfe, Runck, Geyß, Mey, Lorentz, Gyger* und *Bruon*. Darunter sind immerhin drei Namen, die sich auch im aktuellen Telefonbuch von Neudorf wieder finden, nämlich Bertsch, Mai und Geiger. Allerdings wäre es voreilig, daraus zu

schließen, bei den heutigen Familien dieser Namen handle es sich um unmittelbare Nachfahren der Neudorfer „Ureinwohner“. Denn schon eine Generation später lassen sich am Ort aus dem ursprünglichen Bestand nur noch die Namen Geiger und Syfe nachweisen, und daß die heutigen Geiger in Neudorf tatsächlich von den damaligen abstammen, ist zwar nicht ganz auszuschließen, müßte aber erst einmal bewiesen werden. Um 1500 waren sowohl die bürgerlichen wie die bäuerlichen Familiennamen hiezulande erst im Entstehen begriffen und noch auf lange Sicht einem starken Wandel unterworfen. Darüber hinaus darf man aber auch die sehr beachtliche Mobilität der Menschen jener Zeit nicht unterschätzen, die allfälligen Zu- und Abwanderungen in und aus der näheren und weiteren Umgebung; so gab es in der Bevölkerung hier wie anderwärts eine ständige Fluktuation, die eine jahrhundertelange Kontinuität einzelner Familien am Ort eher fraglich erscheinen läßt.

Über das Steueraufkommen respektive über die wirtschaftlichen Verhältnisse der ersten Neudorfer erfahren wir aus unserer Frankfurter Quelle leider nichts. Vermutlich hatten die dort genannten Personen überhaupt kein eigenes Vermögen und wurden deshalb auch nicht zu der differenzierten Vermögenssteuer, sondern allein zur einheitlichen Kopfsteuer herangezogen, für die das bloße Notieren des Namens genügte. Desgleichen schweigt sich die Quelle darüber aus, welchem Broterwerb die hier genannten Leute nachgegangen sind; allerdings müssen wir in diesem Punkt nicht viel spekulieren. Ganz sicher waren die Neudorfer damals sämtlich Bauern, die allenfalls nebenbei noch ein bescheidenes Gewerbe als Schuster, Zimmermann oder Schmied versahen. Über Jahrhunderte hinweg, bis zu dem durchgreifenden Strukturwandel in jüngerer Zeit war Neudorf eine ganz überwiegend bäuerlich geprägte Siedlung.

Nachdem wir nun die ersten Einwohner Neudorfs kennengelernt haben, möchten wir natürlich gerne auch noch wissen, wann das „neue Dorf“, das uns solcherart in der schriftlichen Überlieferung um 1497 das erste Mal entgegentritt, eigentlich entstanden ist. Oder anders gefragt: Wie alt ist Neudorf wirklich?

Der Antwort auf diese Frage können wir uns freilich nur sehr behutsam tastend nähern. Bis in die Reformationszeit war Neudorf in kirchlicher Hinsicht Filialort des benachbarten Graben⁶. Daraus darf man ohne Zweifel schließen, daß das neue Dorf von Graben her besiedelt worden ist, und diese Besiedlung muß zu einer Zeit geschehen sein, als beide Orte noch nicht durch die Territorienengrenze zwischen der Markgrafschaft Baden und dem Hochstift Speyer voneinander getrennt waren. Das heißt: Neudorf muß vor 1486 entstanden sein. Am 21. Juli 1486 entschieden Heinrich von Sternenfels, Hofmeister des Bischofs Ludwig von Speyer, und Wilhelm von Neipperg, Landhofmeister des Markgrafen Christoph von Baden, in einem Streit zwischen „den Speyrischen“ einerseits und denen von Graben andererseits wegen Fischerei- und Weidrechten im Bruch unterhalb – das heißt: nördlich – des Dorfes Graben⁷. Dabei bestimmten sie einen damals neu angelegten Graben – nämlich ganz offenbar den noch heute existierenden Lauf der Pfinz – zur Grenze zwischen den beiderseits beanspruchten Allmenden und damit zur Grenze zwischen dem markgräflichen und dem speyrischen Territorium. Erst damals also wurde die badisch-speyrische Landesgrenze gezogen, die als Gemarkungsgrenze zwischen Graben und Neudorf bis in die jüngste Zeit Bestand hatte. Nach Ziehung dieser Grenze hätten Leute aus Graben, die schließlich Untertanen des Markgrafen von Baden waren, kaum noch die Möglichkeit gehabt, eine Siedlung im bischöflich speyrischen Gebiet zu gründen, denn faktisch hätte es sich bei einem solchen Unternehmen nach 1486 um eine „Auswanderung“ gehandelt, um einen Abzug von Leuten zu Lasten des Markgrafen von Baden einerseits und zugunsten des Bischofs von Speyer andererseits. Dergleichen hätte unweigerlich einen Konflikt zwischen Baden und Speyer heraufbeschwören müssen. Daher hätte das neue Dorf nach 1486 nur noch von bischöflichen Untertanen gegründet werden können und wäre mithin kirchlich nicht eine Filiale von Graben, sondern eine Tochtergemeinde von Udenheim beziehungsweise Philippsburg, von Rheinsheim, Kirrlach oder Wiesental geworden.

Folglich ist Neudorf ganz sicher vor 1486 entstanden, wahrscheinlich sogar schon eine

geraume Zeit davor. Denn hätte man sich damals noch der Gründung des neuen Dorfes durch Bewohner aus dem badischen Graben erinnert, wären in der Urkunde, mit der 1486 die Grenze festgeschrieben wurde, die nördlich davon gesessenen Leute, also die Neudorfer, wohl kaum so selbstverständlich als „die Speyrischen“ bezeichnet worden. Man wird demnach, um die Anfänge Neudorfs näher zu datieren, getrost noch einmal ein bis zwei Menschenalter zurückgehen dürfen, zurück in die Mitte oder sogar in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts. Aber über diese vage und bereits reichlich spekulative Datierung wird man ohne neue Quellenfunde kaum weiter hinauskommen.

Daran, daß in einem Güterbuch aus dem Jahr 1571 von *Newendorff oder Grevenhausen* die Rede ist⁸ – derselbe Ort also unter zwei verschiedenen Namen erscheint –, hat man verschiedentlich die Erwägung geknüpft, Neudorf sei gar kein ganz neues Dorf, sondern nur die Fortführung eines älteren, das im späten Mittelalter infolge zweier Brandkatastrophen und einer Pestepidemie wüstgefallen und jedesmal wieder neu besiedelt worden sei⁹.

Dabei könnte der 1571 einmalig erwähnte Name Grevenhausen an das einst in hiesiger Gegend gelegene Dorf Grevenhart erinnern, das im frühen 14. Jahrhundert mehrfach urkundlich bezeugt und vor 1472 untergegangen ist – möglicherweise weil seine Bewohner nach 1338 in die Stadt Udenheim (Philippsburg) umgesiedelt wurden¹⁰. Allerdings ist längst erwiesen, daß Grevenhart und Neudorf sich nicht miteinander gleichsetzen lassen, ja daß man das im späten Mittelalter abgegangene Grevenhart gar nicht bei Neudorf, sondern im Bereich des nachmaligen Dorfes Huttenheim zu suchen hat¹¹. Eher schon könnte das 1466 ebenfalls einmalig auftauchende und bislang nicht näher lokalisierte Grevenweiler mit Neudorf zusammenpassen¹². Vielleicht ist die Erwähnung von Grevenweiler 1466 sogar die wirklich erste Erwähnung des noch im Entstehen begriffenen neuen Dorfes, das wir dann um 1497 mit der Bezeichnung „Neudorf“, erstmals unter seinem bis heute gültigen Namen fassen können.

Aber weder durch Grevenhausen, noch durch Grevenweiler müssen wir uns in der Sache irritieren lassen: Neudorf ist, wie sein

Name unmißverständlich zu erkennen gibt, tatsächlich und ohne jeden Zweifel als neues Dorf aus eigener Wurzel entstanden¹³. Dem widerspräche es auch nicht, wenn eben dieser neue Ort 1466 einmal als Grevenweiler und 1571 wieder als Grevenhausen bezeichnet worden wäre; vielleicht handelte es sich dabei ja nur um Versuche, dem neuen Dorf einen markanten, klangvolleren Namen zu geben. Und diese Interpretation hat um so mehr für sich, als in den Grundworten beider Namen, in den Begriffen „-weiler“ und „-hausen“ verschiedene und auf das jeweilige Neudorf durchaus passende Stadien der Siedlungsentwicklung zum Ausdruck kommen. Als „Weiler“ bezeichnet man gemeinhin eine Ansammlung mehrerer Gehöfte – das könnte den Charakter des neuen Dorfes im Jahre 1466 eigentlich ganz gut treffen. Hingegen ist „Hausen“ eher die Bezeichnung für ein veritables, schon ausgewachsenes Dorf – und auch das dürfte für das Neudorf des Jahres 1571 zutreffen. Das beiden Namen gemeinsame Bestimmungswort „Greven-“ leitet sich von der mittelalterlichen Amts- beziehungsweise Standesbezeichnung Graf her und knüpft vermutlich an ältere Besitz- und Rechtsverhältnisse in hiesiger Gegend an, an ältere Herrschaftsverhältnisse, die uns in diesem Zusammenhang aber nicht weiter interessieren müssen¹⁴.

Entscheidend bleibt, daß auf Dauer die zweifellos markanteren „Kunstdamen“ Grevenweiler und Grevenhausen es nicht vermocht haben, sich durchzusetzen, daß vielmehr der das vergleichsweise „jugendliche“ Alter des Dorfes bezeichnende und offenbar volkstümliche Name Neudorf sich über Generationen hinweg behauptet und bis auf den heutigen Tag Bestand hat.

Aber kehren wir von den Namen des Dorfes und von der Frage nach der Zeit seiner Entstehung noch einmal zu seinen Einwohnern zurück. Ist es schon ein besonderer Glücksfall, daß wir die Neudorfer zur Zeit der ersten Erwähnung ihrer Gemeinde namentlich kennen, so dürfen wir uns einmal mehr freuen, indem aus dem Jahr 1530 ein weiteres frühes Verzeichnis aller Einwohner von Neudorf überliefert ist¹⁵.

In dem genannten Jahr hat der Speyrer Bischof Philipp von Flersheim seine sämtlichen

Untertanen sowie alle bischöflichen Leibeigenen außerhalb des speyrischen Territoriums namentlich aufzeichnen lassen. Das Ergebnis ist eine der allerältesten in Deutschland überlieferten Volkszählungen¹⁶. Ihr Zweck war diesmal nicht die Erhebung einer Steuer, vielmehr wurde diese Maßnahme aufgrund allgemeiner herrschaftlicher Interessen ergriffen: Der offensichtlich sehr modern denkende Fürst wollte den Umfang und die Struktur des von ihm beherrschten Untertanenverbandes kennenlernen. Deshalb begnügte man sich bei dem neuerlichen, 1530 angelegten Verzeichnis auch nicht mit der Aufzählung bloßer Namen; darüber hinaus vermerkte man bei jedem Elternpaar die Zahl seiner Kinder, und für jede erwachsene Person wurde notiert, wem sie mit Leibeigenschaft – das heißt: persönlich – verbunden war. Bei den Kindern erübrigte sich die Angabe der leibrechtlichen Zugehörigkeit, weil diese ohnehin gemäß landesüblichem Recht jener der Mutter entsprach.

Im Vergleich mit 1497 ist die Zahl der Haushaltungen ebenso wie die der Erwachsenen auch 1530 konstant geblieben. Noch immer lebten in Neudorf elf Ehepaare in elf Haushalten, und insgesamt hatten sie nicht weniger als 34 Kinder. Also belief sich die Einwohnerzahl Neudorfs im Jahre 1530 im ganzen auf immerhin 56 Personen. Betrachtet man die Liste von 1530 im Detail und vergleicht man sie mit jener von 1497, so stellt man einen nahezu gänzlichen Wechsel der Zunamen fest; von den alten sind nur noch die Namen Geiger und Syfe vertreten. Hinzugekommen sind dafür die Namen *Laußheuser Heimerman, Im Reuwer, Rebstock, Sertenhawer, Schatman, Geliss und Anwalt*. Ein neuerlicher Blick ins jüngste Telefonbuch zeigt, daß von diesen Familiennamen heute kein einziger mehr in Neudorf vertreten ist.

Unter den Taufnamen begegnen weiblicherseits Katharina viermal und Apollonia dreimal, daneben je einmal Anna, Barbara, Elisabeth und Margarethe. Bei den Männern dominieren die Namen Hans (dreimal) und Jakob (zweimal); außerdem kommen je einmal die Namen Dietrich, Jost, Leonhard, Peter und Ulrich vor. Durchweg und für die damalige Zeit ganz selbstverständlich handelt es sich dabei um gängige Heiligennamen. Daß darunter gerade

die heilige Katharina so oft vertreten ist, erklärt sich ganz einfach daher, daß sie die Titelheilige der alten Grabener Pfarrkirche war¹⁷, jener Kirche, in beziehungsweise bei der die Neudorfer damals noch getauft, getraut und begraben wurden. Der heiligen Apollonia war in derselben Kirche vielleicht ein Nebenaltar geweiht.

Bemerkenswert erscheint nicht zuletzt die Zahl der in den Neudorfer Familien um 1530 anzutreffenden Kinder¹⁸; sie reicht von eins bis neun, nur ein einziges Ehepaar erscheint kinderlos. Die meisten Kinder, neun an der Zahl, hatten der Schultheiß und seine Frau Katharina; Jakob Laußheuser und seine Ehefrau Apollonia hatten immerhin noch sechs Kinder. Bei einem weiteren Paar sind vier Kinder vermerkt, bei vier Paaren je drei und bei dreien je ein Kind. Hinsichtlich ihrer „Renten“ konnten die Neudorfer damals wohl unbesorgt sein!

Über die Leibeigenschaft der Bevölkerung Neudorfs um das Jahr 1530 ließe sich ein eigener Vortrag halten; das wäre um so verlockender, als man mit dem Begriff Leibeigenschaft gemeinhin ganz falsche Vorstellungen verbindet¹⁹. Mit Sklaverei jedenfalls hatte sie nichts zu tun, und unter den vielfältigen Belastungen, die den Menschen in älterer Zeit zu schaffen machten, war sie gewiß eine der weniger drückenden. Auf ihren Kern reduziert, war sie ein rein personal bezogenes und damit in ihrem Wesen typisch mittelalterliches Abhängigkeitsverhältnis, neben dem die Menschen in eine ganze Reihe sehr viel unangenehmerer, real, nämlich auf ihre Felder und Häuser bezogener Abhängigkeiten eingebunden waren. Die wegen der Leibeigenschaft zu entrichtenden Abgaben bestanden jährlich in einem Huhn oder einem geringen Geldzins sowie in einer Erbschaftssteuer, die als Hauptrecht oder Todfall bezeichnet wurde.

Um 1530 waren alle Neudorfer solcherart leibeigen. Rund drei Viertel waren Eigenleute des Bischofs von Speyer, vier waren Leibeigene des Markgrafen von Baden, und Jakob Sertenhauer war dem Kurfürsten von der Pfalz verpflichtet. Peter Anwalt war ein Wildfang, das heißt, er war von auswärts gekommen und hatte sich in Neudorf niedergelassen, ohne daß ein Herr ihn als seinen Eigenmann beansprucht hätte; da Peters Frau speyrische Leib-

eigene war, wurden beider Kinder wiederum ganz selbstverständlich Leibeigene des Bischofs. Übrigens hatten in Neudorf außer dem genannten Wildfang auch die Eigenleute des Markgrafen und jene des Pfalzgrafen allesamt Ehepartner, die dem Bischof von Speyer leibeigen waren. Strenggenommen durften derartige leibrechtliche Mischehen gar nicht sein, und die Herren haben auch immer wieder versucht, sie zu unterbinden, aber letztlich konnten sie sich damit nicht durchsetzen. Wie gerade die „Speyrer Volkszählung“ von 1530 zeigt, waren Mischehen zwischen Eigenleuten verschiedener Herren hierzulande weit verbreitet, waren sie vielerorts sogar die Regel und nicht – wie in Neudorf – die Ausnahme. Auch das ist ein Indiz dafür, daß die Leibeigenschaft am mittleren und nördlichen Oberrhein nicht annähernd so drückend war, wie sie gewöhnlich und manchmal mit besonderer Vorliebe dargestellt wird.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse der Neudorfer Bevölkerung, hinsichtlich der am Ort vertretenen Handwerke und Gewerbe erfahren wir aus dem Verzeichnis von 1530 so wenig wie aus der Steuerliste von 1497. Immerhin, läßt die Erwähnung eines herrschaftlichen Schultheißen erkennen, daß das Dorf inzwischen eine gewisse Selbständigkeit erlangt hatte; und wenn man den Namen des Peter Anwalt funktional deuten darf, dann hatte Neudorf damals trotz seiner eher bescheidenen Größe auch schon einen die Bürgergemeinde und ihre Interessen vertretenden Anwalt, einen Bürgermeister.

Die „große Geschichte“ findet in der Geschichte Neudorfs – soweit sie uns aus den Quellen überliefert ist – nur gelegentlich ihren Widerschein. 1502 haben sich einige Neudorfer am sogenannten Bundschuh-Aufstand der Bruhrainer Bauern beteiligt, einem Vorläufer des großen Bauernkriegs von 1525. Von einem Neudorfer Bauern namens Michel wird berichtet, er habe einen Udenheimer Bürger eingeladen, doch auch zur Bauernversammlung im Wald Kammerforst zu kommen, dort treibe man *ein feines Spiel*²⁰. Was danach aus Michel geworden ist, ob er zu den mehr als hundert Abgeurteilten gehörte oder ob er den Aufstand überlebte, wissen wir nicht. Desgleichen waren die Neudorfer bei dem allseits bekannten Bau-

ernkrieg von 1525 dabei. Hans *Sewfe* und Hans *Im Roer*, die hernach unter den Geiseln für die siegreichen Herren erscheinen²¹, sind dieselben Männer, die uns fünf Jahre später, in der Volkszählung von 1530, unter den Namen Hans *Syfe* und Hans *Im Reuwer* wieder begegnen; sie hatten demnach Glück und haben – anders als viele ihrer Mitstreiter – die Niederschlagung des Aufstands überlebt.

Die Reformation wurde in dem bischöflich speyrischen Neudorf selbstverständlich nicht eingeführt; und doch hat sie die hiesige Bevölkerung nachhaltig betroffen²². Indem nämlich die Markgrafen von Durlach sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts der Lehre Luthers anschlossen, verloren die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Hochstift Speyer bei der römischen Kirche verbliebenen Neudorfer ihre Pfarrei und wurden daher in den folgenden Jahrzehnten abwechselnd von den Pfarrern in Wiesental, Hambrücken, Knaudenheim und Neuthard versehen. Erst 1724 hat Fürstbischof Damian Hugo von Schönborn Neudorf zur selbständigen Pfarrei erhoben²³. Da aber ein eigener Pfarrer damals nicht angestellt werden konnte, mußten noch auf Jahre hinaus Kapuziner-Patres aus Waghäusel die Seelsorge in Neudorf übernehmen. Erst 1740 erhielt der Ort auch einen Pfarrer, und in den Jahren 1742 bis 1744 wurde schließlich die alte, den Bedürfnissen schon lange nicht mehr genügende Kapelle aus dem 16. Jahrhundert durch eine ordentliche Kirche ersetzt.

Meistens brachte die Begegnung mit der „großen Geschichte“ den ohnehin nicht wohlhabenden Neudorfern bloß Not und Leid – das zeigt sich nicht zuletzt und mit großer Deutlichkeit in der Entwicklung der hiesigen Bevölkerung. Die ersten Einwohnerzahlen Neudorfs, die uns nach 1530 überliefert sind, datieren aus dem Jahr 1652, das heißt aus der Zeit unmittelbar nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges – und sie sprechen eine erschreckend deutliche Sprache²⁴. Damals lebten am Ort nur noch zwei Männer, zwei Frauen, fünf Söhne und fünf Töchter, also insgesamt nicht mehr als vierzehn Personen. Das ist gerade einmal ein Viertel des Bestandes von 1530. Dabei wird man aber ohne weiteres voraussetzen dürfen, daß die Bevölkerung Neudorfs während der knapp hundert Jahre zwischen der Volkszäh-

lung von 1530 und dem Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges 1618 in ihrer Zahl nicht stagniert, sondern zugenommen hat. Folglich müssen wir damals für Neudorf einen kriegsbedingten Bevölkerungsverlust von mindestens achtzig, vermutlich sogar von neunzig oder mehr Prozent annehmen.

Diese Katastrophe kam aber nicht von ungefähr. Neudorfs und der ganzen Umgebung Unglück war, daß der ehrgeizige Speyrer Bischof Philipp Christoph von Sötern seit 1615 seine Residenz Udenheim zur Festung ausgebaut hatte, zu einer Festung, die zwischen 1618 und 1648 wiederholt erobert und zurückerobert wurde – mit allen Belastungen und Qualen, die das für die Region nach sich zog²⁵. Und da schließlich Philippsburg im Westfälischen Frieden den Franzosen überlassen werden mußte, war auch für die folgenden Jahrzehnte und Generationen dafür gesorgt, daß das umliegende Land und die dort lebenden Menschen keine Ruhe finden würden: Innerhalb von rund einhundertfünfzig Jahren wechselte Philippsburg nicht weniger als sechsmal zwischen Frankreich und dem Reich hin und her: 1676, 1688, 1697, 1734, 1737 und 1799. Jedesmal waren diese Wechsel verbunden mit zum Teil wochen- und monatelangen Belagerungen und Einquartierungen, mit Requisitionen, Plünderungen und sonstigen Schindereien.

Die Einwohnerzahlen Neudorfs spiegeln alle diese traurigen Schicksale seismographisch wider. In einem Visitationsbericht von 1683 heißt es, das Dorf sei fast verlassen, von ehemals 36 Familien seien nur noch acht übrig²⁶ – das heißt etwa dreißig bis vierzig Personen. Nach den für das Oberrheingebiet so katastrophalen Franzosenkriegen des späten 17. Jahrhunderts hat auch Neudorf sich langsam erholt; 1723 gab es am Ort wieder 51 Familien²⁷, das bedeutet: rund 250 Einwohner. Aber schon bald folgte mit der Rückeroberung Philippsburgs durch die Franzosen der nächste Rückschlag; 1735 zählte man in Neudorf wieder nur noch 33 Haushaltungen²⁸ mit etwa 150 Personen.

Bereits um die Mitte der 1720er Jahre hatte Damian Hugo von Schönborn, der Erbauer des Bruchsaler Schlosses und Gründer der Neudorfer Pfarrei, sich vorgenommen, dem so viel geschundenen Neudorf zu helfen, es wirt-

schaftlich zu fördern und für neue Siedler attraktiv zu machen²⁹. Ähnlich wie in Altenbürg, dem heutigen Karlsdorf, schuf er zu diesem Zweck auch hier ein landwirtschaftliches Mustergut, und um 1730 ließ er dabei sogar ein kleines Schlößlein errichten. Indes hat er gerade damit dem Ort keinen Gefallen getan; im Gegenteil. Das Schlößlein gereichte Neudorf bald mehr zum Schaden als zum Nutzen. Früher hatten durchziehende Truppen aller Kriegsherren ihr Quartier gern in Graben aufgeschlagen, weil dieses Dorf besser entwickelt war und den Soldaten mehr bieten konnte als Neudorf; den kargen Nachbarort hatten sie gemieden. Nun aber gaben die eitlen Obristen dem neuerbauten Schlößlein den Vorzug – und wieder hatte Neudorf den Nachteil, denn nun gab es in Neudorf Einquartierung. So ordnete denn Schönborns Nachfolger alsbald den Abriß des Schlößleins an, um wenigstens diese neue, davor unvermutete Last wieder von dem Dorf zu nehmen.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts pendelte sich die Zahl der in Neudorf wohnhaften Familien dann bei etwa siebzig ein³⁰; das entspricht einer Einwohnerzahl von rund 300. In etwa dieser Größenordnung hielt sich Neudorf bis in die Zeit der Französischen Revolution. Erst seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts erlebte der Ort dann eine kontinuierlich wachsende und schließlich geradezu explodierende Bevölkerungsentwicklung, die auch mit einer Ausweitung der Siedlung vor allem nach Süden und nach Westen einherging.

Um 1759, als Neudorf von einem bischöflichen Geometer vermessen wurde³¹, konzentrierte sich der Ort im wesentlichen um das Straßenkreuz, das noch heute von der B 36 sowie von den Straßen nach Bruchsal und nach Knautenheim beziehungsweise nach Huttenheim gebildet wird. Im Nordwesten lag damals wie heute die Kirche – allerdings ein wenig weiter südlich als das heutige, erst 1886 erbaute Gotteshaus. Am nordöstlichen Ortsende lag das herrschaftliche Hofgut – inzwischen schon wieder ohne das unselige Schlößlein. Auf seiner kleinen, für eine Siedlung des späten Mittelalters charakteristischen Gemarkung, auf der noch heute überhaupt kein Wald stockt, die allzeit nur einem bescheidenen Ackerbau Raum gab, die nur wenige Wiesen

umfaßte und obendrein zum Teil im hochwassergefährdeten Tiefgestade liegt, hatte der Ort über Jahrhunderte hinweg nur sehr begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten. So nimmt es nicht wunder, daß Neudorf noch im 19. Jahrhundert ein sehr armes Dorf war.

Daß schließlich mit der Säkularisation im Jahre 1802 die rund dreihundert Jahre davor zwischen Neudorf und Graben gezogene Landesgrenze wieder hinfällig wurde, war für beide Orte – zumal aber für Neudorf – ganz zweifellos von Vorteil, wiewohl der sich ansonsten so segensreich auswirkende Eisenbahnbau schon bald wieder eine neue und noch heute allenthalben spürbare Grenze zwischen beiden Dörfern geschaffen hat. Allerdings wurde mit dem unter Reisenden einst weithin bekannten Stationsnamen „Graben-Neudorf“ schon im 19. Jahrhundert vorweggenommen, was die Gemeindereform der 1970er Jahre schließlich vollzogen hat. Während diese Reform anderwärts – leider – oft betont ahistorisch vorgegangen ist, hat sie hier mit Neudorf und Graben zwei Dörfer zusammengeführt, die entstehungsgeschichtlich eng zueinander gehören, sich aber infolge einer jahrhundertlangen politischen und dann auch noch konfessionellen Trennung auseinanderentwickelt hatten.

Daß nun in diesem Jahr das 500jährige Jubiläum des neuen, einst durch Abgesonderung entstandenen Dorfes und das 25jährige Jubiläum der neuen, jetzt wiedervereinigten Gemeinde zusammenfallen, könnte man für eine symbolträchtige Fügung halten. Möge der neuen und doch so alten Gemeinde Graben-Neudorf künftig ein friedvolleres Geschick beschieden sein, als namentlich Neudorf es während vieler Jahrzehnte seiner 500jährigen Geschichte erleiden mußte!

Anmerkungen

- 1 Leicht überarbeiteter und mit Anmerkungen versehener Text des Vortrags, der anlässlich des Festakts „500 Jahre Neudorf“ am 21. März 1997 in der Pestalozzi-Halle in Graben-Neudorf gehalten wurde; die Diktion des Vortrags ist beibehalten. Zu großem Dank bin ich namentlich Frau Maria Brenner, Karlsruhe, verpflichtet, die mir großzügigerweise die ebenso umfang- wie detailreichen Materialsammlungen ihres 1994 verstorbenen Gatten Bernhard Bren-

- ner zugänglich gemacht hat, und dankbar entsinne ich mich mancher Gespräche mit Karl Banghard, Flehingen, durch die mir die Annäherung an das Thema ganz wesentlich erleichtert wurde. – Zur Geschichte Neudorfs im einzelnen vgl. jetzt: Karl Banghard (Red.), Neudorf. Heimat zwischen Pfinz und Saalbach, hrsg. von der Gemeinde Graben-Neudorf, Ubstadt-Weiher 1997.
- 2 Peter-Johannes Schuler, Gemeiner Pfennig, in: Lexikon des Mittelalters, Bd. 4, München und Zürich 1987–1989, Sp. 1213 f.; Walter Schomburg, Lexikon der deutschen Steuer- und Zollgeschichte von den Anfängen bis 1806, München 1992.
 - 3 Ingrid Scheurmann (Hrsg.), Frieden durch Recht. Das Reichskammergericht von 1495 bis 1806 [Ausstellungskatalog], Mainz 1994.
 - 4 Abbildung in: Banghard, Neudorf (wie Anm. 1) S. 82.
 - 5 Rudolf Jung, Die Akten über die Erhebung des gemeinen Pfennigs von 1495 ff. im Stadtarchive zu Frankfurt a. M., in: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine 57 (1909) Sp. 328–335.
 - 6 Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden, Bd. 5: Regierungsbezirk Karlsruhe, hrsg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Stuttgart 1976, S. 90 f.
 - 7 Generallandesarchiv (im folgenden: GLA) Karlsruhe 38/1407.
 - 8 GLA Karlsruhe 66/2958 fol. 191.
 - 9 Maria Diemer, Die Ortsnamen der Kreise Karlsruhe und Bruchsal (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Bd. B 36), Stuttgart 1967, S. 29.
 - 10 Diemer, Ortsnamen (wie Anm. 9) S. 28 f.
 - 11 Paul Waibel, Grevenhart auf dem Boden des heutigen Huttenheim, in: So weit der Turmberg grüßt 13 (1961) S. 175–178.
 - 12 Diemer, Ortsnamen (wie Anm. 9) S. 29 f.
 - 13 Ebenda S. 29.
 - 14 Ebenda S. 28.
 - 15 GLA Karlsruhe 67/314 fol. 70'.
 - 16 Hermann Ehmer, „... obe sich der stieff an luten mere oder mynner“. Die Volkszählungen im Hochstift Speyer von 1470 und 1530, in: Kurt Andermann und Hermann Ehmer (Hrsg.), Bevölkerungsstatistik an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Quellen und methodische Probleme im überregionalen Vergleich (= Oberrheinische Studien, Bd. 8), Sigmaringen 1992, S. 79–94; Karl-Otto Bull, Die erste „Volkszählung“ des deutschen Südwestens. Die Bevölkerung des Hochstifts Speyer um 1530, in: Andermann/Ehmer, Bevölkerungsstatistik, a.a.O., S. 109–135.
 - 17 Alois Seiler, Studien zu den Anfängen der Pfarrei und Landdekanatsorganisation in den rechtsrheinischen Archidiakonaten des Bistums Speyer (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Bd. B 10), Stuttgart 1959, S. 232.
 - 18 Bull, Volkszählung (wie Anm. 16) S. 120 f., 126 f. und 132 f.
 - 19 Kurt Andermann, Leibeigenschaft im pfälzischen Oberrheingebiet während des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, in: Zeitschrift für historische Forschung 17 (1990) S. 281–303.
 - 20 250 Jahre Pfarrei St. Wendelinus Graben-Neudorf, [hrsg. von der Pfarrei St. Wendelinus Graben-Neudorf, Graben-Neudorf 1974], S. 18.
 - 21 Ebenda S. 18.
 - 22 Ebenda S. 19 f.
 - 23 Ebenda S. 25–27.
 - 24 GLA Karlsruhe 153/154.
 - 25 Hieronymus Nopp, Geschichte der Stadt und ehemaligen Reichsfestung Philippsburg, [Philippsburg] 1881 (ND Philippsburg 1980).
 - 26 GLA Karlsruhe 61/11265.
 - 27 GLA Karlsruhe 78/713.
 - 28 GLA Karlsruhe 172/200a.
 - 29 Uta Hassler, Die Baupolitik des Kardinals Damian Hugo von Schönborn. Landesplanung und profane Baumaßnahmen in den Jahren 1719–1743, Mainz 1985, S. 176–181.
 - 30 GLA Karlsruhe 172/107 und 120; 63/92a
 - 31 GLA Karlsruhe H/Neudorf 2.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Kurt Andermann

Nibelungenring 79

76297 Stutensee-Blankenloch

Zur Wiederherstellung der Chorfenster des Brettener Melanchthonhauses

Anlässlich des 500. Geburtstages des in Bretten geborenen Reformators Philipp Melanchthon plante der Melanchthonverein die Wiederherstellung der im Krieg zerstörten Chorfenster im dortigen Melanchthonhaus. Die Rekonstruktion der Glasmalereien in der Gedächtnishalle – bislang konnte das Mittelfenster wieder eingebaut werden – gelang mit Hilfe einer Photographie aus dem Atelier des Freiburger Glasmalers Fritz Geiges, die der Verfasser im Freiburger Stadtarchiv fand. Mit der Hinzufügung dieses stimmungsvollen Bilderschmuckes wurde dem in Architektur und Ausstattung weitgehend intakten Gebäude des Historismus die ursprünglich zgedachte Gestalt zurückgegeben.

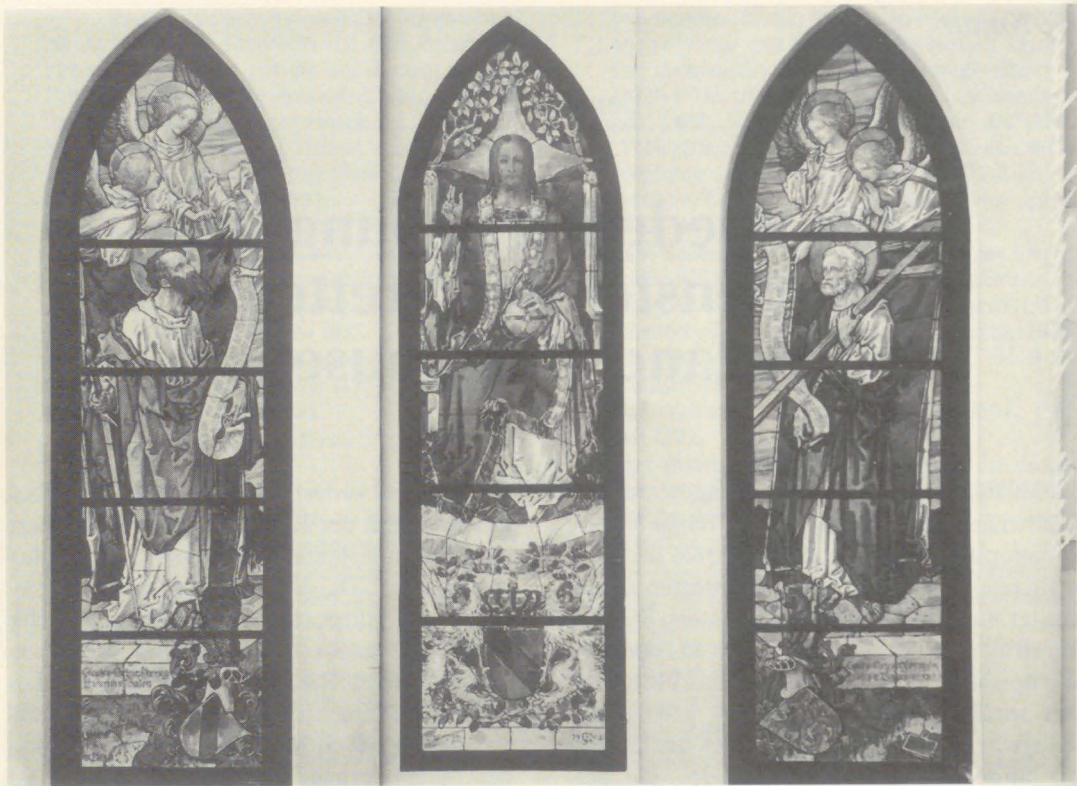
An Quellen zur Herstellung der Chorfenster mangelt es nicht. Es sei daher erlaubt, detaillierter als gewöhnlich den Verlauf der wechselseitigen Einflußnahme von Concepteur, Stifter und Künstler auf die Gestaltung des Kunstwerkes nachzuzeichnen. Da mit der Rekonstruktion der Glasmalereien auch das Bildprogramm der Gedächtnishalle wieder seine anfängliche Geschlossenheit erhält, soll im Anschluß das überaus schlüssige Bildkonzept des Berliner Theologieprofessors Nikolaus Müller näher erläutert werden.

DIE AUFTRAGSVERGABE

Müllers Ausstattungsprogramm ist bereits vor Beginn der Baumaßnahmen am Melanchthonhaus im Detail festgelegt. In die drei Spitzbogenöffnungen des Chorraums, der das westliche Schiff der zweischiffigen Halle nach

Süden hin erweitert, beabsichtigt Müller Glasmalereien mit der Figur des Erlösers flankiert von den Apostelfürsten Petrus und Paulus anzubringen. Da dem Chor als architektonischem und liturgischem Zentrum der Gedächtnishalle die größte Aufmerksamkeit gilt, möchte der Berliner Theologe bei der anstehenden Ausschmückung nicht auf zweitklassige Qualität zurückgreifen. Nach eingehender Prüfung der besten Firmen Deutschlands fallen zwei Künstler in die engere Wahl: Professor Alexander Linnemann (Söhne) aus Frankfurt und Professor Fritz Geiges aus dem badischen Freiburg werden noch im Sommer 1901 gegen Übersendung einer detaillierten Skizze zur Berechnung eines Kostenvoranschlages aufgefordert. Als Geiges von der Teilnahme eines Konkurrenten erfährt, lehnt er sogleich ab, weil er sich „grundsätzlich nicht an unehonorierten Wettbewerben beteiligt“. Dieser Rückzug kommt nun Müller sehr entgegen, hat er doch bei seinen ausgedehnten Erkundungen von einem evangelischen Geistlichen Freiburgs in Erfahrung bringen können, daß Fritz Geiges „nicht nur Katholik, sondern ein solcher Katholik sei, daß man unter keinen Umständen ihn zur Arbeit für das evangelische Melanchthonhaus, das an seiner Stirnseite ja die Inschrift ‚Errichtet von der evangelischen Christenheit‘ trägt, heranziehen dürfe“. Den gefürchteten Angriffen von seiten der Presse könne allein mit der Wahl Linnemanns vorgebeugt werden: „Er ist evangelisch und bereit, kostenlos Entwürfe zu liefern“.

Noch im Dezember desselben Jahres wendet sich Müller mit einem Gesuch an das Erb-



Historische Aufnahme der Gedächtnishalle mit dem noch originalen Glasmalereibestand vor der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg.

Foto: Postkarte des Melanchthonvereins in Bretten

großherzogpaar. Nachdem er die herausragende Bedeutung der Glasmalereien für die Gedächtnishalle dargelegt hat, fährt er fort:

„Da es sich bei den Fenstern somit nicht um einen gewöhnlichen Ausstattungs- und Schmuckgegenstand des Melanchthonhauses handelt, sondern um den bedeutendsten neben und mit dem Altar, so hat der unterthänigst Unterzeichnete bisher in keiner Weise nach einem Donator für die Fenster gesucht, vielmehr die Stiftung desselben dem erlauchten Sohne und der erlauchten Schwiegertochter des hohen Protektors des Jubiläumswerks vorbehalten“.

Die offenkundig überraschten Thronfolger sehen sich von Müllers Ansinnen überrollt. Man setzt hierüber den Großherzog in Kenntnis, der als Protektor des gesamten Unternehmens schon verschiedentlich wertvolle Refor-

mationsschriften für das Melanchthonhaus erwarb. Der Landesvater erklärt sich daraufhin bereit, an der Stiftung mitzuwirken, und man bittet zugleich „um die Übersendung der Pläne und Maße sowie der etwaigen Skizzen und Vorschläge für die Gestaltung der Glasgemälde“. Weiter heißt es:

„Was die Wahl des Verfertigers anbelangt, so hat die im vorigen Jahr dahier abgehaltene Glasgemäldeausstellung eine solche Entwicklung gerade dieses Theils des Badischen Kunstgewerbes gezeigt, daß die Landesherrliche Familie glaubt, die für Bretten bestimmten und von ihr zu schenkenden Glasgemälde von einem der zahlreichen Glasmaler des Landes fertigen lassen zu wollen, wobei es nach den hier maßgebenden Anschauungen weniger auf die Konfession als auf die Geschicklichkeit und die Tüchtigkeit des damit zu betrauenden Künstlers ankommt.“

In der Tat waren auf dieser 1901 gezeigten Glasmalereiausstellung in Karlsruhe, an der sich immerhin 85 von insgesamt 200 Bewerbern aus ganz Deutschland beteiligen durften, mehrere vorzügliche Arbeiten von Badischen Firmen vertreten. Allein *einem* badischen Künstler wurde der Vorzug zuteil, in der Kommission der Preisjury zu sitzen. Fritz Geiges, die damals bereits anerkannte Autorität auf dem Gebiet der Glasmalerei, zeigte seine Exponate außerhalb des regulären Wettbewerbes.

Die Antwort aus Karlsruhe verstimmt Müller. Daß man trotz seiner berechtigten Bedenken offensichtlich geneigt ist, den Katholiken Geiges mit der Ausführung der Chorfenster zu beauftragen, bringt den Theologieprofessor wegen der zu erwartenden Kritik von seiten der orthodoxen Gläubigen in eine mißliche Lage. Obwohl die Zeit drängt, und man am Hof auf die angeforderten Unterlagen wartet, hüllt sich Müller, der es gewohnt ist, seine Vorstellung bis ins Detail umgesetzt zu sehen, mehr als zwei Monate in Schweigen. Schließlich bittet er in einem weiteren Brief um die Gewährung einer Audienz, mit der Absicht, den Großherzog für die Wahl Linnemanns zu bewegen. Wider Erwarten wird sein Gesuch abgelehnt. Stattdessen befiehlt der Großherzog „nunmehr die Vorbereitungen für die Bestellung der drei Chorfenster zu treffen“. Sobald die Entwürfe vorliegen, sollen sie Müller zur Ansicht zugesandt werden. Damit war die Entscheidung für Geiges unumstößlich geworden. Müller bleibt nur noch der geordnete Rückzug, als er eine Woche darauf dem Fürstenhaus mitteilen läßt, „daß für Glasmalerei als hervorragender Künstler Herr Fritz Geiges in Freiburg in Betracht komme“.

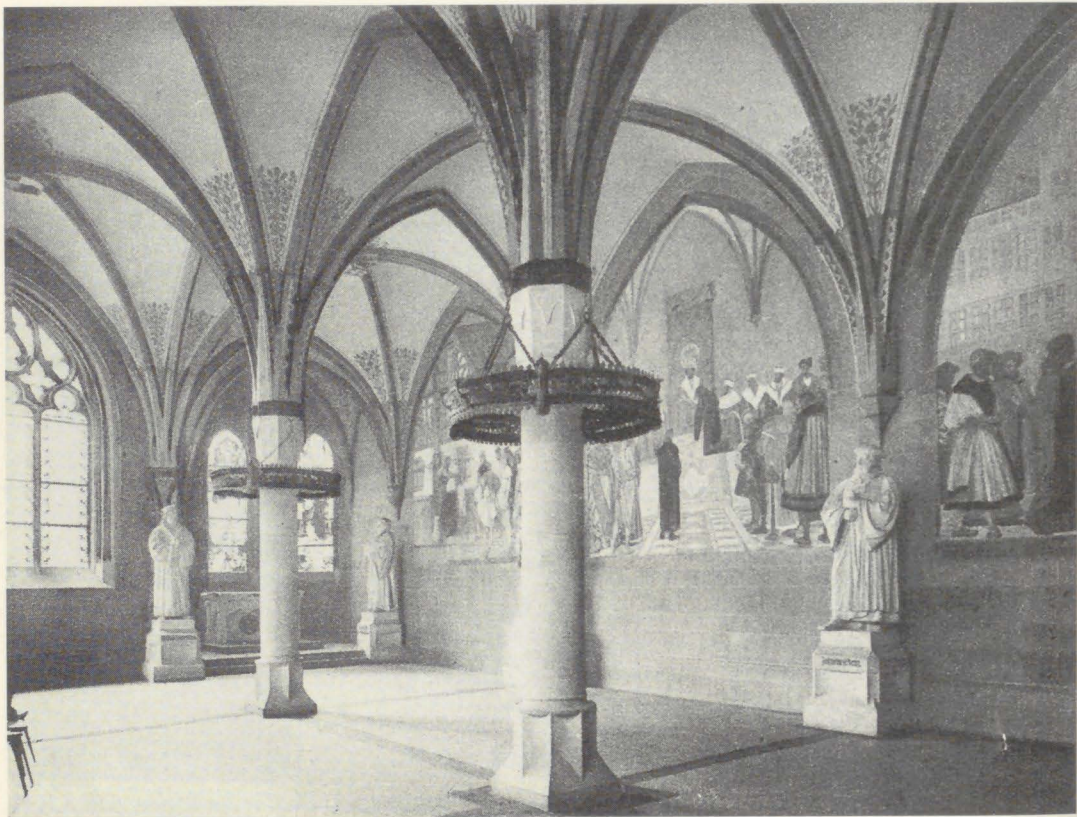
Geiges macht sich nun sogleich an die Arbeit, fertigt Entwürfe an, und läßt auch schon an den Kartons arbeiten, als er im Mai von dem Brettener Bürgermeister Withum ein ungewöhnlich „genau ins Detail gehendes Programm für die Ausstattung der Fenster“ aus Müllers Hand zugesandt bekommt. Da der Entwurf nicht seinen Vorstellungen entspricht, wird eine vollkommene Neuanfertigung notwendig. Um weiteren Problemen vorzubeugen, will man sich von Müller nochmals das Bildkonzept erläutern lassen. Dieser antwortet rasch und gewährt nun einen präzisen Einblick

in seine außergewöhnlich detailliert entwickelte Bildkonzeption. Allein bei der Auswahl von Wappen und Widmungsinnschrift bleibt Spielraum für die freie künstlerische Gestaltung; das Fürstenhaus erbittet sich hierüber von Geiges Vorschläge.

Im letzten Novemberwochenende kommt es zu einem Treffen zwischen Geiges, Müller und der Großherzogin Luise in Bretten, in dessen Verlauf die Vorstellungen noch einmal konkretisiert werden. Jetzt beabsichtigt auch die Großherzogin, sich an der Schenkung von Fenstern zu beteiligen. Schließlich bestätigt die Generalintendanz Geiges am 7. Januar 1903 den Erhalt der Entwürfe vom 22. Dezember. „*Die Höchsten Herrschaften sind ganz damit einverstanden*“, heißt es darin „*und genehmigen die Ausführung der Chorfenster*“. Der Großherzogin wird nun das linke Paulusfenster zur Verfügung gestellt, in welchem sie ihr preußisch-badisches Allianzwapen unterbringen kann. Weiter heißt es in dem Schreiben:

„Die Stiftung erfolgt auf Wunsch I.K.H. der Großherzogin nun in der Weise, daß S.K.H. der Großherzog das mittlere Fenster, Christus darstellend, geben, I.K.H. die Großherzogin, das Fenster links vom Beschauer, Apostel Paulus, übernehmen und I.K.H.en der Erbgroßherzog und die Erbgroßherzogin das Fenster rechts vom Beschauer, Petrus, stiften. Das mittlere erhält das badische Wapen und die Inschrift: *Gestiftet vom Großherzog Friedrich A. D. 1902*, das linke das badisch-preußische Allianzwapen mit der Inschrift: *Gestiftet von der Großherzogin Luise*, das rechte das badische und badisch-nassauische Allianzwapen mit der Inschrift: *Gestiftet vom Erbgroßherzog Friedrich und Erbgroßherzogin Hilda*“.

Wegen des Wunsches der Großherzogsgattin, als eigenständige Stifterin aufzutreten, wird Geiges in den Sockelfeldern erneut Änderungen an Inschriften und Wapen vornehmen. War im ersten Entwurf noch das Erbgroßherzogspaar als Stifter der flankierenden Peter- und Paulusfenster vorgesehen, so muß es sich nun mit dem Petrusfenster allein zufriede-



Photographie nach einem verlorenen Glasmalereientwurf von Fritz Geiges aus dem Jahr 1902. Der Vergleich mit dem ausgeführten Fenster, dessen Erscheinungsbild nur über die Schriftquellen erschlossen werden kann, läßt den Schluß zu, daß die Entwürfe zu Petrus und Paulus mit Ausnahme der noch verschiedenen Stifterwappen ohne wesentliche Änderungen umgesetzt wurden. Dagegen stellt die Skizze mit dem thronenden Christus eine ältere Variante dar, welche die konkreten Vorstellungen Müllers noch unberücksichtigt läßt.

Foto: Stadtarchiv Freiburg (Negativplatte), Hans-Peter Wieser, Augustinermuseum Freiburg (Abzug)

dengeben, das zudem noch die hierarchisch minderwertige linke Seite des großherzoglichen Christusfensters einnimmt. Dabei wäre die Wahl der Apostelfürsten für die Thronfolger an der Seite des großherzoglichen Christusfensters auch ikonographisch eine denkbar günstige gewesen, sieht man doch in dieser seit ältester Zeit überlieferten Figurengruppe auch die bildhaft formulierte Legitimation der Apostel zur ersten Nachfolge Christi. Angesichts des hohen Alters des Herrschers – Friedrich feierte im gleichen Jahr sein 50jähriges Regierungsjubiläum – drängten Hilda und Friedrich II. ohnehin schon allzulange auf die Übernahme der Regierungsgeschäfte. Doch offenbar sah die Großherzogsgattin in der Stiftung vornehmlich die Aufgabe der Repräsentation

der Regierungsgewalt. Wenn im Verlauf der Unterhandlungen die Thronfolger mehr und mehr aus der Stiftung verdrängt werden, so spiegelt sich in diesem Vorgang mithin das eigentliche Mächteverhältnis zwischen Regierenden und ihren Anwärtern am badischen Hof. Luise schrieb man überhaupt in Regierungsgeschäften des Gatten einen nicht unbedeutenden Einfluß zu. Das Gegenteil galt für den kränkelnden, nur mäßig begabten und immer noch kinderlosen Thronfolger, der von seinem Vater allzu lange von der Regierungsverantwortung ferngehalten wurde.

Noch im April erreicht Geiges der Vorschlag Müllers, das zweite Südfenster in der Halle mit figürlicher Malerei zu versehen. Geiges, der möglicherweise die Anregung hierzu

gab, schlägt das Bildnis Melanchthons nach dem Dürer'schen Kupferstich in lichter Grisaillearbeit vor. Die Idee gelangt jedoch nicht zur Ausführung. Obwohl Müller die Verglasung der restlichen Maßwerfenster bereits an die Offenburger Glasmalereiwerkstätte Schell vergeben hat, beansprucht Geiges die Gestaltung der farbigen Partien für sich. Nur so könne er sicher sein, daß die Wirkung der Chorfenster nicht beeinträchtigt werde, und unter seiner Farbregie eine künstlerisch angemessene Farbharmone und Farb Stimmung im Raum vorherrsche. Spätestens am 25. Juli 1903 werden die Fenster eingesetzt gewesen sein. Das geht aus einem Schreiben des Brettener Dekans und Stadtpfarrers Specht an Müller hervor, in welchem sich dieser bei den eben eingebauten Fenstern verwundert darüber zeigt, daß man nicht an die Lüftungsmöglichkeit gedacht hatte.

Laut Rechnung vom 15. Juli betragen die Kosten für die drei Chorfenster 3000 Mark. Aufschlußreich sind die anteiligen Beiträge der königlichen Stifter: Aus der Handkasse der Großherzogin werden 500 Mark genommen. Erbgroßherzog und Erbgroßherzogin beteiligen sich mit je 250 Mark. Damit bleibt dem Großherzog der Rest von 2000 Mark zu zahlen übrig. Bis auf Letzteren begleichen die Stifter also jeweils nur die Hälfte der vereinbarten Stiftungssumme.

Am 27. November erhält Geiges schließlich für seine hohen künstlerischen Leistungen, die er in der deutschen Glasmalereiausstellung und erneut in Bretten bewiesen hat, den Ritterorden I. Klasse mit Eichenlaub des Ordens zum Zähringer Löwen. Doch glücklich ist er damit nicht. Denn aus den Akten geht hervor, daß Geiges, an Auszeichnungen nicht arm, sich die Verleihung der goldenen Medaille für Kunst und Wissenschaft erhofft hatte, eine seltene und für Künstler weitaus wünschenswertere Auszeichnung.

Geiges war Friedrich nicht nur wegen der hervorragenden Leistungen seiner Kunst, die er in Karlsruhe ausstellte, ein Begriff. Die dort gezeigten Exponate hatten beim Großherzog besonderen Anklang gefunden. Geiges vermachte dem Schutzherrn der Ausstellung kurzerhand drei großformatige Glasmalereien, die

später für Besucher der Kunsthalle zugänglich gemacht wurden. Aber auch als Mitbegründer und Autor des vaterländisch gesinnten und ansonsten unpolitischen Breisgauer Schauinslandvereins schätzte ihn der Landesvater besonders. Anlässlich seines Regierungsjubiläums im Jahr 1896 gestaltete der Künstler den historischen Festumzug des Freiburger Münsterbauvereines in Karlsruhe und überreichte dem gehuldigten Großherzog einen prachtvollen Photoband zum Freiburger Münster, dessen wissenschaftliche Einführung Geiges verfaßt hatte. Für Friedrich lag es aus all diesen Gründen nahe, auf Geiges zurückzugreifen, ob schon der Künstler der katholischen Konfession angehörte.

DAS BILDPROGRAMM

Über das Aussehen der im Krieg zerstörten Glasmalereien sind wir wenig unterrichtet, da hierüber weder Skizzen noch Photographien vorhanden sind. Die erhaltene Aufnahme nach den drei Geiges'schen Entwürfen mit dem thronenden Christus flankiert von Petrus und Paulus, welche Grundlage für die neuerliche Rekonstruktion ist, zeigt neben den noch verschiedenen Stifterwappen in den Seitenfeldern gerade im Mittelbild eine im Vergleich zur später ausgeführten Version abweichende Variante:

Hier ruht Christus, dessen Haupt von einem ungewöhnlichen Strahlenkranz umgeben ist, reich gewandet mit einem brokatbesetzten Mantel und kostbarer Schließe auf einem steinernen Thron. Unter dem Mantel wird die weiße Tunika sichtbar. In der Linken hält er den Globus als Insignum seiner Macht, die Rechte ist zum Segen erhoben. An den oberen Enden der Thronbacken wachsen blattbesetzte Verästelungen empor, die das frontal uns anblickende Gesicht Christi rahmen. Unter dem mehrstufig aus hellen Steinquadern zusammengesetzten Unterbau nimmt das großherzogliche Wappen des Stifters die zentrale Stelle ein.

Die ausgeführte Variante der Christusfigur, über deren Aussehen lediglich eine Beschreibung Müllers an Linnemann unterrichtet, zeigte Christus hingegen im Mittelfenster als den Auferstandenen, charakterisiert durch die Nä-

gelmale und das Wundmal in der Brust. Er faßte statt des Globus' ein Spruchband, auf dem stand: „*Wer an mich glaubt, der hat das ewige Leben*“ (Joh. 6,47). Seine Rechte hielt er segnend erhoben. Unter seinen Füßen muß das versiegelte Grab sichtbar gewesen sein. Ferner ist anstelle des strahlenförmigen Heiligenscheins ein Kreuznimbus getreten. Mit der Wahl des Auferstandenen über dem Grab wird die Heilsbotschaft weitaus eindringlicher formuliert. Im Kapitel des Johannesevangeliums, dem der Satz auf dem Spruchband entnommen ist, antizipiert Christus seinen Opfertod mit den Worten: „*Dieses Brot ist mein Fleisch, das ich geben werde für das Leben der Welt*“ (Joh. 6,51). Als Botschaft aus dem Munde des Auferstandenen erhält der Gläubige die Gewißheit auch für seine Erlösung vor dem Tod.

Zur Rechten erscheint die Standfigur des Apostel Paulus mit dem Schwert seines Martyriums. Zwei Engel hinterfangen ihn in ganzer Höhe mit einer Stoffbahn. In seiner Linken hält er eine Schriftrolle, auf der geschrieben steht: „*So halten wir nun dafür, dass der Mensch gerecht werde ohne des Gesetzes Werke, allein durch den Glauben*“ (Röm 3,28). Dieser Satz entstammt dem für die Reformatoren so wichtigen Römerbrief des Paulus, in dem die explizite Glaubenswahrheit eindringlich zusammengefaßt ist und auf welchen die Grundwahrheiten der evangelischen Kirche fußen. Zur Linken Christi steht Petrus in gleicher Ausschmückung. Auch hier sind die Worte auf die Rechtfertigung des Menschen allein durch den Glauben gestimmt: „*Euch, die Ihr aus Gottes Macht durch den Glauben bewahret werdet zur Seligkeit*“ (1 Petrus 1,5) läßt sich auf dem Spruchband lesen.

Wir können uns aufgrund unseres Vorwissens zu Müllers Forschungsschwerpunkten ein vergleichsweise gutes Bild von dessen Einflußnahme auf den künstlerischen Entwurf machen. Nikolaus Müller war 1890 Nachfolger seines Berliner Lehrers, des protestantischen Theologen und Christlichen Archäologen Ferdinand Piper geworden. Mit der Übernahme der Professur fiel Müller zugleich die Leitung des ersten akademischen Museums christlicher Bildwerke zu, zu dem Piper schon 1849 den Grundstein gelegt hatte. Als Christlicher Archäologe zeigte sich Müller ikonographisch

sehr versiert. Mehrere Jahre dauerte sein Aufenthalt in Rom, um die Kunst der Katakomben zu erforschen. Die Erkenntnisse flossen in zahlreichen Abhandlungen zur Geschichte der Bildgestaltung ein. Da erscheint es naheliegend, wenn er in Bretten nicht die gängigen mittelalterlichen Bildvorstellungen einfließen läßt. Stattdessen macht er sich bei seiner Fensergestaltung auf die Suche nach den ältesten christlichen Bildvorstellungen von Christus, Petrus und Paulus:

Ungewöhnlich ist schon die Erscheinung Petri: Statt des uns geläufigen Typus mit Haarkranz und kleinem Büschel über der Stirn tritt uns der Apostelfürst im fülligen weißen Haupthaar entgegen. Ebenso wenig ist dem heutigen Betrachter das geschulterte Kreuz als Attribut des Heiligen bekannt, ein Hinweis auf das erlittene Martyrium. Das weiße Untergewand der Apostel, die Tunika und der locker darüber gelegte Mantel lassen an die Gewandung antiker Philosophen denken. Vertraut ist hingegen die Darstellung des Paulus, dunkelhaarig, mit hoher Stirn und langem Barthaar. Als Attribut ist dem Apostel das Schwert beigegeben, durch das er zu Tode kam. Hierzu äußert Müller seine Gestaltungswünsche:

„... Paulus mit ovalem edlem Gesicht und kahlem Vorderkopf, Petrus mit mehr rundem Gesicht und derben Zügen, wie man ihn bei Fischern und Schiffern findet, dichtem, aber nicht langem gekräuseltem Haupt- und Barthaar... Dazu erhält er auch sein ältestes Attribut, ein großes lateinisches Kreuz, das er auf seiner Schulter trägt. Bei Paulus bleibt das übliche Schwert.“

Wie sehr Müller die fertige Glasmalerei schon vor Augen gestanden haben muß, belegt sein Vorschlag an den ausführenden Künstler, an der hiesigen Universitätsbibliothek genau bezeichnete wissenschaftliche Arbeiten zur frühchristlichen Kunst zu studieren, um die richtige Wahl der Darstellung zu treffen. Auf Passionsarkophagen des vierten Jahrhunderts finden sich hier frühe Bilder des Auferstandenen zwischen Petrus und Paulus, wobei die Apostelfürsten vornehmlich als Zeugen und Gewährsmänner für die Auferstehung Christi

von den Toten auftreten, auf die auch gerade der verstorbene Christ im Grab hoffen darf. Auf jüngeren Darstellungen der Spätantike läßt sich ferner der Missionsauftrag an Petrus und Paulus ableiten. Dann ist damit jedoch stets die bildliche Darstellung der Übergabe der Schriftrolle, also das geoffenbarte Wort Gottes, an Paulus durch Christus verknüpft. In den Brettener Chorfenstern klingt letztere Bedeutung in dem Christus beigegebenem Schriftband an. Doch haben in Hinblick auf das übergreifende Bildprogramm in der Gedächtnishalle beide Auslegungen Gültigkeit.

Größten Wert legt Müller auf die Physiognomie des Christusbildes. In einem umfassenden Aufsatz zur Geschichte der Christusbilder, den Müller im Reallexikon der protestantischen Theologie veröffentlicht hatte, stellt er für die Frühzeit zwei Hauptströmungen der Darstellbarkeit fest: Den jugendlichen bartlosen und den autoritären bärtigen Typus. Müller, nicht frei von gesellschaftlichen Konventionen seiner Zeit – als Gelehrter trug er selbst einen beachtlichen Bart – bevorzugte den bärtigen Typus mit gescheiteltem Haupthaar, weil in „*dessen Erscheinung die Würde und Erhabenheit des Gottes- und Menschensohnes zum Ausdruck gelangt*“. Im Zusammenhang mit der Gestaltung Christi in unserem Fenster scheint seine Bewertung wesentlich: Nach Müller setzte noch im fünften Jahrhundert mit der Überzeichnung ins Ernste und Düstere der Verfall der Christusdarstellungen ein.

„Aus dem Mann Christus wurde fast ein Greis, aus dem die Gnade verkündenden Lehrer und die Sünder anlockenden Heiland ein strenger Richter, unheimlich für seine Freunde, ein Schrecken für seine Feinde“, und weiter „eine Physiognomie, die mehr an den von Darwin reklamierten Urahn des Menschen, als den Leutseligsten unter den Menschenkindern gemahnen kann“.

Wichtig ist dem Berliner Theologieprofessor, der in Bretten erstmals die Möglichkeit hat, seine Vorstellungen in Bild zu fassen, daher der Ausdruck der Milde im Gesicht eines gütigen Christus, der seinem tatsächlichen Alter entsprechend wiedergegeben wird. Diese

Bildfindung erscheint den protestantischen Glaubensvorstellungen weitaus angemessener.

Doch dabei läßt der Concepteur es nicht bewenden. Die einmalig gefundenen altchristlichen Vorbilder kleidet er in ein spätgotisches Stilideal, obwohl es für einen derartigen ikonographischen Rückgriff im Spätmittelalter keine historischen Belege gibt. Dieser Umformung liegt natürlich die Anlehnung an die Architektur des Gedächtnishauses zugrunde, die gleichfalls in spätgotischer Manier gehalten ist und in idealistischer Annäherung den Baustil zur Zeit der Geburt Melanchthons aufgreift. Ein genialer Kunstgriff ist es aber, wenn Müller einen inhaltlichen Kerngedanken Melanchthons mit der Wahl der formalen Darstellungsweise zu verbinden weiß: Die Rückbesinnung Melanchthons zu den Wurzeln des christlichen Glaubens unterstreicht hier der ikonographische Rückgriff zu den Anfängen christlicher Bildgestaltung.

Der Verlust der Glasmalereien schlug eine Lücke im Bildprogramm der Gedächtnishalle. Ohne dieses *missing link*, das den Schlüssel zum Verständnis des Müllerschen Konzepts darstellt, konnte der Besucher ein dem Bau zugrundeliegenden Kerngedanken nicht mehr nachzeichnen. Die Ikonographie der Gedächtnishalle erhält nun mit der Hinzufügung der verlorengewesenen Glasmalereien wieder ihre ursprüngliche Geschlossenheit, die vorhandenen Ausstattungsstücke werden in den ihr zugeordneten Kontext zurückgeführt, und die Botschaft wird in der Zusammenschau der Einzelteile wieder lesbar. Der Gedächtnishalle als dem Kernstück des Baues liegt die Geschichte der evangelischen Heilslehre zugrunde und zwar läßt sich ihr Verlauf ausgehend vom Chor sowohl chronologisch als auch hierarchisch nachzeichnen:

Das Licht fällt von Süden über die drei Chorfenster in den architektonisch ausgezeichneten Chorraum, dem Brennpunkt der sakralartigen Halle. Zentral thront die Figur des Erlösers, durch dessen Tod die Menschheit am göttlichen Heilsplan teilhaben kann. Mit der Verkündung und Verbreitung der Gnadenbotschaft betraut Christus die flankierenden Apostelfürsten Paulus und Petrus. Diese Figurengruppe stellt die Quelle dar, aus der Melan-

chthons Bekenntnis geschöpft ist. Über sie wird die Heilsbotschaft direkt an Luther und Melanchthon, die beiden zunächst der Glasmalereien stehenden skulptierten Figuren weitergereicht. An den Stützen der Gewölbe befinden sich weitere Figuren der Reformation, die gleichsam als Stützen des neuen Glaubensgebäudes fungieren. Über sie spannt sich das Gewölbe als beschützendes Dach, zusammengehalten von den sieben wappengeschmückten Schlußsteinen der ersten evangelischen Reichsstände. Wie dem heiligen Michael am Haupteingang einer Kirche häufig Räume geweiht waren, um Gefahr und Bedrohung fernzuhalten, so vertritt das Großherzogwappen im Schlußstein der Vorhalle Friedrich als gegenwärtigen Bewahrer und Schützer, in den Chorfenstern hingegen als Bekenner des evangelischen Glaubens. Und wie die Reformatoren am Beginn einer neuen Zeit das ursprüngliche Wort der Bibel wieder ans Licht brachten, und damit das Licht der Hoffnung der evangelischen Gnadenlehre, so fällt auch Licht in die Gedächtnishalle gleichsam durch die Gestalten, die uns die christliche Heilslehre ungebrochen vermittelten, eben jene Gewährsmänner der Apostelgeschichte, auf welche die Reformato-

ren zurückgegriffen haben. Durch dieses aus verschiedenfarbigen Glasstücken musivisch zu einem Figurenprogramm verdichteten Bild strömt nun wieder vielfach gebrochenes Tageslicht, das Stimmung und Botschaft der Ruhmeshalle der Reformation verwandelt.

Anmerkung

Die ausgewerteten Daten sind einem Aktenkonvolut des Generallandesarchivs in Karlsruhe entnommen. GLA 56/2465: „Generalintendanz der Civilliste, Specialia, Bretten, Kirchen-Sache, Das Melanchthonhaus mit Gedächtnishalle und Museum betr“. Ausführungen zur Ordensverleihung an Geiges finden sich unter GLA 60/1165: „Geheimes Kabinett, Ordenssachen“ und GLA 56/1321: „Generalintendanz der Großherzoglichen Civilliste, Kunstsache Geiges, Fritz, Professor in Freiburg“. Darüber hinaus wurde an wenigen Stellen der im Melanchthonhaus in Bretten aufbewahrte Briefverkehr Müllers herangezogen. Aus Platzgründen werden die einzelnen Briefe jedoch nicht gesondert zitiert.

Anschrift des Autors:
Daniel Parello
Oberer Rieselfeldgraben 1
79111 Freiburg

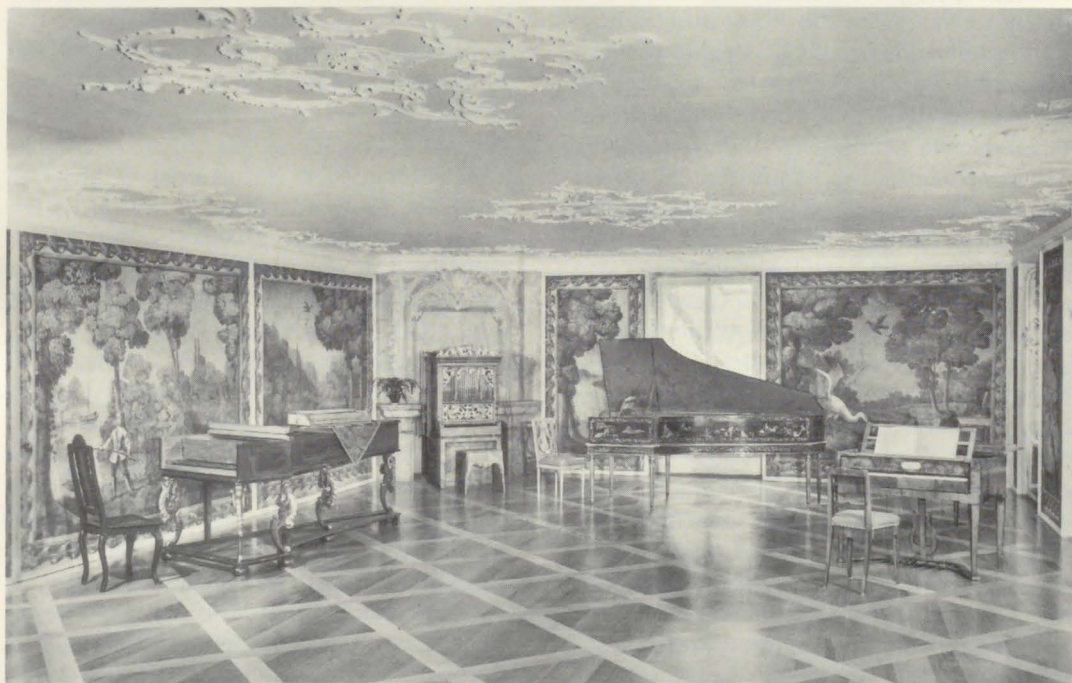
Die Schloßkonzerte Bad Krozingen

Neben den großen Festspielen und Konzertreihen, die in zunehmendem Maße zu Institutionen öffentlicher Geldgeber – dem Staat, den Kommunen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten – oder auch zahlungskräftiger Wirtschaftsunternehmen geworden sind, sollten jene kulturellen Aktivitäten nicht übersehen werden, die einer rein privaten Initiative entsprungen sind und auch noch in unseren Tagen entweder ganz oder doch zu großen Teilen einem privaten Mäzenatentum ihr Fortleben und ihre besondere Anziehungskraft verdanken. Veranstaltungen dieser Art treten trotz hochrangiger künstlerischer

Leistungen vergleichsweise „leise“ in Erscheinung, und ihr Publikum zählt nicht nach Tausenden, doch sind es gerade sie, die innerhalb der Fülle des allgemeinen Kulturangebots das Flair vergangener Zeiten in die Gegenwart hinübertragen und mit zukunftssträchtigen Leben erfüllen.

1. EINE KLINGENDE LANDSCHAFT

Der deutsche Südwesten, vor allem das Oberrheingebiet zwischen Schwarzwald und Elsaß, ist besonders reich an Privatinitiativen



Sammlung Historischer Tasteninstrumente; Schloß Bad Krozingen, ehemaliger Festsaal, jetzt Konzertsaal der Schloßkonzerte Bad Krozingen.

der genannten Art. Da diesen zudem eine ausgesprochen individuelle Note eigen ist, besteht auch keine Gefahr, daß sie sich gegenseitig das Publikum wegnehmen. Werfen wir einmal einen Blick auf die Umgebung der Stadt Freiburg im Breisgau. Im östlich der Stadt gelegenen Dreisamtal ist es vor allem das Schloß des Barons Nikolaus von Gayling, das sich seit vielen Jahren zu einem beachtenswerten kulturellen Zentrum entwickelt hat. Der Schloßherr stellt den hier auftretenden Künstlern – Musikern, Rezitatoren, Schauspielern, Tänzern und auch Vertretern der bildenden Künste – die Schloßräume mietfrei und in eigener Verantwortung zur Verfügung. Mit rund hundert Veranstaltungen jährlich stellt das Ebnetter Barockschloß heute einen Mittelpunkt der Schönen Künste von geradezu modellhafter Ausstrahlung dar, ohne daß hier Zuschüsse seitens öffentlicher Geldgeber benötigt werden. Alle entstehenden Kosten trägt der Baron, so daß der durch den Kartenverkauf erzielte Erlös ohne Abzüge an die Künstler ausgehändigt wird. Oder blicken wir auf das Gebiet westlich von Freiburg. In dem kleinen Winzerort Wyhl am Kaiserstuhl ist es der musikbegeisterte Arzt und Hobbybratscher Dr. Gernot Mehnert, der vor einem Jahrzehnt die „Kaiserstühler Kammerkonzerte“ ins Leben rief. Seither gastierte nahezu die gesamte Weltelite des Sektors Streichquartett oder die des Klaviertrios in den verschiedenen Dorfkirchen und Winzerhallen des Kaiserstuhls – nicht nur für die zahlreichen Kammermusikliebhaber und -kenner aus den nahegelegenen Großstädten Freiburg, Basel und Straßburg, sondern auch für die Winzer und Obstbauern der ländlichen Ortschaften. Hier, wo schon die Römer Wein anbauten, war die Kultur von jeher Allgemeinbesitz. – Nicht zu vergessen seien in diesem Zusammenhang die international beachteten „Römerbad-Musiktage“, die der Hotelier Klaus Lauer zweimal jährlich in seinem noblen Hotel „Römerbad“ in Badenweiler veranstaltet. Lauer, ein Freund von Pierre Boulez, ist vielen Komponisten der Avantgarde zu einem Förderer geworden, wobei er sich stets als ein ausgewiesener Kenner der Gegenwartsmusik erwies. Manche Komposition des jungen Wolfgang Rihm wurde durch Klaus Lauer angeregt oder in Auftrag gegeben, um nach ihrer Fertigstellung im Rah-

men der „Römerbad-Musiktage“ ihre Uraufführung zu finden. Aus dem Gesagten geht hervor, daß diese rein privaten „Festspiele“ sich vorzugsweise an Freunde der Gegenwartsmusik wenden. Nicht weit von Badenweiler entfernt befindet sich der kleine Kurort Bad Krozingen. Hier ist nicht die Avantgarde zu Hause, sondern die sogenannte „Alte Musik“. Der „Schloßkonzerten Bad Krozingen“ seien die folgenden Ausführungen gewidmet.

2. DAS SCHLOSS

Am südlichen Ortsrand von Bad Krozingen befindet sich das inmitten eines kleinen Parks gelegene Renaissanceschloß der Freiherren von Gleichenstein. Einer der Vorfahren der heutigen Schloßherrin Klaraliese von Gleichenstein war jener Baron Ignaz von Gleichenstein, der mit Beethoven befreundet war und dem der große Komponist seine Cellosonate A-Dur op. 69 widmete. Ursprünglich hatte das Schloß als Propsteigebäude des nahegelegenen Benediktinerklosters St. Blasien gedient, dessen Abt Caspar II. es im Jahre 1579 hatte erbauen lassen. Nach der Säkularisation des Klosters im Jahre 1806 kam das Krozinger Anwesen in den Besitz der Freiherren von Roggenbach und seit 1906 in den ihrer Erben v. Gleichenstein. Seit dem Frühjahr 1974 befindet sich im Obergeschoß des Schlosses die berühmte Sammlung historischer Tasteninstrumente aus dem Nachlaß des Cembalisten Professor Fritz Neumeyer (1900–1983). Die kostbaren Instrumente dieser Sammlung bilden den Mittelpunkt der Bad Krozinger Schloßkonzerte, denen wir, nach einer Würdigung ihres Gründers, uns nunmehr im besonderen zuwenden wollen.

3. FRITZ NEUMEYER

Fritz Neumeyer wurde am 2. Juli 1900 als Sohn eines Weinhändlers in Saarbrücken geboren. Nach Militärdienst und kurzem Medizinstudium studierte er an den Musikhochschulen in Köln und Berlin Klavier, Dirigieren und Komposition mit dem Ziel, Theaterkapellmeister zu werden. Während der Jahre 1924 bis 1927 wirkte er am Stadttheater seiner Heimatstadt Saarbrücken, zunächst als Solorepetitor,

sodann als Kapellmeister und Chordirektor. Von 1928 an war er im freien Beruf in Berlin tätig, vorzugsweise als Konzertbegleiter von Sängern. Ab 1940 lehrte Neumeyer Cembalo, Generalbaßspiel und Aufführungspraxis Alter Musik an der Berliner Staatlichen Hochschule für Musik. Dieselben Fächer lehrte er von 1946 bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1968 an der Musikhochschule in Freiburg. Fritz Neumeyer starb am 16. Januar 1983 in Freiburg. Auf dem Friedhof zu Bad Krozingen fand er seine letzte Ruhestätte. —

Wie wurde aus dem Saarbrücker Theaterkapellmeister der richtungweisende Experte auf dem Gebiet der historischen Aufführungspraxis Alter Musik? Im Jahre 1928 war Fritz Neumeyer durch die Begegnung mit dem Musikwissenschaftler Curt Sachs, dem damaligen Direktor der Staatlichen Musikinstrumentensammlung in Berlin, erstmals mit alten Clavierinstrumenten des 16. bis frühen 19. Jahrhunderts und deren spezifischem Klang in Berührung gekommen. Aus dem dabei erwachten Bestreben heraus, diesen Originalklang wieder für die Interpretation der Musik zwischen dem Frühbarock und der Hochromantik, das heißt: der Musik von Frescobaldi und Sweelinck bis zu Schumann und Brahms, zurückzugewinnen, begann Neumeyer um 1930 mit dem systematischen Sammeln alter Tasteninstrumente. Dabei legte er sein Hauptaugenmerk darauf, die wichtigsten Typen des Clavierbaus zwischen etwa 1580 und 1860 in einer Kollektion zu vereinen und durch sachkundige Restaurierung in einen spielfähigen Zustand zu versetzen. Im Gegensatz zu einem rein musealen Gesichtspunkt kam es Neumeyer nämlich von vornherein darauf an, mit dem jeweiligen Instrument auch dessen lebendigen Klang zu erschließen, denn neben seiner Forscher- und Sammlertätigkeit blieb Fritz Neumeyer zeit seines Lebens immer auch der Künstler, der in ungezählten Konzerten — sei es als Solist oder als Mitglied einer kammermusikalischen Vereinigung — leidenschaftlich bemüht war, seine Hörerschaft für die Musik alter Meister zu gewinnen und zu begeistern. Die „Schloßkonzerte Bad Krozingen“ verdanken diesem Bestreben ihre unverwechselbare Besonderheit, ja Einzigartigkeit. Instrumentensammlung und Konzerte sind nicht zu trennen — sie bilden eine Einheit.

Nach Neumeyers Tode im Jahre 1983 gingen die etwa fünfzig Cembali, Clavichorde, Virginalen, Hammerflügel und Kleinorgeln (Positiv, Regal) testamentarisch in das Eigentum von Neumeyers Schüler Rolf Junghanns (1945–1993) über, der sie seinerseits vor seinem eigenen Ableben am 11. April 1993 in eine öffentlich-rechtliche und gemeinnützige Stiftung einbrachte. Da zu dieser Sammlung neben den Stücken der Neumeyer-Sammlung auch die Instrumente aus dem Nachlaß der Schüler Rolf Junghanns und Bradford Tracey (1951–1987) gehören, trägt sie heute die offizielle Bezeichnung „Sammlung Neumeyer–Junghanns–Tracey“.

4. DIE SCHLOSSKONZERTE

Wenn von den Schloßkonzerten zu Bad Krozingen die Rede ist, sollte neben dem Namen Fritz Neumeyer stets auch der Name seines Schülers und späteren Nachfolgers Rolf Junghanns genannt werden. Neumeyer, seit 1946 als Professor an der Freiburger Musikhochschule lehrend, war 1968 in den Ruhestand getreten. Der zu jener Zeit erst dreiundzwanzigjährige Junghanns hatte damals die Idee, gemeinsam mit dem Lehrer Privatkonzerte in Neumeyers Freiburger Wohnung in der Silberbachstraße zu veranstalten. Schon das erste Konzert, das die beiden Künstler an zwei Cembali ausführten, wurde zu einem großen Erfolg. Da jedoch die nicht allzu geräumige Wohnung auch der großen Claviersammlung Raum bieten mußte, blieb nur wenig Platz für ein Publikum übrig. Eine Verlegung ihrer Konzerte in einen öffentlichen Saal lehnten Neumeyer und Junghanns grundsätzlich ab, denn der private Charakter sollte nicht gefährdet werden. Im Jahre 1970 ergab sich die Gelegenheit, in ein ehemaliges Herrenhaus der Augustinerchorherren in Wasenweiler am Kaiserstuhl umzuziehen: die „Wasenweiler Schloßkonzerte“ waren geboren. Doch schon bald ergaben sich Probleme mit dem Vermieter, dem der Publikumverkehr nicht behagte. So waren Neumeyer und Junghanns glücklich, als die musikliebende Baronin Klaraliese v. Gleichenstein, die Schloßherrin zu Krozingen, ihnen im Frühjahr 1974 anbot, Instrumentensammlung und Wohnung in ihr Schloß zu



Schloß Bad Krozingen.

verlegen und dort künftig zu konzertieren. So nahmen am 16. Februar 1974 die „Schloßkonzerte Bad Krozingen“ ihren Anfang. Die Leitung der Konzerte lag hinfort in den Händen von Fritz Neumeyer, Rolf Junghanns sowie dessen Schüler Bradford Tracey, einem jungen Kanadier. Die beiden letztgenannten traten bald auch als Lehrer für historische Aufführungspraxis Alter Musik hervor: Junghanns an der Schola Cantorum Basiliensis, dem renommierten Lehr- und Forschungsinstitut für Alte Musik in Basel, Bradford Tracey seit 1979 als Professor an der Musikhochschule in Berlin. Das Schloß zu Bad Krozingen aber blieb ihnen trotz dieser Verpflichtungen stets die eigentliche musikalische Heimat. In diesem Zusammenhang sollte auch der Klavierbaumeister Rudolf Dobernecker (1916–1991) nicht unerwähnt bleiben, der während vieler Jahre die Instrumentensammlung fachgerecht betreute und die neu hinzuerworbenen, zumeist in äußerst schadhaftem Zustand befindlichen Original-Claviere meisterhaft restaurierte, um ihnen ihren alten Klang zurückzugeben.

Am 18. Mai 1981 wurde die „Gesellschaft der Freunde der Schloßkonzerte Bad Krozingen“ gegründet, denn die Schloßkonzerte bedurften – wie jede Kunst – einer soliden und dauerhaften finanziellen Absicherung. Erster Vorsitzender dieser Gesellschaft wurde der Naturwissenschaftler Prof. Dr. Otto Westphal. Im Juli 1993 übernahm der Jurist und langjährige baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Helmut Engler, den Vorsitz. – Die Vereinssatzung nennt als Zweck der Gesellschaft im besonderen:

„die Förderung von Konzerten zur Pflege und Darstellung von Musik in originalem Klang unter Verwendung historischer Instrumente, sowie u. a. die Durchführung von Musiktagen und Kursen.“ (vgl. § 2 der Satzung).

Neben den „normalen“ Konzerten, deren Darbietungen sich fortlaufend über das Jahr verteilen, finden alljährlich noch die „Clavier-Musiktage“ im Mai statt sowie die „Festlichen Tage Alter Musik“ im September. Beide Sonderreihen geben den Besuchern Gelegenheit, Künstler der internationalen Elite auf dem

Sektor der Alten Musik im Krozinger Schloß zu erleben und mit ihnen nach den Konzerten zu sprechen oder über aktuelle aufführungspraktische Fragen zu diskutieren. Am Rande sei noch vermerkt, daß Fritz Neumeyer – der Weinhändlerssohn aus Saarbrücken – stets Wert darauf legte, daß sich Künstler und Zuhörer im Anschluß an diese Konzerte noch zu einem (oder mehreren) Gläschen Wein zusammenfanden, denn „wer die Kunst eines Bach liebt, der sollte auch den Gaben eines Bacchus zugetan sein“.

Rolf Junghanns starb 1993 im Alter von siebenundvierzig Jahren. Fritz Neumeyer, Bradford Tracey und der Klavierbaumeister Rudolf Dobernecker waren schon vor ihm gestorben. So sah sich Rolf Junghanns angesichts seines eigenen, unmittelbar bevorstehenden Todes gezwungen, die Fortsetzung der Schloßkonzerte und den ungeschmälernten Weiterbestand der Claviersammlung rechtsverbindlich zu regeln. In seinem Testament vom 28. Januar 1993 lesen wir denn auch den entscheidenden Satz: „Es ist mein Wunsch, daß die Pflege und Darstellung von Musik im originalen Klang unter Verwendung historischer Instrumente fortbesteht“. – Die „Verwendung historischer Instrumente“ erstreckt sich nicht nur auf die Claviere der Sammlung, sondern auch auf die Streich- und Blasinstrumente, die gemeinsam mit den Tasteninstrumenten im Rahmen der Krozinger Schloßkonzerte erklingen. In diesem Falle sind es vor allem Künstler von der Basler Schola Cantorum, die seit Bestehen der Schloßkonzerte zu deren festem Stamm gehören. Mit der Verwaltung betraute Junghanns in seinem Testament Frau Annemarie Dobernecker, die Witwe Rudolf Doberneckers. Zum Vorsitzenden der in eine Stiftung eingebrachten Claviersammlung bestimmte er Prof. Dr. Hannsdieter Wohlfarth, seinen einstigen Lehrer in Musikgeschichte an der Musikhochschule in Freiburg. – Wohl die wichtigste Bestimmung im Testament von Rolf Junghanns betrifft seine künstlerische Nachfolge. Mit dieser Aufgabe betraute er seine einstige Schülerin, die aus Bethlehem (USA) stammende Basler Cembalistin und Organistin Sally Fortino. Sie hat die künstlerische Leitung der Schloßkonzerte seit dem Tode von Rolf Junghanns mit großem künstlerischen und persönlichen Elan



Sammlung Historischer Tasteninstrumente; Schloß Bad Krozingen, ehemaliges Fürstenzimmer; Hammerklaviere des 18. und 19. Jahrhunderts.

aufgenommen und damit bewiesen, daß die Konzerte und die Instrumente der Sammlung auch in Zukunft im altbewährten Geiste weiterleben werden.

5. EPILOG:

„NOLI ME TANGERE INDOCTA MANU!“

Nach dem Tode von Rolf Junghanns am 11. April 1993 erschien in der „Frankfurter Allgemeinen“ ein Nachruf, der mit folgenden Worten schloß: „Neumeyers Erbe braucht einen neuen Sachwalter. Im großen Kreis der Qualifizierten müßte er eigentlich zu finden sein – vorausgesetzt, er fühlte etwas in sich vom Krozinger Schloß-Geist“.

(FAZ, 14. April 1993).

Wie ist das zu verstehen? Was ist der „Krozinger Schloß-Geist“ und worin offenbart sich sein Wesen? Eine erste, im wahrsten Sinne

unübersehbare Antwort gab Fritz Neumeyer noch selbst, als er einst einen Maler bat, auf die Innenseite des Deckels einer seiner kostbaren Cembali den lateinischen Satz zu malen: „Noli me tangere indocta manu“ – zu deutsch bedeutet das etwa: „Möge nie eine grobe Hand mich berühren!“. Dieser Satz bezieht sich, vordergründig betrachtet, vermutlich auf den unmißverständlichen Wunsch, keinen ungeschlachtgrobianischen Spieler an das empfindliche Instrument zu lassen – ein Gebot, das seither nichts an Aktualität eingebüßt hat! Darüber hinaus aber erstreckt sich dieser Satz gewiß auch auf die Wahrung des unverwechselbaren Charakters der Schloßkonzerte zu Bad Krozingen, ja er bietet geradezu den Schlüssel und die Voraussetzung für das Weiterleben des „Krozinger Schloß-Geistes“, von dem in jenem Nachruf die Rede war. Denn jede wahre Kunst, also auch die Musik, ist ihrem Wesen nach elitär und widersetzt sich der Kollektivierung. So gehörte es seit jeher zu den Geheimnissen

der Krozinger Schloßkonzerte, daß sich der Zuhörer hier nie als ein namenloses Partikel eines Besucher-Kollektivs fühlt, sondern stets als ein persönlich empfangener Gast, der sich als Einzelperson zu einer geistig verbundenen Gemeinschaft mit Gleichgesinnten zusammenfindet. Fritz Neumeyer hatte es, wie mit ihm Rolf Junghanns und Bradford Tracey, verstanden, dem Zuhörer nicht mit der heute so modischen, kumpelhaft-nivellierenden Anbietung zu begegnen, sondern er hob seine Gäste gleichsam zu sich und seiner Kunstsphäre hinauf und nahm sie behutsam mit hinein in den exklusiven Bereich geistiger und atmosphärischer Noblesse. In einer Zeit, in der der Marktindex kultureller Veranstaltungen mehr und mehr von Masse, Lautstärke, Freizeitwert und Verkäuflichkeit bestimmt wird, da nahmen – und nehmen – sich die Krozinger Schloßkonzerte geradezu wie ein im allerbesten Sinne unzeitgemäßes Juwel aus, ja wie eine heilsame

Gegenwelt, in der die Stille und das Geheimnis, die Zwiesprache und der Gleichklang des Empfindens den Stil bestimmen.

Möge den Krozinger Schloßkonzerten und der einzigartigen Instrumentensammlung, auf der sie sich gründen, auch weiterhin ein götliches Geschick beschieden sein, denn sie sind – wie alles Edle – zerbrechlich wie das feinste Glas. Möge ihnen ihre angestammte Eigenständigkeit, ihr privater, leiser Charakter, erhalten bleiben, damit er nicht leiden muß – der „Krozinger Schloß-Geist“!

Anschrift des Autors:
Prof. Dr. Hannsdieter Wohlfahrth
Hauptstraße 33
79219 Staufen

12. - 14. SEPTEMBER

DAS OFFENBURGER FREIHEITSFEST 1997



Christian Wentzinger

Vor 200 Jahren, am 1. Juli 1797, starb der bedeutendste Breisgauer Bildhauer und Kunstmaler Christian Wentzinger. Viele Bauwerke im heute südbadischen Raum und in der Schweiz wurden von ihm künstlerisch gestaltet.

Eindrucksvolle Gemälde, Steinreliefs und Statuen wurden von ihm geschaffen. Viele seiner Werke sind noch erhalten und geben Zeugnis vom Schaffen des Meisters. Heute noch, 200 Jahre nach seinem Tode, werden seine Kunstwerke bewundert und gewürdigt. Es gibt auch Bilder und Statuen, für die er den Entwurf lieferte und die dann von anderen Künst-

lern ausgeführt wurden, oder gar auch Werke, die man Wentzinger zugeschrieben hat, weil viele Bauherrn des 18. Jahrhunderts einen „Wentzinger“ in ihrem Hause haben wollten. Die Stadt Freiburg und die Heimatgemeinde Ehrenstetten würdigten den Künstler, indem Straßen nach ihm benannt wurden. In den geschichtlichen Unterlagen wird sein Name unterschiedlich geschrieben, Wentzinger und Wenzinger. Die von dem Künstler unterzeichneten Briefe und Rechnungen tragen den Namen mit „tz“. Johann Christian Wentzinger wurde am 10. Dezember 1710 in Ehrenstetten geboren, ein damals zur gräflich schauenburgi-



St. Blasien im Jahre 1783

schen Herrschaft Kirchhofen gehörenden Winderdorf. Heute ist Ehrenstetten ein Teilort der Gemeinde Ehrenkirchen, etwa fünfzehn Kilometer südlich von Freiburg gelegen. Sein Vater, Joachim Wentzinger, war Mühlenbesitzer, er muß recht wohlhabend gewesen sein, denn er ermöglichte seinem Sohn den Schulbesuch in der Stadt Freiburg. Es wird angenommen, einen Nachweis gibt es nicht, daß der Schüler Christian bei einem Verwandten namens Heinrich Wentzinger, ein städtischer Beamte, wohnen konnte. In der Breisgauer Universitätsstadt wurde früh die künstlerische Begabung des jungen Wentzinger erkannt und er konnte eine Ausbildung als Maler und Bildhauer absolvieren. Zur gleichen Zeit war Anton Xaver Hauser ebenfalls in Freiburg in Ausbildung.

Über die Lehrwerkstatt steht nichts in den geschichtlichen Unterlagen, nur einmal wird angeführt „in der väterlichen Werkstatt des Xaver Hauser“. Ob Wentzinger nach der Lehre noch in Freiburg arbeitete, darüber gibt es auch keine Hinweise. Lediglich ein Eintrag im Totenbuch des Heiliggeistspitals bei dem Went-

zinger im Jahre 1735 als Zeuge angeführt wird. Nach diesem Eintrag muß er um diese Zeit in Freiburg gewesen sein.

Sein erstes bekanntes Werk ist der 1733 entstandene Taufstein für die Kirche in St. Peter. 1735 ging Wentzinger nach Paris an die Academie des beaux arts. Für eine Darstellung Simon, wie er den Tempel zerstört, erhielt er in der französischen Hauptstadt zwei Preise. 1737 und 1738 war er wieder in der Nähe der Breisgaumetropole Freiburg, er arbeitete im Kloster Oberried. Dort schuf er für den Hochaltar zwei Statuen, die heiligen Blasius und Benedikt, und mehrere Engelsfiguren.

Da gibt es dann noch den Hinweis „vielleicht auch die Stuckdecke im Refektorium“. 1740/41 war Wentzinger im Benediktinerkloster St. Blasien beschäftigt. Im Auftrag des aus Freiburg gebürtigen Fürstbists Franz II. Schächtelin fertigte er Marmorstatuen für das prächtige Hofportal „die statuen aber hat außgearbeitet der Herr Wentzinger . . .“ Die Arbeit des Künstlers wurde leider bei dem großen Klosterbrand im Jahre 1768 zerstört.

Eine Arbeit die „zum freiesten und schönsten gehört, was wir von Wentzinger besitzen“ ist ein Ölberg, den der Künstler für die Gemeinde Staufen schuf. Das aus Terrakotta geschaffene Werk kam an das städtische Museum von Frankfurt. Nun folgen sieben Jahre worüber es keine Hinweise über sein Verbleib und sein Wirken gibt. Es wird vermutet, daß sich Wentzinger in Italien aufhielt um sich beruflich weiterzubilden. 1745 war er wieder in Freiburg. Das Denkmal zu Ehren des im März 1743 verstorbenen österreichischen Generals Franz Christoph Freiherr von Rodt im Freiburger Münster wurde von Wentzinger geschaffen, es folgte 1749 die völlige Restaurierung des Standbilds von Markgraf Karl II. in der Kirche zu Emmendingen. Von 1748 bis 1751 arbeitete Wentzinger im Auftrag des Freiherrn von Sickingen am Schloß in Ebnet. Es entstanden die bekannten vier Gartenfiguren, die Jahreszeiten. Er wohnte damals in Freiburg.

Am 30. April 1748 hat der Senat der Universität Freiburg den Bildhauer Christian Wentzinger für die Errichtung eines Epitaphs im Münster auserwählt. Das Grabmal war für den sechs Jahre zuvor verstorbenen Professor Johann Sigismund Stapf. Für den Bibliothekssaal



Fürstbist Martin II. Gerbert nach einem Kupferstich von Peter Mayer

des Klosters St. Peter fertigte er im Jahre 1752 die „in Lett poußirten“ Modelle zu zwölf allegorischen Figuren, es waren sinnbildliche Darstellungen der Wissenschaften und der Künste. Der Auftraggeber war der wohl bedeutendste Abt des Klosters, Philipp Jakob Steyrer. Die Figuren wurden dann von Matthias Faller, aus dem Fallengrund bei Neukirch (St. Peter) gebürtig, in Holz geschnitzt. Mit Lett ist Letten also Ton oder Lehm gemeint. Im Jahre 1759, so ist den Freiburger Chronikblättern zu entnehmen, „ist Herr Wentzinger, seiner Profession ein Bildhauer und wohlerehrender, auch gereister Mensch und Künstler widerumb von Wien angelangt“. Wentzinger weilte also auch in Wien, warum und wie lange er dort war, ist nicht aufgezeichnet.

Nachdem er in Paris und Rom war, hat es in sicher auch gereizt einmal in die Rokokostadt Wien zu reisen.

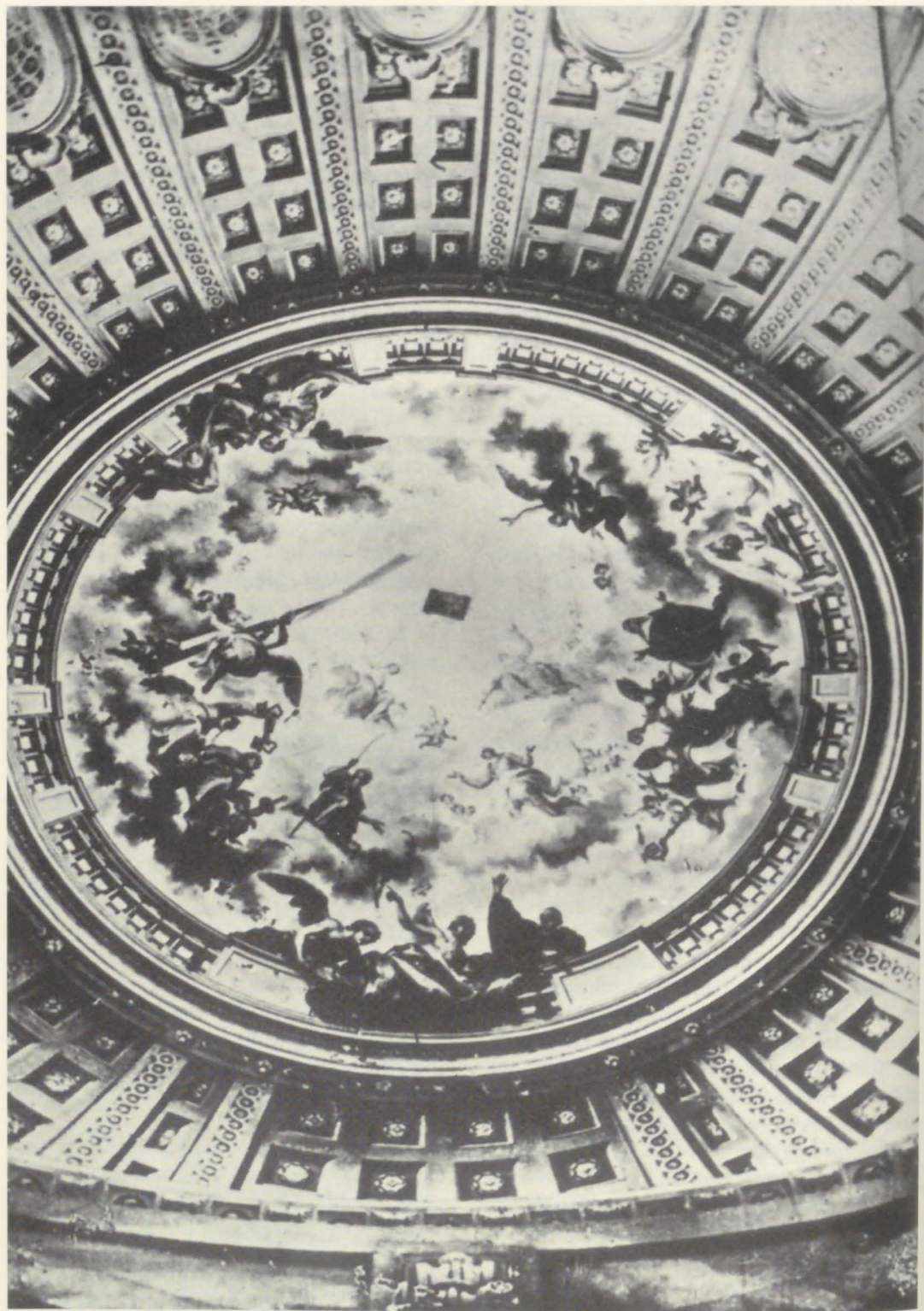
Am 25. Januar 1754 bat er bei der Universität Freiburg um das akademische Bürgerrecht. Nachdem ihm die damit verbundenen Bedingungen vorgetragen wurden, wies er diesen Antrag zurück. Ein Jahr danach erhielt er das nach „altem Herkommen Adelligen, Gelehrten und Künstlern“ gewährte Satzbürgerrecht, „als ein distinguirt und weit renomirter Künstler, auch seiner besizenden ansehnlichen Mitteln wegen“. Er entschied sich für immer in der Breisgaustadt zu bleiben und 1755 kaufte er von Pfarrer Franz Xaver Peter Freß ein an der Südseite des Münsterplatzes gelegenes Haus.

Einige Jahre später erwarb er noch das Nachbarhaus von dem Freiherrn Joseph Thadäus von Harsch zu Holzhausen und Reute. Das zusammen zum Haus „Zum schönen Eck“ wurde. Das 1761 von Wentzinger völlig umgebaute Haus blieb nach den großen Luftangriff im November 1944 im wesentlichen erhalten. Mit seiner eleganten Fassadengestaltung und dem Bildporträt des Künstlers zählt es zu den Sehenswürdigkeiten der Stadt. Von 1757 bis zu der Zeit als er daran ging das Haus in Freiburg neu zu gestalten, arbeitete Wentzinger in St. Gallen. Für das dortige Kloster schuf er „zur Ausschmückung des Schiffes der neu erbauten Stiftskirche mit Stukkaturen, Plastiken und Malereien“. Dieser Großauftrag für das damals weitbekannte und einflußreiche Kloster machten den Künstler noch berühmter.

Er erhielt für den Auftrag 52 000 Gulden. Wentzinger verstand es auch mit Geld umzugehen und wußte stets das angesammelte Vermögen zinsbringend anzulegen. In Freiburg ansässig erhielt er viele Aufträge, so schuf er den Taufstein für das Münster „Unserer lieben Frau“, dann im Jahre 1770 die Breisgau-Ritterständische Ehrenpforte für die österreichische Kaisertochter Marie-Antoinette, auch soll er den Umbau der alten Sapienz zu einem klinischen Hospital geleitet haben.

Für den Bau „des Krankenspitals“ in Freiburg stiftete Wentzinger eine beträchtliche Summe. Die Stadtväter würdigten diese Hilfe mit der Ernennung zum Titularratsherrn am 22. Mai 1780. Nach der Fertigstellung seines Hauses lebte der Künstler als wohlhabender Herr in der Breisgaumetropole, er vergab viele Aufträge an Mitarbeiter, beschränkte sich auf künstlerische Beratungen und verzichtete fast ganz auf die aktive Bildhauerei, um den gesundheitlichen Gefahren, die sich aus der Steinbearbeitung ergeben, zu entgehen.

Im Jahre 1768 kam es zu einem Großbrand in St. Blasien, das Münster und ein Großteil der Gebäude der Benediktinerabtei wurden ein Raub der Flammen. Der Abt der Mönchsgemeinschaft entschloß sich schon wenige Monate danach anstelle der bisherigen Klosterkirche nach dem Vorbild des Pantheon in Rom eine Kuppelkirche zu erbauen. Gleich zwei Architekten konnte er für dieses Vorhaben gewinnen. Es war ein großes Unternehmen in der Enge des Albtals ein so gewaltiges Bauwerk zu erstellen. Es ist die drittgrößte Kuppelkirche Europas. Für die Innenausgestaltung konnte der geniale Abt, Fürstabt Martin II. Gerbert, eine Reihe von bedeutenden Künstlern verpflichten. Zu ihnen gehörte auch Christian Wentzinger. In vielen Bereichen galt er als fachkundiger Berater für die Schwarzwälder Mönche. Einige Werke wurden auch von ihm und nach seinen Entwürfen ausgeführt. Das farbenfrohe Gemälde, das auf die große Fläche der Rotundendecke aufgebracht wurde, zeigt die Aufnahme des heiligen Benedikt in den Himmel. Durch eine Öffnung sah man weit in den Himmelsraum hinein. Die auf Wolken stehenden Menschen jubeln dem Heiligen zu, der von der Muttergottes in den Himmel aufgenommen wurde. Ein Bild über dem Chorbogen zeigte den Tod des heiligen



Das 1874 zerstörte Kuppelfresko von Christian Wenzinger

Benedikt. Der Heilige bricht vor dem Altar zusammen und fällt in die Arme seiner hinter ihm stehenden Freunde. Diese beiden Bilder wurden nach Entwürfen von Wentzinger geschaffen. Ausgeführt wurden die Gemälde von dem in Wurzach geborenen Künstler Simon Göser. Am 7. Juni 1779 traf Wentzinger mit der „Sküze zur Kuppel ein, welche er schon samt der ganzen Zeichnung und Schilderung verfertigt hatte“ und der ließ bei seinem Weggang einen „Mahler Simon Gaeser von Freyburg hier zurück, welcher auch wirklich den Anfang gemacht hat die Kuppel zu mahlen. Für die Modelle oder Sküze der Kuppel verlangte H. Wentzinger 60 Louisdor, die er auch erhalten“. Außer den beiden Gemälden sei noch der prachtvolle Schlußstein über dem Hauptportal der Kirche anzuführen, ein starkes Hochrelief zeigt Christus eine Weltkugel haltend, auf der ein Kreuz als Zeichen der Herrschaft Christi über die Welt aufgesetzt ist. Auch die beiden geschnitzten Türbilder, Maria und Joseph darstellend, sind nach Entwürfen von Wentzinger geschaffen. Daß die Benediktiner von St. Blasien mit der Arbeit Wentzingers zufrieden waren, zeigt ein Bericht zur Einweihungsfeier der Kuppelkirche im Jahre 1783: „der künstlerische Pinsel eines Hr. Wentzinger des Raths zu Freyburg in Breisgau, der unser Kuppel mit seinem edel schön Gemählde noch reizender machte, reißt alle Augen auf sich“. (Bei dem großen Kirchenbrand im Jahre 1874 wurden die Gemälde zerstört.) Es wird immer nur der Name Wentzinger angeführt, selten die Künstler, die dann die Werke zur Ausführung brachten.

Da war in St. Peter Matthias Faller, in St. Gallen Joseph Wannenmacher, in Freiburg Anton Xaver Hauser und Joseph Hörr und eben in St. Blasien Simon Göser. „Der Name Wentzinger ist nachgerade eine Art Sammelname für alle irgendwie hervorstehenden Arbeiten des 18. Jahrhunderts in der Freiburger Gegend geworden, die man sonst nicht unterbringen kann“ so schreibt Gustav Münzel, der eine kritisch geprüfte Aufstellung von Wentzingers Werken versucht hat.

Wentzinger hatte ein großes Vermögen, er war stets bereit größere Geldbeträge für Stiftungen zu spenden. Nach seinem Tode fanden sich Unterlagen, nach denen er auch viel Geld ausgeliehen hat und dieses mitunter nach

mehrfachem Mahnen oft erst durch Gerichtsbeschluß wieder zurückbekam. Da wurde ein Fall angeführt, daß Wentzinger dem Freiherrn Joseph Anton Eusebius von Beroldingen zu Binningen, Ortsherr im Wildtal, im Jahre 1756 die Summe von 2600 Gulden geliehen hat. Nach zwölf Jahren kam es zu einem Rechtsstreit wegen der Rückforderung. In seinem Nachlaßverzeichnis werden dreißig Schuldner mit einer Gesamtschuld von 46 717 Gulden aufzeichnet. Am 11. Juni 1783 übergab Wentzinger sein umfangreiches eigenhändig geschriebenes Testament dem Magistrat der Stadt Freiburg. Der Umschlag war mit dem Siegel des Kunstmalers Wentzinger versehen.

Er hatte festgelegt, daß er das Testament jederzeit „mehr oder mindern“ dürfe und er wünschte auch, daß das Testament gleich nach seinem Tode eröffnet werden soll. Vierzehn Jahre nach der Übergabe des Testaments starb Christian Wentzinger, am 1. Juli 1797. Drei Tage danach wurde der Tod offiziell während einer Ratssitzung bekanntgegeben. In dem „Verlassenschaftsabhandlungs-Protokoll“ wird er als 64. des Jahres angeführt mit dem Hinweis „Kristian Wentzinger, Titular-Magistrasrat, Kunstmalers und Bildhauer daher, der den 1. Juli in seiner eigentümlichen Behausung dahier verstorben sein, im ledigen Stand.“

Freiburgs bedeutendster Künstler des 18. Jahrhunderts fand auf dem alten Friedhof der Stadt seine letzte Ruhestätte. Der im Alter von 87 Jahren verstorbene Christian Wentzinger war nicht verheiratet. Es gab da die Anna Katharina Egg, die Tochter des Bürgermeisters Philipp Jakob Egg, die Wentzinger verehrte. Die Frau hat in ihrem Testament aus dem Jahre 1767 ihr gesamtes Vermögen dem Armenspital in Freiburg vermacht. Es wird nun berichtet, daß einmal Wentzinger sie um die Hand angehalten hat und dann soll sie gesagt haben „daß sei bereits die Kinder des Spitals zu ihren Kindern angenommen habe“. Wentzinger hat daraufhin auch einen Großteil seines Vermögens dem Spital vermacht.

In dem mehrere Seiten umfassenden Testament bittet Wentzinger „Wann ich dieses Zeitliche gesegnet, solle mein entseelter Leichnam nach christlicher Gewohnheit ohne alles Gepräng in die Kirchen auf den allgemeinen Gottesacker zur Erde bestattiget...“. Außer

verschiedenen Klöstern und sozialen Einrichtungen der Stadt wurden zwei Fernverwandte, „des sel. Vaters Bruders Sohn Josephus zu Merdingen und meiner Mutter sel. Schwester Sohn, Michael Selz zu Ofnatingen“ mit Geldbeträgen bedacht. Die Dienstmagd Anna Maria Burkart aus Wittnau, „sich mehrender Zeit, als selbe bei mir in Diensten ist, jederzeit wohlverhalten und mit getreu und fleißig gedient, als

legire siebenhundert Gulden rheinisch, nebst vierzig Gulden zu einem schwarzen Kleid“.

Anschrift des Autors:
Franz Hilger
79292 Pfaffenweiler
Krozinger Str. 27

St. Gallen als Zentrum alemannischer Kultur

Zur Ausstellung in der Freiburger Universitätsbibliothek

Es ist in der Geschichte Europas schon bemerkenswert, daß in „Gallien“ durch die Politik Chlodwigs 496 nach den Turbulenzen der Völkerwanderung die Weichen klar gestellt wurden in Richtung auf das „christliche“ Frankreich – nach seinem Sieg über die Alemannen und seine Taufe in Reims, ein Ereignis von welthistorischer Bedeutung! Natürlich waren „Gallo-Römer“ schon seit dem zweiten Jahrhundert in kleinen christlichen Gemeinden organisiert, Kontinuität und fließender Übergang kennzeichnen den kulturgeschichtlichen Prozeß im alten „Gallien“ entscheidend. Vor allem sind auch Namen zu nennen wie der des Martin von Tours, der 397 als Bischof in der Hauptstadt der Touraine starb, oder der des Hilarius von Poitiers, der als Kirchenlehrer im vierten Jahrhundert auch das theologische Wachstum der christlichen Kirche wesentlich beeinflußt hat. Es ist dies alles deshalb so hervorzuheben, weil es dann aber nach Chlodwigs Gewaltakt noch einmal rund zwei Jahrhunderte gedauert hat, bis die nicht christlichen Völker rechts des Rheins evangelisiert wurden. Und besonders erstaunlich dabei, daß sie missioniert wurden von Schotten und Iren, von Angeln und Sachsen, die direkt von Rom den Missionsauftrag bekamen, nachdem sie selbst dem römischen Bischof Papst Gregor gegen Ende des 6. Jahrhunderts ihre systematische Missionierung zu verdanken hatten; Irland war freilich schon zuvor vom hlg. Patrick christianisiert worden.

Die Bekehrung der „deutschen“ Stämme und die Entzauberung der germanischen Götter erfolgten von den britischen Inseln aus, durch irische Wanderprediger, durch „Schottenmönche“. Columban ist vor allen zu nen-

nen, der 590 mit zwölf Gefährten aus Irland aufs Festland kam, der u. a. das Kloster Luxeuil in den Vogesen gründete, sich rasch einen ungeheuren Einfluß sichern konnte und damit auch den Widerstand der alten Kräfte hervorrief, der nach seiner Vertreibung bei den Alemannen missionierte, um 610 am Bodensee tätig war, um dann weiterzuziehen über die Alpen, zu den Langobarden. Er hat aber einen seiner Schüler zurückgelassen: Gallus, etwa 550 geboren, der sich als Prediger und Einsiedler im Arboner Forst eine Zelle baute. Es verging noch viel Zeit, bis mit Bonifatius (Wynfrith), dem angelsächsischen Mönch aus Wessex, im achten Jahrhundert der Mann auf den Kontinent kam, der „Germanien“ bzw. das fränkische Reich sehr eng mit der römischen Kirche zu verbinden wußte und all das in Bistümern zu organisieren verstand, was einzelne Mönche wie Landolin, Trudpert, Kilian und Fridolin und viele andere vorbereitet hatten. Gallus war der erste in einer besonders wichtigen Entwicklung.

GALLUS – CA. 550 BIS 641

Der Lebenslauf des „Fremdling“, des Gallus aus Irland, ist von vielen Legenden umrankt. Er soll ein großer Hitzkopf, auch noch in hohem Alter, gewesen sein. So habe er z. B. am Zürichsee, während sein Prior Columban predigte, gleich richtig zugelangt und einen alten heidnischen Götzentempel in Brand gesteckt; auch in Bregenz habe er Götzenbilder ehrwürdigen Alters zerschmettert. Eine Zeitlang habe er sich aufgehalten in Arbon am Bodensee, um dann aber in die Wildnis zu ziehen, zusammen mit einem einzigen Begleiter. An der Quelle der

Steinach sei seine Zelle gestanden. Dort habe er auch den Bären gezähmt, der ihm beim Bau seiner Behausung half und den er erstaunlicherweise auch zu andern Dienstfertigkeiten anhalten konnte; natürlich habe Gallus ihn auch ganz fürsorglich betreut und gefüttert. Als Einsiedler soll sich Gallus vielen Rat- und Hilfesuchenden nützlich gemacht haben, und er sei dabei recht alt geworden. Mit einundneunzig Jahren habe er noch einmal den Wunsch verspürt, den Bodensee zu sehen, nach Arbon zu wandern und dort ein letztes Mal sein Evangelium zu verkünden. Aber als er dann wieder in seine Waldeinsamkeit hinaufsteigen wollte, habe ihn das Fieber gepackt, das ihm am 16. Oktober 641 den Tod brachte.

OTMAR, DER ZWEITE GRÜNDER ST. GALLENS

719 hat der Alemanne Otmar, der zweite Gründer St. Gallens, an der Stelle der alten Einsiedelei des Gallus den Grundstein gelegt für ein Kloster, das eine hervorragenden Zukunft erwarten sollte. Mit dieser Gründung war dem benediktinischen Prinzip der *stabilitas loci* Rechnung getragen; die Regel des Benedikt von Nursia wurde 747 auch ganz offiziell verbindlich, übrigens auf Drängen der fränkischen Hausmeier bzw. Könige Karlmann und Pippin. Daß es zwar einerseits viele Förderer gab, die durch Schenkungen ihr Seelenheil absichern wollten, andererseits die Alemannen eben doch noch ganz überwiegend heidnisch waren und die bisherigen Herren Einfluß und Macht nicht so ohne weiteres mit dem neuen kirchlichen Regiment teilen wollten, erlebte Abt Otmar persönlich – im Kerker und im Asyl auf der Rheininsel Werd, am Ausfluß des Bodensees; dort ist er, weit weg von seinem Kloster, 759 gestorben.

DIE KULTUR DER ABTEI ST. GALLEN

Es hatte seine Gründe, daß Otmars Kloster dennoch schon bald einen unerhörten Aufschwung erlebte und zu einem religiösen, künstlerischen, politischen und wirtschaftlichen Zentrum wurde. Die Ausstellung in der Freiburger Universitätsbibliothek bietet einen prachtvollen

repräsentativen Überblick über den konsequenten Aufbau und die strahlende Blütezeit des Klosters St. Gallen. Imponierend dabei der Klosterplan von 825, ein karolingisches Idealkloster, das freilich so nicht völlig umgesetzt wurde. Für uns bleibt heute der großartige Charakter des barocken St. Gallen, aus der Zeit also, in der die Abtei den zweiten großen Aufschwung erlebte – kurz vor ihrem Ende.

In der Ausstellung dominiert zu Recht, was die kulturgeschichtliche Rolle im Mittelalter ausmacht. Dazu sind zwei Schulen skizziert, eine „innere“ Schule für die Ausbildung des Klostersnachwuchses und eine „äußere“, bestimmt für die bildungswilligen Kinder des Adels. Viele Elemente des schulischen Betriebs werden lebendig, die Studienstruktur der „sieben freien Künste“ nachvollziehbar. Schulbücher aus St. Gallen für das Trivium (Grammatik, Dialektik, Rhetorik) und das Quadrivium (Arithmetik, Geometrie, Musik und Astronomie) zeichneten sich besonders aus im hochmittelalterlichen Schulsystem – und sind bis heute erhalten. Als Lehrer werden gerühmt der Ire Marcellus, vor allem aber die beiden Notker: „der Stammler – balbulus“ (840–912), der große liturgische Dichter der Karolingerzeit, der viele Hymnen und Carmina und Sequenzen geschrieben hat, und Notker „Labeo – der Großlippige“, genannt auch „Teutonicus – der Deutsche“ (um 950–1022), sicher der bedeutendste deutsche Sprachmeister des frühen Mittelalters, der wichtige Übersetzer und Kommentator von Werken des Boethius, des Vergil und Terenz und der Psalmen.

Natürlich spielte die Musik in St. Gallen eine besondere Rolle, vor allem in ihrer dienenden Funktion bei der Gestaltung der benediktinischen Gottesdienste. Die Musiker St. Gallens entwickelten das mittelalterliche Notensystem der Neumen, die entweder nur die Melodierichtung anzeigen oder aber auch schon die Intervallgröße fixieren, Rhythmus und Tondauer allerdings unbestimmt lassen; fast ganz Europa übernahm diese Schrift für lange Zeit. Eine Kostbarkeit der Musikgeschichte ist in dieser Ausstellung zu sehen: Martin Gerbert, Abt von St. Blasien, hat – 1784 – den Musiktraktat von Notker „dem Deutschen“ ediert und uns damit sicher die älteste Musikabhandlung in deutscher Sprache vermittelt.



Gallus und der Bär. Elfenbeintafel (Ausschnitt). Um 900, Stiftsbibliothek St. Gallen, Cod Sang. 53.

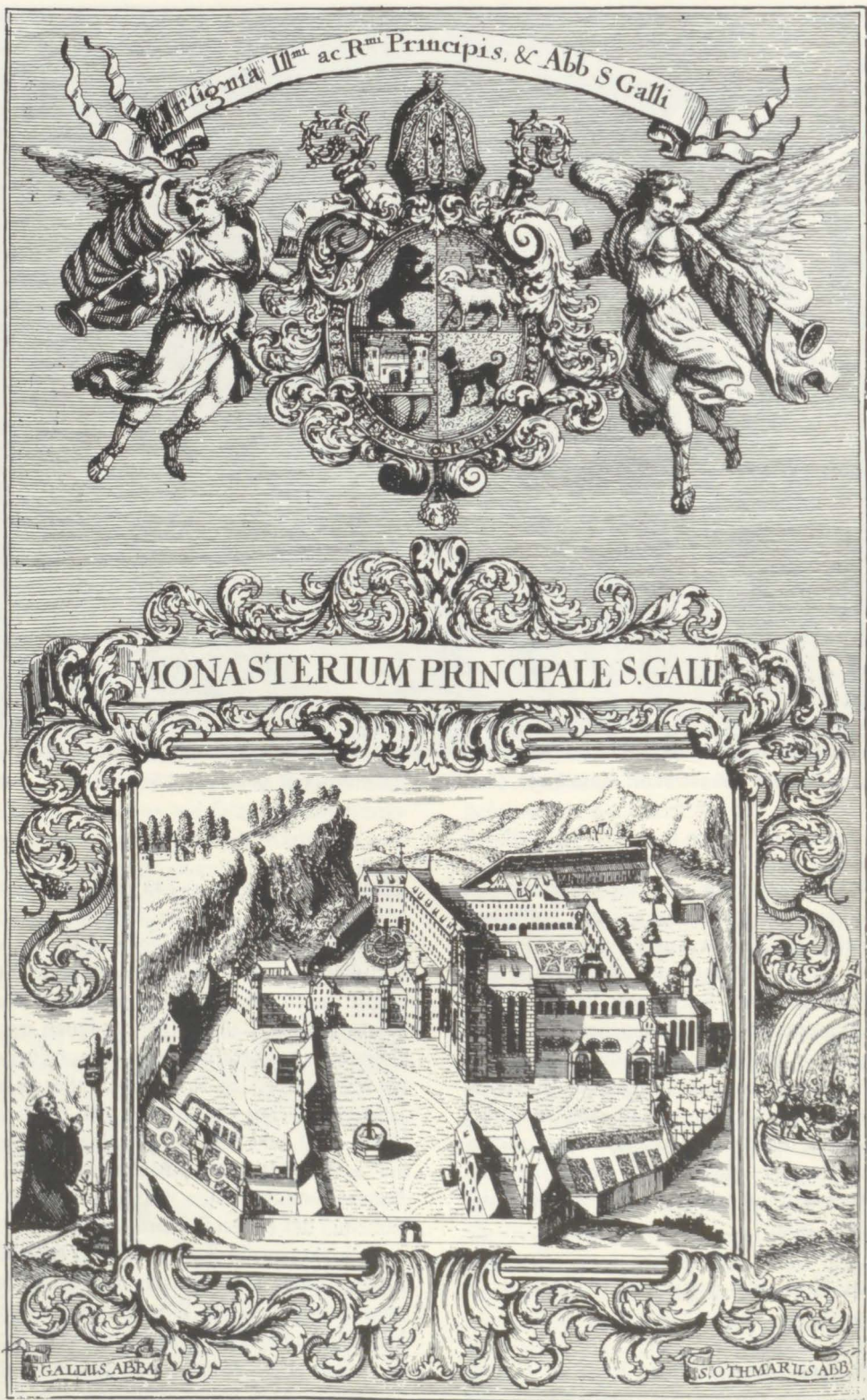
(Katalog)

Ohne Zweifel war die Beschäftigung mit dem Bibeltext Zentrum der wissenschaftlichen Tätigkeit. St. Gallen wurde zu einer der wichtigsten „Schreibstätten“ des Mittelalters, ausgezeichnet in seiner Buchkunst durch Qualität und Quantität: Psalter, Evangeliare, viele Beispiele dieser meisterlichen Beherrschung vor allem der „Initialkunst“ stammen aus dem St. Galler Skriptorium – und sind in dieser Ausstellung zu bewundern, auch gut präsentiert in dem reich illustrierten Band (Belstler), der die Ausstellung begleitet: „Die Kultur der Abtei St. Gallen“.

ST. GALLEN UND DIE ALEMANNEN

Die kulturgeschichtliche Rolle St. Gallens für das durch die Franken besiegte und auf Dauer dominierte „Alemannentum“ – die end-

gültige Niederlage von 745 führte politisch zu einer „Verfrankung“ der Alemannen, dessen Herzogtum keine Rolle mehr spielte – ist kaum zu überschätzen. „Die alemannische Kultur wurde durch die geistigen und künstlerischen Leistungen St. Gallens (neben denen der Reichenau) auf Jahrhunderte zur deutschen Kultur schlechthin“. So Prof. Max Weber in seiner ausgezeichneten Ortschronik für Kirchzarten (1966, hrsg. von Günther Haselier; wir werden auf seine Arbeit zurückkommen). Aus dem Konvent von St. Gallen, dessen Schule sich den Ruf einer der ersten Gelehrtenschulen Europas erwarb, zogen die Kaiser vielfach ihre besten Staatsmänner. Kein Wunder, daß St. Gallen so immer wieder in die Wirren des Weltgeschehens hineingezogen wurde. Auch politisch war St. Gallen kein Zwerg: Wenn ein Romzug aufgeboten werden sollte, dann war das Kontingent St. Gallens eines der größten.



Der St. Galler Stiftsbezirk 1702, mit Klosterwappen unter Abt Leodegar Bürgisser.

(Katalog)

DIE AUSSTELLUNG — UND DAS DEFIZIT

Es wäre gut gewesen bzw. ganz schlicht die Aufgabe der Ausstellungsmacher, wenn auf die geschichtliche Verflechtung St. Gallens mit den Nachbargebieten auf der andern Rheinseite eingegangen worden wäre. Sicher: diese Ausstellung wurde komponiert — mit der Unterstützung des Kantons St. Gallen, des katholischen Konfessionssteils des Kantons, der Stadt St. Gallen und der Pro Helvetia/Schweizer Kulturstiftung — vom Stiftsarchiv St. Gallen. Das Gesamtkonzept von Werner Vogler ist nur zu loben — für diese Ausstellung, wenn sie in St. Gallen gezeigt wird! Aber verwiesen wurde bei der Ausstellung in Freiburg auf die Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen. Hat die Freiburger Kooperation nicht dazu gereicht, ganz einfache, aber entscheidende Informationen beizusteuern — mit deutlichen Hinweisen und Verknüpfungen mit der Region rings um Freiburg? Es wurde auch nicht der geringste Versuch gemacht, für diese Ausstellung leicht zu interessierende Kreise anzusprechen. Warum hat es die Universitätsbibliothek nicht für nötig befunden, den Arbeitskreis für Landeskunde, den für solche Fragen höchst aufgeschlossene Lehrer gegründet haben, miteinzubeziehen? Und warum gab es keine Verbindung mit dem städtischen Kulturamt, dem Freiburger Museum für Stadtgeschichte? Dort wird in diesem Sommer mit einem großen Programm erinnert an Christian Wentzinger, der am 1. Juli 1797, also genau vor 200 Jahren gestorben ist, und der ein gewaltiges Werk der Malerei, der Bildhauerei und der Architektur hinterlassen hat. Und der von 1757 bis 1760 einen Großauftrag durchführte — nämlich für die barocke Ausstattung von Langhaus und Rotunde der neuerbauten Stiftskirche Sankt Gallen!

Hier wurde eine Chance verpaßt! Dies ist kein Vorwurf an St. Gallen, sondern an die Freiburger Verantwortlichen, die mit geringem Aufwand im Sinne einfachster Landeskunde einen kleinen Beitrag hätten leisten können. Verpaßt!

Eine kleine, unscheinbare Karte, auf der die Kirchen mit dem Gallus-Patrozinium erfaßt sind (um Freiburg herum z. B. Ebringen, Hugstetten, Heimbach, Merzhausen, Mahlberg, Kirchzarten) ist kaum zu entdecken, drängt sich gewiß nicht auf. Auch eine zweite Über-

sicht, die bei den „mit der Abtei St. Gallen in Gebetsgemeinschaft verbundenen Klöstern“ doch auch St. Trudpert, St. Georgen, Gengenbach, Ettenheim, Waldkirch u. a. nennt, kann das bedauerliche Defizit nicht ausgleichen.

ST. GALLER BESITZ RUND UM FREIBURG UND AUF DER BAAR

In großer Fülle hatte St. Gallen Besitz auf der Baar, am oberen Neckar, im Hegau. Aber erstaunlich: ein wichtiges Gebiet des St. Galler Klosterbesitzes war auch der Breisgau mit nicht weniger als 25 Orten, mit Zentren in Wittnau und Ebringen schon vor 809, und das Dreisamtal! Max Weber hat in seiner Kirchzartener Chronik 1966 eine klare Begründung gegeben (S. 146): „Die Grundlage für diese führende Stellung St. Gallens innerhalb des Reiches wie im besonderen als Vormacht des Alemannentums bestand in jenen zahllosen kleinen wie großen Zuwendungen aus allen Schichten der freien Alemannen bis hinauf in die führenden Adelsfamilien. Gerade diese standen nach der endgültigen Niederlage von 745 vor der Frage, wie sie wenigstens einen Teil ihrer alten Stellung retten könnten. Zahlreich waren die Konfiskationen . . . Da zogen es viele vor, ihren Besitz dem eigenen Stammes Kloster, das überdies weit entfernt von der fränkischen Regierung lag, zu übertragen. Eine Rückleihe war überdies möglich, d. h. der Schenker erhielt das Gut gegen eine oft sehr geringe Anerkennungsgebühr wieder zur Nutznießung zurück. Schließlich brachte das Immunitätsprivileg Kaiser Ludwigs von 818 allen Leuten, die von St. Gallen abhingen, Befreiung vom Grafengericht . . . So zahlreich die Schenkungen waren: sie gehen nirgends über den alemannischen Raum hinaus . . . Die auffallende Tatsache, daß die erste große Welle dieser Zuwendungen . . . sich um die Mitte des 8. Jahrhunderts drängt, weist uns auf den genannten Zusammenhang mit der drohenden Konfiskation durch die fränkischen Sieger hin“.

Z. B. ZARDUNA 765

Im Jahre 765 wurde in St. Gallen eine Urkunde geschrieben, die erstmals den Namen Zarten/Kirchzarten in der alten Schreibweise

† Indi nomine ego druzp^{us} memoratus dominicum documentum ubi a^o dato & dabitur uobis dimittite & dimittetur uobis ideo cogitavi ut aliquid de rebus meis
pro remedio anime mee uel pro eterna retributione ad aliqua uenerabilia loca sc^orum dare deberem quod ita & feci. dono atque tra^o in ulla quid dicitur zar
duna seruo meo nonen uualdoko cum ualere fia & cum alia mancipia. tra cum tubu fia & cum omni peculato suo ex quibus uestitus est & in ipsa marcha zar duno in campo siluis
prati p^{er} uis. uis. & quos. aquarum quo decursibus hec omnia & que superius scripta sunt tra^o ad monasterium ecclesie scⁱ gallonis que est constructa in pago arbonense
ubi eius factus orpus in quiete & ubi domus iohannis abb^{is} & rector est uidetur omnia hec uel ximus ad ipsum superius nominatum monasterium tra^o atque transfundo
ut ipse abb^{is} & ipse manachi de his rebus in omnibus firmissimam habeant potestatem sed hoc com memoramus quod conuenit nobis cum ipso ep^o & abbat^e domna lobanne
ut beneficium ipsius & suorum monachorum precariam precariam ipsas res post me incensum tempus uite mee recipere. [hoc est census quem spon di eis reddere p^{er} m
annes de uino sctas. x. & post mea uero discessione nullus eis proinde census reddat sed ipsas res firmiter ex integro in sua recipiant potestate & si quis uero quod futurum est
non otulo sig^o druz p^{er} uis. aut ullus de heredi bus meis aut ulla opposita p^{er} uer^{sa} pena qui contra hanc cartulam traditionis uenit & aut eam infringere uoluerit
non solum ei non liceat sed damnium incurrat id est auri uncias duas & argenti pondus. iiii. In discenti^o fisco coactus exsoluat & si repperit nihil eundem
sed presentis cartula ista omnitempore firma & stabilis p^{er} maneat. xiiii. regnante domno pipino rege franchorum. sub adal^ore comite isti sunt testes qui in presentie
fuerunt & firma uerunt. sig^o druz p^{er} uis. qui hanc cartulam fieri rogauit. † sig^o ratberti. † sig^o alberci. † sig^o uiuioni. † sig^o pattoni. † sig^o uullipri. † sig^o lant p^{er} uis.
† sig^o lel^o oh^otolci. † sig^o uion. † sig^o scopolfi. † sig^o otoma. † sig^o hericheri. Ego traque uuirichus diaconus regis ad huc p^{ro} hanc cartulam traditionis scripsi
& subter scripsi & notam diem hoc est .v. KL MAR. FELICITER. 74



Zeichnung von F. Lederle, 1881: St. Gallus Kirchzarten.

„Zarduna“ enthielt (Es wäre eine Freude gewesen, eine Kopie in der Freiburger Ausstellung zu sehen! Vgl. St. Galler Urkundenbuch I, S. 48). Mit der Geschichte St. Gallens wird dann Kirchzarten für fast ein halbes Jahrtausend verbunden bleiben. Das Dorf im Dreisamtal wurde mit seinem „Dinghof“ zu einem Hauptsitz der St. Gallischen Verwaltung. Eine große Zahl von Urkunden spricht eine eigene Sprache. So wurde z. B. 791 in „Zarduna“ beurkundet, daß der Alemanne Waltger seinen Grundbesitz in Ebringen dem Kloster St. Gallen überträgt. 816 vermachte Cozbert Güter auf der Baar und „seinen Anteil an der Kirche Zarten“ samt allem Zubehör dem Kloster St. Gallen. 854 erneuerte ein gewisser Tuoto eine Schenkung an das Kloster – „im Hinblick auf sein Seelenheil und den Lohn in der Ewigkeit“. 1125 hatte Bischof Ulrich von Konstanz einen Streit zu schlichten zwischen dem Kloster St. Gallen und dem jungen Augustiner-Chorherrenstift St. Märgen, das den Zehnten

beanspruchte in Wagensteig, sein Kompromiß: „bis an den Fuß des Berges“ standen die Zehntrechte weiterhin der Zartener Kirche, d. h. St. Gallen zu, von dort „aufwärts“ St. Märgen.

Erst 1297 (!) ging die direkte Beziehung zwischen dem Dreisamtal und dem Kloster St. Gallen zu Ende: Das verschuldete (!) St. Gallen bot seinen Besitz in Kirchzarten zum freien Verkauf an; die Johanniter in Freiburg kamen zu einem günstigen Geschäft. Ohne die fleißige Chronistentätigkeit der St. Galler Mönche wüßten wir dies alles nicht – nichts vom prägenden Einfluß dieses Klosters über viereinhalb Jahrhunderte hinweg! Auch das Gotteshaus in Kirchzarten – natürlich dem hlg. Gallus geweiht – läßt sich in seiner Baugeschichte zurückverfolgen in die St. Galler-Zeit; der Turm, in seinem obersten Stockwerk so unübersehbar gotisch, hat in seinem kräftigen unteren Teil die eindeutig romanischen „Überreste“ aus der sanktgallischen Epoche. Von der



Der St. Galler Stiftsbezirk, ein barockes Gesamtkunstwerk.

(Katalog)

allerersten Kirche aus dem achten Jahrhundert, die vermutlich aus Holz errichtet war, haben die Denkmalpfleger 1961 immerhin noch die Fundamente ausmachen können: 26,15 m lang und 10,50 m breit.

DAS ENDE 1805

Die Freiburger Ausstellung informiert über Höhen und Tiefen der Klostergeschichte St. Gallens, das auch in seiner Praxis der weltlichen Herrschaft politisches Geschick und unternehmerisches Talent nicht vermissen ließ. Der Klosterstaat südlich des Bodensees dauerte bis zur französischen Invasion und bis zum Ende der alten Eidgenossenschaft 1798. Endgültig aufgehoben wurde das Kloster 1805 durch den ganz nach den Vorstellungen Na-

poleons gebildeten Kanton St. Gallen. Auch die Stadt St. Gallen war in ihrer Bedeutung und Wirtschaftskraft und in ihrem Selbstbewußtsein so gewachsen, daß sie sich schon im 15. Jahrhundert von der Abtei selbständig machen konnte. Was kulturhistorisch an Einmaligem geleistet wurde, ist freilich dem Kloster St. Gallen zu verdanken. Seit 1983 ist der St. Galler Stiftsbezirk eingetragen im UNESCO-Katalog der Weltkulturgüter.

Anschrift des Autors:

Adolf Schmid

Steinhalde 74

79117 Freiburg

Zur Ausstellung

Jahrhunderte lang währte der kunsthandwerkliche weit über die Landesgrenzen hinausreichende Ruhm des Steinschliffes im Breisgau, der von Freiburg und Waldkirch ausging. In der seit dem Spätmittelalter nachweisbaren Bearbeitung von Halbedelsteinen, insbesondere auch von Bergkristall, lag der wichtigste Erwerbszweig der Stadt Freiburg noch bis ins 19. Jahrhundert.

Zum ersten Mal nun ist in Freiburg eine profunde Ausstellung erarbeitet worden zum Thema des Breisgauer Bergkristallschliffs der frühen Neuzeit, womit zugleich die Blütezeit dieser Kunstindustrie umschrieben ist. Ein solches Vorhaben drängte sich für das Augustinermuseum mit seinen reichen Beständen zur Kunst- und Kulturgeschichte des Oberrheins geradezu auf, zumal in seinen Sammlungen die schönsten Bergkristallobjekte des Freiburger Münsterschatzes geborgen sind, wo sie die geschliffenen Bergkristalle der städtischen Sammlung hervorragend ergänzen.

Im Vergleich zur Bedeutung, die die Breisgauer Steinschliffarbeiten für die oberrheinische Region und für nahezu alle höfischen Zentren des ehemaligen habsburgischen Reiches innehatten, ist die geschichtliche und künstlerische Betrachtung dieser Steinschliffproduktion in den letzten Jahrzehnten wissenschaftlich kaum in Erscheinung getreten.

Auf der Grundlage eines relativ reichen Quellenmaterials galt es nun einen möglichst gesicherten Bestand von noch vorhandenen Bergkristallobjekten für den Breisgau ausfindig zu machen. Dabei war es unerlässlich, Kriterien zu erarbeiten, mit deren Hilfe die Breisgauer Steinschliffarbeiten von denjenigen der zahlreichen anderen Herstellungszentren in Deutschland, Österreich und Italien in dieser Zeit zu unterscheiden waren.

Dank eines von der Kulturstiftung der Länder Berlin dem Augustinermuseum gewährten Werkvertrages konnte die Bearbeitung dieses Themas einen national ausgewiesenen Fachmann im Bereich des Kunsthandwerks und der Goldschmiedekunst übertragen werden: Was Dr. Günther Irmischer aus Köln im Rahmen dieses Auftrages an Fakten zu Herstellungsprozess, Handwerks- und Kunstgeschichte des für den Oberrhein so wichtigen Bergkristallschliffs zusammengetragen hat, verdient höchste Anerkennung. Seine Erkenntnisse sind in dem die Ausstellung begleitenden Kataloghandbuch niedergelegt, das eine sachdienliche Strukturierung und eine Neuordnung aller auf den Breisgau zu beziehenden Bergkristallobjekte bringt.

Der Katalog, der nicht nur von der internationalen Fachwelt mit großem Interesse erwartet wird, hat als Handbuch zur Steinbearbeitung zu gelten, das auch die geplante Bearbeitungen der anderen Steinschliffzentren beeinflussen wird. Für den reichen hier ausgebreiteten Fundus war eine vorheilige Suchaktion an über 100 Museen und privaten Sammlungen in Europa und den Vereinigten Staaten, sowie in kirchlichen Schatzkammern und Denkmalämtern in Süddeutschland, im Elsaß, in Österreich und in der Schweiz vorausgegangen, deren Ergebnisse für Ausstellung und Katalog ausgewertet wurden.

Die Ausstellung, in der die repräsentativsten Bergkristallobjekte aus dem Breisgau zu sehen sind, wäre nicht möglich gewesen ohne die kollegiale und großzügige Unterstützung, die das Augustinermuseum von bedeutenden deutschen und ausländischen Museen, seien es staatliche, kommunale oder kirchliche Sammlungen, erfahren hat.

Angesichts der wissenschaftlichen Bedeutung der in Freiburg geplanten Ausstellung trennten die Kollegen der anderen Sammlungen sich von den fragilen und oftmals kostbarst gefaßten Gefäßen und Geräten, um sie den Gefahren einer Reise auszusetzen.

So faszinieren in der Ausstellung des Augustinermuseums wertvolle Bergkristallobjekte aus fürstlichen und kirchlichen Sammlungen, die ursprünglich in Freiburg für bestimmte Auftraggeber gefertigt wurden und nun im Kontext der Produktionsvielfalt miteinander verglichen werden können.

Die wertvollen Leihgaben stammen aus kirchlichen und profanen Sammlungen und Museen Deutschlands (Altötting, Augsburg, Dresden, Hamburg, Karlsruhe, München, Stuttgart, Wilflingen), Österreichs (Graz, Innsbruck, Wien), der Schweiz (Landesmuseum Zürich, der Klöster Mariastein und Sarnen) und des Elsaß; zudem wurden Bergkristallgefäße aus dem Rijksmuseum in Amsterdam und der National Gallery in Washington als

Leihgabe zur Verfügung gestellt.

Wissenschaftlicher Katalog, bearbeitet von Günther Irmischer und herausgegeben vom Augustinermuseum, Freiburg und der Kulturstiftung der Länder, Berlin: München (Hirmer Verlag) 1997, ca. 240 S. und 130 Abb., Preis ca. DM 48,-.

Die Eröffnung findet am Dienstag, 3. Juni 1997, 19 Uhr statt (im Ausstellungsraum der Universitätsbibliothek, Freiburg i. Br., Werthmannplatz 2. Es sprechen Dr. Saskia Durian-Ress, Direktorin des Augustinermuseums, Thomas Landsberg, Kulturbürgermeister der Stadt Freiburg und Dr. Günther Irmischer, Köln.



Schwarzwälder Waldglas

– Glashüttenstandorte, Rohmaterial und Produkte –

DAS WALDGLAS

Im Gegensatz zu dem Glas, das in Städten produziert wurde, nannte man das in den Wäldern – meist unter Verwendung von Holzasche – hergestellte Glas Waldglas. Gelegentlich wird aber auch alles nördlich der Alpen produzierte mittelalterliche bis neuzeitliche Glas so bezeichnet, wobei dann meist grünes Glas gemeint ist. Sofern der Schwarzwald in der Fachliteratur über altes Glas überhaupt als Standort für Waldglashütten genannt wird, herrscht eine düstere Vorstellung von der Situation dieser Hütten: Sie lagen meist weitab von allen Verkehrswegen, sammelten ihren Hauptrohstoff in Form von Kieselsteinen aus den Bächen und verwüsteten den Wald bei der Gewinnung von Asche. Derartige und ähnliche fundamentale Kenntnisse, Unkenntnisse und fehlerhafte Vorstellungen sind leider oft verallgemeinernd und kritiklos abgeschrieben worden, eine Richtigstellung erscheint daher angebracht.

Gerade hinsichtlich der Rohstoffversorgung stößt man immer wieder auf Fehlinformationen. Quarzgerölle mögen zwar gelegentlich auch aus den Bächen des Schwarzwaldes ausgelesen worden sein, doch wäre dies auf Dauer eine recht unergiebige Rohstoffquelle gewesen, wovon man sich leicht selbst überzeugen kann. Der Fund eines einzigen faustgroßen sauberen Quarzgerölls oder eine entsprechende Menge kleinerer Gerölle je Meter Bach wäre schon eine ausgezeichnete Ausbeute. Eine mittelgroße Glashütte mit nur 3–4 Meistern verbrauchte im Jahr etwa 100 t Quarzrohstoff, das entspräche einer Menge von 200 000 Geröllen bzw. 200 km Bachlänge, und das Jahr für Jahr.

Hieraus ist zu ersehen, daß die Beschaffung des Quarzrohstoffes aus anderen Quellen erfolgte und anders organisiert gewesen sein muß. Gelegentlich wird zwar von solchen Aufsammlungen berichtet, doch handelt es sich bei den so aufgesammelten Kieselsteinen nicht oder nicht nur um Bachgerölle sondern um Lesesteine, wie sie in der Nachbarschaft von größeren Quarzgängen im Schwarzwald stets gefunden werden. So sind z. B. im Mittleren Schwarzwald in der Umgebung des Harmersbachtals eine Reihe von Quarzgängen bekannt, z. B. der Gang am Grünberg mit einer Mächtigkeit von etwa 2 m, die Quarz in ausreichender Menge und Reinheit geliefert haben könnten. Bergbau zum Zwecke der Quarz-Gewinnung für die Glasherstellung ist hier allerdings nicht bekannt, man begnügte sich wohl mit dem Aufsammeln von Steinen und Rollblöcken.

Das Auslesen von Quarzgeröllen aus dem Rheinkies oder den Moränen im Südosten des Schwarzwaldes sowie die Verwendung von gebleichtem Buntsandstein ist zwar belegt, wurde aber nur von wenigen Glashütten und wohl nur ausnahmsweise praktiziert.

Quarzsand mußte allemal von weither transportiert werden, ob nun aus den östlichen oder westlichen Randgebieten des Schwarzwaldes oder von noch weiter her.

Nach dem Fund eines größeren Feuersteinbrockens ist gelegentlich wohl auch dieses Material verwendet worden. Es wurde vermutlich aus den Muschelkalkvorkommen in der Wutachschlucht, wo die Hornstein-führenden Schichten freigelegt sind, als Lesesteine aufgesammelt und dann zur Hütte transportiert.

In den Waldglashütten des Schwarzwaldes wurde neben Ascheglas und Pottascheglas

auch Sodaglas hergestellt. Von den 328 analysierten Gläsern erwiesen sich 156 als Aschegläser, 68 als Pottaschegläser und 60 als Sodagläser. Hinzu kommen noch 50 Gläser, die eine Zwischenstellung zwischen Sodaglas und Pottascheglas einnehmen, sie werden hier als Mischgläser Gläser bezeichnet.

Bei diesen Verhältnissen überrascht zunächst einmal die Feststellung, daß im Schwarzwald überhaupt Sodaglas hergestellt wurde, ging man doch bisher davon aus, daß die Waldglashütten das Kaliumkarbonat aus der Buchenholzasche verwendeten, Soda aber nicht eingesetzt wurde. Dagegen mag man einwenden, das analysierte Sodaglas sei immer Fremdglas gewesen, also von den Glashütten eingesammeltes Glas z. B. venezianischer oder südfranzösischer Herkunft. Gegen diese Annahme spricht aber, daß etwa ein Drittel aller untersuchten Sodagläser keine Hohl- oder Flachglasscherben sind, sondern unverarbeitete Rohglas, das praktisch eine gesamte Charge repräsentiert, die hier nach vorgegebenem Rezept gemischt und erschmolzen wurde.

Ein anderer Zusammenhang mag diese Feststellung noch unterstützen. Betrachtet man das Auftreten des Sodaglases im zeitlichen Rahmen, so läßt sich unschwer erkennen, daß zwar schon frühzeitig Sodaglas festzustellen ist, wobei es sich aber nur um Hohlglas- bzw. Flachglasscherben handelt, während Soda-Rohglas-Herstellung erst im Laufe des 18.(?) und 19. Jahrhunderts zu belegen ist. Für diese Zeit müßte dann doch noch die Einfuhr von Rohsoda oder Pflanzensoda angenommen werden, da die erste Sodafabrik, in der Soda nach dem Leblanc-Verfahren synthetisiert wurde, erst 1791 in St. Die in Frankreich gegründet wurde. Da in allen großen Schwarzwälder Glashütten des 19. Jahrhunderts aber wohl große Teile der Produktion mit Soda hergestellt wurden, muß eine auswärtige Beschaffung dieses Flußmittels angenommen werden, sei es nun synthetische oder Natursoda.

Die Verwendung von Holzasche als Flußmittel läßt sich für fast alle Schwarzwälder Glashütten durchgehend bis ins 19. Jahrhundert nachweisen, insbesondere für das am wenigsten anspruchsvolle grüne Glas ist sie zu allen Zeiten eingesetzt worden.

Bei der Beschreibung von Glasrezepten und -analysen werden Asche und Pottasche

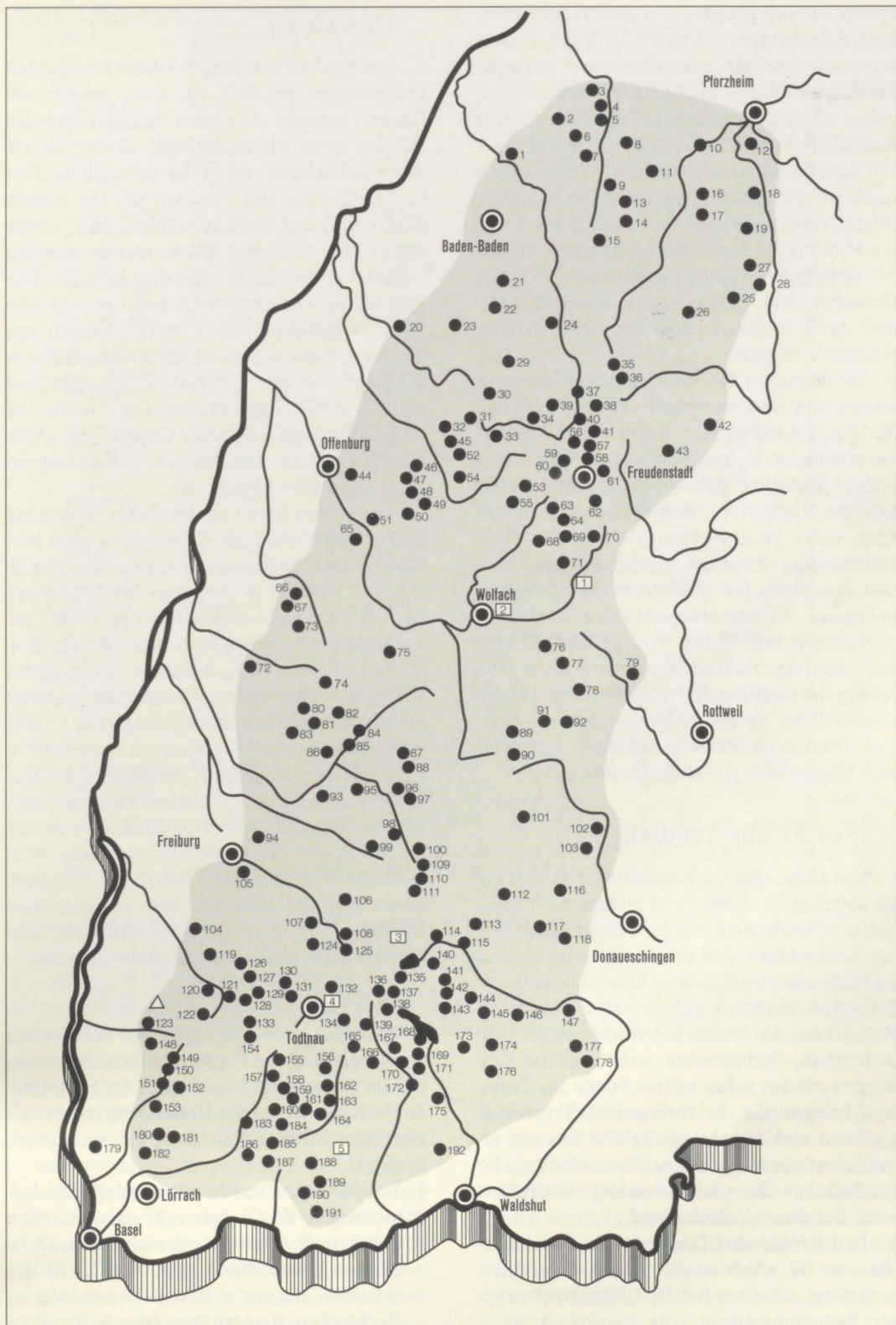
von manchen Autoren gleichgesetzt, und auch die Annahme, daß die Pottasche erst eingesetzt wurde, als man statt des grünen Glases mit reineren Rohstoffen farbloses Glas erzeugen wollte, ist nicht richtig, wenngleich logisch erscheinend. Das späte Mittelalter benutzte offensichtlich nur selten Pottasche, zumindest war ihre Verwendung nicht allgemein verbreitet. Nach den vorliegenden Analysen tauchen die ersten Pottasche-Gläser im 12. Jh. auf, sie sind jedoch nicht auf weißes Glas beschränkt. Allgemeine Anwendung scheint die Pottasche aber erst ab dem ausgehenden 17. Jahrhundert zu finden, vor allem für farbloses und amethystfarbenes Glas.

Zum Holzverbrauch der Glashütten ist anzumerken, daß bei der Herstellung von Glas tatsächlich viel Wald in Anspruch genommen wurde, doch waren die Glashütten mit einem jährlichen Bedarf von 800–1200 Klafter Holz nicht die einzigen Verbraucher. So hatte z. B. die Stadt Wolfach einen jährlichen Bedarf an 700–800 Klafter, die Hammerschmiede in Hausach hatte einen gleich hohen Bedarf, die Saline in Dürrheim verbrauchte sogar 4000 Klafter und als Spitzenreiter wird das Bergwerk in Eberfingen genannt, das jährlich 50 000 Klafter Holz verbrauchte.

DIE GLASHÜTTENSTANDORTE

Der Schwarzwald bot über etwa sieben Jahrhunderte hinweg ideale Bedingungen zum Betrieb von Glashütten: Rohstoffe, Holz und einen aufnahmefähigen Markt für sämtliche Produkte. (Die berühmten Schwarzwälder Glasträger haben sicher nur einen Teil der Spitzenprodukte ins benachbarte „Ausland“ getragen). Es verwundert daher nicht, daß hier während dieser Zeit zahlreiche Hütten arbeiteten. MOSER (1969) nennt für den badischen Teil des Schwarzwaldes 68 Glashütten, im württembergischen Teil sind nach GREINER (1971) weitere 12 Hütten bekannt.

Nur von wenigen Glashütten sind die Standorte allerdings noch so gut bekannt, daß es keine Mühe macht sie aufzusuchen. Angaben in der nicht sehr umfangreichen Fachliteratur, Ortschroniken oder Kreisbeschreibungen sowie alte Flurnamen erleichtern zwar oft das Auffinden, wenn auch gelegentlich festzu-



stellen ist, daß einzelne Angaben nicht richtig sind. Schwieriger wird es schon in den Fällen, wo zwar ein Orts- oder Flurname auf eine Glashütte hinweist, aber keinerlei Literaturangaben oder auffällige Spuren im Gelände einen Anhaltspunkt bieten. Noch schwieriger und oft nur dem Zufall zu verdanken ist die Lokalisierung von alten Glashütten, die weder in schriftlichen Quellen erwähnt sind noch einen direkten Hinweis als Flurname hinterlassen haben. Auf ihre Spuren stoßen Straßenbauer, Förster, Geologen und aufmerksame Spaziergänger, und ihren Angaben kann dann eine genaue Nachsuche folgen.

Die Karte, in der die Glashüttenstandorte verzeichnet sind, vermittelt ein anschauliches Bild der regionalen Verbreitung der Glashütten mit auffälligen Konzentrationen im nördlichen und im südlichen Schwarzwald. Hier spiegelt sich die Konkurrenz bezüglich der Waldnutzung wider: in Gebieten, in denen das Holz anderweitig verwendet werden konnte (Bau- und Feuerholz für größere Städte, Flößerei, Bergbau u. ä.), wurden meist keine Glashütten angesiedelt, nur in den entlegensten Tälern, aus denen das Holz sonst nicht oder nur sehr schwer herausgeschafft werden konnte, bot die Glasmacherei neben einigen anderen Gewerben (Pottaschesiederei, Köhlerei, Harzerei) eine Möglichkeit zur Holzverwertung.

DAS FUNDMATERIAL

Das aufgesammelte Fundmaterial ist zwar für die jeweilige Glashütte meist typisch, doch da es sich um Oberflächenfunde handelt, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß es unvollständig ist, und die Hütte auch noch anderes Glas produziert hat. Außerdem dürfte es sich in vielen Fällen um Material aus den letzten Betriebsjahren der Hütte handeln. Fachgerechte archäologische Grabungen würden sicher weitere Funde ans Tageslicht bringen, die die vorliegenden Ergebnisse ergänzen und manche zusätzliche Aussage ermöglichen würden, doch war eine archäologische Bearbeitung der Schwarzwälder Glashütten nicht Ziel dieser Untersuchung.

In der folgenden Tabelle ist das Fundmaterial von 37 näher untersuchten Glashütten aufgelistet, soweit es für den Glashüttenbetrieb von Bedeutung ist.

DAS GLAS

Zur Analyse wurden die Gläser bestimmten Farbgruppen zugeteilt. Als grün werden alle Gläser bezeichnet, deren vorherrschender Farbton grün ist, unabhängig davon, ob ein weiterer Farbstich erkennbar oder ob die Farbe kräftig oder nur schwach ist. Die blauen Gläser sind fast stets kobaltblau, doch lassen auch einige grünblaue Gläser andere färbende Substanzen vermuten. Bei den braunen Gläsern ist die Variationsbreite recht gering: hellbraun – gelblichbraun – braun. Ähnlich verhält es sich bei den amethystfarbenen Gläsern, die mehr oder weniger stark rötlich (lila) oder bläulich (violett) getönt sind. Die Farbintensität ist allerdings bei diesen Gläsern sehr variabel, zu den farblosen Gläsern besteht fast ein kontinuierlicher Übergang.

Die weißen Gläser sind in dieser Beziehung weniger problematisch. Zwar gibt es auch hier eine gewisse Variationsbreite, vor allem bezüglich der Farbdichte (Opalglas bis Milchglas), doch ist die ambivalente Stellung dieser als Trübgelber oder Beingelber bezeichneten Gläser zu berücksichtigen: einerseits bilden sie als Trübgelber eine eigene Gruppe, andererseits können sie aber durchaus farbig sein, so daß einige Gläser dieser Gruppe auch noch bei den blauen Gläsern aufgeführt werden müssen. Das farblose Glas ist wohl die schwierigste Gruppe. Glas ohne jeglichen Farbeindruck ist sehr selten, meist ist – besonders an den Bruchkanten – ein mehr oder weniger intensiver Farbstich erkennbar, der natürlich von der Glasdicke abhängt. Besonders gelbliche, grünliche und amethystfarbene Farbstiche sind verbreitet.

Tafelglas

Tafelglas oder Flachglas, das vorwiegend zur Verglasung von Fenstern gebraucht wurde, war im Schwarzwald wohl eines der Hauptprodukte. Nach der Art der Herstellung lassen sich zwei verschiedene Tafelglasarten unterscheiden:

1. Das Mondglas wurde aus einer großen ballonartigen Kugel gefertigt, es entstanden dabei runde Scheiben mit einem Durchmesser von bis zu einem Meter. Die Dicke der Scheiben, die zur weiteren Verwendung zu Rechtecken, Rauten, Drei- oder Sechsecken

| Name | Betriebszeit (vereinf.) | R O H G T B | | | | | Glasfarben und Glastypeen | | | | | | | | | | | | | | | |
|--------------------|----------------------------|-------------|---|---|---|---|---------------------------|---|-------|------|--------|------|---------|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | | | | grün | | braun | blau | ameth. | weiß | farblos | | | | | | | | | |
| | | | | | | | F | A | P | M | S | F | A | P | M | S | F | A | P | M | S | |
| 1 Mattenspitz | 12.-13. Jh. | - | + | + | + | + | - | ● | ● | ○ | ● | ● | | | | | | | | | | |
| 2 Schaffhauser S. | 13. Jh. | - | + | - | + | - | - | ● | | | | | | | ● | | | | | | ● | ● |
| 3 Olpenhütte | 13.-14. Jh. | + | + | + | + | - | - | ● | ● | | | | | | | | | | | | ● | ● |
| 4 Waldau | 1426 | - | + | - | - | - | - | ● | ● | | | | ○ | ○ | | | | | | | | |
| 5 Kirnberg | 15. Jh. | - | + | - | - | + | - | ○ | | ○ | ○ | ○ | | | ○ | ○ | | | | | ○ | ○ |
| 6 Hinterstraß | vor 1426 | - | + | - | - | + | - | ● | ● | | | ● | ● | | ● | | | | | | ● | ○ |
| 7 Schöllkopf | 1422-1521 | + | + | + | + | + | - | ● | | | ● | | | | ● | | | | | | | ○ |
| 8 Sallneck | 1490-1510 | - | + | + | + | + | + | ● | ● | ○ | | | | | | | | | | | ○ | |
| 9 Kandern | 1490-1590 | + | + | + | + | + | - | ● | ● | | | | ○ | | | | | | | | ○ | |
| 10 Wittlensweiler | 1521-1590 | - | + | + | - | - | - | ● | ● | | | | | ● | | | | | | | | |
| 11 T.-Schwarzenb. | 1534-1590 | - | + | + | - | - | - | ● | ○ | ● | | | | ● | | | | | | | ○ | |
| 12 Rohrenkopf | um 1567 | + | + | + | + | + | + | ● | | | ○ | | | | ● | | | | | | ○ | |
| 13 Scharfenstein N | vor 1570 | + | + | + | + | + | + | ● | ● | | | | | | ● | | | | | | | |
| 14 Scharfenstein S | vor 1570 | - | + | + | + | + | + | ● | ● | | | | | ● | | | | | | | ○ | |
| 15 Roßboden | um 1585 | - | + | + | + | + | + | ● | ● | ○ | | | | | | | | | | | | |
| 16 T.-Glashütte | 1590-1790 | - | - | - | - | - | - | ● | | ○ | ○ | | | ● | ○ | | | | | | ● | ○ |
| 17 Muchenland | 1597-1622 | - | + | + | + | + | + | ● | | | ● | ● | ● | | ● | ● | | | | | ● | ● |
| 18 Grünwald | 1611-1645 | - | + | + | + | + | + | ● | | | ● | ● | ○ | | ● | | | | | | ○ | ● |
| 19 Grassert | 1615-1625 | + | + | + | + | + | + | ● | | | ● | ● | | | ● | ● | | | | | ● | ● |
| 20 Bl.-Althütte | 1622-1684 | + | - | + | + | + | + | ● | ● | ○ | ○ | ○ | | ● | ○ | ○ | | | | | ● | ○ |
| 21 Lauf | 1623-1745 | - | - | - | + | - | - | ○ | ○ | ○ | | | | | | | | | | | | |
| 22 Altglashütten | 1634-1706 | - | - | - | + | - | - | ○ | ○ | | | ● | | | | | | | | | ○ | |
| 23 Bonndorf | 1645-1715 | + | + | + | + | + | ○ | ○ | ○ | ○ | ○ | ○ | ○ | ○ | ○ | ○ | | | | | ○ | ○ |
| 24 Griesbach | 1650-1700 | + | + | + | + | + | + | ● | ● | | | | | | ● | | | | | | ● | ● |
| 25 Windberg | 1684-1716 | - | + | + | + | + | + | ● | ● | | | | | | | | | | | | ● | ● |
| 26 N.-Altglashütte | 1695-1708 | - | + | + | + | + | + | ● | ● | | | ● | ● | | ● | ● | | | | | ○ | ○ |
| 27 Mittelberg | 1698-1772 | + | + | + | + | + | - | ● | ● | | | ● | ● | | ● | | | | | | ○ | ○ |
| 28 Tälwies | 1703-1723 | + | - | + | + | + | - | ● | | | | ● | ● | | ● | | | | | | ○ | ○ |
| 29 N.-Neuglashütte | 1708-1748 | + | + | + | + | + | - | ● | ● | | | ● | ○ | ○ | ● | | | | | | ● | ○ |
| 30 Gaistal | 1723-1736 | + | + | + | + | + | - | ● | ● | | | ● | | | ● | ● | | | | | ● | ○ |
| 31 Äule | 1716-1878 | - | + | - | - | - | + | ● | ○ | ● | ● | | | ● | | ● | ● | ● | ● | ● | ○ | ○ |
| 32 Herzogenweiler | 1723-1880 | + | + | + | + | - | - | ● | ● | ○ | ○ | ○ | | ● | ● | | | ● | ● | ● | ○ | ○ |
| 33 Herrenwies | 1724-1778 | - | + | + | + | + | - | ● | ● | | | ● | | | ● | | | | | | ● | ○ |
| 34 Bubenbach | 1727-1875 | + | - | + | + | + | - | ● | ○ | ○ | ○ | ○ | | ● | | | | | | | ○ | ○ |
| 35 Schönwald | 1733-1902 | - | - | - | - | + | - | ● | ● | ○ | ○ | ○ | | ● | | | | | | | ● | ○ |
| 36 Buhlbach | 1758-1909 | - | - | + | + | + | - | ○ | ○ | ○ | ○ | ○ | | | | | | | | | ○ | ○ |
| 37 N.-Fabrik | 1776-1848 | + | + | + | + | - | - | ● | ● | ○ | ○ | ○ | | ● | | | | | | | ○ | ○ |

Erläuterung

Fundmaterial: R = Rohstoffe, O = Ofenbruch, H = Hafenbruch, G = Glasgalle,

T = Tafelglas, B = Butzenscheiben

Glastypeen: F = Glasfund ohne Analyse, A = Ascheglas, P = Pottascheglas,

M = Mischglas, S = Sodaglas

● = Rohglas (und Hohlglas und/oder Flachglas)

○ = Hohlglas und/oder Flachglas

zerschnitten wurden, lag bei 1–1.5 mm. Der dicke Nabel in der Mitte des Mondglases wurde wieder eingeschmolzen. Angaben, wonach dieses Mittelstück als Butzenscheibe verwendet worden wäre, sind irrig. Bruchstücke von Mondglas sind gelegentlich an schwach kreisförmigen Schlieren oder an einer leicht gebogenen schmelzrunnen Kante zu erkennen.

2. Beim Zylinderverfahren entstanden dagegen rechteckige Scheiben. Von einer langgestreckten Glasblase wurden die runden Enden abgetrennt, der so entstandene Zylinder wurde in Längsrichtung aufgeschnitten und auf einer ebenen Unterlage glattgestrichen. Die Dicke dieser Scheiben ist recht unterschiedlich (0.8–3 mm). Eingeschlossene Luftblasen sind gerade gestreckt, die

Außenkanten sind gelegentlich etwas wellig, insgesamt aber gerade, die Ecken leicht gerundet.

Butzenscheiben

Runde Scheiben zur Fensterverglasung sind bereits aus der Antike bekannt, doch scheinen sie im mitteleuropäischen Raum erst im 14. Jahrhundert größere Verbreitung gefunden zu haben. Vom Tafelglas unterscheiden sie sich durch den – herstellungsbedingten – Nabel, den Butzen, eine Unebenheit in der Scheibenmitte, die die Ansatzstelle des Heftesens erkennen läßt. Im Zentrum sind diese Scheiben stets verdickt, nach außen können sie sehr dünn werden (gelegentlich um 0.3 mm).

Zur Stabilisierung und um der Scheibe besseren Halt in der Bleifassung zu geben, ist der Scheibenrand umgeschlagen, gelegentlich ist er hohl, doch stets plattgedrückt. Konzentrische oder spiralförmige Riefen sind ein charakteristisches Merkmal. Die Scheiben haben Durchmesser von 7–12 cm, die sehr hellen Farbtöne reichen von grünlich über bläulich und gelblich bis farblos.

Hohlglas

Anhand des Fundmaterials ist festzustellen, daß längst nicht alle Glashütten die gleiche Vielfalt an Hohlgläsern produzierten, manche sind sogar ausgesprochen arm an Hohlgläsern, sowohl was die Formen, die Verzierungen wie auch die Farben anbelangt. Bei anderen Glashütten läßt sich dagegen ein großer Formen- und Farbenreichtum erkennen, aus den vorhandenen Bruchstücken lassen sich Flaschen, Becher, Pokale, Stangen- und Paßgläser, Kuttrolfe und Scherzgläser verschiedenster Art rekonstruieren.

ROHSTOFF-ANALYSEN

Als Glasrohstoffe waren verschieden Substanzen notwendig, die z. T. im Schwarzwald vorhanden waren, z. T. aber auch importiert werden mußten. Der Hauptrohstoff Quarz wurde sowohl im Schwarzwald gewonnen wie auch gelegentlich von weither herangeschafft, der Kalkstein wurde von den Rändern des Schwarzwaldes bezogen.

Neben dem Quarz ist das Flußmittel der wichtigste Bestandteil des Glases. Als Flußmittel waren und sind verschiedene Substanzen in Gebrauch, von denen die häufigsten Soda, Holzasche und die daraus gewonnene Pottasche sind.

Zur Gewinnung der Holzasche wurden im Schwarzwald hauptsächlich Buchen verbrannt, seltener Eichen, Fichten und Tannen. Die Zusammensetzung der Holzasche hängt stark vom Standort ab, deshalb wurden zur Beurteilung der Schwarzwälder Aschen eigene Analysen angefertigt. Die Standortabhängigkeit kommt im CaO-Gehalt am deutlichsten zum Ausdruck: reine Gneis-Standorte liefern nur geringe CaO-Werte (z. B. Kandel: 29.87%), mit zunehmendem Lößanteil und damit steigendem CaO-Gehalt im Boden steigen auch die CaO-Gehalte in der Buchenholzasche (z. B. Waldsee/Freiburg: 44.13%), um auf reinem Kalkstein die höchsten Werte zu erreichen (z. B. Lörrach 63.96%). Für die untersuchten Glashütten bedeutet das, daß nur Aschen von Buchen auf reinen Gneis-Standorten als Grundlage dienen können. Wegen der vergleichbaren Böden gilt dies auch für Hütten auf Granit und Sandstein.

Zur Untermauerung der Behauptung, die heimische Glasindustrie sei ein waldfressendes Gewerbe gewesen, wird gern – und leider ohne Kritik – eine erstmals von WOHLEB (1949) in der Fachliteratur veröffentlichte Berechnung zitiert. Danach hat ein „Schweizer Forstmann ... errechnet, daß zur Herstellung von 100 Kilo Glas ... anfangs etwa 200 Kubikmeter Holz, später nur noch 100 Kubikmeter benötigt wurden“. Diese Angaben finden sich seither öfter angeführt, sind aber nichtsdestoweniger mit Vorsicht zu genießen. Folgende Betrachtung mag das verdeutlichen:

200 m³ Buchenholz wiegen bei einem spez. Gewicht von 0.7 g/cm³ etwa 140 t. Daraus sind 980 kg Asche zu gewinnen, mithin eine Menge von 360 kg K₂O. Bei einem durchschnittlichen K₂O-Gehalt des Waldglases von etwa 15% reicht diese Menge zur Herstellung von 2400 kg Glas. Das bedeutet, daß die Berechnung des „Schweizer Forstmannes“ um das 24-fache, für spätere Zeit um das 12-fache zu hoch liegt.

Neben der Asche wurde nördlich der Alpen auch Pottasche als Flußmittel bei der Glasher-

stellung verwendet. Da Holzasche und Pottasche häufig miteinander verwechselt werden bzw. auch für identisch gehalten werden, soll hier vorab schon darauf hingewiesen werden, daß gravierende Unterschiede zwischen beiden Substanzen bestehen. Die Holzasche ist das reine Verbrennungsprodukt (meist aus Buchenholz, wegen des hohen K_2O -Gehaltes), die Pottasche ist dagegen ein verfeinertes Produkt aus der Holzasche.

Wichtig für die Glasproduktion sind die Veränderungen zwischen der Asche und der Pottasche, die durch den Lösevorgang bedingt sind.

1. Die Kieselsäure geht beim Pottaschesieden zum Teil in Lösung, zum Teil bleibt sie im unlöslichen Rückstand, die Pottasche wird also kieselsäureärmer.
2. Das Aluminium ist fast nicht löslich, ebenso das Eisen, das Mangan, das Magnesium, das Calcium und der Phosphor.
3. Die Alkalien Natrium und Kalium gehen fast vollständig in Lösung und reichern sich so in der Pottasche an.
4. Von den Spurenelementen geht nur das Rubidium in Lösung und taucht so in der Pottasche wieder auf, Barium, Strontium, Blei und Zink verbleiben vollständig im Rückstand.

Die Pottasche erhält also durch das selektive Lösen beim Siedevorgang eine ganz charakteristische Zusammensetzung, die sich deutlich von der der Holzasche unterscheidet und so den Chemismus des Pottascheglasses prägt. Dadurch ist eine Möglichkeit zur eindeutigen Identifizierung dieser beiden Glastypen gegeben.

Neben Asche und Pottasche wurde im Schwarzwald auch Soda zur Glasherstellung verwendet. Da es im Schwarzwald aber keine Soda gibt, ist bei den frühen Sodagläsern zu fragen, ob es sich um importiertes Glas handelt oder ob Soda importiert wurde. Die Sodagläser des 18. und 19. Jahrhunderts dürften dagegen mit synthetisierter Soda hergestellt worden sein.

Daß Gläser aus dem Mittelmeerraum importiert wurden, ist vielfach nachgewiesen, und daß Glasbruch eingesammelt und in den Glashütten wieder verwendet wurde, ist zwar für einzelne Hütten urkundlich belegt, jedoch nicht für alle Glashütten eindeutig zu beweisen. Es ist jedoch zu vermuten, daß dieses

frühe Recycling allgemein üblich gewesen und in größerem Umfang praktiziert worden ist, vor allem die eigene Fehlproduktion und die Produktionsabfälle wurden bei der Herstellung der Glasschmelze dringend gebraucht.

Die Verwendung von Fremdglass ließ sich bei sechs Glashütten durch das Auffinden von Hohlglasbrüchlingen aus Sodaglas, aber mehr noch durch den Nachweis eines eigenen Glastyps (hier als Mischglas bezeichnet) bei insgesamt zehn Glashütten bis zum Ende des 17. Jahrhunderts wahrscheinlich machen. Danach klafft eine Lücke bis zur einheimischen Produktion von Sodaglas, wohl um die Wende des 18./19. Jahrhunderts. Eine frühere Herstellung von Sodaglas ist im Schwarzwald zwar nicht mit absoluter Gewißheit auszuschließen, doch wäre erst der Nachweis von Soda-Rohglas zwingend.

Reste der Rohstoffe, mit denen das Glas gefärbt bzw. auch entfärbt wurde, sind nur selten zu finden. Nur von der Glashütte am Schöllkopf liegt der Fund eines Braunstein-Brockens vor. Braunstein ist die Sammelbezeichnung für ein Gemenge von verschiedenen Mangan-Verbindungen. Die Glasmacher verwendeten dieses Erz als Glasmacherseife, d. h. zum Entfärben des Glases. Der mehr oder weniger intensive Grünton, den das Glas durch die geringen Mengen an Eisen aus den Rohstoffen erhält, wird durch Zugabe von Braunstein reduziert, bei geringen Gehalten völlig unterdrückt. Vermehrter Zusatz von Braunstein führt dagegen zur Färbung, die Gläser werden amethystfarben.

Zur Färbung des blauen Glases wurde meist Kobalt verwendet, und zwar in der Form von „Zaffer“ oder „Smalte“. Das ist ein kobalthaltiges Glas, dessen Kobalt-Gehalt einige Prozente betragen kann. Es wurde unter Zusatz von Pottasche aus Kobalterzen ausgeschmolzen, gemahlen und in geringen Mengen dem Glasatz zugemischt.

In früherer Zeit dienten Knochen dazu, das Glas weiß zu färben. Wegen der Verwendung von Knochen erhielt dieses Glas auch die Bezeichnung Beinglas. Zur Herstellung von Beinglas wurden die Knochen verbrannt, wobei die organischen Bestandteile sich verflüchtigten. Das zurückbleibende weiße Pulver, die Knochenasche, besteht aus einem Calcium-

Phosphat, der Phosphorgehalt (P_2O_5) liegt bei 40%. Um Glas weiß zu färben, mußten dem Gemenge also etwa 15% Knochenasche zugesetzt werden.

GLASANALYSEN

Bei der Untersuchung der Gläser stellte es sich als zweckmäßig heraus, die Gläser

| Na-Gehalt | K-Gehalt | P-Gehalt | Ba-Gehalt | Si-Gehalt | |
|---------------|----------|----------|-----------|-----------|---------|
| Sodaglas | hoch | niedrig | niedrig | niedrig | hoch |
| Mischglas | mittel | mittel | mittel | erhöht | mittel |
| Pottascheglas | niedrig | hoch | niedrig | niedrig | hoch |
| Ascheglas | niedrig | hoch | hoch | hoch | niedrig |

Zur genaueren Beschreibung der Glastypen sollen nachfolgend die glastechnisch wichtigsten Elemente und ihre Eigenschaften vorgestellt werden.

Calcium und Magnesium

Das Calcium bewirkt im Silikatglas einerseits die Härte des Glases, andererseits ist es verantwortlich für die chemische Resistenz, würde es

entsprechend ihrem Typ (Sodagläser, Aschegläser, Pottaschegläser und Mischgläser) gesondert zu betrachten. Bei dieser Unterscheidung wurde nicht nur der Gehalt an Alkalien herangezogen, vielmehr ist eine sichere Zuordnung erst durch eine Kombination verschiedener Elemente möglich.

nämlich fehlen, wären die Gläser wasserlöslich. Auch das Magnesium ist wie das Calcium ein Stabilisator, es erhöht besonders die Ritzhärte des Glases. Die Calciumgehalte überdecken einen relativ weiten Streubreich, lassen aber doch, von einigen Ausreißern abgesehen, je nach Glastyp einzelne Schwerpunkte erkennen:

Durchschnittliche Calciumgehalte

| | Ascheglas | Pottascheglas | Mischglas | Sodaglas |
|----------------|-----------|---------------|-----------|----------|
| grün | 18.37 | 6.87 | 18.97 | 10.42 |
| blau | 18.08 | 5.89 | 12.57 | 8.93 |
| braun | 17.73 | 7.37 | 13.99 | 9.90 |
| amethystfarben | 15.61 | 7.70 | — | 4.60 |
| weiß | 12.09 | 8.70 | 19.03 | 3.60 |
| farblos | 16.49 | 5.56 | 10.08 | 8.93 |
| Gesamt-Ø | 16.48 | 6.91 | 15.98 | 7.73 |

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß der Gehalt an Calcium zwar variabel ist, aber durchaus bestimmten Regeln folgt. So liegt der durchschnittliche Gehalt bei den Pottasche- und Sodagläsern recht niedrig, während die Gehalte bei den Mischgläsern und den Aschegläsern mehr als doppelt so hoch sind, woraus ersichtlich wird, daß — zunächst einmal ohne Rücksicht auf die Glasfarbe — bei den verschiedenen Glastypen Rohstoffe mit unterschiedlichem Calciumgehalt zum Einsatz kamen. Darüber hinaus wird aber auch ersichtlich, daß bei der Herstellung der verschiedenen Glastypen nur wenige Rohstoffe

mit grundsätzlich unterschiedlicher Zusammensetzung verwendet wurden: Die Asche war stets calciumreich, Soda und Pottasche dagegen fast calciumfrei.

Auch beim Magnesium schwanken die Gehalte in weiten Grenzen, wenn man alle Gläser gemeinsam betrachtet. Dies relativiert sich jedoch bezüglich einzelner Glastypen, wobei die verschiedenen Farben offenbar noch eine weitere Differenzierung gestatten.

Für das Calcium und ebenso für das Magnesium kommen drei verschiedene Quellen in Frage:

1. aus Verunreinigung im Quarzrohstoff durch Kalkspat und Dolomit, weniger durch Feldspat und Biotit
2. aus Kalkstein oder dolomitischem Kalkstein, die dem Gemenge bewußt zur Härtung zugesetzt wurden
3. aus der Buchenholzasche, dies allerdings nur bei Aschegläsern und teilweise bei den Mischgläsern

Natrium

Natrium wirkt in der Glasschmelze als Flußmittel, es senkt also die Schmelztemperatur und ergibt ein „langes“, d. h. über einen großen Temperaturbereich formbares Glas. Die analysierten Gehalte liegen zwischen 0.09 und 21.04%, wobei niedrige Werte nicht notwendigerweise auf Verwitterung beruhen.

Durchschnittliche Natrium-Gehalte

| | Ascheglas | Pottascheglas | Mischglas | Sodaglas |
|----------------|-----------|---------------|-----------|----------|
| grün | 0.69 | 0.35 | 5.06 | 11.93 |
| blau | 0.84 | 0.73 | 4.89 | 15.68 |
| braun | 0.56 | 0.72 | 5.53 | 13.15 |
| amethystfarben | 0.15 | 0.85 | — | 15.55 |
| weiß | 0.69 | 0.43 | 2.76 | 13.26 |
| farblos | 0.46 | 0.67 | 7.71 | 12.76 |
| Gesamt-Ø | 0.66 | 0.63 | 5.45 | 12.92 |

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die Natriumwerte in weiten Grenzen schwanken, was auch innerhalb der einzelnen Glastypen und -farben noch stark vom Erhaltungszustand des Glases beeinflußt werden kann. Kaligläser enthalten stets etwas Natrium, meist um 1%. Die Mischgläser (auch als Kali-Natron-Gläser bzw. Natron-Kali-Gläser zu bezeichnen) enthalten sowohl Kalium wie auch Natrium in deutlicher, wenn auch variabler Menge.

Neben dem erwähnten Feldspatgehalt im Quarzrohstoff und einer möglichen Zumischung von Sodaglas-Scherben ist bei den Sodagläsern und einem Teil der Mischgläser reine Soda als Quelle des Natriumgehaltes zu betrachten. Zur Verfügung stand für die Waldglashütten sowohl Rohsoda neben Pflanzensoda, die z. B. aus Spanien oder Frankreich importiert werden konnte. Erst ab dem beginn-

den 19. Jahrhundert stand auch synthetische Soda zur Verfügung.

Kalium

Ebenso wie das Natrium wirkt auch das Kalium als Flußmittel, doch liefert es eher ein „kurzes“ Glas (Verarbeitungsbereich nur zwischen 750 und 1050 °C) als das Natrium, das einen Verarbeitungsbereich von etwa 700 bis 1100 °C aufweist.

Da Kalium und Natrium sich gegenseitig ergänzen oder auch ausschließen, gilt das beim Natrium Gesagte mit „umgekehrten Vorzeichen“. Im Einzelfall kann die Variabilität sehr groß sein, die durchschnittlichen Gehalte sind je nach Glastyp aber charakteristisch. Wichtig ist hierbei die Feststellung, daß die Pottaschegläser wesentlich höhere Kaligehalte als die Aschegläser haben.

Durchschnittliche Kaliumgehalte

| | Ascheglas | Pottascheglas | Mischglas | Sodaglas |
|----------------|-----------|---------------|-----------|----------|
| grün | 8.85 | 11.42 | 5.64 | 1.38 |
| blau | 8.89 | 14.18 | 8.09 | 1.80 |
| braun | 10.38 | 15.33 | 4.61 | 1.44 |
| amethystfarben | 13.31 | 17.17 | — | 2.72 |
| weiß | 10.99 | 13.67 | 6.11 | 2.01 |
| farblos | 12.42 | 15.51 | 7.31 | 1.38 |
| Gesamt-Ø | 9.47 | 14.55 | 6.04 | 1.52 |

Auch für das Kalium gilt, daß verschiedene Quellen in Frage kommen. Zunächst gilt für alle Gläser, daß der Quarzrohstoff eine zwar geringe, aber doch recht variable Menge an Kalium enthält. Bei den Soda-Gläsern ist bekannt, daß auch die natürliche Rohsoda stets etwas Kalium führt, weisen doch fast alle römischen Gläser, die mit dieser Soda hergestellt wurden, stets einen geringen Kaliumgehalt auf. Bei der Pflanzensoda kann dieser Gehalt schon wesentlich höher sein. Die Haupt-Kaliumquelle

ist die Holzasche. Die am häufigsten im Schwarzwald verwendete Buchenholzasche besitzt Gehalte zwischen 25 und 50%, durch das Sieden zu Pottasche wird dieser Wert auf das Doppelte gesteigert.

Eisen

Die Eisengehalte, die z. T. für die Farbe des Glases verantwortlich sind, sind praktisch in allen Gläsern nachzuweisen.

Durchschnittliche Eisen-Gehalte

| | Ascheglas | Pottascheglas | Mischglas | Sodaglas |
|----------------|-----------|---------------|-----------|----------|
| grün | 0.82 | 0.75 | 1.08 | 0.80 |
| blau | 0.90 | 0.98 | 1.00 | 0.18 |
| braun | 0.80 | 0.43 | 0.89 | 0.71 |
| amethystfarben | 0.43 | 0.32 | — | — |
| weiß | 0.95 | 0.43 | 1.79 | 0.14 |
| farblos | 0.38 | 0.24 | 0.14 | 0.17 |
| Gesamt-Ø | 0.78 | 0.53 | 0.92 | 0.43 |

Aufgrund der geologischen Gegebenheiten ist anzunehmen, daß in den Schwarzwälder Glashütten kein Quarzrohstoff bzw. Sand verwendet wurde, der weniger als 0.1% Fe_2O_3 als Verunreinigung enthielt. Zur Herstellung des einheimischen Sodaglases muß daher eine Soda benutzt worden sein, die praktisch eisenfrei war. Ähnlich verhält es sich mit den Pottaschegläsern. Auch hier sind die eisenärmsten Gläser mit der reinsten Pottasche hergestellt worden, deren Eisengehalt bei 0.02% gelegen haben mag. So wird auch verständlich, daß bei Verwendung der Asche mit Eisengehalten zwi-

schen 0.2 und 10% die Gehalte im Glas nicht unter 0.2% absinken konnten. Bei Aschegläsern ist daher die Zugabe von Eisen in anderer Form als durch die Asche nicht anzunehmen, wohl aber bei den Soda- und Pottaschegläsern, sofern sie erhöhte Eisengehalte haben und grün sind.

Mangan

Die Mangangehalte sind nur z. T. für die Glasfarben (grün, braun, amethystfarben, farblos) verantwortlich.

Durchschnittliche Mangan-Gehalte

| | Ascheglas | Pottascheglas | Mischglas | Sodaglas |
|----------------|-----------|---------------|-----------|----------|
| grün | 1.04 | 0.91 | 0.75 | 0.41 |
| blau | 0.86 | 0.80 | 0.69 | 0.25 |
| braun | 2.11 | 0.97 | 2.73 | 1.54 |
| amethystfarben | 1.11 | 1.69 | — | — |
| weiß | 0.87 | 0.41 | 0.42 | 0.17 |
| farblos | 0.93 | 0.54 | 0.41 | 0.15 |
| Gesamt-Ø | 1.06 | 0.91 | 0.96 | 0.46 |

Da im Quarzrohstoff und im gelegentlich verwendeten Kalkstein praktisch kein Mangan als Verunreinigung auftritt, und auch Soda und Pottasche praktisch manganfrei sind,

bleibt als Quelle für den Mangangehalt neben der Asche, die beträchtliche Mangangehalte aufweisen kann, nur die absichtliche Zugabe von Braunstein, der „Glasmacherseife“. Dies

kommt auch in der obigen Tabelle zum Ausdruck: Sodaglas und Pottascheglas dürften Gehalte über 0.03% der gezielten Zugabe von Mangan in Form von Braunstein oder ähnlichen Mineralen verdanken, andererseits ist aber auch festzustellen, daß selbst sehr hohe

Mangangehalte hinsichtlich der Entfärbung wirkungslos sein können.

Phosphor

Phosphor ist das Nebenelement, das die stärksten Schwankungen aufweist.

Durchschnittliche Phosphorgehalte

| | Ascheglas | Pottascheglas | Mischglas | Sodaglas |
|----------------|-----------|---------------|-----------|----------|
| grün | 1.78 | 0.34 | 1.46 | 0.22 |
| blau | 1.99 | 0.15 | 1.26 | 0.06 |
| braun | 1.47 | 0.89 | 0.82 | 0.19 |
| amethystfarben | 1.16 | 0.29 | — | 0.05 |
| weiß | 1.96 | 4.23 | 1.44 | 0.17 |
| farblos | 1.16 | 0.25 | 1.04 | 0.15 |
| Gesamt-Ø | 1.74 | 1.07 | 1.12 | 0.15 |
| ohne Trübglas | 1.69 | 0.25 | 1.04 | 0.15 |

Als mögliche Quelle für das Phosphor wird von manchen Autoren der Quarzsand angesehen, die sehr niedrigen Gehalte im Sodaglas sind auf diese Weise erklärlich. Das Pottascheglas dürfte nur recht geringe Mengen Phosphor aus der Pottasche erhalten haben, während die Aschegläser ihren durchweg recht hohen Anteil von 3 bis 5% der Buchenholzasche verdanken. Zusätzliche Phosphorgaben, meist wohl in Form von Knochenasche, sind nur bei bestimmten Gläsern (Trübgläsern) anzunehmen.

Barium

Beim Barium liegt der Minimalwert bei 16 ppm, der Maximalwert bei 39 301 ppm (= 3.93%). Bei der Verteilung der Bariumgehalte innerhalb der verschiedenen Glastypen zeigt sich, daß die Sodagläser im allgemeinen die geringsten Bariumgehalte haben, bei den Pottaschegläsern ist der Gehalt ebenfalls noch sehr niedrig, aber gegenüber den Sodagläsern etwas erhöht. Aschegläser enthalten dagegen durchweg viel Barium.

Kobalt

Das Kobalt dient in der Glastechnik zur Erzielung eines charakteristischen blauen (kobaltblauen) Farbtons, doch wurden nicht nur in den blauen Gläsern erhöhte Kobaltgehalte (bis zu 4640 ppm) festgestellt, auch bei anderen Farbgläsern sind die Gehalte z. T. nicht unwesentlich.

Kupfer

Bei zwölf Gläsern wurde Kupfer festgestellt. Die Gehalte reichen von 120 bis 13 000 ppm. Meist handelt es sich um geringe Verunreinigungen des Kobaltfarbstoffs (Erz oder Smalte), in zwei Fällen ist jedoch das Kupfer allein zugesetzt worden. Ein rotes Asche-Rohglas (Kupferrubinglas) ist mit 5400 ppm Kupfer gefärbt, während ein grünblaues Asche-Rohglas seine Farbe ebenfalls dem Kupfer (13 000 ppm) verdankt, hier jedoch in anderer Wertigkeit.

DISKUSSION DER ANALYSENERGEBNISSE

Auf der Basis der Rohstoff- und Glasanalysen lassen sich für das Schwarzwälder Waldglas folgende Feststellungen treffen:

1. Art und Herkunft der eingesetzten Quarzrohstoffe sind anhand der chemischen Analyse nicht identifizierbar, mögliche Unterschiede sind gering und werden durch andere Rohstoffe verschleiert.
2. Art und Herkunft des Kalksteins sind auf diesem Wege ebenfalls nicht identifizierbar, da Calcium und Magnesium mit verschiedenen Rohstoffen in die Schmelze gelangen konnten und Kalksteinvorkommen unterschiedlicher Genese und Zusammensetzung weit verbreitet sind.
3. Die Art des Flußmittels ist nachweisbar, es wurden Soda, Asche und Pottasche ver-

wendet. Alle drei prägen in unverkennbarer Weise den Charakter des Glases.

4. Während die Asche eine ausgeprägte Standortabhängigkeit bezüglich ihrer Zusammensetzung zeigt und somit in gewissem Maße für den Schwarzwald (Kristallinboden) charakteristisch ist, sind Pottasche und Soda weitgehend ohne gebietsspezifische Merkmale.
5. Das Einschmelzen von Fremdglass als Scherben (Recycling) ist nachweisbar und wohl allgemein gebräuchlich gewesen.
6. Nach chemischen Kriterien lassen sich vier verschiedene Glastypen unterscheiden: Ascheglas, Pottascheglas, Mischglas und Sodaglas.
7. Sodaglas als Importware ist nicht von Sodaglas aus einheimischer Produktion zu unterscheiden.
8. Die Herstellung von Farbgläsern war mit einheimischen Farbrohstoffen möglich, für die Annahme von Rohstoffimporten gibt es keine Anhaltspunkte.
9. Es wurden grüne, braune, blaue, amethystfarbene, weiße, gelbe, rote und farblose Gläser hergestellt. Darüber hinaus konnte Achatglas nachgewiesen werden, das aber nicht analysiert wurde.
10. Färbende Substanzen waren im wesentlichen Eisen, Mangan, Kobalt und Kupfer. Knochenasche diente zur Erzeugung von weißem Glas (Trübglass).
11. Das Spektrum der Spurenelemente ist weit gestreut. Zu seiner Vielfalt können alle Rohstoffe (Quarz, Kalkstein, Asche, Brauneisenstein und Farbstoffe sowie weitere Zusätze) beitragen. Da in diesen Rohstoffen die Spurenelement-Gehalte darüber hinaus nicht konstant sind, lassen sie sich kaum als Leitelemente benutzen.

DIE GLASTYPEN

Als Ergebnis der Diskussion der Glasanalysen kann zusammenfassend festgehalten werden, daß in den Schwarzwälder Waldglashütten Gläser völlig unterschiedlicher Zusammensetzung hergestellt wurden.

Ascheglas

Das Ascheglas ist das typische Waldglas, das bis etwa 1850 produziert wurde, besonders als grünes Glas. Für farbloses Glas wurde nur bis zum Ende des 17. Jahrhunderts Asche als Flußmittel verwendet, braunes, blaues, amethystfarbenes und weißes Glas wurden bis zum Beginn des 18. Jahrhunderts ebenfalls aus Ascheglas hergestellt. Als Flußmittel war die ungereinigte Buchenholzasche also durchaus verwendbar, wegen ihres recht hohen Eisengehaltes und ihres meist sehr hohen Erdalkaligehaltes (die Summe von CaO und MgO liegt bei etwa 18%, normal sind 6–14%) war die damit hergestellte Glasschmelze allerdings nicht von optimaler Qualität, da der zwangsläufig erscheinende grüne Farbton für andersfarbige Gläser unterdrückt werden mußte und außerdem der hohe Erdalkaligehalt den Erweichungspunkt der Schmelze und mithin auch die Verarbeitungstemperatur erhöhte. Das bedeutete, daß das Glas zur Bearbeitung heißer sein mußte, außerdem mußte der Glasbläser schneller arbeiten, da das Glas eher erstarrte. Der künstlerischen Gestaltung waren daher beim Ascheglas aus technischen Gründen Grenzen gesetzt, die bei den anderen Gläsern nicht so sehr ins Gewicht fielen.

Die durchschnittliche chemische Zusammensetzung der Aschegläser variiert zwar in gewissen Grenzen, und auch innerhalb der Glasfarben sind deutliche Unterschiede erkennbar, doch sind gewisse Merkmale für die Aschegläser unabhängig von der Glasfarbe sehr charakteristisch:

Pottascheglas

Ebenfalls zum einheimischen Waldglas ist das Pottascheglas zu rechnen. Als Flußmittel diente hier die von Verunreinigungen und allen störenden Bestandteilen gereinigte Buchenholzasche, die Pottasche, der im Gegensatz zur Asche das Eisen, das Mangan, die Erdalkalien, das Phosphor und ein großer Teil des Bariums fehlten. Da das Pottascheglas, wenn es mit eisenarmem Quarzsand hergestellt wurde, fast farblos war, konnte es viel leichter andersfarbig eingefärbt werden. Zudem konnte sein Erweichungspunkt durch gezielte Zugabe von Erdalkalien in Form von Kalkstein niedriger eingestellt werden, die Verarbeitungstemperatur lag

Durchschnittliche Zusammensetzung der Aschegläser
(Auszug, Angaben in Gewichtsprozent)

| Farbe | SiO ₂ | Al ₂ O ₃ | Fe ₂ O ₃ | MnO | MgO | CaO | Na ₂ O | K ₂ O | P ₂ O ₅ | BaO |
|---------|------------------|--------------------------------|--------------------------------|------|------|-------|-------------------|------------------|-------------------------------|--------|
| ameth | 64.09 | 1.79 | 0.43 | 1.11 | 2.09 | 14.13 | 0.53 | 13.31 | 1.16 | 0.2094 |
| blau | 60.96 | 3.52 | 0.90 | 0.86 | 2.61 | 15.66 | 1.31 | 9.26 | 1.99 | 0.3942 |
| braun | 58.57 | 3.00 | 0.80 | 2.11 | 3.53 | 17.90 | 0.49 | 10.32 | 1.74 | 0.3689 |
| farblos | 63.17 | 1.74 | 0.38 | 0.93 | 2.34 | 14.74 | 1.12 | 12.40 | 1.16 | 0.2011 |
| grün | 60.57 | 3.45 | 0.82 | 1.04 | 2.96 | 18.34 | 1.05 | 8.45 | 1.78 | 0.2334 |
| weiß | 63.47 | 5.72 | 0.95 | 0.87 | 2.11 | 13.43 | 0.72 | 8.90 | 1.96 | 0.2146 |
| ∅ | 61.80 | 3.20 | 0.72 | 1.16 | 2.61 | 15.70 | 0.87 | 10.44 | 1.63 | 0.2702 |

somit niedriger, das Glas war etwas länger zu formen.

Zwar war die Herstellung von Pottasche durch Auslaugen von Pflanzenasche schon in der Antike bekannt, wo sie vornehmlich zum Waschen verwendet wurde, doch ist ihre Nützlichkeit bei der Glasherstellung offen-

sichtlich erst sehr viel später festgestellt worden.

Nach den vorliegenden Analysen läßt sich Pottascheglas vereinzelt schon vor 1500 feststellen, nach 1600 tritt es dann häufiger auf, vor allem bei den amethystfarbenen und farblosen Gläsern.

Durchschnittliche Zusammensetzung der Pottaschegläser
(Auszug, Angaben in Gewichtsprozent)

| Farbe | SiO ₂ | Al ₂ O ₃ | Fe ₂ O ₃ | MnO | MgO | CaO | Na ₂ O | K ₂ O | P ₂ O ₅ | BaO |
|---------|------------------|--------------------------------|--------------------------------|------|------|------|-------------------|------------------|-------------------------------|--------|
| ameth | 69.68 | 1.51 | 0.28 | 1.77 | 0.45 | 6.82 | 0.98 | 17.14 | 0.26 | 0.1747 |
| blau | 68.13 | 1.46 | 0.98 | 0.80 | 0.49 | 4.80 | 0.84 | 15.54 | 0.15 | 0.2547 |
| braun | 71.23 | 2.87 | 0.36 | 1.16 | 1.24 | 6.63 | 0.81 | 13.55 | 1.04 | 0.0469 |
| farblos | 73.78 | 0.88 | 0.24 | 0.54 | 0.38 | 5.44 | 0.77 | 14.79 | 0.20 | 0.0689 |
| grün | 74.30 | 4.86 | 0.57 | 0.91 | 1.30 | 5.90 | 0.59 | 10.57 | 0.30 | 0.1275 |
| weiß | 67.14 | 2.66 | 0.43 | 0.41 | 0.47 | 8.19 | 0.58 | 14.05 | 4.23 | 0.0749 |
| ∅ | 70.71 | 2.37 | 0.48 | 0.93 | 0.72 | 6.30 | 0.76 | 14.27 | 1.03 | 0.1248 |

Sodaglas

Beim Sodaglas diente Natursoda oder Pflanzensoda als Flußmittel, beide kommen im Schwarzwald nicht vor. Es ist daher zu vermuten, daß das Sodaglas, das im Umfeld der Glashütten zu finden ist, bis etwa 1700 als Recyclingglas zu betrachten ist, vor allem, wenn es sich hierbei ausschließlich um Hohlglasbruchstücke handelt. Als Soda-Rohglas, das also in den Glashütten erschmolzen wurde, liegen Belege erst aus dem beginnenden 18. Jahrhundert vor, hier vermutlich mit importierter Soda hergestellt.

Der Übergang zur Verwendung von industriell produzierter Soda ist nicht exakt zu fassen, dürfte sich aber auch über einen längeren Zeitraum hingezogen haben, da nach der Erfindung des Herstellungsverfahrens durch Leblanc 1791 noch über 50 Jahre vergingen, bis dieses Flußmittel in ausreichender Reinheit

und in größeren Mengen hergestellt werden konnte.

Nach dieser Vorstellung wäre im Schwarzwald mit drei verschiedenen Sodaglas-Typen zu rechnen:

1. Sodaglas als Importware, keiner der Hauptbestandteile (Quarz, Soda, Kalkstein) stammt aus dem Schwarzwald
2. Sodaglas als z. T. einheimisches Produkt, Quarz und Kalkstein sind einheimisch, Natursoda ist importiert
3. Sodaglas als vollständig einheimisches Produkt unter Verwendung von synthetisierter Soda

Leider ist es nicht möglich, diese drei Untertypen chemisch zu unterscheiden. Die Hauptursache für dieses Verhalten scheint darin begründet zu sein, daß einerseits die Zusammensetzung der Rohstoffe zu variabel ist, andererseits die Rezepturen aber auch so unterschiedlich waren,

daß eine weitere Untergliederung nicht möglich ist, zumal ja auch nicht bekannt ist, woher im

einzelnen die Hohlglasbrüchlinge stammen, bzw. woher die Soda importiert wurde.

Durchschnittliche Zusammensetzung der Sodagläser
(Auszug, Angaben in Gewichtsprozent)

| Farbe | SiO ₂ | Al ₂ O ₃ | Fe ₂ O ₃ | MnO | MgO | CaO | Na ₂ O | K ₂ O | P ₂ O ₅ | BaO |
|----------|------------------|--------------------------------|--------------------------------|------|------|-------|-------------------|------------------|-------------------------------|--------|
| amethyst | 73.34 | 0.59 | 0.13 | 0.42 | 0.13 | 4.61 | 15.56 | 2.73 | 0.05 | 0.0429 |
| blau | 71.19 | 0.89 | 0.18 | 0.25 | 0.22 | 8.93 | 15.68 | 1.80 | 0.06 | 0.0380 |
| braun | 67.53 | 3.21 | 0.71 | 1.54 | 0.61 | 10.07 | 13.15 | 1.44 | 0.19 | 0.0283 |
| farblos | 72.76 | 0.99 | 0.17 | 0.15 | 0.69 | 9.31 | 12.59 | 1.44 | 0.09 | 0.0607 |
| grün | 68.58 | 3.15 | 0.80 | 0.43 | 1.28 | 10.93 | 11.78 | 1.38 | 0.23 | 0.0673 |
| weiß | 72.88 | 3.14 | 0.14 | 0.17 | 0.12 | 4.81 | 13.26 | 2.01 | 0.17 | 0.0200 |
| ∅ | 71.05 | 2.00 | 0.36 | 0.42 | 0.51 | 8.19 | 13.67 | 1.80 | 0.12 | 0.0429 |

Mischglas

Als letzter Glastyp ist das Mischglas zu nennen, das auch – je nach Vormacht – als Natrium-Kalium-Glas oder Kalium-Natrium-Glas bezeichnet werden kann. Der Chemismus dieses Glastyps ist bestimmt durch eine undefinierte Vermischung der Merkmale von Sodaglas und Kaliglas, wobei Ascheglas und Pottascheglas gleichermaßen in Frage kommen.

Interessanterweise tauchen die ersten Mischgläser schon im 15. Jahrhundert auf, zunächst nur belegt durch Hohlglasbrüchlinge. Ab dem 16. Jahrhundert liegen aber auch Rohglasstücke vor, insbesondere solche von grüner Farbe.

Bei den Farbgläsern fällt auf, daß amethystfarbenes Mischglas fehlt. Dies kann einmal daran liegen, daß die Anzahl der analysierten amethystfarbenen Gläser (22 Stück) statistisch gesehen zu gering ist, wahrscheinlicher ist jedoch, daß es keine amethystfarbenen Importgläser gibt, die zur Herstellung von Mischglas dieser Farbe hätten beitragen können. Soweit die Fachliteratur darauf eingeht, ist im Mittelmeerraum amethystfarbenes Glas allenfalls als Verzierung (Punkte, Fäden) verwendet worden, so daß im Recycling-Glas dieser Farbton fehlt.

Durchschnittliche Zusammensetzung der Mischgläser
(Auszug, Angaben in Gewichtsprozent)

| Farbe | SiO ₂ | Al ₂ O ₃ | Fe ₂ O ₃ | MnO | MgO | CaO | Na ₂ O | K ₂ O | P ₂ O ₅ | BaO |
|---------|------------------|--------------------------------|--------------------------------|------|------|-------|-------------------|------------------|-------------------------------|--------|
| blau | 63.53 | 3.44 | 1.00 | 0.69 | 2.35 | 13.76 | 4.29 | 7.44 | 1.26 | 0.2387 |
| braun | 63.47 | 4.63 | 0.89 | 2.73 | 2.36 | 14.32 | 5.53 | 4.61 | 0.82 | 0.3091 |
| farblos | 70.18 | 0.72 | 0.14 | 0.41 | 0.91 | 10.08 | 7.72 | 7.31 | 0.30 | 0.2664 |
| grün | 60.28 | 5.43 | 0.75 | 0.75 | 2.58 | 16.22 | 4.89 | 5.58 | 1.46 | 0.1921 |
| weiß | 68.61 | 7.44 | 0.91 | 0.91 | 2.02 | 10.76 | 2.51 | 4.32 | 0.89 | 0.1300 |
| ∅ | 65.21 | 4.33 | 0.68 | 1.10 | 2.04 | 13.03 | 4.99 | 5.85 | 0.95 | 0.2273 |

DIE GLASFARBEN

Grünes Glas

Bei keiner anderen Glasfarbe ist die Variationsbreite der Farbtönungen so groß wie beim grünen Glas. Neben dem meist nur leicht grau-grün bis gelblichgrün getönten Glas der Butzenscheiben finden sich auch gelbgrüne, flaschengrüne, smaragdgrüne, blaugrüne und

türkisgrüne Gläser. Für diese grüne Farbe ist bei den Waldgläsern wohl in erster Linie das zweiwertige Eisen verantwortlich, wobei offensichtlich schon sehr geringe Mengen (0.2–0.3%) ausreichen können. Die höchsten Gehalte (über 1.5 bis 3.1%) besitzen stets grüne Gläser, Ausnahmen bilden hier nur hochmanganhaltige braune Gläser sowie zwei blaue und zwei weiße Gläser. Nur ein einziges Glas weist

eine durch Kupfer hervorgerufene blaugrüne Farbe auf, der Kupfergehalt liegt hier bei 1.3%.

Blaues Glas

Von 31 blauen Gläsern sind 26 transparent blau, während fünf blaue Trübgläser sind. Das färbende Element ist fast stets Kobalt, evtl. in Verbindung mit Eisen. Zur Färbung reichen normalerweise einige hundert ppm, doch wurden auch wesentlich höhere Mengen nachgewiesen.

Braunes Glas

Braunes Glas kann auf verschiedene Weisen erzeugt werden. Die einfachsten und wohl auch allein im Schwarzwald angewandten Methoden ergaben eine Braunfärbung durch die entsprechenden Eisen- und Mangangehalte bei hohem Sauerstoffgehalt der Glasschmelze oder durch die Verwendung von Kohlenstaub und Pyrit.

Amethystfarbenes Glas

Gläser dieser Färbung, mal etwas mehr rosalila, mal mehr violett, waren offensichtlich im Schwarzwald sehr beliebt. Schon in den ältesten Glashütten ist es vorhanden, insbesondere aber ab dem 17. Jahrhundert wurde es in allen Glashütten hergestellt. Die Farbe beruht auf dem Vorhandensein von Mangan, allerdings nur in den höheren Wertigkeitsstufen.

Weißes Glas (Trübglas)

Als weißes Glas oder Weißglas wurde früher gelegentlich auch das farblose Glas bezeichnet. Hier sind unter dieser Bezeichnung aber alle die Gläser zusammengefaßt, die weiß getrübt sind, das reicht vom schwach opalisierenden Glas, meist mit leichtem Blaustich, über milchig weiße, leicht transparent erscheinende Gläser bis zu solchen, die porzellanartig dicht gefärbt sind. Wegen ihrer Trübung sind auch die Gläser hierher zu zählen, die auf der Basis der Weißglas-Herstellung zusätzlich durch Kobalt blau gefärbt sind. Beim Waldglas lassen sich vier verschiedene Typen von Weißgläsern unterscheiden:

Typ I: Trübung durch Zugabe von Knochenasche, daher auch die früher oft gebrauchte Bezeichnung „Beinglas“. Da die Knochenasche fast nur aus Calciumphosphat besteht, sind

diese Gläser ungewöhnlich phosphorhaltig ($P_2O_5 = 3-7\%$).

Typ II: Trübung des Glases durch eine röntgenindifferente Substanz. Das kann z. B. eine glasige Schmelze sein, die sich nicht mit dem normalen Glas mischt. Die chemischen Analysen geben hierfür aber keinerlei Anhaltspunkte. Der gleiche Effekt kann aber auch durch Luftbläschen erzeugt werden, wenn sie nur fein genug sind. Sie würden sich natürlich ebenfalls nicht in der Analyse niederschlagen, sind aber als Trübungsmittel durchaus in Betracht zu ziehen.

Gläser dieses Typs sind weit verbreitet, sie konnten in den Glashütten Rohrenkopf, Scharfenstein Nord, Muchenland, Grassert, Bonndorf, Nordrach Neuglashütte, Herzogenweiler und Herrenwies nachgewiesen werden. Sie überdecken somit den Zeitabschnitt von etwa 1550 bis zur Wende des 19./20. Jahrhunderts.

Typ III: Bei diesem Glas erfolgt die Trübung durch den Zusatz von Flußspat (CaF_2), der sich in der Schmelze zunächst löst und bei der Abkühlung zur Auskristallisation feinsten Flußspat-Kriställchen führt. Gläser dieses Typs stammen aus Bonndorf, Äule und Herzogenweiler, also praktisch aus der Zeit von der 2. Hälfte des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts.

Typ IV: Ein einziges Mal konnte eine Kombination der Trübungsmittel Knochenasche und Flußspat analytisch nachgewiesen werden. Bei einem Glas aus Nordrach Neuglashütte wurden neben 5.0% P_2O_5 auch noch 1400 ppm F bestimmt. Die Trübung durch Knochenasche wurde hier also noch durch eine Zugabe von Flußspat abgesichert oder intensiviert.

Farbloses Glas

Beim farblosen Glas sind zwei Glasarten zu unterscheiden,

1. Glas ohne färbende Bestandteile
2. Glas mit färbenden Bestandteilen, die sich jedoch gegenseitig kompensieren oder durch einen Herstellungsprozeß entfärbt wurden.

Beide Fälle lassen sich im Schwarzwald nachweisen. Zu den echten farblosen Gläsern gehören die Sodagläser mit sehr geringen Eisengehalten und/oder Mangangehalten. Ähn-

lich mag es sich auch noch bei den Mischgläsern mit Eisengehalten um 0.1% verhalten.

Bei den Pottaschegläsern und vollends bei den Aschegläsern liegt dagegen wohl stets eine Entfärbung einheimischen Glases vor, entweder durch Braunstein oder andere Substanzen. Leider wird nur sehr selten zwischen den verschiedenen Eigenschaften des Braunsteins bezüglich der Glasfarbe unterschieden.

Es muß hier nochmals darauf hingewiesen werden, daß zum Entfärben der Sauerstoff des Entfärbers Braunstein notwendig ist, das Mangan als solches entfärbt das Glas nicht notwendigerweise. Es konnten nämlich zahlreiche grüne Gläser mit Eisengehalten zwischen 0.5 und 1% bei gleichzeitigen Mangangehalten von 1 bis über 3% analysiert werden. In diesen Fällen stammt das Mangan nicht aus dem Braunstein sondern aus der Holzasche, die nach den vorliegenden Analysen bis zu 12% MnO enthalten kann, das Mittel der Buchenholzaschen von Gneisstandorten liegt bei 6%. Bei einem Zusatz von nur 20% Asche zur Glasschmelze sind das etwa 1.2% MnO, ausreichend, um als Braunstein jedes eisenhaltige Glas zu entfärben.

Offensichtlich hat aber das karbonatisch gebundene Mangan aus der Holzasche keine entfärbende Wirkung, da es keinen Sauerstoff abgeben kann, und die auf physikalischem Wege wirkende Entfärbung (Komplementärfarbe) in diesen Gläsern nur von untergeordneter Bedeutung ist. Das beweisen zahlreiche grüne, also nicht entfärbte Gläser mit Eisengehalten zwischen 0.5 und 1%, bei denen der Mangangehalt zwischen 1 und 4% liegt.

Rotes Glas

Unter den Waldgläsern ist rotes Glas recht selten, man möchte es wegen dieser Seltenheit meist eher für Importware halten. Um so erstaunlicher sind die Untersuchungsergebnisse an zwei roten Gläsern: eine Glasscheibe aus Ascheglas vom Rohrenkopf (Betriebszeit um 1550) machte den Eindruck eines rot überfangenen grünen Glases. Die nähere Untersuchung brachte dann allerdings ans Licht, daß es sich bei der roten Schicht um verwittertes Glas handelt.

Ein rotes Glas von Wittlensweiler (Betriebszeit vor 1521 – vor 1590) war dagegen ein Asche-Rohglas, also auch keine Importware.

Die Farbe dieses Glases beruht auf einem Gehalt von 5400 ppm Kupfer, es handelt sich also um ein Kupferrubinglas.

Achatglas

Diese Gläser, die in Farbe und Struktur dem Achat in seiner Formenfülle nachempfunden sind, waren schon in der Antike bekannt, sie sind aber erst im ausgehenden Mittelalter wieder in Mode gekommen. Im Schwarzwald ist das Achatglas in der Glashütte am Schöllkopf (1448–1521), bei Wittlensweiler (1521–1590) und in der Glashütte Bonndorf (1645–1705) hergestellt worden.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Kenntnisse über die Schwarzwälder Waldglashütten sind derzeit noch recht lückenhaft, und auch die Vorstellungen über die Anzahl der Hütten, die hier tätig waren, sind reichlich vage. Durch Kartenstudium, Literaturrecherchen und Nachforschungen im Gelände konnte die bisher angenommene Zahl (etwa 80) wesentlich erweitert werden. Über 190 sicher nachgewiesene oder begründet vermutete Glashütten, die allein im engeren Bereich der Schwarzwaldes zwischen dem 12. und dem 20. Jahrhundert in Betrieb waren, wurden kartenmäßig erfaßt, 37 dieser Hüttenstandorte wurden aufgesucht, beprobt und näher untersucht.

Zum sicheren Nachweis eines Glashüttenstandortes, der durch schriftliche Quellen nicht sicher zu lokalisieren ist, gehört u. a. das Vorhandensein von Glasofen- und Glashafenbruchstücken.

Bis etwa um das Jahr 1500 wurde zur Herstellung der Glashäfen ein Magnesiumreiches Material verwendet, aus dem sich beim Brand ein seltenes Mineral, der Indialith bildete. Jüngeren Glashäfen fehlt dieses Merkmal, insofern könnte dieses Kriterium als Hilfe bei der Datierung von Glashütten unbekanntem Alters verwendet werden, falls weitere Untersuchungen diesen Befund bestätigen.

Eine Auflistung des gesamten Fundmaterials läßt bereits erkennen, daß neben dem grünen Glas schon im 12. Jahrhundert braune und amethystfarbene Gläser hergestellt wurden, farbloses, weißes und blaues Glas ist erst etwa 100 Jahre später nachzuweisen.

Etwa 350 chemische Analysen der Gläser und der im Schwarzwald vorhandenen Rohstoffe gestatten die eindeutige Zuordnung der Gläser zu vier verschiedenen Glastypen:

1. Ascheglas, hergestellt unter Verwendung von Buchenholzasche, meist ohne Kalkzusatz
2. Pottascheglas, hergestellt unter Verwendung von Pottasche und Kalk
3. Sodaglas, zunächst sicher Importware, später vielleicht mit importierter Soda im Schwarzwald hergestellt, danach Schwarzwälder Produktion
4. Mischglas (Natrium-Kalium-Glas oder Kalium-Natrium-Glas), hergestellt unter Verwendung unreiner Rohstoffe oder durch Zumischen von Sodaglas-Scherben zu einheimischem Kaliglas (Asche- oder Pottascheglas).

Bei der Glasherstellung wurden weitgehend einheimische Rohstoffe verwendet. Als Quarzrohstoff dienten Milchquarz aus dem Kristallin des Schwarzwaldes oder meist tertiäre Quarzsande aus den Randgebieten des Schwarzwaldes. Alpine Gerölle aus den Moränen und Rheinschottern sowie Feuerstein kamen seltener zum Einsatz.

Als Flußmittel wurden zu allen Zeiten Buchenholzasche und die aus dieser Asche gewonnene Pottasche verwendet. Soda mußte importiert werden, erst ab dem 19. Jahrhundert setzte sich die aus einheimischem Steinsalz gewonnene Industriesoda durch.

Buchenholzasche ist in ihrer chemischen Zusammensetzung sehr standortabhängig, was sich auch auf die Zusammensetzung der Gläser auswirkt. Durch die Verwendung von Pottasche wird dieser Effekt weitgehend unterdrückt, doch ist dann die Zugabe von Kalkstein erforderlich.

Der Kalkstein konnte ebenfalls aus den Randgebieten des Schwarzwaldes (Vorbergzone, Neckargebiet, Schwäbischen Alb) beschafft werden.

Substanzen zum Entfärben bzw. Färben des Glases standen gleichfalls im Schwarzwald zur Verfügung: Braunstein als Glasmacherseife zum Entfärben des grünen Glases oder zum Erzielen eines amethystfarbenen Tones kommt z. B. in den Erzgängen bei Gremmelsbach oder Eisenbach vor, das Kobalt zur Blaufärbung lieferten Erzgänge bei Wittichen, Alpirsbach

und Sulzburg, das Kupfer für blaugrüne und rote Farben ist in sehr vielen Erzgängen des Schwarzwaldes verbreitet.

Das rote Kupferrubinglas ist entgegen vielfach geäußerter Meinung keine Erfindung Kunckels (1689), da es z. B. schon in der Glashütte Wittlensweiler (1459–1534) hergestellt wurde.

Trübglas, oft verallgemeinernd als Beinglas bezeichnet, wurde im Schwarzwald auf verschiedene Weise hergestellt: Durch Zugabe von Knochenasche und/oder Flußspat sowie durch Zusatz einer vermutlich fein aufschäumenden Substanz. Die seit der Antike bekannten Trübungsrohstoffe Zinn, Antimon oder ähnliches konnten nicht nachgewiesen werden.

Am verbreitetsten unter den Schwarzwälder Waldgläsern ist das grüne Glas (in allen 37 Glashütten), gefolgt vom farblosen Glas (29) und dem weißen Glas (25), aber auch die anderen Farbgläser waren recht verbreitet (blaues Glas 23, amethystfarbenedes und braunes je 20). Als Seltenheit muß dagegen rotes Glas (Kupferrubinglas) bezeichnet werden, dessen Herstellung im Schwarzwald als gesichert gelten kann, ebenso wie das seltene Achatglas.

Die Lagerung des Glases im ständig oder gelegentlich durchfeuchteten Boden führt zur Verwitterung des Glases, bei der zunächst die Alkalien, später aber auch die Erdalkalien und andere Elemente ausgelaugt werden. Anhand von zahlreichen Analysen und gezielten Messungen konnte aber gezeigt werden, daß bei geeigneter Probenwahl und entsprechender Analysenmethode eine ausreichend genaue Bestimmung des Glases möglich ist, die zumindest eine eindeutige Zuordnung zu einem der vier Glastypen gestattet.

Der vorliegende Text stellt die Kurzfassung einer umfangreichen Ausarbeitung über das Waldglas des Schwarzwaldes dar, die im Alemannischen Jahrbuch zur Veröffentlichung vorgesehen ist. Sie enthält ausführliche Angaben zu den Glashütten-Standorten, dem Fundmaterial, Quellenausgaben und sämtliche Analysen.

Anschrift des Autors:
Dr. Hansjosef Maus
Vierlinden 1
79102 Freiburg

**NACHGEWIESENE UND
VERMUTETE
GLASHÜTTENSTANDORTE IM
SCHWARZWALD**

Betriebszeiten vereinfacht, näher untersuchte
Glashütten sind mit einem * markiert

- 1 Gaggenau (1772–1910)
- 2 Glasäcker NW Völkersbach (? vor 1400)
- 3 *Glasbrunnen SÖ Schöllbronn*
- 4 Albtal, Mündung der Moosalb (um 1700)
- 5 Gertrudenhof Ö Burbach (16./17. Jh)
- 6 *Mittelberg Ö Freiolsheim (1698–1772)
- 7 Hüttlesbrunnen Moosbronn (1723–1744)
- 8 *Glasberg SÖ Schielberg*
- 9 *Tälwiese, Herrenalb (1703–1723)
- 10 *Glasbrunnen im Größeltal SÖ Neuenbürg*
- 11 *Hüttwald NÖ Dobel*
- 12 Glashof W Würm (vor 1499)
- 13 Keplershof, Herrenalb (16. Jh)
- 14 *Gaistal, Herrenalb (1723–1736)
- 15 *Glasertwiesen Ö Reichental*
- 16 *Hüttrain, Hüttwald NÖ Calmbach*
- 17 Tannemühle Ö Calmbach (F)
- 18 *Glashalde, Maisenbach*
- 19 Klasberg, Hirsau (um 1470–1510?),
- 20 Achern (1885 bis heute)
- 21 Glasfeld N Badener Höhe (F)
- 22 *Glasbrunnen S Herrenwies (1724–1778)
- 23 *Glashütte Lauf, Laufertal (1623–1745)
- 24 *Schönmünzach (1733–1902)
- 25 *Glasberg Ö Breitenberg*
- 26 *Glasbach bei Aichhalden*
- 27 Emberg (erwähnt 1523)
- 28 Glaserberg, Oberhaugstett
- 29 *Hüttenwald Ö Schönmünz*
- 30 *Glasschrofen im Rotmurgtal*
- 31 *Geißträgershütte Ö Schlifflkopf*
- 32 Hüttengrund S Eselskopf (um 1200–1250)
- 33 *Hüttenhalde S Buhlbach (1758–1909)
- 34 Orspach bei Mitteltal (F)
- 35 Glashäuserwald Göttelfingen (1082, F)
- 36 *Glasesel NÖ Göttelfingen*
- 37 *Gläserberg Ö Röt*
- 38 *Gläsinberg bei Igelsberg*
- 39 *Glaserbrunnen W Klosterreichenbach*
- 40 Klausengrund (15. Jh., F)
- 41 *Galleshütte, Glaswald W Obermusbach*
- 42 *Glashart SÖ Pfalzgrafenweiler*
- 43 *Glaswiese SW Herzogsweiler*
- 44 Offenburg (1820–1855)
- 45 *Hütteneck N Oppenau*
- 46 *Nordrach Neuglashütte (1708–1748)
- 47 *Nordrach Altglashütte (1695–1708)
- 48 *Nordrach Fabrik (1776–1848)
- 49 Schäfersfeld, Nordrach (?–1776)
- 50 Höflematt, Nordrach (1748–?)
- 51 *Hüttersbach Ö Gengenbach*
- 52 Hütteneckhof N Oppenau (um 1500)
- 53 *Hutterich N Bad Rippoldsau*
- 54 *Glasmatt bei Löcherberg*
- 55 Glaswald (1681 – nach 1688)
- 56 Gallenbrunnen am Hirschkopf (F)
- 57 Glaswald im Gammertal (F)
- 58 *Wittlensweiler (vor 1521 – vor 1590)
- 59 *Hüttenteich N Christophstal*
- 60 Christophstal (F)
- 61 Glasfabrik Freudenstadt (1884–1930)
- 62 *Schöllkopf (vor 1448 – nach 1521)
- 63 *Huttenhart Ö Reichenbach*
- 64 *Hüttenbächle, Kl. Kinzig*
- 65 Glasmatte bei Bermersbach (F)
- 66 Glasbrunnen S Kuhbach (vor 1527)
- 67 Langenhard Ö Sulz (um 1500)
- 68 *Hüttenbach Ö Roßberg*
- 69 Heilenberg SW Schömberg (F)
- 70 *Huttenbach, Ehlenbogen*
- 71 *Glaswald, Glaswiesen N Alpirsbach*
- 72 *Glasbach S Ettenheim*
- 73 *Grassert (1615–1625)
- 74 *Glasbauernhof W Schweighausen*
- 75 *Hüttenmatten W Mühlenbach*
- 76 *Auf der Hütte N Im Kienbach*
- 77 *Glasbach NÖ Schramberg*
- 78 Hutneck S Sulgen (vor 1320)
- 79 *Hüttenberg W Dunningen*
- 80 *Hüttenacker b. Nußbach*
- 81 Glashausen bei Freiamt (1218 und 1291)
- 82 *Hüttenreute Ö Schwarzenberg*
- 83 Hüttenhof, Mundingen (um 1400)
- 84 *Bei der Hütte NÖ Segelbach*
- 85 *Über dem Glashof NW Gutach*
- 86 *Hüttenmatte NÖ Vögelestein*
- 87 *Glasmattenbächle, Haslachsimsenswald*
- 88 *Glasmatte, Hintergriesbach*
- 89 Krummenschildt (um 1500)
- 90 Glashöfe W St. Georgen (vor 1388)

- 91 Glshalde W Buchenberg (um 1550.)
92 *Glasbach Ö Buchenberg*
93 Glasgrube S Waldkirch (vor 1490)
94 *Glasbach, Herdern*
95 *Hüttenbauernhof, Ettersbach*
96 *Griesbach, Simonswald (1650–1700)
97 *Platzbühl N Nonnenbach*
98 *Glaserbach, Wildgutachtal*
99 *Glasmatte Ö St. Peter*
100 *Altglashütte bei Hinterstraß (vor 1436)
101 Glasbach bei Langenbach (13. Jh.)
102 *Glaserbrücke N Pfaffenweiler*
103 *Glaserhof Herzogenweiler (1723–1880)
104 *Hüttenweg, Ehrenstetter Grund*
105 Glasbach, Günterstal (F)
106 Falkensteig (1759–1768)
107 *Glaserhof, Oberried*
108 *Glaserhansenhof, Zastlertal*
109 *Glashöfe NW Waldau (13. Jh.)
110 Glashöfe, Hohlengraben (1683–1692)
111 *Hüttenbauernhof, Turner*
112 *Bubenbach (1727–1875)
113 *Mattenspitz, Schwärzenbach (12.–13. Jh.)
114 *Glasberg W Neustadt*
115 *Glaswiesen, Bhf. Neustadt*
116 Wolterdingen (1848–1905)
117 *Kirnberg bei Unterbränd (14.–16. Jh)
118 *Hüttenacker, Bittelbrunn S Waldhausen*
119 *Glasbrunnhalde am Maistollen*
120 Glasergrund, Untermünstertal (16. Jh.)
121 Glasberg, Untermünstertal (um 1730)
122 Münsterhalden (1516–1518)
123 *Glasbächle, Badenweiler*
124 *Glaser Schlag, St. Wilhelm*
125 Hüttenwasen bei Feldberg (F)
126 *Glashofwald Ö Scharfenstein (vor 1570)
127 *Hüttbach N Wieden*
128 *Althütte, Rübgarten*
129 *Hüttlebühl SW Wieden*
130 *Königshütte bei Wieden*
131 *Sauhütte bei Wieden*
132 *Florinshütte SÖ Todtnau*
133 Glashüttenb., Wildböllen (1580–1607)
134 *Glashüttenmoos, Ö Geschwend*
135 *Glaserbrunnen S Titisee*
136 Neuglashütten, Feldberg (1706–1723)
137 *Altglashütten, Feldberg (1634–1706)
138 *Äule (1716–1878)
139 *Hüttenbühl Ö Bernau*
140 Glasberg Ö Saig (13.–14. Jh.)
141 Lenzkirch (vor 1500)
142 *Olpenhütte (vor 1296 – vor 1365)
143 *Dresselbach*
144 *Glaserloch bei Grünwald (1611–1645)
145 *Glashütte W Bonndorf (1645–1705)
146 Gündelwangen (erwähnt 1296)
147 *Hüttenbuck NW Münchingen*
148 *Hüttelbrunn NÖ Friedrichsheim*
149 *Roßboden bei Wambach (um 1585)
150 Am Gleichen W Wies
151 Malsburg (nach 1514)
152 *Glaserberg NW Sallneck (um 1600)
153 *Glashüttenhof Ö Kandern (1480–1595)
154 *Glashütte, Böllen*
155 *Glasbrunnen, Fröhnd-Stutz*
156 Todtmoos-Weg (nach 1480 – vor 1516)
157 Mambach (vor 1576)
158 Althüttenweide Ö Mambach (um 1472)
159 *Glasbrunnen am Rohrenkopf (um 1567)
160 Hütten bei Riedichen (1396)
161 Glaser matt NÖ Gersbach (um 1572)
162 *Todtmoos-Schwarzenbach (1534–1590)
163 *Todtmoos-Glashütte (1590–1790)
164 *Todtmoos-Berghütte*
165 Rechberg, Bernau (1587–17. Jh.)
166 Glashof NW St. Blasien (1424–?)
167 *Muchenland, Blasiwald (1597–1622)
168 Hüttenstauden, Habsmoos (1579–1684)
169 *Blasiwald Althütte (1622–1684)
170 *Windberg Blasiwald (1687–1716)
171 *Glaserkopf Ö St. Blasien*
172 *Hüttelbuck SÖ St. Blasien*
173 *Glashütte, Schaffhauser Säge (13. Jh)
174 Glasbühl Ö Rothaus (13. Jh.)
175 Höchenschwand (vor 1500)
176 *Hüttenbuck W Riedern a. W.*
177 *Glaßwasen bei Brunnadern*
178 *Hüttenbach Ö Unterwangen*
179 Huttingen (vor 1300)
180 Pfaffmatte, Hägelberg (1504 – vor 1573)
181 Glaserberg S Schlächtenhaus (1506)
182 Hauingen (erwähnt 1592)
183 Glaskopf N Raitbach (13.–14. Jh)
184 *Glaserberg SÖ Gersbach*
185 Glashütten N Hasel (erwähnt 1637)
186 Glasbach bei Kürnberg (13. und 14. Jh.)
187 *Glashalde N Hasel*
188 Atdorf (vor 1500)

189 Glashütten, Altenschwand (1257)

190 Hütten Ö Wehr (13.–14. Jh.)

191 Bergalingen (erwähnt vor 1303)

192 Hüttenbuck SW Nöggenstiel

Normalschrift: Glashüttenstandort archiva-
lisch oder durch Funde (F) belegt

Kursivschrift: Glashüttenstandort vermutet

Dreieck Sulzburg (römisch)

Im Kästchen Neugründungen, in Betrieb:

1 Glasbläserei Alpirsbach (seit 1985)

2 Dorotheenhütte Wolfach (seit 1957)

3 Glashütte Höllental (seit 1977)

4 Glasbläserhof Todtnau (seit 1987)

5 Glaswerkstatt Herrischried (seit 1992)

Johann Peter Hebels Berufung nach Karlsruhe

Suche nach dem Wahrheitsgehalt der Erzählung von Hermann Albrecht:
„Der Präzeptoratsvikari“

In seiner 1881 erstmals erschienenen Erzählung „Der Präzeptoratsvikari“¹ beschreibt Hermann Albrecht fünf Begegnungen Johann Peter Hebels mit dem Markgrafen (späterem Kurfürsten und Großherzog) Carl Friedrich im Sommer des Jahres 1791 im badischen Oberland, zeitlich also kurz vor der Berufung des bis dahin ungehört gebliebenen und sich gedemütigt fühlenden Lörracher Präzeptoratsvikaris nach Karlsruhe.

Sind die von Albrecht wirklichkeitsnah dargestellten Episoden frei erfunden, oder was ist daran wahr?

Als Verleger zweier Neuausgaben anderer Albrechtscher Erzählungen², mit deren Prüfung auf historische Wahrheit und dichterische Freiheit ich mich schon deshalb näher befaßte, als sich die Geschichten in der nächsten Umgebung meines Heimatortes Weil am Rhein abspielen, konnte ich mit Bewunderung feststellen, wie sorgfältig und genau Albrecht recherchiert haben muß, wie die Örtlichkeiten mit historischen Plänen übereinstimmen und sogar teilweise noch unverändert anzutreffen sind und wie treffend er die verhältnismäßig leicht auszumachenden geschichtlich nachgewiesenen Personen (bei allem diesen mit dichterischer Freiheit zugeschriebenen Reden und Handeln) charakterisierte. Warum also sollten die von Albrecht lebensnah beschriebenen Begegnungen Hebels mit dem Markgrafen ausschließlich seiner Fabulierkunst entsprungen sein? Als immer wieder zur Lektüre Albrechtscher Erzählungen greifender Hebelfreund wollte ich daher auch genauer wissen, was an seiner Darstellung der Begegnungen Hebels mit dem Markgrafen, die ihm in seiner Erzäh-

lung zur Erklärung der Berufung nach Karlsruhe gedient haben, wahr sein könnte und was freie dichterische Erfindung ist.

Alle Berichte über den Markgrafen Carl Friedrich stimmen darin überein, daß er ein reger Förderer seines kleinen Staates in allen Lebensbereichen war und persönlich und aktiv in den Ablauf der Ereignisse eingriff. Es kann daher mit einiger Sicherheit davon ausgegangen werden, daß er den Schüler am Gymnasium illustre in Karlsruhe Johann Peter Hebel zumindest seit 1776 persönlich kannte, als dieser von ihm für vier auf lateinisch vor der von Professor Tittel 1766 gegründeten Gesellschaft Marchio-Badensis-Societas-latina gehaltenen Reden eine Zuwendung von 25 Gulden aus dem vom Markgrafen ausgesetzten Privatprämium erhielt.³

Daraus kann durchaus gefolgert werden, daß die Ablehnung einer Anstellung Hebels nach seiner Rückkehr vom Studium in Erlangen nicht nur auf die Verstimmung der ihm während der Schulzeit wohlgesonnenen Lehrer Preuschen und Mauriti zurückzuführen war, sondern eher auf eine persönliche Entscheidung des Markgrafen, der bekanntlich auch der Kirchengaufsicht vorsaß⁴. Auch während seiner Oberländer Präzeptoratsvikari-Zeit dürfte Hebel der Aufmerksamkeit des Markgrafen nicht entgangen sein, wenn auch im Gegensatz zur Regierungsart Carl Friedrichs die verschiedenen Gesuche Hebels um eine Pfarrstelle unberücksichtigt, ja gar unbeantwortet geblieben sind⁵.

Mit seinem im Jahre 1790 verfaßten Gutachten über die Lehrpläne an Pädagogien zur Verbesserung des Schulunterrichts⁶ scheint

Offenbach

E. J.

N^o
den Auftrag mit hiesiger
in Letz. den Zehntausen
Lohn des Bundes 1842

Ich habe Euch gemäß
inoffiziellem, verbindlichen
Prinzip als Vicar
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch

2^{te} Offizianten Stelle in 1^{ma}
§ 11 der Classe Gymnasia
gemäß Gymnasia mit dem
Lohn mit mind. 1000 Thaler
und

zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch

in der Sache der
Classe Gymnasia
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch

zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch

von 1840 vor. 3. p.
C. S. - 16.

Bezugsgeld 17^{er} Nov.

W. Cameram.

Bezugsgeld 17^{er} Nov.

zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch

zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch
zu lassen. Ich habe Euch

zu sein
 zu sein wissen, damit
 wegen Abgabe der
 Subföderation an die
 aufwandsbehafteten
 gefahrlos, und
 bleiben Sie in
 gutem Glauben
 geben. 17. April 1911 9 22 Nov. 1911.

Signatura
 des
 des
 des

Abg. 9 1911

Nachdem der
 1.1. Post
 haben, dem
 Vicario zu
 geben sollen
 des

~~Vicario~~

2^{te} best.
 11^{te} das
 die
 die
 die
 die

als
 die
 die
 die
 die
 die
 die
 die
 die

Hebel aber wieder angenehm aufgefallen zu sein, wohl auch beim Markgrafen. Jedenfalls besitzt das GLA Karlsruhe ein Aktenkonzept des Kirchenrats mit dem Datum vom 17. August 1791, nach welchem Hebel als Präzeptor an das Gymnasium Durlach berufen werden sollte⁷: Die Verfügung hat (vom Beiwerk befreit und gekürzt) den folgenden Wortlaut:

*„Ans Ephorat und Rectorat
C. (arl) F. (riedrinch)*

Wir haben uns gnädigst entschlossen, dem bisherigen Präceptorats-Vicario zu Lörrach Johann Peter Hebel das durch Beförderung des Konrectors Sachs auf eine Landpfarrei erledigte Präceptorat am Pädagogium zu Durlach, mit der darauf geordneten Besoldung zu übertragen und Ihr habt denselben in solcher Eigenschaft vorzustellen, und ihn zu einem exemplarischen Lebenswandel und unermüdeten Fleis in seinem Amt anzuweisen. Hiernach habt Ihr Euch zu achten, Inmaßen.

*Gegeben Carlsruhe, den 17. August 1791.“
(Abbildung 1)*

Das Kirchenratsprotokoll des Jahres 1791, aus dem Näheres zu erfahren wäre, z. B. wie die Berufung Hebels nach Durlach zustande gekommen ist, ist nicht mehr auffindbar. Stand es Hermann Albrecht noch zur Verfügung, als er den „Präceptoratsvikari“ schrieb? Denn genau um den Zeitraum dieses Beschlusses herum ereigneten sich die von Albrecht beschriebenen Begegnungen Hebels mit dem Markgrafen.

Nachgewiesen ist, daß der Markgraf im Spätsommer 1791 im oberen Teil seiner Markgrafschaft weilte. Dies geht unzweifelhaft aus den im Großherzoglichen Privatarchiv aufbewahrten Reisetagebüchern⁸ hervor, jedoch fehlen die Abreise- und Heimkehrdaten. Ein Nebenbeweis ergibt sich aus einer Tagebuchnotiz des Grafen Friedrich Leopold von Stolberg vom 15. August 1791: „Der Markgraf ist abwesend, er besucht die Oberländer seines Fürstentums⁹.“

Betrachten wir nun Albrechts Beschreibungen von Hebels Begegnungen mit dem Markgrafen, deren erste im „Leuen“ zu Blansingen stattgefunden haben soll¹⁰. Diese Episode wie

auch die der fünften Begegnung, nämlich die Schweizerreise¹¹, dürften der poetischen Phantasie des Erzählers entsprungen sein.

Die zweite Begegnung¹² wurde von Albrecht in das Pädagogium Lörrach verlegt zu Prüfungen in Anwesenheit des Markgrafen, über welche aber die im GLA Karlsruhe aufbewahrten Akten des Karlsruher Lyceums und des Lörracher Pädagogiums nichts enthalten – so nahe es läge, Albrechts Darstellung für wahr zu halten: Es fehlt jeder Beweis.

Die dritte Begegnung, die sich bei der Einweihung der neuen Kirche in Weil¹³ ereignet haben soll, ist auch nicht nachweisbar. Tatsächlich fand die Weiler Einweihung im September 1791 statt. Daß Hebel dabei war, kann angenommen werden, war er doch zu jener Zeit Dauergast im Weiler Pfarrhaus. Eine Teilnahme des Markgrafen mit der Reichsgräfin von Hachberg läßt sich ebensowenig wie die Echtheit von Hebels angeblich erstem Gedicht zu Ehren der hohen Gäste beweisen. Dieses Gedicht dürfte eher von Albrecht selbst verfaßt worden sein – man nannte ihn zu seiner Zeit ohnehin den zweiten Hebel! So kann man auch diese Begegnung wie geschildert für möglich, ja wahrscheinlich halten, aber nicht beweisen.

Auch für die vierte Begegnung gibt es keine Nachweise¹⁴, doch einen Fastbeweis. Die Einbestellung Hebels in das markgräfliche Schloß nach Basel zur Vorstellung und zum Vorpredigen scheint aber fast zwingend einen hohen Wahrheitsgehalt zu haben, denn sie ist naheliegend für das, was nach der Rückkehr des Markgrafen nach Karlsruhe geschah:

Unter dem Datum 2. November 1791 (wohl kurz nach der Rückkehr des Markgrafen) wurde die Verfügung des Kirchenrates vom 17. August 1791 durch die persönliche Anordnung des Markgrafen geändert und lautete in der neuen Fassung (wiederum unter Auslassung des Unwesentlichen). (Abb. 1)

*„Ans Ephorat und Rectorat C.F.
Wir haben uns gnädigst entschlossen, dem bisherigen Präceptorats-Vicario zu Lörrach Johann Peter Hebel die erledigte 2te Assistentenstelle in I ma und II da Classe unse-res fürstlichen Gymnasii unter dem Praedicator eines Subdiakon und unter der Bedingung, daß er neben der Classenarbeit mo-*

12861

Ertheilung d. 2ten. d. 1791.
Extrakt.

Präsidenten d. Hof. vom 12. Nov. 1791.

2007: Leopoldus Serenissimi, woraus
geht, die eben in vorgalagte
Antragungen wegen der
neuen Collaboratord. Stelle am
südlichen Gymnasio unterzeichnet
haben und, ob bei der Bestimmung
des Sub-Diaconi Bischof als
nach Rindern habe den - und
die Stelle des Sub-Diaconi Bischof
an dem südlichen Gymnasio mit
dem Präceptor der vicario Grotz
von Lützen und die an dem
Pädagogio zu Innsbruck vordienig
seu Stelle mit dem Präceptor
Wely wieder besetzt werden wollen.

2004

R.

haben unterzeichnet
für die obener Schrift, Sub-Diaconus
haben und präceptor Wely unter,
gezeichnet und die vorgeschlagene
Anstellung der Candidat Grotz
als präceptor der obener
Pädagogio und die Candidat
Wely als präceptor der vicario
in Lützen gezeichnet gezeichnet
Antrag vom 7 Nov. 1791 R.N. 638
Sageholzberg

Conclusion:
Wird die gezeichnet unterzeichnet
nach Überlegung an besagte
abzuholen, die von unterzeichnet
aber zu entscheiden, vorbehalt
dieser Hof. Hof. in folgende
Personen d. Hof., um sie zu
Serenissimi gezeichnet unter,
sich selbst gezeichnet vorgeschlagen
mit dem Rat der Hof. zu be-
scheiden, daß, die gezeichnet in
für Serenissimi nach dem general
Plan des Hof. Hof., auf dem 2ten

Ad. von C. C. C.

34

Abschreiben in 1^{ma} et 2^{da} Classe
seiner Character beizulegen,
man können Anspruch nehmen,
darauf unterzeichnet werden
sollen, da dem Abschieden
habet, welches auf im Prädige
spezific auszuführen sollen, wegen
seinem dem Alter mit zum
Ansehen der beiden Abschieden
in 2^{da} et 3^{ta} Classe im zugleich
vicarien gehen, der Character eines
Subdiaconi, welches diese abwechseln
gafalt, verteilt werden müßte,
jedem auf das weitere Gehör
zu verfahren, bei Cerimonien
in fünf Absolutionen auf
den Bereich in fünf wieder
abhängenden Antrag vom
28. Sept. in Ausführung der
bevorstehenden das Candidat
Johann als Prädiger in 11^{da} Classe
zu Ehren sein und das Candidat
als Prädiger zu Ehren
zu verfahren.

M. Augustin
von Motta

sch. J. 1790

natlich eine Predigt in unserer Schloßkirche halten und sonst in dringenden Fällen im Predigen aushelfen solle.

Mit der darauf geordneten Besoldung in Ansehung welcher Terminus a quo demächst bestimmt werden wird, zu übertragen. Ihr habt danach denselben in solcher Eigenschaft vorzustellen und ihn zu einem exemplarischen Lebenswandel und unermüdlichen Fleiß in seinem Amt anzuweisen. Hiernach habt Ihr Euch zu achten Inmaßen. Gegeben Carlsruhe, den 2. November 1791.“

Begleitet ist die geänderte Berufungsverfügung

- von einer Resolution Serenissimi (Abb. 2)
- vom Schreiben des Markgrafen mit eigenhändiger Unterschrift an die Rentkammer (Abb. 3)
- der Signatura für Subdiacon Hebel zu Carlsruhe (Abb. 4).

Herr Archivdirektor a. D. Hans Georg Zier, früher GLA Karlsruhe, dem ich für Hilfe und Unterstützung bei meinen Nachforschungen zu danken habe, schrieb mir u. a. in einem Brief:

... „Am 2. November 1791 beschließt der Kirchenrat die Ausfertigung der auf dem Konzept vom 17. August 1791 entworfenen und revidierten Schriftstücke. Das geschieht recht schnell, am 4. November 1791 gehen die Sachen in den Geheimen Rat.

Da anscheinend alles gehörig vorbereitet war, geht es auch dort schnell, am 7. November 1791 ergeht die Resolutio Serenissimi, die unter dem 2. November ausgefertigt wird. Im GLA 76/3313 fol. 33r ist die für die Rentkammer bestimmte und von Carl Friedrich am 7. November unterschriebene Ausfertigung erhalten. Der folgende Kalender des November 1791 weist nach, wie schnell unter Carl Friedrich registriert wurde:

- 2. November Mittwoch
vorm. Kirchenratssitzung
- 3. November Donnerstag
vorm. Ministeriumssitzung
- 7. November Montag
vorm. Ministeriumssitzung

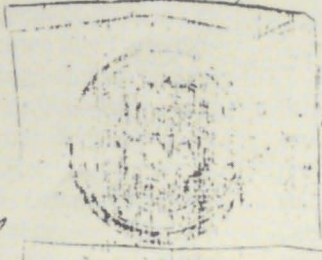
Die schnelle Erledigung der Geschäfte unter Carl Friedrich beweist nicht nur der November 1791, sondern alle von mir gemachten Wahrnehmungen erhärten diese Schnelligkeit. Freilich konnte dieser treffliche Fürst auch Sachen, die ihm nicht paßten (z. B. Hebels Gesuch um eine Pfarrstelle, Anmerkung des Verfassers) längere Zeit liegen lassen . . . Die schnelle Erledigung war auch möglich durch den Umstand, daß die maßgebenden Herren in mehreren Kollegien saßen und notfalls die betr. Akten mitnahmen in die Sitzung des anderen Kollegiums.“

Was also bestimmte den Markgrafen zu der persönlichen und anscheinend als dringend befohlenen Änderung des Berufungskonzept vom 17. August 1791? Daß die Berufung nach Karlsruhe von den früheren väterlichen Freunden betrieben wurde, ist kaum anzunehmen – im Gegenteil: Altwegg berichtet zu Hebels Beginn in Karlsruhe: „Der Neuberufene kam als ein Fremder in die kleine, 80 Jahre alte Stadt. Weder Preuschen noch Mauritii kümmerten sich um den einstigen Schützling und das ‚Sub‘ seines Titels wurde ihm bei der Aufwartung von einem der hochmögenden Kirchenräte nachdrücklich in Erinnerung gerufen; jeden Monat hatte er einmal in der Hofkirche . . . zu predigen. Es war ihm bedeutet worden, er werde, weil ohne Seelsorge, nicht ‚präsentiert‘ und seine erste Predigt sei darum beileibe keine Antrittspredigt . . .“¹⁵

Weiter unten schreibt Altwegg: „Der Markgraf wurde regelmäßiger Hörer t“¹⁶. Gerade die Verpflichtung Hebels zum Predigen in der Schloßkirche könnte ein deutlicher Hinweis dafür sein, daß der Markgraf Hebel schon predigen hörte. Und dies kann im August/September 1791 in Basel gewesen sein, wo und wann sonst?

Um nun auf den Punkt meiner Fragestellung zu kommen: Es darf angenommen werden, daß Hermann Albrecht nicht nur fabuliert hat. Es müssen ihm Belege zur Verfügung gestanden haben, zu denen heute kein Zugriff mehr besteht. Ständen ihm die heute verschollenen Kirchenratsprotokolle von 1791 noch zur Verfügung und was stand wohl darin? Leider verliefen meine an alle erdenklich möglichen Stellen gerichteten Anfragen nach dem Nachlaß von Hermann Albrecht erfolglos. Die Spur

Nachdem der Durchleuchtigste Fürst und Herr, Herr
 Carl Friedrich, Marggraf zu Baden und Hochberg,
 Landgraf zu Rastatt, Graf zu Ortenau und
 Sickingen, Herz zu Sickingen, Badenweiler, Lahr,
 Mahlberg und Wehl, etc. sich gnädigst entschlossen
 haben, dem hiesigen Präceptor vicario zu
 Lorenz Caspar Gebel die erledigte 2te
 Pflanzschule Stelle in 1^{ter} d. 11^{ter} Klasse des
 k. k. Gymnasii unter dem Prædicator und Sub,
 Diacri und unter dem hiesigen, dessen in der
 k. k. Pflanzschule alle Monat vorzugeben, auf
 dem in dem hiesigen Callen im Grundbuch aus-
 setzen sollte, mit der demselben gebührenden Ver-
 haltung, in Ansehung welcher terminus a quo dem-
 selbe besetzt werden wird, zu überlegen.
 Als nun solches Oben hochfürstliche Durchleucht-
 gnädigste Resolution ihm Subdiacri Gebel,
 unter Anweisung der hiesigen k. k. Pflanz-
 schule, anzuordnen befohlen. Signatur Carlruhe
 den 2. Novemb. 1791.



Ulrich Friedrich Schilling,
 k. k. Pflanzschullehrer
 in Karlsruhe

Die k. k. Pflanzschule
 in Karlsruhe

Signatura
 des Subdiacri Gebel
 zu Karlsruhe

zu seinen Nachkommen verlor sich zunächst beim Fliegerangriff auf Ulm im Zweiten Weltkrieg. Eine noch ausfindig gemachte Enkelin Albrechts, jetzt über 80jährig, konnte leider auch keine Hilfe leisten.

Für mich wäre es eine Freude, wenn ange-
regt durch diesen Aufsatz, doch noch von
irgendwoher Hinweise zu Albrechts Erzählung
kämen. So lange können wir die schöne Ge-
schichte des Hebelverehrers Albrecht für wahr
halten, und wenn nicht: für excellent erfunden.!

Literatur-Verzeichnis

- 1 Hermann Albrecht: „Der Präzeptoratsvikari“ erstmals erschienen in „S Gottesstübli“ 1881 bei Ühlin, Schopfheim
Letzte Ausgabe unter dem Titel Markgräfler Erzählungen mit Untertitel „Der Präzeptoratsvikari“, 1980 Waldkircher Verlag, Waldkirch.
Da diese Ausgabe noch lieferbar, beziehen sich die untenstehenden Fundstellen-Angaben auf diese Ausgabe.
- 2 Hermann Albrecht: „Des Markgrafen Leibmedicus“ 1984, und „Die Häfnetjungfer“ 1985
Beide Titel erschienen im Verlag Friedrich Resin, Weil am Rhein

- 3–7 Aitwegg, Wilhelm: „Johann Peter Hebel“ (Biographie) 1935
Verlag von Huber & Co., Frauenfeld und Leipzig:
 - 3) Seite 26
 - 4) Seite 32 u. 33
 - 5) Seite 260
 - 6) Seite 41,60,61
 - 7) Seite 60
- 8 Einsichtnahme durch den Verfasser mit Genehmigung der Markgräflichen Verwaltung
- 9 Otto Weiner: Markgraf Carl Friedrich im „Oberland“
„Die Markgrafschaft“ Heft 6/1961
- 10–14 In „Markgräfler Erzählungen“ Untertitel „Der Präzeptoratsvikari“
Waldkircher Verlag, 1980
- 10 Hoher Besuch im „Leuen“ zu Blansingen, S. 54 ff.
- 11 Schweizer Reise, S. 133, 150 ff.
- 12 Prüfung im Lörracher Pädagogium, S. 99
- 13 Die Weilener Kirchweih, S. 110 ff.
- 14 Die Predigt im Markgräfler Hof S. 124 ff.
- 15–16 Wilhelm Aitwegg: „Johann Peter Hebel“ (Biographie) 1935 Verlag von Huber & Co., Frauenfeld und Leipzig
 - 15) Seite 62
 - 16) Seite 62

Anschrift des Autors:
Friedrich Resin
79576 Weil am Rhein
Unterer Schlipfweg 19

„Überzeugter Nationalsozialist eigener Prägung“ ✓

Willi Worch, NSDAP-Kreisleiter in Karlsruhe

In der verwirrenden Inflation von „Führern“¹ innerhalb der NS-Organisation auf der regionalen und lokalen Ebene nahmen die Kreisleiter neben den Gauleitern eine herausgehobene Stellung ein. Galten die einen als „Vizekönige“, nannte der Volksmund die anderen die „kleinen Könige“.² Diese Titulierung hatte durchaus ihre Berechtigung, denn zum einen stellten die Kreisleiter regional gesehen „das engmaschigste Netz der Parteiorganisationen dar“, sie waren die sichtbarsten Repräsentanten der NSDAP.³ Zum anderen vereinigten sie in ihrer Person für ihr Kreisgebiet, das meist mit den Stadt- und Landkreisen identisch war, eine große Machtfülle. Sie galten als „vom Führer ernannt“. Als „Säulen des Nazi-Regimes“ waren die Kreisleiter aus der Sicht der NSDAP die „Garant[en] der nationalsozialistischen Revolution“ und „geistige Träger der Idee Adolf Hitlers“.⁴ Sie hatten alle Parteigliederungen ihres Gebiets (ausgenommen blieben u. a. SS, SA, HJ und RAD) zu überwachen und waren Vorgesetzte sämtlicher Amtswalter der Parteiorganisationen des Kreises. Auf ihren Vorschlag wurden u. a. die Ortsgruppenleiter vom Gauleiter berufen und abgesetzt. Über alle Anordnungen der Gauleitung waren sie zu informieren. Ebenso mußten Landräte und Bürgermeister „in allen wesentlichen Dingen“ die Stellungnahme der Kreisleiter einholen. Das rückte die Kreisleiter de facto in die Rolle einer Kontrollinstanz.⁵ Kontrolle übten sie gleichermaßen über die Bevölkerung ihres Gebietes aus mit dem Herrschaftsinstrument der „politischen Beurteilung“. Diese wurden zu-

nehmend für Beförderungen, Stellenbewerbungen und die Zuteilung sozialer Vergünstigungen in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltungen aber auch der Privatwirtschaft unabdingbare Voraussetzung.⁶ Trotz dieser Machtfülle fehlt es noch immer an einer ausreichenden Zahl biographischer Studien über Kreisleiter, die eine zusammenfassende Darstellung ihrer Bedeutung für das NS-Herrschaftssystem ermöglichen würden. Die folgende Biographie über den Karlsruher Kreisleiter Willi Worch soll als lokalhistorische Arbeit einen Beitrag dazu leisten.⁷

SOZIALE HERKUNFT, ERSTER WELTKRIEG UND GEWERKSCHAFTSARBEIT BIS 1923

Wilhelm Adolph Hermann Worch wurde in Straßburg in bescheidenen Familienverhältnissen geboren. Sein Vater war um 1890 als preußischer Soldat in der elsässischen Hauptstadt entlassen worden und verdiente seinen Lebensunterhalt als Schreinergereselle. Seine im Jahre 1900 verstorbene Mutter hatte sich vor der Ehe als Hausmädchen verdingt. Ein Jahr später bekam er eine Stiefmutter, die er als „fanatische Katholikin“ charakterisierte. Sie wurde ihm zur „Rabenmutter“, die ihn ungleich behandelt und ihm „entsetzliche Mißhandlungen“ zufügte. Die neue Familie wuchs rasch, so daß der Älteste schon ab dem 10. Lebensjahr mitverdienen mußte. Nach dem Volks-

schulbesuch 1911 fand er Arbeit in einer Brauerei in Kehl, wo er nach drei Jahren dank des Entgegenkommens seines Meisters die Gesellenprüfung ablegen durfte.

Im Mai 1914 kam der Bierbrauer Worch erstmals nach Karlsruhe zur Brauerei Schrempf. Bereits drei Monate später meldete er sich in Straßburg bei dem Regiment seines Vaters als Kriegsfreiwilliger. Im Krieg erlebte Worch die Kämpfe um Langemarck, Ypern, Verdun, den Priesterwald, den Argonnerwald, die Vogesen und die Champagne mit. Er beendete ihn, nach mehrfachen Gasvergiftungen und Granatsplitterverletzungen mit dem EK II ausgezeichnet, als Unteroffizier. Die Erfahrungen als Soldat haben Worchs Neigung zu den sozialistischen Ideen, seine Kehler Kollegen hatten ihn in den Brauerei- und Mühlenarbeiterverband aufgenommen, eher verstärkt. Es gibt keinen Hinweis darauf, daß das Schützengrabenerlebnis und der Frieden von Versailles bei ihm eine Hinwendung zu einem radikalen Nationalismus bewirkt hätten. Vielmehr begann Worch nach seiner Rückkehr an seinen alten Arbeitsplatz in Karlsruhe im Sommer 1919 eine aktive gewerkschaftliche Arbeit. Dies honorierten die 200 Arbeiter der Brauerei Schrempf, die inzwischen durch eine Betriebszusammenlegung zur Brauerei Schrempf-Printz geworden war, indem sie ihn 1922 zum Betriebsratsvorsitzenden wählten. Bis hierher deutet nichts in dieser Biographie auf eine spätere nationalsozialistische Karriere. Fast schon lehrbuchmäßig verlief die politische Sozialisation Worchs von der durch materielle Not und Hunger geprägten Kindheit und den Erfahrungen des Arbeitslebens in der Jugend zu den Ideen der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie mit ihren auf Gleichheit und Gerechtigkeit zielenden Gesellschaftsvorstellungen. Das Streben danach ist denn auch ein Motiv, das der in seiner Kindheit durch die ungerechte Behandlung seiner Stiefmutter traumatisierte Worch in seinem Lebenslauf als durchgängige Maxime seines Handelns darstellte. Er sah sich „mit einem sturen Gerechtigkeitssinn ausgestattet“. Wie „als Soldat des Kaisers“, so habe er auch „später in der Hitlerei“ seine eigene Meinung gehabt und den Standpunkt vertreten, daß „das unantastbare Recht über den Parteien zu stehen hat.“ Hier

spätestens wird deutlich, daß Worch mit dieser Selbstcharakterisierung auch ein wesentliches Argument für seine Verteidigung vor der Spruchkammer akzentuierte.

NAZI-AKTIVIST 1923–1930

Der Bruch mit dieser gewerkschaftlichen Sozialisation geschah um die Jahreswende 1922/23. Willi Worch hatte mit dem Betriebsrat der von der Betriebsleitung beantragten Entlassung eines jungen, ledigen und trotz mehrfacher Ermahnungen nicht arbeitswilligen Mannes zugestimmt. Einem fleißigen Familienvater blieb so die Kündigung erspart. Die Gewerkschaft strengte daraufhin ohne Rücksprache mit dem Betriebsrat einen Arbeitsgerichtsprozeß an, den sie verlor. In der Folge wurde Worch innerhalb der Gewerkschaft und nach seinen Angaben auch öffentlich in der SPD-Zeitung „Der Volksfreund“ in für ihn ehrverletzender Weise angegriffen und bloßgestellt. Kurz darauf trat der 26jährige Bierbrauer aus seinem gewerkschaftlichen Verband aus und sah sich von völkischen Gruppen in Karlsruhe umworben, die ihm den „Völkischen Beobachter“ in den Briefkasten steckten und ihn zu ihren Versammlungen einluden.

Bis hierher erscheinen Worchs Angaben über seine politische Betätigung in den Spruchkammerakten korrekt. Die weiteren Äußerungen über seine Betätigung für die Nationalsozialisten zwischen 1923 und 1933 beschränkten sich dagegen auf nur wenige Daten und Fakten: seine Parteizugehörigkeit (Mitgliedsnummer 24375) und seinen SA-Eintritt im Januar 1926, seine Ämter als Ortsgruppenleiter 1930–1932 und als Kreisleiter seit 1932 sowie sein Stadtverordnetenmandat von 1930–1935.

Tatächlich aber war Worch jedoch seit 1923 als Nationalsozialist besonders aktiv und wurde in den polizeilichen Lageberichten als ein bekannter Führer der „Nazibewegung“ bezeichnet. Was neben seinem Zorn auf die Gewerkschaft zu der Radikalisierung Worchs beigetragen hat, bleibt unklar. Er selbst sprach von „anderen Enttäuschungen und unschönen Erlebnissen“. Möglicherweise bezieht sich das auf eine mehrwöchige Untersuchungshaft in Karlsruhe von Ende August bis Anfang Okto-



1. Mai 1939: Großkundgebung auf dem Platz der SA, dem heutigen Festplatz. Am Rednerpult Kreisleiter Worch.

ber 1923. Worch könnte dabei von einer Verhaftungsaktion gegen bekannte Parteigänger der verbotenen NSDAP erfaßt worden sein, der sich sein späterer Schwiegervater Peter Riedner durch Untertauchen entziehen konnte. Vermutlich hat die sechswöchige Haftzeit Worch den Arbeitsplatz gekostet, denn im Anschluß daran war er von Oktober 1923 bis März 1924 arbeitslos. Worch selbst bemerkte, daß er nun die „NS-Presse verschlungen“ habe. Themen wie „Nieder mit der Kriegsschuldfrage“, „Brechung der Zinsknechtschaft“, „Volks-gemeinschaft“ und „Betriebsgemeinschaft“, „Stadt und Land Hand in Hand“ oder „Ehrt die Arbeit und den Arbeiter“ hätten ihm „imponiert“.

Bereits am 22. Juli 1923 fiel Worch dem Polizeibeobachter bei einer Schlageter-Ehrung in Liedolsheim bei Karlsruhe auf. Bei diesem Treffen von etwa 300 Nationalsozialisten und Völkischen aus Nord- und Mittelbaden sprachen verschiedene Redner gegen den Frieden von Versailles, gegen das Judentum und gegen die marxistische Ideologie. Am Ende der Versammlung rief Willi Worch die Teilnehmer zu einem Umzug durch Liedolsheim auf. Schon ein halbes Jahr darauf, am 25. Januar 1924, nahm er an einer Landesvertretertagung in Freiburg teil, zu der die Oberleitung Baden der verbotenen NSDAP eingeladen hatte. Die Veranstaltung wurde von der Polizei aufgelöst, die 51 Teilnehmer festgenommen und verhört. Sie alle waren der Polizei als Nationalsozialisten oder deren Anhänger bekannt. Im Sommer 1924 war Worch für den Heidelberger Antisemiten und Führer der Deutschvölkischen Reichspartei Arnold Ruge im Landkreis als Propagandist unterwegs. Zudem trat er in Versammlungen der politischen Gegner als „Diskussionsredner und Hetzer“ auf. Als Robert Wagner im Spätsommer des Jahres 1924 nach Baden zurückkehrte, fand er in Karlsruhe Unterstützung bei einer Reihe junger „Nazis“, darunter Willi Worch. Dieser wurde dann auch führendes Mitglied in dem von Wagner am 17. Oktober 1924 gegründeten Schlageterbund, einer Tarnorganisation der illegalen SA. Es spricht aufgrund dieser in dem Spruchkammerverfahren nicht bekannten und von Worch verschwiegenen Aktivitä-

ten für die nationalsozialistische Bewegung vieles dafür, wenn es auch nicht belegt ist, daß Worch zu den etwa 60 Teilnehmern der von Wagner geleiteten Versammlung gehörte, die am 25. März 1925 im Gasthaus „Prinz Carl“ in Karlsruhe den „Gau Baden“ der NSDAP gründeten. Worch gehörte demnach mit großer Wahrscheinlichkeit zusammen mit Peter Riedner, Franz Moraller und Fritz Plattner bereits 1924/25 zu den führenden Nationalsozialisten in Karlsruhe und zu den Mitbegründern der Karlsruher Ortsgruppe der NSDAP.

In den folgenden Jahren, in denen die NSDAP nicht über den Status einer Splitterpartei hinauskam, entfaltet Willi Worch ein bemerkenswertes Engagement für die „Bewegung“. Obgleich er in seinem Spruchkammerverfahren aussagte, er sei kein Parteiredner gewesen und nur selten öffentlich aufgetreten, bevor er 1932 Kreisleiter wurde, verzeichnen die Polizeiberichte immer wieder öffentliche und parteiinterne Auftritte Worchs auch außerhalb Karlsruhes. In den Berichten von 1926 und 1927 wird Worch zudem als „Bezirksführer“ genannt. Er war somit einer von 23 Führungsfunktionären der mittleren Leitungsebene im Gau Baden gewesen. Die herausgehobene Position Worchs in der badischen NSDAP im Jahre 1926 unterstreicht seine Teilnahme zusammen mit nur 51 anderen Badenern am 1. Parteitag der NSDAP in Weimar im August 1926, wo ihm Adolf Hitler „beim Generalappell der SA im Nationaltheater die erste badische Standarte“ übergab. Einen weiteren Aufstieg in die Gauleitung, die Wagner ab 1927 installierte und 1930 ausbaute, gab es für Worch allerdings, wahrscheinlich auch aufgrund seines niedrigen Bildungsstandes, nicht. Er gehörte also nicht – wie etwa Plattner oder Moraller – zur engeren Führungsmannschaft Wagner ergebener Gefolgsleute.

Statt eines weiteren Aufstiegs mußte Worch vielmehr hinnehmen, daß Wagner ihn am 6. Januar 1929 in der Leitung des Kreises und der damals etwa 300 Mitglieder umfassenden Ortsgruppe Karlsruhe ablöste. Möglicherweise war dies die Rache Wagners für eine Beschwerde Worchs bei Adolf Hitler über die Tätigkeit Wagners als Gauleiter im Jahre 1927 oder 1928.

ORTSGRUPPENLEITER, STADTRAT UND KREISLEITER SEIT 1930

Die weitere Entwicklung zeigt aber, daß dieser Vorgang keine Distanzierung Worchs vom Nationalsozialismus zur Folge hatte, wie er auch andererseits für die Partei von Interesse blieb. Bereits im Sommer 1930 hatte Worch wieder eine Funktion in der Partei. Da die Zahl der NSDAP-Mitglieder um diese Zeit über 1000 betrug, mußte die Ortsgruppe geteilt werden. Worch wurde als Leiter der Karlsruher Sektion Südstadt der NSDAP eingesetzt. Er hatte sich, seit er im Mai 1924 bei der Brauerei Wolf in der Südstadt am Werderplatz wieder Arbeit gefunden hatte, in dem Quartier Ansehen und eine parteipolitische Basis geschaffen. Als Mitglied eines Stammtisches in dem Stammlokal der Brauerei hatte er dort abends die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung unter den Zechern zu sorgen. Dem mit 1,86 Metern großen und kräftig gebauten Mann fiel dies nicht schwer, zumal ihm nach eigenen wiederholten Angaben die Hand etwas locker saß. Bei den Kommunalwahlen im November 1930 errang er dann für die Partei eines von 28 Stadtverordnetenmandaten, und seine Fraktion bestimmte ihn zu einem ihrer 8 Stadträte. Worch verfügte nicht allein über eine lange Erfahrung in der Partei, sondern auch über den Vorzug, einer der weniger zahlreichen Vertreter des Arbeiterstandes innerhalb des Führungskorps der badischen NSDAP zu sein und somit als Wahllokomotive für diese Wählerschicht wirken zu können.

Der seit 1923 aktive Nationalsozialist Willi Worch gehörte darüber hinaus zu jenen Männern, die, bevor 1933 der nationalsozialistische Terror von oben einsetzte, den Terror der Straße inszenierten. Als junges, unverheiratetes, schlagkräftiges und von der NS-Ideologie durchdrungenes Mitglied der SA kämpfte er mit dieser aktionistischen Parteitruppe für den Sieg der NS-Bewegung. Die kleine SA-Gruppe sorgte auch in Karlsruhe durch Saalschlachten und gewalttätige Propagandaaufmärsche für Aufsehen mit dem Ziel, Stärke zu demonstrieren und politische Gegner einzuschüchtern. Die polizeilichen Lageberichte verzeichneten im November 1927, 1928 und 1929 SA-Schlägereien mit politischen Gegnern. Ist die Beteiligung Worchs an diesen SA-Aktivitäten nur mit

großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, so ist seine Mitwirkung an der unrühmlichen „Karlsruher Rathausschlacht“ aktenkundig. In einer von der NSDAP provozierten Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, an der sich auch Zuhörer beteiligten, gab es am 11. Mai 1931 mehrere Verletzte und es gingen Teile der Ausstattung des Sitzungssaales zu Bruch, vor allem wurden Stühle als Schlagwaffen benutzt. Worch trug durch seine Mitwirkung bei SA-Aktionen und bei der „Rathausschlägerei“ Mitverantwortung für den Terror der Straße und für die Diskreditierung der parlamentarischen Organe der kommunalen Selbstverwaltung in Karlsruhe und somit für die Zerstörung der Demokratie auf lokaler Ebene.

Im Sommer 1932 erreichte der Bierbrauer und NSDAP-Stadtrat Willi Worch den Gipfel seiner Karriere als Nazi-Funktionär. Er wurde zunächst unbesoldeter und seit dem 1. Januar 1933 besoldeter Kreisleiter in Karlsruhe. Dafür nahm er sogar zunächst Einkommenseinbußen in Kauf. Die Position des Karlsruher Kreisleiters war freigeworden, nachdem Robert Wagner als stellvertretender Reichsorganisationsleiter nach Berlin abberufen worden war. Nach der Machtergreifung 1933 erforderten die Position und die Aufgaben des Kreisleiters nicht mehr nur die „Führerqualitäten“ eines „alten Kämpfers“, sondern auch Fähigkeiten in Organisation und Verwaltung. Die Tatsache, daß Willi Worch sich bis Ende 1944 in seinem Amt und in seinem ursprünglichen Kreis hielt, sind Beleg dafür, daß er diese Anforderungen meisterte. Angesichts der Instabilität des Kreisleiterkorps in Baden ist das sicher bemerkenswert, zumal von seiner Qualifikation her Worch einer der wenigen Arbeiter unter den Kreisleitern war. Als in Baden 1936 zur Strafung der Parteiorganisation und auch zur Ausschaltung unqualifizierter Amtsinhaber die Zahl der Kreise von 40 auf 27 reduziert wurde, erhielt Worch, der 1935 die Tochter des besoldeten Stadtrates und „alten Kämpfers“ Peter Riedner geheiratet hatte, auch noch den Kreis Ettlingen in seinen Machtbereich. Die Eroberung des Elsaß 1940 brachte für den gebürtigen Straßburger zusätzlich für wenige Monate eine Kreisleitertätigkeit im Elsaß, und im Jahre 1942 war er nach eigenen Angaben von Juli bis

Dezember in den Kantonen Laufenburg, Seltz, Sulz und Weißenburg damit beauftragt, die Rückkehr der nach Südfrankreich evakuierten Bevölkerung vorzubereiten und durchzuführen.

Für die Erfüllung ihrer Aufgaben verfügte die Kreisleitung seit 1933 über einen festen Stab von Mitarbeitern. In seinem Kreisamt in der Hans-Thoma-Straße in Karlsruhe unterstanden Worch 1939 24 Amtsleiter und in seinem Kreisgebiet etwa 6000 politische Leiter. In einem ganzseitigen Artikel im „Führer“ vom 15. April desselben Jahres anlässlich des Kreistages in Karlsruhe ließ sich Worch als Mann der Tat, der kein Freund großer Worte sei, porträtieren. In der Erfolgsbilanz wurden für das Vorjahr 940 Parteiveranstaltungen mit 450 000 Besuchern aufgezählt. Sie boten, wie auch die Berichterstattung im „Führer“ belegt, ausreichend Gelegenheit für öffentliche Auftritte des Kreisleiters. Die Machtstellung Worchs resultierte aber nicht allein aus seiner Herrschaft über den Parteiapparat, sondern ebenso sehr aus seinen Einflußmöglichkeiten auf die regionalen wie kommunalen Verwaltungsstellen. Diese ergaben sich durch sein Mitspracherecht bei der Besetzung der Bürgermeisterposten und der Stadträte seines Kreises sowie die Verpflichtung, seine Stellungnahme in allen wichtigen Dingen einzuholen.

In Karlsruhe war Worch darüber hinaus nach der Machtergreifung bis 1935 Fraktionsvorsitzender der Stadtratsfraktion der NSDAP und nahm danach als Kreisleiter an nahezu jeder Stadtratssitzung aktiv teil. Seine einflußreiche und herausragende Stellung als Kreisleiter spielte Worch in seinem Spruchkammerverfahren herunter, als er feststellte, daß in Karlsruhe „die Gauleitung die politischen Dinge selbst gemacht“ habe. „Wenn ich in Mannheim gewesen wäre, dann wäre es [. . .] bestimmt gut geworden, denn dort hätte ich die erste Rolle gespielt.“ In Karlsruhe dagegen „war zuerst der Gauleiter, dann sein Stellvertreter, der Ministerpräsident, die Minister, dann kamen noch viele andere, die mehr Geltungsbedürfnis hatten.“ Daß der Kreisleiter deshalb in dem nationalsozialistischen „Triumvirat von Gauleiter, Kreisleiter und Oberbürgermeister“ eine geringere Machtfülle als andere Kreisleiter gehabt haben soll, ist sicher falsch.

GEGEN KATHOLIZISMUS, GEISTIG MINDERWERTIGE, MARXISTEN, FREIMAUER UND JUDEN

Worch, der von sich behauptete, kein großer Redner zu sein, bewährte sich dennoch auch bei dem propagandistischen Teil seiner Aufgabe und erfüllte den Auftrag, Parteimitglieder und Bevölkerung mit der Weltanschauung der „Nazis“ zu indoktrinieren. So drohte er im August 1935 der „Reaktion“ und dem Katholizismus an, man werde kämpfen, „bis jeder Gegner des nationalsozialistischen Aufbauwillens am Boden liege.“ Wenige Tage später sagte er: „Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns und soll erfahren, daß wir keine Saboteure dulden“ und „mit den Volksfeinden aufräumen.“ In Durlach propagierte er im Mai 1936 den nationalsozialistischen Rassismus, als er mit der Bemerkung, Deutschland habe durch „Erbkranke und geistig Minderwertige [. . .] vor dem Ruin gestanden“, das neue Gesundheitsgesetz erläuterte. Dieses sichere den „Bestand eines gesunden Nachwuchses [. . .] im Blick auf die Erfüllung der großen deutschen Mission in der Welt. Es kann und darf nicht mehr sein, daß unser Volk verseucht wird durch ‚das auserwählte Volk‘ und deutsche Frauen Freiwill der Juden“ seien. Bei der Maikundgebung 1939 sprach der Kreisleiter in Karlsruhe von dem bedrückend engen Lebensraum der Deutschen und verwies darauf, daß „der Führer, dieser einmalige, große Mensch“ auch diese Frage lösen werde, „weil die ganze Nation wie ein Mann hinter dem Führer steht.“ Daß er mit solchen Reden den kurz darauf von Deutschland entfesselten Krieg zumindest billigend in Kauf nahm, darf man annehmen.

Die Redebeiträge Worchs in den Sitzungen des Stadtrates weisen ihn als einen jener NS-Machthaber aus, die in ihrem Herrschaftsbereich zumindest in Teilbereichen das Unrechtssystem des „Dritten Reiches“ forcierten. Er wandte sich hier schroff gegen Sozialdemokraten, Kommunisten, Freimaurer und in besonders entschiedener Weise gegen Juden. Schon am 29. März 1933 hatte die NSDAP-Fraktion im Stadtrat einen von Worch mitunterzeichneten Antrag eingebracht, wonach jegliche Beziehungen zwischen Stadt und jüdischen Unter-

nehmen sowie Ärzten zu unterbinden waren. Immer wieder sprach sich Worch danach gegen die Vergabe von Aufträgen an Juden aus. Besonders bei der Zulassung jüdischer Händler zur Einlösung von Bedarfsdeckungsscheinen für Ehestandsdarlehen bewirkte er, daß im Gegensatz zu anderen Städten auch ehemalige jüdische Frontkämpfer und Kriegsbeschädigte nicht berücksichtigt wurden. Selbst der von der Staatsaufsicht für unrechtmäßig erklärte Beschluß, keine jüdischen Händler zur Karlsruher Messe zuzulassen, wurde auf Drängen Worchs aufrechterhalten. Der Kreisleiter beharrte darauf, sich nur einer Dienstanweisung des Gauleiters zu beugen. Im November 1933 billigte Worch einem Juden einen Auftrag zu, weil dieser besonders günstig war. Er drohte jedoch zugleich: „Wenn es aber an der Zeit ist, werden sie alle vernichtet werden.“ Wenige Monate später, im März 1934, sagte er, „es müsse der Zustand eintreten, daß jeder Deutsche sich schäme, in ein jüdisches Geschäft zu gehen“, und im Juli 1937 forderte er, „die Geschäfte der Kaiserstraße müssen arisiert werden.“ Worch förderte mit dieser Politik von anfang an massiv die Entstehung eines antisemitischen Klimas in der Stadt.

Differenzierter als die unerbittlich benachteiligten und bedrohten Juden behandelte der Kreisleiter die politischen Gegner. Am 9. Mai 1933 führte er aus: „Die sozialdemokratischen Führer [haben] das Gift des Marxismus in das Volk hineingetragen und damit die Herzen der Deutschen zerfressen.“ Da die weitere Entwicklung dahin gehe, „daß es keinen Marxismus . . ., ebenso keine Parteien mehr“ gebe, werde er „nicht zulassen, daß die Sozialisten in den Kommissionen mitarbeiten.“ Einen Monat später erklärte er im Zusammenhang mit der Besetzung städtischer Ausschüsse grundsätzlich: „Wenn man in Deutschland noch Parteien habe und auch im Rathaus, so könne das nicht von langer Dauer sein. Das Ziel der Nationalsozialisten sei ein in sich geschlossenes Volk, das von jeder Parteieinrichtung befreit sein solle. [. . .] Er möchte erklären, daß es den Nationalsozialisten überhaupt sehr schwer falle, an andere Parteien noch Arbeit zu verteilen.“ Eine Woche darauf forderte er die Fraktion der SPD zum Rücktritt auf und drohte, „warten Sie nicht, bis durch andere Maßnahmen Ihre Par-

tei zu diesem Schritt gezwungen wird. [. . .] Ich sage Ihnen das nicht, weil ich ein Grobian bin. Die Situation ist aber so, daß es gesagt werden muß. Man schämt sich für Sie, daß Sie so loyal behandelt werden müssen, und daß Sie sich das gefallen lassen.“ Worch verkehrt hier bewußt die Fronten, denn Anlaß zur Scham hätte er gehabt, wenn man bedenkt, daß zur gleichen Zeit viele Sozialdemokraten und Kommunisten unrechtmäßig in Konzentrationslagern festgehalten wurden. Tatsächlich schied am 30. Juni die SPD-Vertreter nach der Auflösung der Partei aus dem Bürgerausschuß und dem Gemeinderat der Stadt aus. Gegenüber der Zentrumsparlei erklärte sich Worch dagegen bereit, ihre politisch zuverlässigen Abgeordneten als Hospitanten der NSDAP aufzunehmen. Hier zeigte sich der große Einfluß des Kreisleiters auf die Zusammensetzung der Gemeinderatsgremien, der 1935 im gesamten Kreisgebiet wirksam wurde, als nach dem Erlaß der Deutschen Gemeindeordnung alle Stadt- und Gemeinderäte umgebildet werden mußten. Ohne Zustimmung des Kreisleiters gelangte niemand in ein solches Amt. Bezüglich der Entlassung politischer Gegner aus dem Dienst der Stadt Karlsruhe in der Folge des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zeigte sich Worch konsequent auf der Linie der Partei. Im Juni 1934 bemerkte er, „wenn die öffentlichen Verwaltungen in dem Maße, wie es von der NSDAP erwartet worden sei, [. . .] die ‚Schwarzen‘ und ‚Roten‘ ausgeschieden hätten, wären heute keine alten Kämpfer [. . .] mehr arbeitslos. [. . .] Der Nationalsozialismus sei mit dem Marxismus unversöhnlich, versöhnlich aber mit dem ehemals marxistisch eingestellten Arbeiter, wenn er ehrlich umgebaut habe.“ Als früheres Mitglied der Arbeiterbewegung, glaubte Worch, die Arbeiter könnten, wie er auch, den Weg zum Nationalsozialismus beschreiten, denn die Ideen des Sozialismus seien darin enthalten.

Mit Systemgegnern bekam es Worch von 1937 bis 1944 auch in seiner Eigenschaft als Beisitzer des Volksgerichtshofs zu tun, wozu er auf Vorschlag des Gauleiters Wagner berufen wurde. Er selbst gab an, an einem Hochverratsprozeß und mehreren Landesverratsprozessen, wovon einer mit einem Todesurteil endete, teilgenommen zu haben. Einen weite-

ren Prozeß unter Leitung des Volksgerichtshofvorsitzenden Freissler gegen elf angeklagte Elsässerinnen und Elsässer wegen der Organisation von Fluchthilfe für französische Kriegsgefangene, hatte Worch wohl bewußt verschwiegen, obwohl dieser erst am 26. Januar 1943 in Straßburg stattgefunden hatte und sein ehemaliger Karlsruher Stadtratskollege von der Zentrumspartei Reinhold Frank als Verteidiger auftrat. In diesem Verfahren wurden fünf Todesurteile und sechs langjährige Haftstrafen ausgesprochen. Diese Todesurteile wurden nicht vollstreckt. Die Verstrickung in die nationalsozialistische Unrechtsjustiz als Beisitzer des Volksgerichtshofes hat Worch zwar heruntergespielt aber nicht abgestritten, sie ist auch aktenkundig. Dagegen hat er jeden Verdacht zurückgewiesen, und das Gegenteil ist nicht nachweisbar, von dem Abtransport der Sozialdemokraten um Ludwig Marum aus Karlsruhe in das KZ Kislau 1933 und der Ermordung Marums 1934, vom Judenpogrom 1938, von der Judendeportation 1940 oder der reichsweiten Verhaftungsaktion „Gitter“ nach dem 20. Juli 1944 vorher informiert gewesen zu sein.

SPANNUNGSVERHÄLTNIS ZUR GAULEITUNG UND HILFSBEREITSCHAFT FÜR REGIMEKRITIKER

In der Nichteinweihung Worchs in widerrechtliche oder verbrecherische landes- oder reichsweite Aktionen zeigen sich zum einen die Grenzen der Macht des Kreisleiters, sie dokumentieren zum anderen zugleich das Mißtrauen der Gauleitung ihm gegenüber. Dieses Spannungsverhältnis resultierte sowohl aus Worchs Kritik an Wagner aus der Zeit vor der Machtergreifung, aber vor allem wohl aus vielen Details der Amtsführung Worchs, dem man in zunehmendem Maße „bürgerlichen Objektivismus“ und eine zu geringe Kompromißlosigkeit bei der Durchsetzung der Parteiinteressen vorwarf. Mitarbeiter der Kreisleitung bestätigten, daß er manche Anordnung der Gauleitung verschleppte oder unterließ. Offen aufgelehnt hat er sich nachweislich im Stadtrat im September 1934 gegen die von der Gauleitung ange-

ordnete Erhöhung der Bürgermeistergehälter, die lange propagierten Zielen der Partei widersprachen. Worch mußte jedoch in der folgenden Sitzung kleinlaut erklären, es habe ihm ferngelegen, an vorgesetzten Parteidienststellen Kritik zu üben. Bei der Auszeichnung eines Karlsruher Dentallabors als nationalsozialistischer Musterbetrieb setzte er sich allerdings sogar gegen Widerstand aus Berlin durch, obwohl der Leiter des Betriebes kein Nationalsozialist war. In einigen weiteren Fällen hat Worch sich für Karlsruher und Ettlinger Betriebe eingesetzt, indem er deren fähige aber nicht nationalsozialistische Betriebsleiter im Amt hielt und unterstützte. Der 1942 eingesetzte Leiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik berichtete, daß ihm andere „Wirtschaftsführer“ immer wieder gesagt hätten, „daß bei ihren Kreisleitern eine solche unvoreingenommene Einstellung wie die des Karlsruher Kreisleiters Worch einfach undenkbar sei.“ Worchs Engagement für die regionale Wirtschaft galt, soweit dies erkennbar ist, immer zuerst den einzelnen Firmen und nicht den Interessen der Partei oder gar einzelner Parteigänger. Man kann hierin einen Schwerpunkt seiner Arbeit als Kreisleiter bestimmen. Ihm, der selbst Arbeitslosigkeit erlebt hatte, ging es vor allem darum, den Menschen in seinem Kreis Arbeit zu verschaffen. Aufgrund der besonderen Bedingungen in Baden, das als Grenzland teilweise in der entmilitarisierten Zone lag, war das bis 1936 nicht zufriedenstellend gelungen. So sprach der Kreisleiter in Ettlingen im August 1936 über die wirtschaftliche „Not, die hier im Abtal besteht.“ Verbunden mit der Sorge um die Arbeitsplätze war auch Worchs ständiger Einsatz für den Bau von billigem und gesundem Wohnraum, worin er eine Möglichkeit zur „Ausrottung des Kommunismus“ sah.

Mit seinem Einsatz für die Wirtschaft seines Kreisgebiets, bei dem Worch gelegentlich auch Parteiinteressen hintanstellte, profilierte er sich als ein eher moderater, nicht immer parteikonformer Kreisleiter. Letztlich erfüllte er damit den Auftrag, die Verbindung mit der Bevölkerung zu halten, dieser vor Augen zu führen, daß das Wohlergehen der „Volksgenossen“ ein Anliegen der NSDAP war. Dies galt als Voraussetzung, die Bevölkerung erfolgreich ideolo-

gisch zu indoktrinieren und somit die Voraussetzungen für den Bestand der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu schaffen. Durchaus funktional erscheinen aus dieser Sicht auch die für zahlreiche Einzelfälle belegte Hilfsbereitschaft Worchs für ehemalige Sozialdemokraten, Kommunisten, Kirchenangehörige sowie andere, die durch die bestehenden Verhältnisse in Bedrängnis geraten waren. So hat er – allerdings vergeblich – versucht, die behinderten Kinder eines Ehepaares aus Karlsruhe vor der Vergasung zu retten. Er hat sich für zwei katholische Pfarrer eingesetzt und sie vor Verhaftung bzw. KZ-Haft bewahrt. Als er nachträglich von der Aktion „Gitter“ erfuhr, hat er einige Karlsruher und Karlsruherinnen aus dem Untersuchungsgefängnis freibekommen, bevor sie nach Dachau abtransportiert wurden. Alex Möller, 1969–1971 sozialdemokratischer Bundesfinanzminister, erhielt von ihm eine Warnung über seine drohende Verhaftung, die es Möller ermöglichte, Karlsruhe zu verlassen und unterzutauchen. Auf diese und andere Handlungen gründete Worch die Behauptung von seiner eigenen nationalsozialistischen Prägung, offensichtlich ohne daß ihm dabei bewußt wurde, wie sehr er gerade damit letztlich das nationalsozialistische Unrechtssystem gestützt hat.

Angesichts der nicht eben kleinen Zahl von „Entlastungsschreiben“, die ihm eine menschliche Haltung bescheinigen, stellt sich die Frage, warum Worch aus dem für ihn schon früh klar erkennbaren Unrecht der NS-Herrschaft keine anderen Schlußfolgerungen zog, als im Einzelfall Hilfe zu gewähren. Alex Möller berichtete davon, daß Worch 1944 des öfteren davon gesprochen habe, „den ganzen Bettel hinzuhauen.“ Er habe ihm aber zugeredet, dies nicht zu tun, da mit einem „scharfen Kreisleiter“ als Nachfolger die Situation für die nicht nationalsozialistisch eingestellte Bevölkerung Karlsruhes noch prekärer würde. Worch wurde dann einer eigenen Entscheidung enthoben, da ihn Gauleiter Wagner zum Jahresende 1944 von seinem Posten als Kreisleiter entfernte. Die Ablehnung der Idee eines Volkssturmes und dessen zögerliche Aufstellung, von der Möller berichtete, haben vermutlich den letzten Ausschlag für diesen Schritt gegeben. Worch verließ dann mit seiner Familie und der Frau Alex

Möllers das durch Bombenangriffe stark zerstörte und weiter gefährdete Karlsruhe. In Frauenalb fanden sie in der Gauschule Unterschlupf.

INTERNIERUNGSLAGER UND SPRUCHKAMMERVERFAHREN 1945–1950

In Frauenalb verhafteten die Franzosen am 26. April 1945 den ehemaligen Karlsruher Kreisleiter. Sie inhaftierten ihn zunächst im Amtsgefängnis Calw, wo er durch einen Pistolenhieb in den Nacken eine offene Wunde mit nachfolgender Blutvergiftung davontrug. Nach dem Aufenthalt in verschiedenen französischen Internierungslagern wurde Worch am 7. September 1946 aus französischem Gewahrsam in das amerikanische Internierungslager nach Ludwigsburg verlegt. Den an Tbc Erkrankten wies der amerikanische Lagerarzt in das Lazarett ein, aus dem er im Juni 1948 zu seinem ersten Verfahren vor der Ludwigsburger Lagerspruchkammer vorgeführt wurde.

Der Kreisleiter Worch, nach seiner Funktion und Zugehörigkeit zum Korps der politischen Leiter im Dritten Reich „Hauptschuldiger“, wurde in diesem Verfahren als „Minderbelasteter“ eingestuft und erhielt kein Sühne auferlegt. So gelangte er aufgrund einer Gesetzesänderung von 1948 automatisch in die Gruppe der „Mitläufer“. In der Urteilsbegründung zeigte sich die Kammer beeindruckt von der Zahl der Entlastungszeugen aus dem Lager der politischen Gegner des Nationalsozialismus. Zur Begründung des Urteils machte sie sich Worchs Selbsteinschätzung, ein „überzeugter Nationalsozialist eigener Prägung“ zu sein, zu eigen. Der Spruch bescheinigte Worch, vor und nach 1933 Antipode des Gauleiters Wagner gewesen zu sein und „der Gewaltherrschaft des NS keine Unterstützung gewährt, sondern jede Gewaltanwendung abgewehrt“ zu haben. Ihm wird sogar zu gute gehalten, „eine Fülle von fortgesetzten Widerstandshandlungen gegen die Gewaltherrschaft des NS“ erbracht zu haben. Dieses Urteil der Lagerspruchkammer, denen nachgesagt wurde, „keine allzu strengen Maßstäbe anzulegen“, war selbst für das Jahr 1948 überraschend milde. In

den Augen der Öffentlichkeit galten die Kreisleiter als „Große“ des NS-Systems, die man noch 1945/46 „hängen“ sehen wollte. Als diese sich 1948 vor den Kammern verantworten mußten, war der Prozeß der Entnazifizierung längst in Mißkredit geraten, das Interesse an der politischen Säuberung stark geschwunden. Worch profitierte somit wie viele andere Hauptschuldige von einer, wie die Amerikaner es nannten, „forgive and forget“-Haltung und der Bereitschaft der Bevölkerung, die NS-Zeit und das Bewußtsein der eigenen Verantwortlichkeit vorerst zu vergessen.

Dieser Spruch gegen Worch hatte jedoch keinen Bestand. Bereits am Tag nach der Verhandlung legte der Öffentliche Ankläger Berufung ein und begründete diese mit der durch die führende Stellung gegebenen Verantwortlichkeit Worchs, die durch keine Tatsachen gemindert sei. Noch deutlicher wurde ein „Interner Bericht“, der in den Akten enthalten ist und der Spruchkammer in Ludwigsburg vorwirft, das dortige Verfahren nur auf Entlastungsmomente angelegt zu haben, um „aus einem aktiven Nationalsozialisten im wahrsten Sinn des Wortes einen Mitläufer zu konstruieren“. Dagegen sei festzuhalten, daß Worch aufgrund der formalen Belastung Hauptschuldiger sei. Durchaus nachvollziehbar wurde dargelegt, Kreisleiter sei niemand geworden, der „nicht voll und ganz auf dem Boden der nationalsozialistischen Idee stand(en), in ihrem Sinn wirkte(n) und sich für sie gaenzlich einsetzte(n)“. Zudem habe der Betroffene als Beweggründe für die entlastenden Handlungen in keinem Fall antinationalsozialistische Motive, sondern nur „fanatische Rechtsgründe“ angeführt. Daher müßten die „fortgesetzten Widerstandshandlungen [. . .] in gaenzlich anderem Licht“ gesehen werden. Trotz aller „Entlastungsschreiben“, die dem Betroffenen menschliches Verhalten bescheinigten, sei es aus menschlichen und politischen Gründen nicht vertretbar, sowohl Blockhelfer wie Kreisleiter durch die Einstufung als Mitläufer auf dieselbe Stufe zu stellen. Zudem bezögen sich die Ereignisse, die die beiden Hauptentlastungszeugen – der Oberbürgermeister Töpfer und der Landtagsabgeordnete Alex Möller – schilderten, nur auf die Phase des nationalsozialistischen Niedergangs 1943/44.

Am 16. und 17. Januar 1950 verhandelte in Karlsruhe die Zentralberufungskammer den Fall des Karlsruher Kreisleiters. Sie kam zu dem Schluß, daß Worch Belasteter sei. Als Sühnemaßnahme wurde auf ein Jahr Sonderarbeit erkannt, die durch die über dreijährige Internierungshaft als verbüßt gelte. Zudem seien 10% des Vermögens, mindestens aber 100,- DM einzuziehen. Wegen der „mißlichen Vermögenslage“ wurden die Verfahrenskosten für den Betroffenen auf 250,- DM für beide Verfahren herabgesetzt. Der Betroffene, so wurde begründet, habe als Kreisleiter wie als Mitglied des Volksgerichtshofs „der nat. soz. Gewaltherrschaft außerordentliche politische und propagandistische Unterstützung gewährt“ und sich „als überzeugter Anhänger der nat. soz. Gewaltherrschaft, insbesondere der Rassenlehre erwiesen.“ Mit Rücksicht auf seine Hilfsbereitschaft für „viele in Schwierigkeiten befindlichen Volksgenossen“ habe man Worch vom Hauptschuldigen zum Belasteten herabgestuft. Damit korrigierte die Berufungskammer entgegen der damals üblichen Praxis den Spruch der ersten Instanz durch eine höhere Einstufung und Bestrafung. Mit ihrer Beurteilung Worchs kam die Kammer auch ohne Kenntnis seiner hier genauer nachgewiesenen, seit 1923 anhaltenden Aktivitäten für die NSDAP zu einem für die damaligen Verhältnisse angemessenen Spruch. Die Kammer verneinte damit auch die Selbsteinschätzung Worchs, ein Nationalsozialist eigener Prägung gewesen zu sein. Diese erscheint lediglich als Verteidigungsstrategie und naiv anmutender Glaube, einen Nationalsozialismus mit „menschlichem Antlitz“ verwirklichen zu können. Aus der historischen Distanz muß festgehalten werden, daß Willi Worch sich vor 1933 mit seinem Einsatz für die NSDAP als entschiedener Gegner der Demokratie betätigte, mit seiner Bereitschaft zur physischen Gewalt einer ihrer Totengräber auf der lokalen Ebene wurde. Nach 1933 förderte er durch seine Politik als Stadtrat und Kreisleiter massiv den nationalsozialistischen Antisemitismus und funktionierte so in seinem Wirkungsbereich – wie so viele andere – als willfähriger Wegbereiter des Holocaust. Der Versuch, sich in seinem Verfahren unter Hinweis auf die ärztliche Behandlung durch einen Juden 1932/33 und den

Kauf von Benzin bei einer Nichtarierin „Alibjuden“ zu verschaffen, ist ein durchaus gängiges Verhaltensmuster. Es belegt zugleich aber das Ausmaß der Verdrängung oder der Uneinsichtigkeit in die Verstrickung in das und die Mitverantwortung für das nationalsozialistische Menschheitsverbrechen.

VOM „KLEINEN KÖNIG“ ZUM VERTRETER

Unmittelbar nach dem Ende des Spruchkammerverfahrens in Ludwigsburg wurde Worch aus der Internierungshaft nach Karlsruhe entlassen, wo er ein Zimmer zugewiesen bekam. Tatsächlich lebte er jedoch in der beengten Notunterkunft bei seiner Familie in Frauenalb, mit der er im Juni 1950 nach Karlsruhe umzog. Eine amtliche Vermögensaufstellung vom März 1950 ergab, daß die Familie lediglich über Sachwerte (Möbel, Hausrat, Kleidung, Schmuck) in Höhe von etwa 6500,- DM verfügte. Entgegen der Unterstellung in dem nach der Machtergreifung kursierenden Spottvers „Worch, Worch, horch, horch! Wo hast Du Deine Häuser her, es gibt doch keine Bonzen mehr!“ hatte Worch seine Position im Dritten Reich nicht zur persönlichen Bereicherung genutzt. An den Aufbau einer neuen beruflichen Existenz war aus gesundheitlichen Gründen zunächst nicht zu denken. Erst Ende 1949 konnte der Familienvater eine Vertretertätigkeit aufnehmen, um den Unterhalt für sich und seine Familie zu verdienen. Für verschiedene Firmen wirkte er im mittelbadischen Raum, praktisch seinem erweiterten ehemaligen Kreisleitungsgebiet, mit wachsendem Erfolg. Die politische Vergangenheit wirkte sich auf seine Tätigkeit keineswegs negativ, sondern teilweise sogar positiv aus. Worch mußte, trotz wiederkehrender Erkrankungen, fast bis zu seinem Tod mit 76 Jahren am 23. November 1972 seinen Beruf ausüben, da er keine den Lebensunterhalt sichernden Rentenansprüche hatte.

Schon in der Berichterstattung der BNN nach dem zweiten Verfahren in Karlsruhe im Januar 1950 schwang ein versöhnlicher Ton mit. „In einem herzhaften Dank des Betroffenen an den Vorsitzenden der Kammer und den Öffentlichen Kläger und in allgemeinem Hän-

deschütteln“ sei das Verfahren zu Ende gegangen, „und man nahm den beruhigenden Eindruck mit, daß Herr Worch auch in seinem neuen Beruf als Vertreter . . . seinen Mann stellen wird.“ Trotz der Nennung der schweren Belastungen des Betroffenen überwog die Betonung von Worchs Bereitschaft, vom Regime Bedrängten zu helfen. So konnte im Jahre 1954 der ehemalige Gewerkschafter und Betriebsrat wieder Mitglied einer Organisation der Arbeiterbewegung werden. Er trat in den Ortsausschuß Karlsruhe der Arbeiterwohlfahrt ein, ohne jedoch eine erkennbare Aktivität zu entfalten. Von einem Mann, der zweimal in seinem Leben mit politischem bzw. sozialpolitischem Engagement Schiffbruch erlitten hatte, war dies auch nicht zu erwarten. Die Wiederaufnahme freundschaftlicher Bindungen zu ehemaligen Parteigenossen – über die verwandtschaftlichen Beziehungen zu seinem Schwiegervater hinaus – hat Worch nicht gesucht oder gepflegt. Seine Distanzierung vom dem „Unglücksverein der NSDAP“, findet sich etwa in folgender Formulierung: „Einer Sache, [. . .] die unser Volk ins Unglück gestürzt hat, [. . .] der trauere ich nicht nach. Von dieser Idee blieb nichts übrig.“ Zugleich betont Worch aber, er habe „aus Idealismus“ mitgemacht und „das Unheil, das durch den Nationalsozialismus über die Welt gekommen sei, nicht vorausgeahnt“, und kritisiert damit lediglich den „realexistierenden“ Nationalsozialismus, nicht aber dessen ideologische Grundlage. Selbst wenn Worch in seinem Schlußplädoyer im Januar 1950 der Bonner Regierung, „egal ob Adenauer oder Schumacher“ jeden Erfolg wünschte, so weist ihn das bestenfalls als einen Mann aus, den die Geschichte gelehrt hat, die Demokratie als die bessere Staatsform zu akzeptieren, nicht aber als überzeugten Demokraten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Karl Dietrich Bracher: Grundlagen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Kurt G. A. Jaserich u. a. (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 653–663, S. 659.
- 2 Vgl. Kurt Düwell: Gauleiter und Kreisleiter als regionale Gewalten des NS-Staates, in: Nationalso-

zialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, hrsg. von H. Möller, A. Wirsching, W. Ziegler, München 1996, S. 161–174, S. 161 und Barbara Fait: Die Kreisleiter der NSDAP – nach 1945, in: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1989, S. 213–299, S. 220.

- 3 Vgl. Düwell, a. a. O., S. 163.
- 4 So der Gauorganisationsamtsleiter Reichinger am 11. Mai 1934 in einem Schreiben an die PO der NSDAP, zitiert nach: Fait, a. a. O., S. 224.
- 5 Vgl. Fait, a. a. O., S. 219f., S. 222 und Christine Arbogast, Bettina Gall: Aufgaben und Funktionen des Gauinspektors, der Kreisleitung und der Kreisgerichtsbarkeit der NSDAP in Württemberg, in: Regionale Eliten zwischen Demokratie und Diktatur. Baden und Württemberg 1930–1952, hrsg. von C. Rauh-Kühne und M. Ruck, München 1993, S. 151–169, S. 156.
- 6 Vgl. Arbogast, Gall, a. a. O., S. 157 ff.
- 7 Eine ungekürzte Fassung dieses Aufsatzes erscheint demnächst in: Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, hrsg.

von Michael Kißener und Joachim Scholtyseck (Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 2), Konstanz 1997. Dort finden sich weitere Biographien zu den Kreisleitern aus Heidelberg, Heilbronn und Ulm. Zur Biographie Willi Worchs wurden als Quellen ausgewertet, die Spruchkammerakte, die Protokolle des Karlsruher Stadtrats von 1933–1939, die Lageberichte des Badischen Landespolizeiamtes 1924–1930, Unterlagen des Berlin Document Centers, die Berichterstattung in „Der Führer“ und die Gespräche mit dem ältesten Sohn Peter Worch. Die Akten der Kreisleitung wurden bei Kriegsende vernichtet, die Akten der Stadt Karlsruhe verbrannten nach dem Luftangriff vom 27. September 1944. Aus Platzgründen wird im folgenden auf Quellen- und Literaturbelege unter Hinweis auf die Publikation in dem genannten Sammelband verzichtet.

Anschrift des Autors:
Dr. Manfred Koch
Neue Heimat 14
76327 Pfinztal

Politische Realität und programmatische Weltanschauung

Die Karlsruher Rede (3. 3. 1928) als Beitrag zur Weltanschauung Adolf Hitlers

Mitte der zwanziger Jahre befand sich die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) in einer schweren Zerreißprobe. Fünf Jahre nach ihrer Gründung war die Partei von ideologischen Kontroversen und personellen Führungsansprüchen – vor allem während Hitlers Landsberger Haft – gebeutelt,¹ von denen sie sich allmählich in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre erholte.² In der Zeit nach seiner Entlassung aus der Landsberger Festungshaft vermochte Adolf Hitler die NSDAP um seine Person als charismatischen Führer neu zu konstituieren und auf neue konzeptionelle Grundlagen zu stellen. Erst mit der Ausschaltung der parteiinternen Konkurrenz um die Brüder Gregor und Otto Strasser und dem Frontenwechsel Josef Goebbels gelang es Hitler, seine unangefochtene Stellung in der braunen Bewegung wiederaufzurichten.³ Bei der Bamberger Führertagung am 14. Februar 1926 konnte sich der Führer der Nationalsozialisten am Beispiel der Frage der Fürstenenteignungen gegen die nord- und westdeutschen Gauleiter und ihre Arbeitsgemeinschaft durchsetzen, die zuvor auf dem Gauleiterkongreß am 22. November 1925 in Hannover in dieser Angelegenheit gegen Hitler votiert und sogar den Parteiausschluß „des kleinen Bourgeois Adolf Hitler aus der Nationalsozialistischen Partei“ gefordert hatten.⁴ In Bamberg vermochte Hitler die „tödliche Gefahr“ einer sozialistischen Alternative abzuwenden.⁵ Seither gab es keine ideologische Kontroverse innerhalb der braunen Bewegung mehr, entwickelte sich die NSDAP zur „reglementierten Führerpartei“ nach der Devise „höchster unumschränkter Autorität“.⁶ Durch den Wegfall parteiinterner

Programmdiskussionen rückte in der sogenannten Kampfzeit die Weltanschauung des unfehlbaren Führers immer stärker in den Vordergrund und stieß zunehmend in das entstandene programmatische Vakuum.⁷ Dabei war für Hitler neben dem Inhalt vor allem die radikale Verinnerlichung und das unbeirrbar Festhalten an einmal Geglaubtem entscheidend. Hierbei erwies er sich als „starrköpfig und geradezu pathologisch rechthaberisch“.⁸

Seine Ansprache in der Karlsruher Festhalle am 3. März 1928 hielt Hitler in einer Phase der Weimarer Republik, als die NSDAP trotz unverhohlenen Willen zum Griff nach der Macht und einem Parteiapparat, der sich dazu im Aufbau befand, weniger Wählerzuspruch als gewünscht erhielt. Die Neugründung der NSDAP Anfang 1925 hatte sich im Schatten der Reichspolitik vollzogen,⁹ verzeichnete die Weimarer Republik doch seit der Mitte der zwanziger Jahre ihre größten außen- und innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Erfolge und konnte sich damit Akzeptanz erarbeiten. Bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 hatte der Völkische Block, dem die NSDAP angehörte, 18 Mandate verloren und lediglich noch 14 Abgeordnete stellen können;¹⁰ im bayerischen Landtag verfügten die Nationalsozialisten über sechs von insgesamt 24 Sitzen des völkischen Blocks.¹¹ Auch der Aufbau der Hitler-Jugend steckte noch in den Kinderschuhen. In Baden bestand sie 1928 lediglich in den größeren Städten und wies nur eine geringe Stärke auf: Die HJ in Mannheim zählte zehn bis zwölf, in Heidelberg rund 15, in Pforzheim 18 und in Karlsruhe 20 Angehörige.¹² – Hingegen stieg die Mitgliederzahl der

NSDAP. Binnen vier Jahren vierfachte sie sich reichsweit von 27 000 (1925) auf 108 000 (1928). In der Hauptsache waren dies die ehemaligen Anhänger der verdrängten völkischen Gruppierungen.¹³ In Baden bestanden in der ersten Hälfte des Jahres 1928 48 Ortsgruppen mit etwa 2500 Mitgliedern. Darunter belegte die Karlsruhe Sektion mit rund 290 Mitgliedern einen Spitzenplatz; neue Ortsgruppen waren in Neckarburken und Robern entstanden.¹⁴ Nicht zuletzt durch die beachtliche Agitation im Vorfeld der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 stieg die Zahl der Parteigenossen: 120 Parteiveranstaltungen notierte das badische Landespolizeiamt; Hitler selbst sprach außer in Karlsruhe auch in Heidelberg und Pforzheim.¹⁵ Auch im Wählerzuspruch 1928 offenbarte sich ein Aufwärtstrend, konnte die NSDAP – im Gegensatz zum Ergebnis auf Reichsebene¹⁶ – in Baden bei der Maiwahl ihr Stimmenkontingent steigern. Votierten bei der Dezemberwahl 1924 noch 19 160 Stimmberechtigte für die Partei Hitlers, so stimmten knapp vier Jahre später bereits 26 330 Badenerinnen und Badener für die braune Bewegung. In den bedeutenden Städten verzeichneten die Nationalsozialisten kräftige Zugewinne. Während in Konstanz die Zahl der NSDAP-Wähler von 1693 auf 1055 fiel, stieg sie in Freiburg (von 2918 auf 4379), Karlsruhe (7266 statt 5671) und Mannheim (von 8878 auf 13 630) deutlich.¹⁷

Die Karlsruher Rede Hitlers war eine direkte Folge der Neuorientierung, die Hitler und seine Gefolgsleute seit Mitte der zwanziger Jahre eingeschlagen hatten: Die Partei sollte keine Münchener Kuriosität oder eine auf Bayern beschränkte Erscheinung bleiben, sondern reichsweit ausgreifen. Bei seiner Ansprache in der badischen Landeshauptstadt stand neben dem vordergründigen Anlaß, der Reichstagswahl 1928, zwei Aspekte im Zentrum: Zum einen fand sie nach dem für die Ausgestaltung des Führerkults bedeutsamen Nürnberger Parteitages vom August des Vorjahres statt¹⁸ – Hitler konnte durch Aufhebung des Redeverbots in Bayern seit März 1927 wieder öffentliche Ansprachen halten¹⁹ –, zum anderen spiegeln sich in ihr zentrale Elemente der Hitlerischen Weltanschauung wider. Letzter war die „ruhig verlaufende“ Karlsruher Rede vom 3. März 1928, die den paradigmatischen Titel

„Tageskampf und Weltanschauung“ trug, ausdrücklich gewidmet. Das badische Landespolizeiamt, das rechts- wie linksradikale politische Gruppierungen überwachte, vermerkte in seinem Lagebericht, daß rund 3000 Anwesende, zumeist Angehörige der badischen und pfälzischen NSDAP-Ortsgruppen, den Ausführungen ihres Führers folgten. Die bislang wenig beachtete Rede liegt im Wortlaut auf 27 Schreibmaschinenseiten als Anhang zum Lagebericht des badischen Landespolizeiamtes vom 15. 3. 1928 vor. Sie gelangte erst im Jahre 1994 als Zugang der Staatsanwaltschaft Heidelberg in das Generallandesarchiv Karlsruhe.²⁰

Wie in vielen anderen Ansprachen begann Hitler auch in der Karlsruher Festhalle mit seiner generellen Unzufriedenheit mit der Weimarer Republik und ihrer parlamentarischen Demokratie, die ihn mit der Masse seiner Zuhörer einte.²¹ Neben der Republikshelpe, die die gesamte Rede durchzog,²² hob Hitler vor allem auf den Wert von einer über die Tagespolitik hinausreichenden Fundamentalposition, sprich: Weltanschauung, ab:

„Es kommt . . . vor allem darauf an, ob ein Volk in seinem grundsätzlichen Denken vernünftig ist, logisch ist, natürlich ist – oder ob ein Volk in seinem grundsätzlichen Denken falsch geworden ist. Ob es sich auf einer guten oder einer schlechten allgemeinen Basis befindet, ob seine, sagen wir Weltanschauung noch natürlich ist, oder ob prinzipielle Fehler vorliegen. Das scheint das Wesentliche zu sein.“²³

Es war Hitlers erklärter Plan, durch geschickten Propagandaeinsatz und sein rhetorisches Geschick, „zwei- oder dreitausend Menschen aus ihrer bisherigen Überzeugung herauszuheben, Schlag um Schlag das Fundament ihrer bisherigen Einsichten zu zertrümmern und sie schließlich hinüberzuleiten auf den Boden unserer Überzeugung und unserer Weltanschauung.“²⁴ In der Tat war die rednerische Gabe seine Hauptwaffe. Hitlers kühl kalkulierte Taktik bestand darin, „sein Publikum in einen tranceartigen Zustand zu versetzen“.²⁵ Er appellierte nicht nur an den Haß der zahlreichen badischen und pfälzischen Parteigenossen, an Ab- und Ausgrenzung, sondern auch an

als hoch angesehene Werte wie den nationalen Schulterschuß oder die Gleichberechtigung Deutschlands in der Völkergemeinschaft. Das deutsche Volk war seiner Meinung nach „trotz seiner Fähigkeiten“ durch den Versailler Vertrag und die Weimarer Republik ideologisch fehlgeleitet und damit „zum Sklaven der anderen Völker“ geworden. Daher sah Hitler das Ziel seiner politischen Mission darin, dem deutschen Volk den verlorenen „politischen Instinkt“ wieder zurückzugeben;²⁶ deshalb war die Beseitigung des Versailler Vertrages eine Triebfeder der Hitlerschen Politik.

Den besonderen Nutzen einer unverrückbaren Weltanschauung konnte Hitler nicht oft genug hervorheben. In seiner Karlsruher Ansprache nahm er dies am Beispiel eines Alkoholkranken vor. Die Weltanschauung verglich er mit einer grundsätzlichen Diagnose, der er ein Kurieren an Symptomen gegenüberstellte, das in einer parlamentarischen Demokratie üblich sei. Bezogen auf die deutsche Gesellschaft kam es dem Führer der Nationalsozialisten nicht darauf an,

„daß unser Volk mit . . . Tagesproblemen überfüttert wird, sondern daß unser Volk in ganz großen Linien zu einem richtigen, klaren, egoistischen Denken erzogen wird; egoistisch nicht im Sinne des Einzelnen, sondern im Sinne der Gesamtheit, der Volksgemeinschaft, die da ist gleichen Bluts, gleicher Sprache, gleicher seelischer Veranlagung derjenigen, die auf dieser Erde gemeinsam zu kämpfen haben um das tägliche Brot.“²⁷

In die Vorstellung einer rassistisch definierten, exklusiven Volksgemeinschaft war eines der fundamentalen politischen Ziele Hitlers, die Entfernung der Juden, eingebettet.²⁸ Dieses Vorhaben basierte auf einem biologischen Antisemitismus, den Hitler in seinen Wiener Jugendjahren von seinen politischen Vorbildern Dr. Lueger und von Schönerer aufnahm.²⁹ Bezeichnenderweise beschäftigte sich Hitler in seinem ersten politischen Schriftstück mit der sogenannten Judenfrage, dem „Antisemitismus als politischer Bewegung“.³⁰ Nicht von ungefähr kreisten auch die frühesten Reden Hitlers in den Jahren 1919 und 1920, ob in Diensten

der Reichswehr oder im Rahmen von Versammlungen der Deutschen Arbeiterpartei (DAP), um das Thema „Das Judentum“, „Politik und Judentum“ oder „Warum wir gegen die Juden sind“.³¹ Antisemitische Ausfälle bildeten seither eine Konstante im rhetorischen Repertoire Hitlers; ob es nun der Ausbruch oder die Niederlage im Ersten Weltkrieg war – an allem waren allein die Juden Schuld. Die Idee, die Juden zu beseitigen, hatte bei Hitler daher keine religiöse, sondern eine nationale und rassepolitische Motivation. Sie war bereits in seinem ersten politischen Dokument der Leitgedanke.³² Dieses Kardinalziel sollte später zur Entrechtlichung, Ausgrenzung und Ausmerze sogenannter Gemeinschafts- oder Artfremder führen, in letzter Konsequenz wurde es grausame Realität in der Shoah.³³

Neben dem Kriterium einer rassistisch geordneten Welt legte Hitler in Karlsruhe ein zweites zentrales Element seiner Weltanschauung vor, das er mittels der NSDAP zu realisieren versuchte. Mit dem Kampf, der dabei Mittel zum Zweck war, strebte er die Eroberung von Lebensraum an:³⁴

„Das ist in ganz großen Zügen die Aufgabe der nationalsozialistischen Bewegung. Sie will versuchen unser Volk wieder zu einem klaren, gesunden Denken zu bringen, sie will den natürlichen Instinkt, den man künstlich verschüttet hat, diesen natürlichen Selbsterhaltungsinstinkt diesem Volke wieder zurückgeben, das schwer kämpfen muß um sein tägliches Brot und damit um sein Dasein.“

Folgerichtig durchzog der Begriff des Kampfes die gesamte Ansprache Hitlers; er wurde in einem ersten Schritt zum menschlichen Lebensprinzip schlechthin erhoben:

„Schon der kleine Wurm in der Wiege: er windet sich in seinen Krämpfen und ringt mit aller Kraft um sein bißchen Leben, ehe er vor dem Tode kapituliert und in das Jenseits zurückkehrt. Er will am Leben bleiben . . .“³⁵

In einem zweiten Schritt verknüpfte Hitler die beiden Zentralthemen Kampf und Rasse. An

mehreren Stellen trug der Führer der Nationalsozialisten seine sozialdarwinistischen Ansichten vor, wonach „das Leben des einen Wesens den Tod des anderen Wesens bedingt . . . indem das eine (Wesen) das andere frißt“.³⁶ Den Aufstieg zum Beherrscher der Tierwelt beispielsweise verdankte der Mensch laut Hitler keinesfalls dem parlamentarischen System, da die beherrschende Stellung dem Menschen „nicht auf Grund von Verständigungen, gegenseitigen Absprachen oder Kompromissen möglich war“; vielmehr betonte Hitler, „daß der Mensch seine beherrschende Stellung heute einnimmt durch die rücksichtsloseste Ausnützung aller Mittel, durch den brutalsten Kampf, den man sich nur vorstellen kann“.³⁷ Gewaltlose Mittel lehnte Hitler ab und diffamierte sie: „Und den Friedensaposteln geht es genau so wie jenem Fakir, der den Läusen nichts tut – und dafür schließlich aufgefressen wird.“³⁸

Wiederum als Kritik an der Demokratie und ihren politischen Verfahrensregeln stellte Hitler dem Prinzip der Mehrheitsbeschlüsse das des unantastbaren Führertums, dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit das des Kampfes gegenüber, was er auch später immer wieder in seinen Ansprachen tat.³⁹ Das Recht des Stärkeren stellte einen festen Bestandteil vieler Reden Hitlers dar.⁴⁰ Innen- wie außenpolitisch galt ihm das Faustrecht als Legitimation und Gewähr für eine Ausmerze des aus seiner sozialdarwinistischen und rassistischen Sicht „Minderwertigen“:

„Auf dieser Erde herrscht das Recht des Stärkeren, das Recht des Kampfes und das Gesetz des Sieges; wenn du aber meinst, es herrsche das Recht, dann täuschst du dich. Wenn zwei miteinander kämpfen, und der eine davon hat Recht, der andere Unrecht – wenn aber der eine unterliegt, wo bleibt denn da das Recht? . . . Wenn jener trotz seines Rechtes unterliegt, dann deswegen, weil er der Schwächere war. Sein gutes Recht nützt ihm dabei gar nichts . . . Und es ist gut so, denn andernfalls würde das, was sich auf der Erde befindet, verfaulen und zu Grunde gehen; dann haben Sie in 200 Jahren kein mächtiges Volk mehr, sondern eine faule, degenerierte Brut, die im Lebenskampf an sich unterliegen muß.“⁴¹

Das „Gesetz des ewigen Ringens und Kämpfens, des Niederringens des Schwächeren durch den Stärkeren“ erschien Hitler als „höchste Wahrheit“;⁴² „die überlegene Kraft zerschmettert, was sich ihr in den Weg stellt oder was sich ihr entgegensetzt“.⁴³ Den Kampf der Arten erkannte Hitler aber nicht nur in der Tierwelt, sondern auch als (Über-)Lebensprinzip unter den Menschen selbst. In einem rassistischen Vergleich fragte er: „Ja, wo liegt denn da die Grenze zwischen dem niedrigsten Neusee-Insulaner, dem Buschmann, dem Baumkletterer und dem Affen?“⁴⁴ Innerhalb seiner biologistischen Wertigkeit wollte der Führer der Nationalsozialisten das Attribut „Krone der Schöpfung“ denn auch nicht allen Menschen zugestehen:

„Sehen wir z. B. einen Zulukaffer oder Massay oder einen Baumkletterer aus Australien. Äusserlich ist der Buschmann, der Massay und der Baumkletterer uns so wenig gleich wie der Dackel dem Bernhardiner.“⁴⁵

Die Spitze eines sozialdarwinistisch interpretierten Ausleseprozesses sah Hitler nicht in dem „Menschen an sich, sondern es ist eine bestimmte Art, die uns überall ins Auge fällt, der Arier“.⁴⁶ Hitler ging von einer prinzipiellen Ungleichheit der Menschen aus und teilte sie in drei Kategorien ein: „Rassen, von höchstem kulturellem Wert . . . Rassen, die nur mühsam etwas annehmen, was andere ihnen beigebracht haben, und es gibt Rassen, welche die Kultur zerstören.“⁴⁷ Zur Untermauerung seiner Argumente faßte er gängige xenophobe Ressentiments zusammen und wandte sich, um eventuelle Einwände gegen seine Deutung rhetorisch zu zerstreuen, direkt an seine Zuhörer:

„Nimm doch einmal einen Buschmann zu dir und teile mit ihm dein täglich Brot und auch die Arbeit, und nach drei Tagen wirst du erkennen, der Kerl frißt genau so viel wie du, arbeiten dagegen tut er nur ein Drittel, denn er ist nur 1,27–1,30 m groß. Das hat nun nicht ein Nationalsozialist so gemacht. Dies ist eben so. – Bitte, setze dich doch nur mal eine Stunde mit ihm zusammen. Ich sage dir, du wirst nicht

einmal diese eine Stunde lang mit ihm zusammen in seiner Hütte liegen! Du wirst sagen: wie riecht bloß der Kerl, ein widerlicher Geruch. Es schüttelt einem (sic!) vor Ekel. Den Geruch haben auch nicht wir Nationalsozialisten dem Buschmann angezchtet. Der ist eben so.“⁴⁸

Als Gegenmodell stellte der Führer der Nationalsozialisten die seiner Meinung nach einzige „kulturschöpferische Rasse“ der Arier:⁴⁹

Alles, was wir heute als Kultur bezeichnen auf dieser Erde, ist nicht das Ergebnis eines gemeinsamen Zusammenarbeitens aller Menschen, sondern das Ergebnis des Wirkens und Schaffens einer bestimmten großen Rassegemeinschaft: der Arier. Du kannst ansehen, was du willst. Schau dir den Saal hier an; alles, was hier ist bis zu den technischen Einzelheiten der Beleuchtungskörper und den tausenderlei Dingen, die hier liegen, alles das haben Arier geschaffen. Nicht Buschmenschen haben da auch etwas dazu beigetragen; Arier und immer wieder Arier sind es gewesen, die dieses Bild der Kultur geschaffen haben, was wir heute vor uns sehen.“⁵⁰

In einem dritten Schritt schließlich postulierte Hitler eine grundsätzliche Ungleichheit nicht nur unter den einzelnen Rassen, sondern auch unter deren Angehörigen.

„Glaubt mir, ganz Wien hätte abstimmen können, um einen Ausschuß zu wählen, der die Neunte Symphonie hätte machen sollen: wir hätten die Neunte Symphonie heute noch nicht! Nein, das hat nur ein Einzelner gemacht: Beethoven . . . Was auf dieser Erde an großen Leistungen da ist, ist nicht das Ergebnis von Majoritätsbeschlüssen, sondern das Ergebnis einer einzelnen Person gewesen. Und so wird es immer sein.“⁵¹

Auch hier beabsichtigte Hitler, mit seiner Weltanschauung die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen der Weimarer Republik zu diskreditieren, wenn er den nationalsozialistischen Führergedanken über das demokrati-

sche Wahlprinzip stellte. Darüber hinaus gedachte er sich und seiner politischen Rolle eine messianische Funktion zu – wenn er es auch nicht aussprach, so war dennoch klar, wer der Erlöser des notleidenden, konkret des deutschen, Volkes sein würde:⁵²

„Wenn z. B. ein Volk die Not empfindet und weiß, daß etwas geändert werden muß – es wird nie etwas geändert werden, nie etwas geschehen, wenn nicht einer kommt, der das tut, der das anders macht. Kommt keiner, dann wird ihnen die Erlösung niemals zuteil. Und diese Erkenntnis ist die dritte und die wichtigste!“⁵³

Im weiteren Verlauf seines Vortrags übertrug Hitler das Urgesetz des Kampfes auf den Zusammenschluß der Einzelwesen, den Staat:

„Denn der Staat stellt nichts anderes dar, als die Organisation der Einzelnen zum gemeinsamen Kampf der Gesamtheit, der seinen Ausdruck findet in der Politik.“⁵⁴

Politik galt dem Führer der Nationalsozialisten daher als „Kampf eines staatlich zusammengefaßten Volkes um das Leben und für das Leben, ganz gleich mit welchen Mitteln sie durchgeführt wird.“⁵⁵ Politik war für ihn „nichts anderes als der Versuch zur dauernden Herstellung des Gleichgewichts zwischen der Volkszahl und der Bodenfläche.“⁵⁶ Aus der Sicht Hitlers stellte die Eroberung von Raum, ein Generalthema bereits des frühen Redners,⁵⁷ eine Überlebensfrage für Deutschland dar.⁵⁸ Bereits in „Mein Kampf“ hatte er es als die Kardinalaufgabe der Nationalsozialisten bezeichnet, „unverrückbar an unserem außenpolitischen Ziele festzuhalten, nämlich dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern.“⁵⁹ In den Jahren 1927/28 rückte die Raumfrage noch stärker in den Mittelpunkt der Reden Hitlers,⁶⁰ auch spätere Ansprachen in der Weimarer Zeit liefen auf diesen Kerngedanken zu, wie die Offenburger Rede vom 8. November 1930 belegt.⁶¹ Den hohen Stellenwert der Raumfrage begründete Hitler auch in Karlsruhe mit Deutschlands – gemessen an der Bevölkerungszahl – zu geringer Größe:

„Deutschland ist, ist rein geographisch genommen, ein so kleiner Begriff in seiner Grundfläche, daß es im Vergleich mit anderen Staaten und Ländern, die es noch auf diesem Erdball gibt, einer kleinen Provinz gleichkommt.“⁶²

Hitler sah in der wachsenden Bevölkerungsziffer quasi ein Naturgesetz. Seiner Ansicht nach mußte sich „ein gesundes Volk . . . vermehren, wenn es nur seinen natürlichen Instinkten folgt und dem natürlichen Triebe gehorcht, den die Natur in jedes Wesen Brust gesenkt hat.“⁶³

Gerade für Deutschland stelle sich nach Hitler der „Lebenskampf eines Volkes“ als besondere Herausforderung dar, da er hier ein „Mißverhältnis zwischen Bodengröße und Menschenzahl“ ausmache.⁶⁴ Der Führer der Nationalsozialisten nannte drei Wege, das seiner Ansicht nach unausgewogene Verhältnis von Bodenfläche und Volkszahl auszugleichen: erstens durch Angleichung der Fläche an die Bevölkerungszahl, d. h. durch Eroberung von Raum, zweitens durch Anpassung der Volksziffer an die Fläche – entweder durch qualitative Auslese oder Auswanderung, drittens durch hohe ökonomische Exportraten.

Der erste Lösungsansatz schien Hitler als der „natürlichste, galt es doch, entsprechend der Steigerung der Volkszahl den Grund und Boden zu erweitern; das solchermaßen handelnde Volk „denkt nicht im geringsten daran, daß das ein Unrecht ist.“⁶⁵ Die Rechtfertigung dieser „Faustregel“ sah Hitler ganz profan im Recht des Stärkeren, dem er im übrigen ein eigenes Kapitel in „Mein Kampf“ gewidmet hatte.⁶⁶

„Diese Erde (ist) freies Feld für das freie Spiel der Kräfte. Das heißt, wer sich Land erobert, der ist sein Besitzer. Wer es verliert, hat kein Recht mehr darauf; die Natur selbst duldet ja gar nicht, daß ein Volk sagt: Hier sind wir, und hier bleiben wir jetzt und immerdar.“⁶⁷

Den umgekehrten Weg sah Hitler bei einem Volk verwirklicht, das – da es „feig“ geworden – die Volkszahl dem vorhandenen Boden anpasse. Bei diesem zweiten Lösungsmodell er-

kannte Hitler zwei Handlungsmöglichkeiten, einerseits eine qualitative Auslese durch einen entfesselten Überlebenskampf innerhalb des Volkes, bis der vorhandene Raum als Lebensgrundlage ausreichte, andererseits die Auswanderung. Letzter Weg bedeutete nach Hitler jedoch einen irreversiblen Aderlaß,

„verzichtet es (das Volk) . . . auf kräftige, mutige, entschlossene Menschen. Zurück bleibt stets der Schwächling und der Feigling.“⁶⁸

Als Beispiel verwies Hitler auf Amerika,⁶⁹ das als „ein neuer Kontinent entstanden (ist) mit einem kerngesunden Volk, das unseren Blutes ist, weil wir Jahrhunderte lang die beste Auslese dort hinübergeschickt haben.“ Aus diesem Aderlaß leitete Hitler eine Regel ab, nach der „die neuen Staaten . . . gesünder und kraftvoller“ seien „als das Mutterland, wie wir das heute in Amerika sehen . . . So wird immer ein neuer Kontinent den alten schlagen. Jedenfalls wird das Schwergewicht der politischen Weltmachtstellung dorthin sinken, wo das Schwergewicht des besseren Blutes liegt.“⁷⁰

Die andere Variante, eine von Menschenhand vorgenommene „höchstwertige Auslese“, hatte für Hitler nur einen Schwachpunkt, den Menschen; ihm sei die Vorgabe, „das Gesunde am Leben erhalten und das Schwächliche vernichten“ schlicht „zu herb“, denn „dazu gehören Spartiaten und keine modernen, humanen Menschen“.⁷¹ Den Gedanken einer Geburtenkontrolle lehnte Hitler kategorisch ab, brauchte er doch „Menschenmaterial“ für seine expansiven Pläne. Der „Versuch des 1–2-Kindersystems“ entzieht einem Volk „von vornherein . . . einen grossen Prozentsatz grosser Geister“, die Hitler gerade in den nachgeborenen – freilich männlichen – Kindern ausmachte: „In unserer deutschen Kunst, Wissenschaft, bei den Erfindungen werden Sie sehen, daß unsere größten Männer nicht Erstgeburtens waren, sondern zum grossen Teil siebente, achte, neunte und sogar elfte Kinder gewesen sind.“⁷²

Das dritte Lösungsmodell schließlich machte Hitler in der Wirtschaft aus. Um einen Massenexodus in Gestalt der Auswanderung zu verhindern, sollte der Export ökonomischer Produkte die Not des deutschen Volkes behe-

ben. Der Erlös aus dem Verkauf der Exportgüter sollte dafür sorgen, daß die notwendigen Rohstoffe und Lebensmittel in das Land kommen.

Dieses Modell aber sah Hitler im Kaiserreich an der britischen Schutzzollpolitik und dem britischen Weltmachtstreben gescheitert:

„Als England sich dieses Ansturms deutscher Waren in seinen Kolonien nicht erwehren konnte, führte es für die Kolonien Zollgesetze ein, und als trotzdem die deutschen Waren einzudringen begannen, geht England dazu über, zum mindesten das Mutterland zu schützen, und greift zum Schutzzoll. Die deutschen Waren müssen die Aufschrift haben ‚Made in Germany‘. Als auch dieses Mittel nicht ausreicht, da macht England einen letzten Schritt: es organisiert eine Weltkolonialmacht und greift zum Schwert. So hat England einst Spanien niedergemacht, so hat es gegen Frankreich gekämpft, und so hat es schließlich Deutschland umgarnt und niedergeworfen.“⁷³

Nach diesem Ausflug in die Volkswirtschaft lenkte Hitler die Aufmerksamkeit seiner badi-schen und pfälzischen Zuhörer auf die stetige Bedeutung des Überlebenskampfes für das deutsche Volk. Noch einmal hob er darauf ab, daß diese Probleme keine bloß aktuellen Fragen seien, sondern elementare Überlebensfragen:⁷⁴

„Bis heute hat Deutschland seinen Lebenskampf durchgeführt um sein täglich Brot, und auch heute noch stehen wir immer noch vor dem gleichen Problem. Es dreht sich hierbei nicht um gewisse Tagesfragen, sondern die Frage heißt einfach, ob unser Volk von 62 Millionen ernährt werden kann oder nicht!“⁷⁵

Hitler beantwortete die Frage gleich selbst und verwies dabei auf Clemenceau als seinen Kronzeugen: „es sind 20 Millionen Deutsche zuviel da, d. h. um 20 Millionen hat sich unser Staat übervölkert.“⁷⁶ Diese „Überbevölkerung“ stellte Hitler als die Ursache für alle Folgeprobleme wie die Arbeitslosigkeit, Absatzschwie-

rigkeiten auf dem Weltmarkt oder ein knappes Nahrungsmittelangebot dar: „Keine Regierung wird um dieses Problem herumkommen, keine Partei und kein Staatsmann wird um die Tatsache herumkommen, daß 62 Millionen Menschen auf diesem engen Grund und Boden nicht leben können.“⁷⁷ Dieses Problem war für Hitler weder durch eine Straffung der inneren Organisation, um die wirtschaftliche Erzeugung zu steigern, noch durch eine „sozialistische Verteilung“ des Kapitals oder der Bedarfsgüter zu lösen.⁷⁸ Für den Führer der Nationalsozialisten war es schlicht eine „Machtfrage“, die Macht war ihm „die Voraussetzung aller . . . Dinge“; ein Verlust von Macht machte den Erwerb von seiner Ansicht nach notwendigem Grund und Boden unmöglich.⁷⁹

Gerade an dieser Stelle sah Hitler die historische Mission des Nationalsozialismus. Dessen Aufgabe sei es zu erklären, „was unserem Volk fehlt“, nämlich „eine bewußte Erziehung zur Macht“. Laut Hitler bestand die Macht eines Volkes aus drei Faktoren: in seiner „inneren Kraft“, in seiner Zahl und in seiner „flächenmäßigen Ausdehnung“. Deutschland sei lediglich „der innere Wert an sich“ geblieben, die beiden letzten Faktoren seien mittlerweile unbedeutend geworden: „Gegenüber England mit seinem Besitz von einem Viertel der Erdoberfläche (und einem Viertel der gesamten Menschen überhaupt) sind wir nur eine ganz lächerliche Provinz.“ Die verbleibende innere Kraft fußte nach Hitler wiederum auf drei Faktoren: dem „Blutswert“, dem „Persönlichkeitswert“ und dem „Kampfsinn“.⁸⁰ Den seiner Ansicht nach vorhandenen „Blutswert“ des deutschen Volkes begründete er mit dessen Geschichte, „die 2000 Jahre lang die Weltgeschichte (sic!) gewesen“ sei.⁸¹ Seinen „Persönlichkeitswert“ habe das deutsche Volk bewiesen, da es „zu allen Zeiten einen Reichtum an Persönlichkeiten gehabt (hat), wie kein anderes.“⁸² Seinen „Kampfsinn“ endlich habe das deutsche Volk während des Weltkrieges hinlänglich belegt.⁸³

Nach dieser Analyse gelangte der Führer der Nationalsozialisten zu dem Resultat: „Das deutsche Volk, das Jahrtausende lang die Weltgeschichte gemacht hat (sic!), hat ein Recht darauf, ein Weltvolk genannt zu werden.“⁸⁴ Dieser Status sei aber von zwei Gefahren bedroht. Einerseits bezichtigte Hitler implizit das

Ausland der Geringschätzung und appellierte damit an den chauvinistischen Nationalismus seiner Parteigenossen aus Baden und der Pfalz: „Man verachtet unsere Kultur, unser Blut.“⁸⁵ Andererseits beklagt Hitler eine defätistische und pazifistische Haltung, die er bei seinen Landsleuten ausgemacht zu haben glaubte:

„Und wir selbst schätzen das heute nicht mehr, haben vergessen, daß in unserem Volkswert unsere Kraft liegt . . . und wir werden dabei erleben, daß wir zusammenbrechen. Statt uns auf das Unrecht unseres Kampfsinnes zu beziehen, berufen wir uns auf die Weltgesinnung, Welthumanität, auf Weltbürgerlichkeit; wir sind internationale Pazifisten geworden.“⁸⁶

Eine solche Haltung habe aber existentielle Auswirkungen für das Volk. Zwar war die Vordersage, die Hitler abgab, allgemein gehalten, dennoch dürfte allen Zuhörern klar gewesen sein, daß sich seine Prophezeiung auf das deutsche Volk bezog. Wiederum übertrug er dabei Gesetze, die er aus der universellen Ordnung abzuleiten glaubte, auf die Politik, erneut definierte er zwischenstaatliche Beziehungen nach dem Faustrecht:

„Wenn ein Volk verzichtet auf sein Blut, und seine Persönlichkeitswerte, auf seinen Kampfsinn, dann mag es sein Recht in den Sternen suchen oder auf dem Papier, die Welt aber wird es ihm verweigern, denn in der Welt kümmert man sich nicht um papierene Rechte, sondern ewig um die Macht, die hinter einem Recht steht!“⁸⁷

Als eine erfolgversprechende Lösung aus dem Dilemma, das er sich zu zeichnen bemüht hatte, präsentierte Hitler die nationalsozialistische Bewegung. Hitler hatte in seiner langen Rede darauf hingearbeitet, die politische und gesellschaftliche Ordnung der Weimarer Republik zu diskreditieren – nun bot er die NSDAP als Rettungsanker an. Was die NSDAP als politische Kraft von allen anderen unterschied, war laut Hitler ihre Weltanschauung. Sie pries er nachgerade als Passepartout durch die Probleme der Zeit, indem er sie mit zeitgenössi-

schen Strömungen kontrastierte: Anstelle „der Welt der Demokratie“ gegenüber präsentierte er sie als „Vertreter der Persönlichkeit“, angesichts des „pazifistischen Wesens“ postulierte er „das Recht des Selbsterhaltungstriebes und damit den ewigen Kampf um dieses Leben“: Demokratie, Pazifismus und Internationalismus brandmarkte der Führer der Nationalsozialisten als die drei „Laster“ des „jüdischen Marxismus“.⁸⁸ Damit deutete Hitler an, daß er und seine Bewegung den Kampf, d. h. auch den Krieg, als politisches Mittel zur Durchsetzung der eigenen Ziele akzeptieren und einzusetzen gedachten:

„ . . . es gibt kein Recht, nach welchem unser Volk dem Untergang geweiht ist. Im Gegenteil, wir fühlen das Recht zum Leben in uns, und wenn die andern es uns nicht geben wollen, dann werden wir dafür sorgen, daß eines Tages sich ein neues Deutschland erheben wird, das ein neues Symbol besitzt und das dann für dieses Recht eintritt bis zum letzten Atemzug.“⁸⁹

Mit anderen Worten bedeutete das: Das von Hitler und seinen Nationalsozialisten geführte Deutschland werde sich das nehmen, von dem es glaubt, daß es ihm zusteht. Um die Neuartigkeit der braunen Bewegung hervorzuheben, hob Hitler sich und die NSDAP von der etablierten politischen Linken ab.

„Wir sind Sozialisten, nicht indem wir das Recht jedes Einzelnen für sich wahren, sondern das Recht dieser 62 Millionen Menschen gleichen Blutes, gleicher Sprache und gleichen Sinnes.“⁹⁰

Nachdem Hitler sein Verständnis von Sozialismus dargelegt hatte, definierte er den zweiten Bestandteil, der für die braune Bewegung namensgebend war. Auch hier distanzierte er sich und seine Partei vom „Bürgertum“ und seinem Verständnis von Nationalismus, indem er die NSDAP und ihre Anhänger gegenüber einem Gemütsnationalismus abgrenzte. Analog zum „Antisemitismus der Vernunft“ propagierte Hitler hier einen Vernunftsnationalismus, der aber keineswegs eine distanzierte Haltung bedeuten sollte.⁹¹ Hitler genügte es nicht, „pa-

triotische Reden zu halten und dabei vielleicht an den Kaiser zu denken“. Vielmehr definierte er einen hypertrophierten Nationalismus aus seiner Weltanschauung heraus als „ein ewiges Opfer am Volke“; für ihn war der Nationalismus nicht bloßes Lippenbekenntnis, sondern Lebensvollzug, d. h. „gleichbedeutend mit tiefer Hingabe und Liebe“.⁹² Angesichts des Stellenwertes, den ein radikaler Nationalismus bei Hitler einnahm, war es nur konsequent, daß er fünf Monate später forderte, daß das deutsche Volk „systematisch zum fanatischen Nationalismus erzogen werden (muß)“.⁹³

Die oben entfaltete Definition des Nationalismus war nicht frei von Volksgemeinschaftsvisionen wie biologistischen Vorzeichen,⁹⁴ sah Hitler doch die Zukunft des deutschen Volkes „in der Erhaltung seiner inneren Substanz“. Demzufolge lag seiner Ansicht nach „nicht etwa in einer Idee“, vielmehr galt ihm als „der höchste Wert eines Volkes . . . die Millionen gesunder Leiber, die alle in einem gesunden Geist lebendig sind.“⁹⁵ Daß die Volksgemeinschaftsvision als handlungsleitende Zielvorstellung dienen sollte, zeigte seine Charakterisierung der NSDAP als eine Bewegung, die „sich als national bezeichnet“, die die „Massen [das sind die Arbeiter, P. E.] wieder zurückführt zu ihrem Volke, deren „führende Männer . . . keine politischen Geschäfte machen wollen . . . keine Klasse und keinen Beruf kennen, sondern nur das gesamte Volk.“⁹⁶

Hitler präsentierte die NSDAP als Bewegung, die gegenüber dem Bürgertum den wahren Nationalismus verfechte und gegenüber der marxistischen Linken den Sozialismus neu bestimme. Die Kluft zwischen den politischen Lagern gedachte der Führer der Nationalsozialismus mit dem ideologischen Kitt des Volksgemeinschaftsgedankens einzuebnen,⁹⁷

„indem wir die beiden Begriffe Nationalismus und Sozialismus herauslösen und sie zu einem neuen Ziel verbinden, auf das wir hoffnungsvoll hinarbeiten, denn höchster Sozialismus ist glühendste Hingabe für das Volk.“⁹⁸

Diese Vision war die „einzig ‚soziale‘ Komponente der Idee“,⁹⁹ die Hitler anbot: die auf Rasse und Kampf fußende Volksgemeinschaft sollte

die „gemeinsame Front“ bilden, die nötig schien, um die „wichtigsten Probleme des Lebens“ im Sinne der Nationalsozialisten zu lösen. Der vorgezeichnete Weg, den Hitler entwarf, „aus dem gefallenen Deutschland ein neues Deutschland“ zu formen, war eine Kampfansage an alle politischen Gegner, war die Vorankündigung einer aggressiven Innen- wie Außenpolitik. Die Mittel auf diesem Weg, so erinnerte er seine badischen und pfälzischen Mitstreiter in Karlsruhe, sollten „nicht Bitten und Betteln, sondern Kämpfen und Niederringen“ sein. Das hieß, daß Andersdenkende und -handelnde nicht nur politisch entmachtet, sondern ausgeschaltet werden sollten. Bereits in einer seiner ersten Rede, „Politik und Judentum“, die er am 27. 4. 1920 im Münchener Hofbräuhaus gehalten hatte, hatte Hitler gedroht: „Wenn wir ans Ruder kommen, dann werden wir wie die Büffel vorgehen (lebhafter Beifall)“.¹⁰⁰

Damit war klar ausgesprochen: Ein Machtwechsel zugunsten der NSDAP würde mehr als nur ein Wechsel des politischen Personals bedeuten. Die Motivation und die Legitimation dazu leitete Hitler aus einer Weltanschauung ab, „die gebrochen hat mit dem Bisherigen“.¹⁰¹ Und der Führer der Nationalsozialisten kündigte an, daß er und seine Anhänger „allen Widerständen zum Trotz“ ihr Ziel verwirklichen wollen: „ein einheitliches Volk zu werden mit geschlossenem Willen; dazu werden wir das deutsche Volk erziehen.“¹⁰²

Der Gedanke war nicht neu. Bereits in „Mein Kampf“ hatte Hitler die doppelte Stoßrichtung zukünftiger Politik formuliert, nämlich „Grund und Boden als Ziel unserer Außenpolitik und ein neues, weltanschaulich gefestigtes, einheitliches Fundament als Ziel politischen Handelns“.¹⁰³ Das Herrschaftsprogramm für den Tag der Machtübertragung war also vorgegeben: die reale Durchsetzung der eigenen Weltanschauung¹⁰⁴ sowie der Feldzug für ein von arischen Herrenmenschen beherrschtes, pangermanisches Europa.

Anmerkungen

- 1 Seit Frühjahr 1920 nannte sich die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), die am 5. 1. 1919 ins Leben gerufen worden war, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

- terpartei (NSDAP). Am 29. 7. 1921 wählte eine außerordentliche Mitgliederversammlung Adolf Hitler zum ersten Vorsitzenden, der den seit 5. 1. 1920 präsidiierenden Anton Drexler ablöste. Albrecht Tyrell: Der Aufstieg der NSDAP zur Macht, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn² 1988, S. 467–483, hier S. 469.
- 2 Alan Bullock: Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1967, S. 103, 107.
 - 3 Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik, München – Wien² 1988, S. 107 ff.
 - 4 Den Antrag auf Parteiausschluß hatte Josef Goebbels, damals noch der Sekretär Gregor Strassers, erhoben. Bullock, Hitler, S. 118.
 - 5 Joachim C. Fest: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1973, S. 337–347, sieht im Bamberger Parteitag die definitive Ausschaltung des linken Nationalsozialismus. Zur antikapitalistischen Programmatik Gregor Strassers und zur innerparteilichen Konkurrenz um die Brüder Strasser und Goebbels siehe Bullock, Hitler, S. 116 ff.
 - 6 Adolf Hitler: Mein Kampf, München^{721–752} 1942, S. 379; Ian Kershaw: Ideologe und Propagandist. Hitler im Lichte seiner Rede, Schriften und Anordnungen 1925–1928; in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 40 (1992), S. 263–271, hier S. 264; Bullock, Hitler, S. 103–105, 111 u. 120; Fest, Hitler, S. 341–343, 350 u. bes. das Bild S. 358 f. Wesentliche Charakteristika eines aufwendig inszenierten Führerkultes schienen bezeichnenderweise bereits bei der folgenden Tagung im Juli 1926 in Weimar, bei der Hitler erstmals eine Parade mit ausgestrecktem Arm abnahm, vollends beim Nürnberger Parteitag vom 19. bis 21. August 1927 auf.
 - 7 Siehe dazu jüngst Kershaw, Ideologe und Propagandist, S. 269; Clemens Vollnhals: Hitler-Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 40 (1992), 307–310. Dem relativ substanzlosen 25-Punkte-Parteiprogramm aus der Frühphase der Bewegung maß Hitler keine verpflichtende und bindende Kraft zu. Um unergiebiges Diskussionen im vornherein zu unterbinden, ließ er es auf dem Weimarer Parteitag kurzerhand für sakrosankt erklären.
 - 8 Eberhard Klöss (Hrsg.): Reden des Führers, Politik und Propaganda Adolf Hitlers, München 1967, S. 22. Fest, Hitler, S. 340, sieht diese Starrheit in „Hitlers ‚katholischem‘ Temperament“ begründet. Allerdings bewunderte Hitler an der katholischen Kirche nicht die Glaubensinhalte, sondern die beinahe 2000jährige, machtvolle Existenz. Zu Hitlers religiösen Vorstellungen auch Max Domarus (Hrsg.): Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 1, 1. Halbband, Wiesbaden 1973, S. 16–19.
 - 9 Die Neugründung erfolgte am 27. 2. 1925 im Münchener Bürgerbräukeller. Als Überblick über die Entwicklung der NSDAP Hans-Ulrich Thamer: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin² 1994, S. 114–183.
 - 10 Jürgen W. Falter: Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn² 1988, S. 484–504, hier S. 486; Kolb, Die Weimarer Republik, S. 258 f. – Zur unbedeutenden Rolle der NSDAP Mitte der zwanziger Jahre siehe neuerdings Kershaw, Ideologe und Propagandist, S. 263.
 - 11 Bullock, Hitler, S. 107 u. 110.
 - 12 Der Lagebericht des badischen Landespolizeiamtes vom 15. 3. 1928, S. 1f., nennt die exakte Zahl von 2422 Mitgliedern; zur Situation der HJ in Baden a. a. O., S. 20; GLAK 309/6161.
 - 13 Lagebericht des badischen Landespolizeiamtes v. 15. 6. 1928, S. 2; GLAK 309/6161. Tyrell, Der Aufstieg der NSDAP zur Macht, S. 473 f; Bullock, Hitler, S. 122.
 - 14 Lagebericht des badischen Landespolizeiamtes v. 15. 6. 1928, S. 1–7; GLAK 309/6161.
 - 15 Zwei Tage nach seinem Auftritt in der Karlsruher Festhalle sprach er am 5. 3. 1928 in Heidelberg vor 670 geladenen Gästen, die vom Direktor der Eberbacher Odin-Werke, Keppeler, eingeladen worden waren. Am 26. April trat Hitler in Pforzheim vor rund 2000 Menschen auf. Lageberichte vom 15. 3. und 15. 6. 1928; GLAK 309/6161.
 - 16 Reichsweit verlor die NSDAP fast 100 000 Stimmen und erlangte insgesamt 810 000 Mandate. Sie erhielt dadurch nur 2,63 Prozent, mithin zwölf Mandate. Falter, Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, S. 486; Fest, Hitler, S. 362; Kolb, Die Weimarer Republik, S. 84 f., 115 u. 258 f.
 - 17 Lagebericht des badischen Landespolizeiamtes v. 15. 6. 1928, S. 1–7; GLAK 309/6161.
 - 18 Zum 3. Reichsparteitag der NSDAP in Nürnberg v. 19. bis 21. 8. 1927 siehe den Bericht des Reichskommissars für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, in: Ernst Deuerlein (Hrsg.): Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, München⁵ 1982, S. 279–285.
 - 19 Das Redeverbot Hitlers bestand seit dem 9. 3. 1925, zuerst in Bayern, dem sich weitere Länder des Reiches anschlossen. Es galt aber nicht in allen Ländern wie zum Beispiel Thüringen. Sachsen hob es am 1. 2. 1927 auf, in Bayern währte es bis zum Frühjahr 1927. In Preußen bestand es am längsten, bis 28. 9. 1928. Seine erste große Rede nach der Aufhebung des Redeverbotes hielt Hitler am 9. 3. 1927 in München vor rund tausend Zuhörern im Zirkus Krone. Bullock, Hitler, S. 114 u. 120 ff; Fest, Hitler, S. 355; Deuerlein, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, S. 246 f., 267–275 u. 292–296.
 - 20 Die Rede befindet sich als Anhang zum Lagebericht des badischen Landespolizeiamtes v. 15. 3. 1928; GLAK 309/6161.

- 21 Vgl. Hitler dezidierte Ablehnung des Parlamentarismus bei seiner Münchener Erklärung v. 25. 10. 1922; zit. nach *Deuerlein*, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, S. 157; „Wir Nationalsozialisten wollen . . . die Stoßtrupps bilden, die das Schicksal des Volkes in die Hand nehmen, um es aus dem Sumpf heraus in eine bessere Zukunft zu führen. Die mit dem Parlamentarismus Unzufriedenen zu sammeln, ist unsere Aufgabe, um unser Volk an die Stelle zu setzen, wohin es gehört.“
- 22 Als Beispiel sei angeführt: „In einigen Monaten wird alles zur Wahlurne getrieben, und nicht nur mancher kleine Handwerker wird hingehen und wird nicht wissen, was er eigentlich in diesem Wahlakt tut, sondern zahlreiche Herren und Damen gehen genau so hin und sind politisch genau so ungeschult“. Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 4; GLAK 309/6161. Ebenso S. 6.
- 23 Bei längeren Zitaten wurde die ursprüngliche Schreibweise beibehalten. Fehler in der Orthographie und in der Interpunktion wurden berichtigt. Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 2; GLAK 309/6161.
- 24 „Mein Kampf“, S. 522.
- 25 Siehe *Klöss*, Reden des Führers, S. 7–23, Zitat S. 15 die Ausführungen über Hitlers rhetorische Gabe; ebenso Hildegard von *Kotze/Helmut Krausnick* (Hrsg.): Es spricht der Führer. Sieben exemplarische Hitler-Reden, Gütersloh 1966, S. 37–70; *Deuerlein*, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, S. 85 u. passim; *Bullock*, Hitler, S. 355 f.
- 26 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 4; GLAK 309/6161.
- 27 A. a. O., S. 3.
- 28 Siehe Eberhard *Jäckel*: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart³ 1986, S. 55–78. In Erweiterung der Analyse Jäckels wird die Ausrottung der Juden in den Kontext einer rassistischen Weltordnung eingebettet. – Vgl. auch die Wahrnehmung des Antisemiten und Antimarxisten Hitler durch den Schriftsteller Ernst *Toller* (1898–1939); *Ders.*: Prosa, Briefe, Dramen, Gedichte, Reinbek b. Hamburg 1964, S. 164 f.: „Sein [Hitlers, P. E.] Programm ist primitiv und einfältig. Die Marxisten und die Juden sind die inneren Feinde und an allem Unglück schuld . . . Gott habe ihn, den Hitler, dazu berufen, Marxisten und Juden auszurotten“; zit. nach *Deuerlein*, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, S. 151.
- 29 Dr. Karl Lueger (1844–1910), der Gründer der Christlich-Sozialen Partei und seit 1897 Wiener Bürgermeister, sowie Georg Ritter von Schönerer (1842–1921), eine führende Persönlichkeit des Deutschnationalen Vereins in der K. u. K.-Monarchie, wirkten mit ihrer antisemitischen Politik und Propaganda konstitutiv auf die Weltanschauung des jungen Hitler ein. Von Schönerer beeinflusste Hitler zudem mit seinem radikalen Nationalismus, der ihn zu einer habsburgfeindlichen Haltung veranlaßte und zu einem Vorkämpfer der Los-von-Rom-Bewegung machte, sowie mit seinem Rassismus, aufgrund dessen er eine Überlegenheit der germanischen Rasse postulierte. Zum Einfluß der beiden Politiker auf den jungen Hitler siehe auch „Mein Kampf“, S. 107 ff.
- 30 Hitler fertigte das Schriftstück am 16. 9. 1919 im Auftrag des Reichswehrgruppenkommandos 4Ib/P an, bei dem er als Propagandaredner fungierte. Wortlaut zit. nach *Deuerlein*, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, S. 91–94.
- 31 Siehe dazu den Bericht des Politischen Nachrichtendienstes der Polizeidirektion München über eine DAP-Veranstaltung v. 13. 11. 1919 bei *Deuerlein*, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, S. 99 f. u. 116 ff; den Bericht über die NSDAP-Versammlung im Münchener Hofbräuhaus v. 27. 4. 1920 bei Reginald H. *Phelps*: Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 11 (1963), S. 274–330, hier S. 299 f.: „Daß die Judenfrage eine Rassenfrage ist, begreift unser Volk immer noch nicht, wird es aber noch fühlen müssen . . . Wir müssen endlich den Kampf gegen diese Rasse aufnehmen. (leb. Beifall) Es gibt da kein (sic!) Kompromiß mehr, weil es Gift für uns selber wäre (lebhafter Beifall)“.
- 32 *Deuerlein*, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, S. 91 ff. „Zunächst ist das Judentum unbedingt Rasse und nicht Religionsgemeinschaft . . . Selbst der mosaische Glauben kann, so groß auch seine Bedeutung für die Erhaltung dieser Rasse sein mag, nicht als ausschließlich bestimmend für die Frage, ob Jude oder Nichtjude gelten . . . Sein [des Juden, P. E.] Wirken wird in seinen Folgen zur Rassentuberkulose der Völker . . . Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muß führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er nur zum Unterschied der anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung). Sein letztes Ziel aber muß unverrückbar die Entfernung der Juden überhaupt sein.“ Zur „rassistischen“ Begründung siehe auch die Rede v. 13. 8. 1920 im Münchener Hofbräuhaus „Warum wir gegen die Juden sind“; *Phelps*, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, S. 309 f.
- 33 Siehe dazu Detlev J. *Peukert*: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.
- 34 Vgl. *Jäckel*, Hitlers Weltanschauung, S. 29–54.
- 35 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 8; GLAK 309/6161.
- 36 A. a. O., S. 9.
- 37 A. a. O., S. 10.
- 38 A. a. O., S. 12.
- 39 Bei einer Rede vor Parteiführern im September 1928 in München kündigte er an: „Zweitens werden wir unser Volk, indem wir es dazu erziehen, gegen den Irrsinn der Demokratie zu kämpfen und wieder die Notwendigkeit von Autorität und Führertum einzusehen, von dem Unsinn des Parlamentarismus

- fortreißen“; Völkischer Beobachter v. 23. 9. 1928, zitiert nach *Bullock*, Hitler, S. 125.
- 40 Dies belegt seine oben genannte Münchener Rede, in der er betonte: „Drittens werden wir, indem wir das Volk von dem jämmerlichen Glauben an eine Hilfe von draußen, das heißt von dem Glauben an Völkerveröhnung, Weltfrieden, Völkerbund und internationale Solidarität, befreien, diese Ideen [der Demokratie und des Parlamentarismus, P. E.] zerstören. Es gibt nur ein Recht in der Welt, und dieses Recht liegt in der eigenen Stärke“; Völkischer Beobachter v. 23. 9. 1928, zitiert nach *Bullock*, Hitler, S. 125.
- 41 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 12 f; GLAK 309/6161.
- 42 Hitler sah hierin ein System, das im gesamten Weltall Gültigkeit habe: „Nach diesem Gesetz kreisen die Monde um die Planeten, die Planeten um die Sonnen, kreisen die ganzen Sonnensysteme um gewaltige Weltenkörper . . . immer wieder ist es der Größere, Stärkere, der den Kleineren, Schwächeren in seinen Bann zwingt.“ Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 9; GLAK 309/6161.
- 43 A. a. O., S. 10.
- 44 A. a. O., S. 12.
- 45 A. a. O., S. 13.
- 46 Ebd.
- 47 A. a. O., S. 14.
- 48 A. a. O., S. 13.
- 49 In „Mein Kampf“, S. 320 ff., legt Hitler die „kulturschöpfende“ bzw. „kulturbegründenden“ Rolle des Ariers dar.
- 50 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 14; GLAK 309/6161.
- 51 A. a. O., S. 14–16.
- 52 Auf der Weihnachtsfeier der Münchener Sektion am 18. 12. 1926 trieb Hitler seine messianische Selbstidentifikation auf die Spitze, als er versicherte, daß er „das Werk, welches Christus angefangen hatte, aber nicht beenden konnte . . . zu Ende führen“ werde; zit. nach *Deuerlein*, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, S. 266; siehe auch *Fest*, Hitler, S. 354. Der Völkische Beobachter, der in seiner Ausgabe v. 23. 12. 1926 über die dortige Rede Hitlers und das Theaterspiel berichtete, bot dieselbe Interpretation: „Der aufgehende Stern in der Weihnachtsnacht deutete auf den Erlöser, der sich nun teilende Vorhang zeigte den neuen Erlöser, den Erretter des deutschen Volkes aus Schande und Not – unseren Führer Adolf Hitler.“
- 53 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 15; GLAK 309/6161. Vgl. auch die vielen Aussprüche Hitlers, in der er von der Vorsehung sprach, die ihn zur Rettung Deutschlands bestimmt habe. Exemplarisch die Ansprache in der Breslauer Jahrhunderthalle v. 22. 3. 1936, als Hitler nach der Besetzung des Rheinlandes, den „48 schwersten Stunden“ seines Lebens, erleichtert gestand: „Ich möchte der Vorsehung und dem Allmächtigen danken dafür, daß er gerade mich ausersehen hat, diesen Kampf für Deutschland führen zu dürfen. Es ist der schönste Kampf und die herrlichste Aufgabe, die einem sterblichen Menschen gestellt werden kann: für ein Volk, das darniederliegt, das man beleidigt, dem man glaubt, seine Ehre zertreten zu können, einzutreten.“ *Domarus*, Hitler, Reden und Proklamation 1932–1945, Bd. 1, 2. Halbband, S. 612. Ebenso die Rede in Wien v. 9. 4. 1938: „Ich glaube, daß es auch Gottes Wille war, von hier [Österreich P. E.] einen Knaben in das Reich zu schicken, ihn groß werden zu lassen, ihn zum Führer der Nation zu erheben.“ *Domarus*, Hitler, Reden und Proklamation 1932–1945, Bd. 1, 1. Halbband, S. 18. Siehe auch *Klöss*, Reden des Führers, S. 20.
- 54 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 8 f; GLAK 309/6161.
- 55 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 8; GLAK 309/6161. Hitler stellte hier seinen Politikbegriff den Definitionen von Friedrich dem Großen, Bismarck, Clemenceau und von Clausewitz gegenüber. Vor allem auf erstere berief er sich verstärkt in seinen Reden Mitte der zwanziger Jahre; *Kershaw*, Ideologe und Propagandist, S. 267; Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte. Band I: Die Wiedergründung der NSDAP. Februar 1925–Juni 1926. Hrsg. u. kommentiert v. Clemens Vollnhals, München u. a. 1992, S. 426.
- 56 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 16; GLAK 309/6161.
- 57 *Phelps*, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, S. 275 u. passim.
- 58 Schon Theodor *Heuss*: Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus, Stuttgart – Berlin – Leipzig 1932, S. 99, diagnostizierte: „Die Bodennahme im europäischen Osten ist also das Kernstück der Hitlerischen Außenpolitik“.
- 59 „Mein Kampf“, S. 739.
- 60 *Kershaw*, Ideologe und Propagandist, S. 267.
- 61 Jochen *Thies*: Adolf Hitler in Offenburg (8. November 1930). Zur Diskussion über Hitlers politische Endziele, in: Die Ortenau. Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Mittelbaden, 57. Halbband 1977, S. 296–312, hier S. 303.
- 62 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 5; GLAK 309/6161.
- 63 A. a. O., S. 16.
- 64 Ebd.
- 65 Ebd.
- 66 Siehe das achte Kapitel im zweiten Band, das den Titel „Der Starke ist am mächtigsten allein“, a. a. O., S. 568–578.
- 67 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 16; GLAK 309/6161.
- 68 A. a. O., S. 17. Hier bediente sich Hitler bei Paul de Lagarde (1827–1891), der bereits solche Ideen postuliert hatte: „Deutschland ist moralisch feige geworden, seit man der Majorität zu folgen zum Staatsprinzip erhoben hat.“ Siehe das einleitende Zitat bei Ernst *Boepple* (Hrsg.): Adolf Hitlers Rede,

- München 1933, S. 1. Lagarde propagierte in seinen kulturpolitischen Schriften eine nationale Religion und versuchte, eine Synthese zwischen dem Individuum und einer geistig-sittlichen Volksgemeinschaft herzustellen.
- 69 Jedoch sprach Hitler nicht immer so wohlwollend von den Vereinigten Staaten von Amerika, denen er in einer Rede vor knapp 10 000 Offiziersanwärtern am 15. 2. 1942 eine „Unkultur“ attestierte; *Domasus*, Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945, Bd. 2, 2. Halbband, S. 1842.
- 70 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 17; GLAK 309/6161. Siehe auch a. a. O., S. 20: „300 Jahre lang haben wir 100 000 Menschen pro Jahr hinausgeschickt, daß fast der ganze neue Kontinent Nordamerika deutsch war“.
- 71 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 17 u. 18; GLAK 309/6161. In den späteren Vernichtungsprogrammen, der sogenannten Euthanasie, der Judenvernichtung oder den Kommissarbefehlen, wurde aus diesen theoretischen Überlegungen grausame Realität.
- 72 A. a. O., S. 18.
- 73 A. a. O., S. 20.
- 74 Wie in vielen anderen Reden Mitte der zwanziger Jahre hob Hitler hervor, an der Tagespolitik kein Interesse zu besitzen; *Kershaw*, Ideologe und Propagandist, S. 268.
- 75 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 20 f; GLAK 309/6161.
- 76 A. a. O., S. 21. Georges Clemenceau (1841–1929) erhielt in der Dritten Republik den Beinamen Tiger. Er faßte seit 1917 durch seine rigorose Politik alle Ressourcen Frankreichs zusammen, um den I. Weltkrieg erfolgreich zu beenden. Bei den nachfolgenden Verhandlungen im Vorfeld des Versailler Vertrages konnte er sich nicht immer mit seinen Maximalforderungen gegen die anderen alliierten Verhandlungspartner Wilson und Lloyd George durchsetzen. Siehe dazu *Kolb*. Die Weimarer Republik, S. 28 ff.
- 77 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 21; GLAK 309/6161. Die Rede von der ungesicherten Ernährung der 62 Millionen Deutschen tauchte auch in den späteren Reden Hitlers immer wieder auf. Siehe *Thies*, Adolf Hitler in Offenburg (8. November 1930), S. 300 f. u. 308.
- 78 Hitler spielte auf die staatliche Zwangswirtschaft im I. Weltkrieg an: „Es wäre besser gewesen, das deutsche Volk hätte keinen Rathenau gehabt und keine sozialistische Auffassung der Kriegswirtschaft, sondern hätte 300 000 Quadratmeter Boden mehr gehabt. Das wesentlichste ist das Vorhandensein von Lebensstoffen und keineswegs das Verteilungsproblem“; Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 23; GLAK 309/6161. Walther Rathenau (1867–1922) leitete bis April 1915 die Kriegsrohstoffabteilung im preußischen Kriegsministerium.
- 79 A. a. O., S. 22 f.
- 80 Diese drei „Werte“ finden sich in zentralen Passagen des sogenannten Zweiten Buches Hitlers und in seinen zeitgenössischen Reden wieder; *Kershaw*, Ideologe und Propagandist, S. 267.
- 81 Von einer 2000jährigen Geschichte des deutschen Volkes zu sprechen ist historisch nicht zu begründen. Ebenso unhistorisch ist die Behauptung, das deutsche Volk habe in der angegebenen Zeitspanne die Weltgeschichte bestimmt.
- 82 Die „Persönlichkeit“ als Synonym für Führertum nahm in allen Reden Hitlers in den Jahren 1927/28 eine herausragende Stellung ein; *Kershaw*, Ideologe und Propagandist, S. 267.
- 83 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 24; GLAK 309/6161.
- 84 Ebd. Auch hier legte sich Hitler seine geschichtlichen Vorstellungen recht willkürlich zurecht. Von einem deutschen Volk, das seit „Jahrtausenden“ existiert, zu sprechen, ist historisch nicht haltbar.
- 85 Ebd. Siehe auch die Wahrnehmung der Hitlerschen Propaganda durch *Toller*, Prosa, S. 164 f: „Hitler stachelt das Volk zu wütendem Nationalismus auf.“
- 86 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 24 f, GLAK 309/6161. Wenige Monate später, im September 1928, polemisierte Hitler in München vor Parteiführern gegen den „hoffnungslos wirren Internationalismus“; *Völkischer Beobachter* v. 23. 9. 1928, zitiert nach *Bullock*, Hitler, S. 125.
- 87 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 25; GLAK 309/6161.
- 88 Dies betonte Hitler an zentralen Stellen seines sogenannten Zweiten Buches und in seinen zeitgenössischen Reden; *Kershaw*, Ideologe und Propagandist, S. 267.
- 89 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 25; GLAK 309/6161.
- 90 Ebd.
- 91 *Deuerlein*, Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, S. 93.
- 92 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 25; GLAK 309/6161.
- 93 Hitler forderte dies bei einer Rede vor Parteiführern im September 1928 in München; *Völkischer Beobachter* v. 23. 9. 1928, zitiert nach *Bullock*, Hitler, S. 125.
- 94 Von einem „biologischen Naturalismus“ bei Hitler sprach bereits *Heuss*, Hitlers Weg, S. 32. Siehe auch *Otto Borst*: Theodor Heuss als Historiker, in: *Aus südwestdeutscher Geschichte*. Festschrift für Hans-Martin Maurer. Dem Archivar und Historiker zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Wolfgang *Schmierer*, Günter *Cordes*, Rudolf *Kieß* und Gerhard *Taddey*, Stuttgart 1994, S. 684–704, hier S. 698.
- 95 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 25; GLAK 309/6161.
- 96 A. a. O., S. 26. Das Vorhaben, die Arbeiter für den nationalen Staat zu gewinnen, war bereits ein Anliegen des frühen Redners Hitler; *Phelps*, Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, S. 289.
- 97 Hitler ordnete nach der Devise „Du allein bist nichts, dein Volk ist alles“ das Individuum der Gemeinschaft unter: „Das Schicksal des Einzelnen

- leitet sich ab aus dem Schicksal der Gesamtheit.“ Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 5; GLAK 309/6161.
- 98 A. a. O., S. 26. Die Einigung von Bürgertum und Arbeiterschaft unter den Schlagworten „national“ und „sozialistisch“ erhob Hitler auch in späteren Reden zur innenpolitischen Maxime; vgl. *Thies*, Adolf Hitler in Offenburg (8. November 1930), S. 306 u. 309 ff.
- 99 *Kershaw*, Ideologe und Propagandist, S. 268.
- 100 *Phelps*: Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, S. 278 u. 299 ff.
- 101 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 26; GLAK 309/6161. Entschlossenheit im Handeln war Hitler eine Grundvoraussetzung für die Realisierung der politischen Ziele. Schon in „Mein Kampf“, S. 775, entwarf er einen Fahrplan, „daß, ehe man äußere Feinde besiegt, erst der Feind im eigenen Innern vernichtet werden muß“.
- 102 Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 26 f; GLAK 309/6161.
- 103 „Mein Kampf“, S. 735 f.
- 104 Die Weltanschauung „gibt uns die Männer, die wir brauchen. Sie führt uns die Jugend zu, die wir wollen“; Anhang zum Lagebericht vom 15. 3. 1928, S. 26; GLAK 309/6161.

Literatur

- Boepple, Ernst (Hrsg.): Adolf Hitlers Reden, München 1934.
- Borst Otto: Theodor Heuss als Historiker, in: Aus südwestdeutscher Geschichte. Festschrift für Hans-Martin Maurer. Dem Archivar und Historiker zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Wolfgang Schmierer, Günter Cordes, Rudolf Kieß und Gerhard Taddey, Stuttgart 1994, S. 684–704.
- Bullock, Alan: Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Düsseldorf 1967.
- Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, München⁵ 1982.
- Domarus, Max (Hrsg.): Hitler, Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, 2 Bde., Wiesbaden 1973.
- Falter, Jürgen W.: Wahlen und Wählerverhalten unter besonderer Berücksichtigung des Aufstiegs der NSDAP nach 1928, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn² 1988, S. 484–504.
- Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1973.
- Heuss, Theodor: Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus, Stuttgart – Berlin – Leipzig 1932.

- Hitler, Adolf: Mein Kampf, München^{721–752} 1942.
- Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933. Hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte. Band I: Die Wiedergründung der NSDAP. Februar 1925–Juni 1926. Hrsg. u. kommentiert v. Clemens Vollnhals, München u. a. 1992. Band II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl. Juli 1926–Mai 1928. 2 Teilbände. Hrsg. u. kommentiert v. Bärbel Dusik, München u. a. 1992.
- Jäckel, Eberhard: Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Darmstadt 1986.
- Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Stuttgart³ 1986.
- Kershaw, Ian: Ideologe und Propagandist. Hitler im Lichte seiner Rede, Schriften und Anordnungen 1925–1928; in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 40 (1992), S. 263–271.
- Klöß, Eberhard (Hrsg.): Reden des Führers. Politik und Propaganda Adolf Hitlers, München 1967.
- Kolb, Eberhard: Die Weimarer Republik, München – Wien² 1988.
- Kotze, Hildegard von/Krausnick, Helmut (Hrsg.): Es spricht der Führer. Sieben exemplarische Hitler-Reden, Gütersloh 1966.
- Peukert, Detlev J.: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.
- Phelps, Reginald H.: Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 11 (1963), S. 274–330.
- Thamer, Hans-Ulrich: Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin² 1994.
- Thies, Jochen: Adolf Hitler in Offenburg (8. November 1930). Zur Diskussion über Hitlers politische Endziele, in: Die Ortenau. Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Mittelbaden, 57. Halbband 1977, S. 296–312.
- Toller, Ernst: Prosa, Briefe, Dramen, Gedichte. Reinbeck b. Hamburg 1964.
- Tyrell, Albrecht: Der Aufstieg der NSDAP zur Macht, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Bonn² 1988, S. 467–483.
- Vollnhals, Clemens: Hitler-Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 40 (1992), 307–310.

Anschrift des Autors:
 Dr. Peter Exner
 Ahornallee 10
 49716 Meppen

Manfred Koch

Karlsruhe im Jahre 1947

Beschwerlicher Alltag zwischen Ernährungskrise, Wohnungsnot und Entnazifizierung*

1945–1949:

„SO VIEL ANFANG WAR NIE.“

Das Jahr 1947 bildet rein chronologisch die Mitte zwischen dem Kriegsende und dem Beginn neuer Eigenstaatlichkeit in Deutschland. Sie markiert die Halbzeit jener „Zeit zwischen den Zeiten“, in der nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Regierungsgewalt die Militärregierung der Siegermächte das politische Vakuum ausfüllte. Mannigfache Metaphern wurden erdacht, um die Erfahrungen und das Geschehen dieser Jahre zu umschreiben: „Der Anfang nach dem Ende“ hieß, Nachdenklichkeit provozierend, eine Ausstellung in Mannheim, „So viel Anfang war nie“ betitelt der Deutsche Städtetag eine Ausstellung über die kulturelle Entwicklung in den Städten 1945–1949. Und der Herausgeber des Begleitbuches zu dieser Ausstellung, Hermann Glaser, verwies auf die weitgefächerten Möglichkeiten des Anfangs zwischen echtem Neubeginn und reinem Wiederaufbau. Beide Ausstellungstitel konnten sich auf den Heidelberger Philosophen Karl Jaspers beziehen. Der hatte 1945 in einer der zahlreichen Zeitschriften, die in dieser „Aufbruchszeit“ erschienen sind, gesagt: „Ein Anfang muß sein.“ „Kahlschlag“ und „tabula rasa“ sind eher journalistische Beschreibungen, die in diesen Jahren geprägt wurden, während „Revolutionärer Umbruch“, „Extreme Ausnahmesituation“ und „Übergangs- bzw. Inkubationszeit“ analytische Begriffsschöpfungen der Zeitgeschichtsschreibung für diese Jahre sind.

Einig sind sich allerdings inzwischen alle Autoren, daß es die „Stunde Null“ – auch dies ein Begriff der damals geprägt wurde und lange nachwirkte – nicht gegeben hat. Denn,

so formulierte Richard Löwenthal bündig: „Es gibt in der Geschichte keine ‚Stunde Null‘, es gibt keine Zeit, in der die Menschen, was immer ihnen geschehen ist, von der Vergangenheit befreit sind, und es gibt keine Zeit, in der die Menschen ohne Einwirkung auf die Zukunft sind.“ Der Anfang nach 1945 ist also nicht voraussetzungslos. Er läßt sich nur vor dem Hintergrund der Hinterlassenschaft des NS-Regimes begreifen, von dem auszugehen war und mit dem man sich auseinanderzusetzen hatte.

Verfolgt man diese Auseinandersetzung aus der lokalhistorischen Perspektive, erweisen sich in der Tat auch diesseits aller geschichtsphilosophischen Betrachtung die so eingängigen Schlagworte schnell als untauglich. Die Entwicklung war vielschichtiger und in sich widersprüchlicher als sie suggerieren. Selbst wenn man sich in der Betrachtung auf nur ein Jahr konzentriert, wird dies deutlich. Und das Jahr 1947 bietet sich dafür besonders an. Es ist nämlich nicht nur die chronologische Mitte der unmittelbaren Nachkriegszeit, sondern auch das Jahr, in dem entscheidende Veränderungen und Weichenstellungen stattfanden. Der Blick auf den für einen Historiker extrem kurzen Zeitraum eines Jahres erlaubt allerdings im Rahmen eines Vortrages nicht die Herausarbeitung größerer Zusammenhänge, die bestenfalls erwähnt werden können. Aber selbst für das Geschehen in Karlsruhe gilt, daß eine Auswahl zu treffen ist. Die folgenden Ausführungen bieten daher nur eine historische Momentaufnahme, die aber dennoch ein anschauliches Bild von den schwierigen Lebensumständen des Alltags der Karlsruher und Karlsruherinnen im Jahr 1947 vermitteln soll.

ALLTAGSPROBLEME IM SPIEGEL DER TAGESZEITUNG

Liest man in Tageszeitungen des Jahres 1947, so erhält man rasch einen Eindruck von den drängenden Problemen. Als Beispiel sei der 1. März, ein Samstag, und die Berichterstattung über diesen Tag in der nächsten Ausgabe am 4. März der Badischen Neuesten Nachrichten herausgegriffen. Noch erschien die Zeitung nur an zwei bzw. drei Tagen in der Woche.

Nach Einschätzung der Westalliierten war der „äußerste Tiefpunkt der deutschen Wirtschaftskrise“ erreicht, während die wirkliche Lebensmittelkrise noch eine lange Zeit andauern werde. Der britische Außenminister Bevin warnte vor einem „Notgebiet Deutschland“, da er keine Chancen für einen Erfolg der Moskauer Außenministerkonferenz sah. Diese sollte die Frage der Reparationszahlungen Deutschlands regeln und einen Friedensvertrag mit Deutschland vorlegen. Bevin wie auch Lord Beveridge und der frühere US-Präsident Hoover sahen Deutschland als Problem, denn, so Hoover in einem Bericht an Präsident Truman, „die deutsche Bevölkerung ist in Bezug auf Ernährung, Heizung und Unterkunft auf den tiefsten Stand der letzten hundert Jahre westlicher Geschichte gesunken.“ Deswegen schlug er ein Hilfsexportprogramm nach Deutschland im Wert von 950 Mill. Dollar vor. Der US-Außenminister Marshall argumentiert in die gleiche Richtung, wenn er seinen Landsleuten ihre Verantwortung für das Weltgeschehen vor Augen führt und vor Isolationismus warnt. Sogar die beiden Bilder auf der ersten Seite fügten sich in diese Berichterstattung ein. Der zugefrorene Rhein zeigte die Folgen des kalten und langen Winters, der die Notlage in Deutschland verschärft hatte. Geschenke amerikanischer GIs an deutsche Kinder, hier waren es kleine Jeeps für ein Kinderheim, sind Zeichen eines Wandels in der Behandlung Deutschlands durch die Siegermächte.

Auf der zweiten Seite geht es um das Entnazifizierungsverfahren des Ministerpräsidenten Reinhold Maier und um die Wiedergutmachung für politisch, rassisch und religiös verfolgte. Beides fällt, wie es der Kommentar ausdrückt, unter die Beseitigung des Schutts und der Trümmer, die der Nationalsozialismus

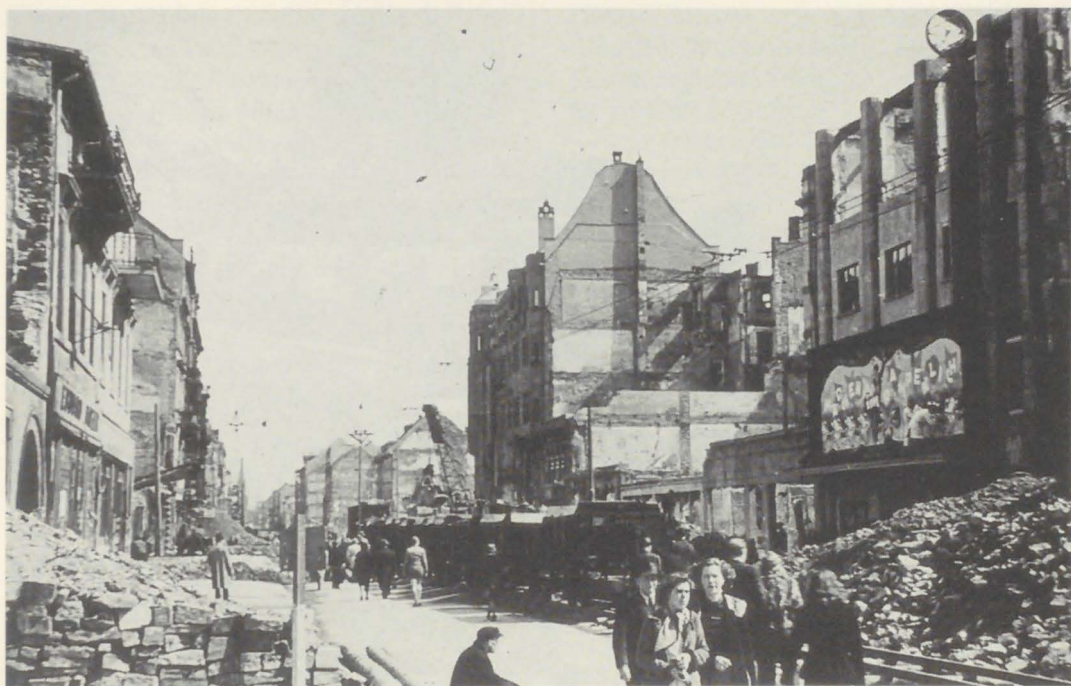
hinterlassen habe. Erst nach dieser Schuttentfernung könne das neue Haus, das deutsche Demokratie heiße, gebaut werden.

Drei Tage später am 4. März berichtet die Zeitung über die Eröffnung der Volkshochschule, über den besorgniserregenden Gesundheitszustand der Karlsruher und Karlsruherinnen aufgrund der schlechten Ernährungslage und über eine „Neubürgerkundgebung“. Hinter diesem Begriff verbargen sich Vertriebene und Flüchtlinge. Zwei kurze Meldungen verwiesen auf die zeitweilig gegenläufigen Aspekte der Entwicklung des Jahres 1947: Es wurde der Bau des ersten PKW im Nachkriegsdeutschland durch die Firma Opel in Rüsselsheim gemeldet und die Post teilte mit, daß in Karlsruhe wegen fehlender Fahrzeuge ab März die Pakete mit Pferdefuhrwerken zugestellt würden.

Trümmerräumung, Wohnungselend, Flüchtlingsaufnahme, Ernährungskrise und Entnazifizierung waren also die Probleme, die den Alltag der Karlsruher Bevölkerung wie in anderen Städten auch bestimmten.

DIE TRÜMMERRÄUMUNG

Karlsruhe war im Zweiten Weltkrieg durch insgesamt 135 Luftangriffe je nach Berechnungsgrundlage zu 28–34 Prozent zerstört worden. Ähnliche Zerstörungen erlitten Stuttgart und Freiburg, erheblich höhere Zerstörungsgrade mit um 60 Prozent verzeichneten z. B. Bruchsal, Pforzheim, Heilbronn oder Mannheim. Schon 1945 beschloß die Stadtverwaltung, die Räumung der stark zerstörten Innenstadt in großem Stil in Angriff zu nehmen. Bereits 1947 galt Karlsruhe dann als die am besten geräumte Großstadt. Aus der Innenstadt waren 43%, oder 640 000 Kubikmeter, der geschätzten Schuttmenge abgefahren. In Stuttgart hatte man bis dahin nur 15% und in Mannheim 27% geräumt. Trotz zeitlicher Verzögerung der Räumungspläne durch fehlende Arbeitskräfte und Ersatzteile für Maschinen waren bis Mitte 1947 die Kaiserstraße vom Durlacher Tor bis zur Hauptpost vollständig geräumt. Ende 1947 war der Rest bis zum Mühlburger Tor und das ganze Gebiet nördlich der Kaiserstraße trümmerfrei. Die Karlsruher Trümmerräumung war daher zweifellos eine



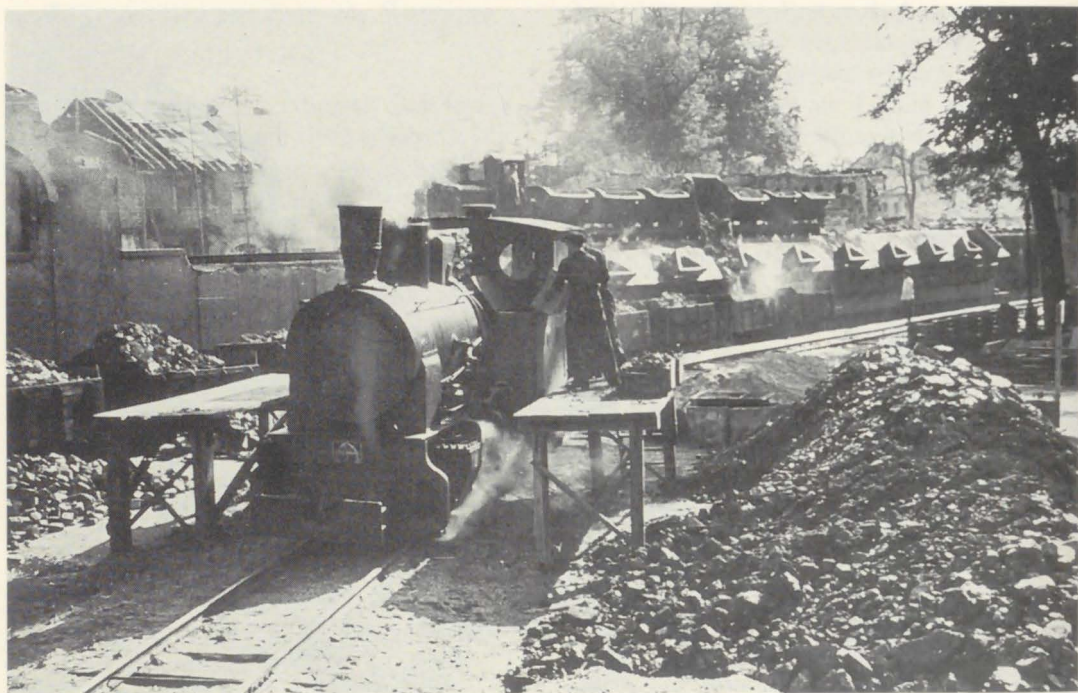
Trümmerräumung in der Kaiserstraße 1947. Blick von der Karl- zur Waldstraße.

(StadtAK 8/Alben 5, Bd. 7, S. 801a)



Blick in die Kaiserstraße nach der Trümmerräumung von der Waldstraße zum Platz vor der Hauptpost.

(StadtAK 8/Alben 5, Bd. 8, S. 899)



Laderampe des „Schuttbahnle“ an der Ostseite des Schloßplatzes.

(StadtAK 8/Alben 5, Bd. 7, S. 826)

Erfolgsgeschichte. Organisiert wurde sie von der im November 1945 gegründeten Aufräumungs-Arbeitsgemeinschaft Karlsruhe (AAK). An deren Spitze standen der spätere Oberbürgermeister Günther Klotz und der Regierungsbaumeister Fritz Schäfer.

Das Rückgrat der Räumungsaktion bildete eine Dampfbahn, die den Schutt vom Schloßplatz zwölf Kilometer nach Daxlanden in ein schon vor 1939 zur Auffüllung vorgesehene Gelände schaffte. Das liebevoll „Schuttbahnle“ genannte Transportmittel wurde ergänzt durch nach Bedarf verlegte Schmalspurgleise, auf denen Kipploren den Schutt zu einer Verlade-rampe an der Ostseite des Schlosses brachten. Der „Schuttexpress“ verkehrte vom 11. Juli 1946 bis zur Beendigung der großflächigen Trümmerbeseitigung im März 1950.

An der Trümmerräumung wirkten zum einen die Stammbesatzung der AAK mit. Das waren 1947 etwa 900–1000 Männer. Zur Hilfe aufgerufen waren aber auch die Karlsruher im Rahmen des sogenannten Ehrendienstes. Erstmals im Mai 1946 hatte der Oberbürgermeister Hermann Veit dazu aufgerufen. Den Freiwilli-

gen wurden Vergünstigungen bei der Arbeits- und Wohnungssuche zugesagt, der Ehrendienst sollte als Nachweis der Bewährung bei der Entnazifizierung gelten und zudem gab es für die Arbeitstage Lebensmittelmarken mit Schwerarbeiterzulage. Erwartet wurde also auch die Beteiligung von ehemaligen Nazis, für die diese Arbeit eine Art Wiedergutmachungsleistung sein sollte. OB Veit mußte allerdings klarstellen, daß dadurch „ehemalige Parteigenossen nicht sofort zu Antifaschisten mit blütenweißem Fragebogen“ würden.

Der Ehrendienst wurde schon in den vierziger Jahren und mit wachsendem zeitlichen Abstand vermehrt zum Inbegriff für ein von allen Karlsruhern und Karlsruherinnen geleitetes großes „Gemeinschaftswerk der Schutträumung“. Dies ist jedoch eine Legende, die in doppelter Weise korrekturbedürftig ist. Zum einen gab es in Karlsruhe keine „Trümmerfrauen“. Zum anderen ist schon 1947 in den Akten der AAK vom Versagen des Ehrendienstes zu lesen. In der von Günther Klotz begründeten Ablehnung von Frauen bei der Trümmerräumung schwingt auch etwas von der Stimmung

der Nachkriegsjahre und vom überlieferten Verständnis der Geschlechterrollen mit. Als ob die Frauen in der Rüstungsproduktion und in der Bewältigung der Alltagsprobleme im Krieg nicht längst deren Antiquiertheit bewiesen hätten: „Es kommt nun auch noch das Problem des Fraueneinsatzes dazu, das man unter verschiedenen Gesichtspunkten beleuchten kann. Gewiß haben die Frauen an der über uns hereingebrochenen Katastrophe auch ihr gerüttetes Maß von Mitschuld. Gewiß würde es sehr vielen gut tun, wenn ihre Beine nach harter täglicher Arbeit abends weniger tanzlustig wären, Aber nun kommt die Kehrseite. Werden beim Fraueneinsatz nicht alle Voraussetzungen gerade die getroffen, auf die obiges nicht zutrifft? Besteht nicht die Gefahr, daß es einem Teil der Evastöchter, die man gerade gerne bei der Arbeit sehen würde, gelänge, sich zu retirieren. Eine Frage, die dort, wo ein Fraueneinsatz durchgeführt wird, ihre Beantwortung erfährt. Wollen wir zu allem Unglück hin der Welt nun noch vorführen, wie unsere

Mütter, Frauen und Schwestern sich mit Schuttabfuhr beschäftigen? Eine Frage der Restbestände an Stolz, die aufzuwerfen ihre Berechtigung hat.“

Zum Erfolg des Ehrendienst-Aufrufs von 1946 erklärten Klotz und Schäfer anhand einer statistischen Aufstellung 1947: „Die vor dem Spruchkammerverfahren stehenden früheren Nationalsozialisten stellten ein wesentliches Kontingent am Ehrendienst. Dies im Zusammenhang mit dem nahezu völligen Ausfall der Jugend, führt zu dem betrüblichen Schluß, daß der Ehrendienst 1946 nicht getragen war von Idealismus, Aufbauwillen oder Erkenntnis der Notwendigkeit, mitzuhelfen beim Wiederaufbau, sondern daß er zum großen Teil ein Produkt aus Angst vor eventuellen Nachteilen, oft gepaart mit der Spekulation auf eventuelle Vorteile, war.“ Der Volksmund brachte den zeitweiligen Einsatz von Angestellten und Beamten, die Mitglieder der NSDAP gewesen waren, so auf den Punkt: Auf den Baustellen heiße es jetzt: Herr Doktor reichen Sie mir

400 000 KUBIKMETER



**SCHUTT UND TRÜMMER
HABEN EHRENDIENST UND
STAMM DER AAK BEREITS
AUS UNSERER STADT
KARLSRUHE WEGGESCHAFFT!
WAS HAST DU GETAN?
ERFÜLLE DEINE
EHRENPFlicht!
WEG MIT DEM SCHUTT!
MELDE DICH SOFORT ZUM FREIWILL.
EHRENDIENST 1947 BEIM ARBEITSAMT**

Plakatwerbung zur Beteiligung am Ehrendienst 1947.

(StadtAK 8/PBS X 3200)

bitte den Stein; und in den Amtsstuben: Karle geb mer mol die Akte rüwer.

1947/48 war das Ergebnis der Ehrendienstleistungen noch schlechter als im ersten Jahr. Die Statistik beziffert für das erste Halbjahr 1947 den Anteil der Trümmerräumung durch Ehrendienstler mit 33% und für das zweite Halbjahr mit 29%. Fairerweise muß man sagen, daß es dafür aber auch objektive Gründe gab: Fehlende Arbeitskleidung und Schuhe sowie die schlechte Ernährung, die die schwere Arbeit für viele unmöglich machte. Die Hauptlast der Trümmerräumung in Karlsruhe leistete demnach die Stammbesetzung der AAK. Diese Männer sahen schon Ende 1947 ihre Arbeitsleistung nicht entsprechend gewürdigt und beklagten, daß in der Öffentlichkeit das Verdienst der Trümmerräumung nur dem Ehrendienst zugesprochen werde. Der Arbeitsamtsdirektor Karl Konz assistierte ihnen, als er monierte, es liefen „Tausende der aus politischen Gründen entlassenen Angestellten und Beamten spazieren und erlauben sich noch abfällige Bemerkungen über die Schaffenden.“

DIE PLANUNG DES WIEDERAUFBAUS

Selbstverständlich stellte sich den für die Stadtplanung Verantwortlichen die Frage, wie soll der Wiederaufbau der Stadt geplant und gestaltet werden. Ebenso fragten sich die Grundstücks- und Geschäftsinhaber der Kaiserstraße, wie sie ihre Existenz wieder aufbauen könnten. Im September 1946 gab die Stadtverwaltung eine Denkschrift über den Wiederaufbau Karlsruhes heraus. Darin betonte sie im Hinblick auf die barocke Stadtplanung und den klassizistischen Ausbau durch Friedrich Weinbrenner, Karlsruhe habe ein großes baukünstlerisches Erbe zu verwalten. Deswegen werde das Herzstück der Stadt zwischen Schloß und Ettlinger Tor wieder hergestellt. Daneben aber müsse den Bedürfnissen der neuen Zeit dort Rechnung getragen werden, wo große Zerstörungen dies rechtfertigen, wie z. B. an der Kaiserstraße. Dort solle eine moderne Geschäftsstraße erstehen, die das Gesicht unserer Zeit trage.

Vom 30. September bis zum 26. Oktober 1947 fand dann im Badischen Kunstverein eine

Ausstellung zur Planung des Wiederaufbaus statt. Fünfeinhalbtausend Besucher wurden gezählt und das Presseecho war lebhaft. Der Zweck der Ausstellung, die Diskussion über den Aufbau der Kaiserstraße in Gang zu bringen, war erreicht. Bürgermeister Fridolin Heinrich sagte bei der Eröffnung, die in der Ausstellung gezeigten Pläne seien als Diskussionsgrundlage zu sehen. Er rufe alle Fachleute auf, sich an der Diskussion zu beteiligen. Im übrigen wolle die Stadt einen Ideenwettbewerb für den Wiederaufbau der Kaiserstraße ausschreiben.

Die BNN kommentierten auch in ihrer Mundartkolumne „Karlsruher Gschwätzgebabbel“ die Ausstellung: „Wie Karlsruh kinfdich ausseh' soll, des hab ich jetz a 'mol seh' gwoollt. Deszweg bin ich d'lentscht Woch in de' Kunschtv'rein gesaust, wo allerhand Plän un' Bilder ausg'stellt gwest sin. Ich hätt awwer gar net so springe braucht. M'r hat nämlich net schlangsteh' mieße. Un' innedrin isch's a net so eng hergange, als wie im Kino. Ich bin glatt gschmisse gwest, wo ich „Karlsruh in Zukunft“ gseh' hab. Von Häuser kammer nimmeh rede, bloß noch von Gebäude-un' was for welche! D' Kaiserstroß, die reinscht Arkadeallee! Des hat mer schwer imponiert; ich hab sowieso kei' Regeschirm meh. Gege's kinfdich Durlacher Tor mit em ‚Bernhardusdom‘ im Hinnergrund, kann net emol d'r Petersplatz in Rom uffkomme. Un' um de' Marktplatz rum bloß noch Prachtbaute' for d' Behörde. Do däd ich mit mei'm Bürokkidde nimmeh neibasse. Bloß es Wohnungsamt, Ernährungsamt un' d' Spruchkammer hab ich net gfunne. Scheints hennese v'rgesse. Dodefor riesiche Halle, eine scheener als die anner: Konzerthall, Stadthall, Kulturhall, Kongreßhall un' e' Theater, fascht so scheen als wie d' Durlacher Feschthall. Also ich sag norr, 's isch net zu sage, wie Karlsruh emol ausseh' soll! M'r isch direkt neidisch uff unsre Kinner. Wo ich deheim gwest bin, hab ich selle Zeitung gsucht, wo drinn g'stanne isch, wie m'r's mache muß, daß m'r 120 Jahr alt werd.“

Zusammengestellt hatte die Ausstellung der verantwortliche Karlsruher Stadtplaner Carl Peter Pflästerer. Er hatte eine Verbreiterung der Fahrspuren der Kaiserstraße vorgesehen und für die Fußgänger Arkaden im Erdgeschoß der Gebäude geplant. Der Wettbewerb

BADISCHER KUNSTVEREIN

KARLSRUHE * WALDSTRASSE 3

24. SEP. 1947
Mr. Beise
Pa.
Glas

AUSSTELLUNG
PLANUNG
WIEDERAUFBAU
KARLSRUHE



Dauer der Ausstellung: 30. September bis 26. Oktober 1947

GEÖFFNET:

An Wochen- und Sonntagen von 9 bis 17 Uhr

EINTRITT FREI

Graphischer Betrieb Gustav Koelbe, Karlsruhe 9.47. 250

ergab 1949 einen anderen Grundsatzbeschluß, der beim Gang durch die Kaiserstraße nachvollziehbar ist. Arkaden gab es nur an der Nordseite des Marktplatzes und auf der Südseite zwischen Douglas- und Hirschstraße. Die beiden Kaufhäuser an der Ritterstraße haben diese Planungen erst viel später aufgenommen.

In der Ausstellung hatte Pflästerer auch zahlreiche Zeichnungen über die genannten Prachtbauten gezeigt. Mehr noch als seine Ideen zur Kaiserstraße fanden sie und damit auch seine Person heftige Kritik. Diesen Ideen war allzusehr ihre Entstehungszeit im Dritten Reich und auch ihre Funktion als Repräsentations- und Zweckbauten des Nationalsozialismus anzumerken. „Viele Zeichnungen weisen recht peinliche Stellen auf, wo man nachträglich die ehemaligen Hakenkreuze ... hat ändern müssen“, merkte eine Ausstellungskritik an.

DER WOHNRAUMMANGEL

Solche Peinlichkeiten gehörten aber sicher nicht zu den Hauptsorgen der Mehrheit der Karlsruher Bevölkerung. Diese wollte vielmehr wissen, wie es mit dem Wohnungsbau vorankommt. Denn das, was da an Trümmern aus der Stadt geräumt wurde, waren einmal überwiegend Wohnungen gewesen. Einschließlich der wenigen Neubauten während des Krieges hatte Karlsruhe vor den Kriegszerstörungen 57 500 Wohnungen für 190 000 Einwohner. Von diesen Wohnungen waren 1945 nur 22 000 bewohnbar. Nachdem bei Kriegsende nur etwa 50 000 Menschen in der Stadt lebten, waren es Anfang 1947 schon wieder 175 000 und am Ende des Jahres 1947 185 000. Der Wohnungsbau wurde also zu der entscheidenden Aufgabe. Und hier konnte zunächst wegen des Materialmangels und fehlender Handwerker vorrangig nur an Reparaturen gedacht werden. Bewohnte Wohnungen mußten wetterfest, unbewohnbare Häuser sollten durch größere Dachreparaturen bewohnbar gemacht werden. Von Kriegsende bis Ende 1947 stieg die Zahl der notdürftig bewohnbar gemachten Wohnungen um etwa 22 000. Es blieb also gegenüber der Vorkriegszeit ein Defizit von knapp 14 000 Wohnungen.

Ein Dach über dem Kopf zu haben, was damals so viel hieß wie in einer „wohnwürdi-

gen“ Wohnung mit der Familie zu leben, wurde zu einem elementaren Bedürfnis. Man muß sich aber vor Augen halten, daß als „wohnwürdig“ eingestufte Wohnungen auch solche in Wirtschaftsgebäuden, Bunkern, Baracken, Behelfsheimen, Wochenendhäusern und notdürftig hergerichteten Wohnungen mit mehr als sechs Quadratmetern Grundfläche gehörten. Tausende lebten noch schlechter, d. h. „wohnunwürdig“ in Ruinen oder Massenquartieren. Als „wohnwürdig“ wurde allerdings nur die Behausung als solche qualifiziert. Die Statistik erfaßte nicht, daß viele Menschen durch die Überbelegung der Wohnungen dennoch „wohnunwürdig“ untergebracht waren. In etwa 45% der Wohnungen mußten sich zwei und mehr Parteien eine Küche, ein Bad und ein WC teilen. Das enge Zusammenleben von fremden Personen und Familien in einer Wohnung ohne individuellen Rückzugsbereich war zum wesentlichen Merkmal der Nachkriegswohnverhältnisse geworden. Erschwerend kam hinzu, daß es kaum Heizmaterial gab. Die zugefrorenen Flüsse hatten den Kohlentransport lahmgelegt, Strom- und Gassperrstunden waren die Folge. Mit Wohnungsmangel ist dieses „Wohnungselend“ sicher nur unzureichend beschrieben und die statistischen Zahlen geben wohl kaum den Eindruck von Hoffnungslosigkeit wieder, der auch in Karlsruhe vielerorts herrschte.

„OSTFLÜCHTLINGE KOMMEN“

Zu dem Wohnungsmangel haben zunächst beigetragen der Bedarf von 2000 Wohnungen für die Besatzungsmacht, dann die Rückkehr der wegen der Bombenangriffe in Landgemeinden Evakuierten und schließlich kamen bis Ende 1947 17 000 Kriegsgefangene nach Hause. Zusätzlich erreichten bis Ende 1946 12 000 Flüchtlinge und Vertriebene die Stadt, weitere 2500 kamen im Verlauf des Jahres 1947. Auf Plakaten wurden sie den Karlsruhern angekündigt und freundliche Aufnahme gefordert.

Nach den Vorstellungen der Amerikaner, die in dem Flüchtlingsgesetz des Landes vom Februar 1947 formuliert wurden, sollten die Flüchtlinge rasch und vollständig politisch, sozial und wirtschaftlich assimiliert werden. Flüchtlinge waren daher wie Ortsansässige zu

KARLSRUHER!

Ostflüchtlinge kommen!

Hunderttausende von ausgewiesenen Menschen aus dem Osten werden in den nächsten Wochen und Monaten in den stark beengten Lebensraum einfluten. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden.

Alle offenen und versteckten Proteste gegen die von den Alliierten angeordneten Maßnahmen sind zwecklos.

Es steht uns als Volk, das einen totalen militärischen Zusammenbruch erlebt hat, kein Recht der Kritik zu. Wenn jemanden der Fluch treffen soll für die grausigen Dinge, die sich uns als Folgeerscheinung bieten, so muß er jene gewissenlosen Abenteurer und Verbrecher treffen, die diesen Krieg entfesselt haben, vor allem die Führer und aktivistischen Anhänger der Nazipartei, deren imperialistischen Auftraggeber und die reaktionären Militärs. Keinesfalls darf sich ein Unwille gegen diejenigen zeigen, die selbst das Opfer der Katastrophopolitik Hitlers geworden sind, gegen die jetzt aus dem Osten Ausgewiesenen.

So schwer es auch sein mag, wir müssen diesen Unglücklichen eine neue Heimat bieten, selbst wenn wir auf Grund der starken Beschädigungen unserer Stadt räumlich noch so beengt sind.

Die zu uns kommenden Menschen dürfen wir nicht als Eindringlinge betrachten, sie sollen unsere endgültigen Mitbürger und Mithelfer beim Wiederaufbau unserer Stadt werden. Es geht auch daher nicht an, sie dauernd in geschlossenen Unterkünften, die auch garnicht ausreichen würden, unterzubringen.

Unsere Wohnräume, soweit sie unterbelegt sind, müssen restlos zur Verfügung gestellt werden.

Es wird ganz von dem sozialen Verständnis der Karlsruher Bevölkerung abhängen, das bisher immer ein Gutes war, ob sich diese Einweisungen reibungslos abspielen, oder ob behördlicher Druck angewendet werden muß. Bei dem wohnlichen Zusammenleben müssen beide Teile bemüht sein, gegenseitiges Vertrauen zueinander zu erwerben, der gute Wille wird dabei über vieles hinweghelfen.

| <p>NMÜ, Quartier- und Wohnraumamt Karlsruhe, Hauptstadtstr. 2</p> <p>Name: _____ Straße: Nr. _____</p> <p>Wohnraumzuweisung für Flüchtlinge Flü</p> <p>In Auftrag des Flüchtlingskommissars für den Stadtkreis Karlsruhe werden Ihnen (Name) _____ Räume im (Ort) _____ zugewiesen. Die Räume sind nach (Möglichkeit) zu möblieren, insbesondere mit Schlüsselschlössern. Die Mitbenutzung der Räume muß dem Untermieter zugestanden werden. Name: _____ i. A.</p> <table border="1"><thead><tr><th>Personen-Namen</th><th>Art</th><th>Wohnung</th></tr></thead><tbody><tr><td> </td><td> </td><td> </td></tr><tr><td> </td><td> </td><td> </td></tr></tbody></table> | Personen-Namen | Art | Wohnung | | | | | | | <p>An den Wohnungsinhaber</p> <p>Nehmen Sie bitte die Flüchtlinge die Ihnen zugewiesen werden freundlich auf. Sie werden bei uns eine neue Heimat finden. Schützen Sie diese für uns.</p> <p>Wenn Sie können, möblieren Sie die Räume zusätzlich mit Schlüsselschlössern. Wenn Sie kein Bett haben, können Sie auch ein Bett stellen. Es soll ein zweifaches Bett sein, wenn möglich, ein einfaches Bett ist auch möglich. Die Betten sollen aus Holz sein, wenn möglich, ein einfaches Bett ist auch möglich. Die Betten sollen aus Holz sein, wenn möglich, ein einfaches Bett ist auch möglich.</p> <p>Guter Wille vermag viel!</p> <p>An den Flüchtling</p> <p>Mit Ihrer Einweisung in einen Wohnraum hat eine vielfache lange Wanderung ihr Ende gefunden. Die Lage liegt Ihnen nahe. Sie sind und bleiben in Karlsruhe geblieben. Glauben Sie, das Verhalten des Wohnungsinhabers, Schützen Sie die Möbel, die er Ihnen zur Verfügung stellt. Beachten Sie seine Eigenschaften. Die Wohnung mit Bewohnern (Vertragspartner) ist schon. Gegenüberliche Hilfe ist notwendig. Diese Hilfe ist in unserer letzten Zeit. Die Wohnungsinhaber können nicht mehr helfen, darum ist auch diese Einweisung eine Maßnahme. Der Wohnungsinhaber ist in der gesetzlichen Pflicht. Die Hilfe wird ebenfalls an den Wohnungsinhaber. Die Wohnungsinhaber sind der Wohnungsinhaber. Die Wohnungsinhaber sind der Wohnungsinhaber. Die Wohnungsinhaber sind der Wohnungsinhaber.</p> |
|--|----------------|---------|---------|--|--|--|--|--|--|--|
| Personen-Namen | Art | Wohnung | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | |

Der Flüchtlingskommissar für den Stadtkreis Karlsruhe
Riedinger, 2. Bürgermeister

behandeln, sie durften keine eigenen Vereinigungen bilden, und sie durften nicht länger als zwei Wochen in den Aufnahmelagern verweilen. Das Karlsruher Auffanglager für 2500 Flüchtlinge war in der Artilleriekaserne an der Moltkestraße zum Teil sehr beengt untergebracht. Hier wurde den Neuankömmlingen eine umfassende Betreuung zuteil, zu der auch die Vorbereitung auf die hiesige Lebensweise durch Vorträge gehörte. In sogenannten Neubürgerversammlungen wurden sie von der Stadtverwaltung begrüßt. Umgekehrt bemühte man sich, mit den 1947 veranstalteten „Kulturtagen der Neubürger“, diesen Gelegenheit zur Präsentation ihrer kulturellen Traditionen gegenüber ihren Mitbürgern zu geben. Dies sollte der Integration und Assimilation der Fremden in ihrer neuen Heimat dienen. Der Karlsruher Flüchtlingskommissar Alfred Behnle und seine Behörde haben für eine den Zeitumständen entsprechende bestmögliche Betreuung der „Neubürger“ gesorgt.

Angesichts des fehlenden Wohnraums mußte natürlich die Forderung, die Flüchtlinge binnen zwei Wochen aus den Durchgangslagern in Wohnungen einzuweisen, zum organisatorischen Problem werden. Zugleich war abzusehen, daß der Integrationsprozeß keineswegs reibungslos verlaufen würde. 1947 wurde auch in diesem Punkt ein besonders kritisches Jahr. Denn nach dem Flüchtlingsgesetz mußten jetzt die bisher noch in sogenannten Zwischenlagern – zumeist Wirtshaus-sälen – untergebrachten etwa 7000 Flüchtlinge schnell in Wohnungen eingewiesen werden. Da es in der Regel kinderreiche Familien waren, stellte dies ein schier unüberwindbares Problem dar.

Die Haltung vieler Wohnungsinhaber umschrieb 1948 Bürgermeister Heurich so: „In der Wohnung, die bisher ihrem Inhaber alleine gehörte und die er möglicherweise sogar unter Einsatz seines Lebens gegen Brand und Bomben verteidigt hat, erscheinen nacheinander fremde Menschen aus verschiedenen Ländern, die als einzige Legitimation einen Schein vom Wohnungsamt vorweisen und fordern Einlaß und Aufnahme in ein Heim, das sie vorher nicht gesehen haben und zu dem sie auch nicht die geringste Beziehung besitzen. Verständlich, daß sie nicht mit Begeisterung und Liebe

empfangen werden.“ So richtig diese Einschätzung sicher war, so wäre es doch besser gewesen, Heurich hätte klargestellt, daß es für diese Haltung keine moralische Berechtigung gab, sondern Hilfe für die Flüchtlinge das Gebot der Stunde war.

Im August 1947 schrieb Alfred Behnle einen Artikel über die Schwierigkeiten bei der Unterbringung und Eingliederung der Flüchtlinge. Oftmals sei behördlicher, ja polizeilicher Zwang nötig gewesen, die „Neubürger“ in die ihnen zugewiesenen Wohnungen auch einzuquartieren und sie mit dem notwendigsten Hausrat auszustatten. Und danach fingen die Probleme erst an. Behnle schreibt unter anderem: „Der Mann der Flüchtlingsfrau hat glücklich Arbeit gefunden und kommt um 12 Uhr heim zum Essen. Desgleichen der Hausherr. Wer kocht zuerst? Man kann nicht gut Stunden vorkochen; auch nicht miteinander, da die Kochtöpfe fehlen und zuwenig Platz ist. Die ersten Mißstimmigkeiten treten auf.“ Etwas weiter berichtet er: „Einer Frau fehlt etwas in der Küche. Schon hat es die andere genommen. Die eine Partei liebt die Ruhe in der Wohnung, die andere spielt laute Musik. Unendlich sind die Ansatzpunkte für Streit.“ Und dieser wurde gelegentlich auch handgreiflich ausgetragen, wie den Akten zu entnehmen ist. Die vielen Umzugswünsche von Einquartierten, die im Jahre 1947 beim Wohnungsamt eingingen (etwa 60% des Posteingangs), sind Beleg dafür, daß die „Mietehen“, wie die Einquartierungen genannt wurden, häufig kein happy-end hatten. Auch wenn Alfred Behnle das in seinem Erfahrungsbericht nicht ausspricht, wird doch deutlich, daß die Frauen bei der Integration der Vertriebenen enorme Leistungen erbringen mußten. Abschließend stellt der Flüchtlingskommissar hell-sichtig fest: „Die Grundlage der seelischen Befriedigung bildet die Erfüllung des dringendsten Lebensbedarfs. Erst wenn jede Hausfrau wieder an ihrem eigenen Herd in eigener Küche kochen kann, wird der innere Friede näher gerückt sein.“ Der wirtschaftliche Aufschwung und der Bauboom in den 50er Jahren trugen dann das ihre dazu bei, den schwierigen und konfliktreichen Intergationsprozeß zu einem guten Ende zu bringen.

DIE ERNÄHRUNGSKRISE

Die Küche war aber nicht nur der symbolische Ort der Flüchtlingsproblematik. Weit mehr noch stand die Küche ganz real im Zentrum der existenzbedrohenden Krise des Jahres 1947: Der Lebensmittelkrise. „Man bräune Zwiebel oder Lauch in ein wenig Fett, löse Hefe für 10 Pfennige in einer Tasse lauwarmen Milch auf, lasse alles zusammen kochen und mit drei Eßlöffeln geriebenen Brötchen andicken, zum Schluß mit Salz, Pfeffer und Majoran abschmecken.“ So lautete eine Rezeptur aus jenen Tagen, die einen Brotaufstrich ergab, der die Illusion von Leberwurst vermitteln sollte. Wir können heute leicht staunen über den Erfindungsreichtum unserer Mütter und Großmütter, für sie waren solche phantasievollen Rezepte aber die reine Notwehr gegen den Hunger.

Bereits im März 1947 fiel die über Lebensmittelmarken zugeteilte Kalorienzahl um fast 250 auf 1300, um dann im Mai und Juni deutlich unter 1000 Kalorien abzusinken. Bis Oktober pendelte die Zahl zwischen 1100 und 1300. Tatsächlich waren die wirklich zur Verteilung aufgerufenen Mengen noch niedriger, wie die Amerikaner in einem internen Report feststellten. Diese langanhaltende Minderernährung – als normal wurden 2500 Kalorien angesehen – traf eine Bevölkerung, die schon unmittelbar nach dem Krieg und im Frühjahr 1946 schlechte Versorgungsperioden erlebt und entsprechend an Substanz verloren hatte. So stellte das Karlsruher Gesundheitsamt bei den Erwachsenen im Frühjahr 1947 eine je nach Altersgruppe und Geschlecht unterschiedliche Gewichtsabnahme gegenüber dem Vorjahr von 2–6 Kilogramm fest. Dies führte dazu, daß im Mai die wöchentliche Arbeitszeit



Schlangestehen vor dem Lebensmittelgeschäft Feinkost Kissel in der noch ungeräumten Kaiserstraße nahe der Hofapotheke.

(StadtAK 8/Alben 5, Bd. 8, S. 866)

Achtung!

26. JULI 1947
Wahlzettel
Erledigt
Tg. Nr. Ord.

Hoover-Speisung

Alle Jugendlichen vom 14. bis zum vollendeten 17. Lebensjahr, soweit sie nicht bereits in Schulen oder Großbetrieben gespeist werden, können sich an einer der unten angeführten Stellen zur Teilnahme an der Speisung melden. Maßgebend für die Meldung ist der Arbeits-, nicht der Wohnort.

Ausgeschlossen von der Speisung sind:

1. Alle Voll- und Teilselbstversorger.
2. Alle Empfänger von Lebensmittelzulagekarten jeder Art.

Bei der Meldung sind vorzulegen:

1. Meldekarten des Arbeitsamtes.
2. Bescheinigung des Arbeitgebers, daß der Betrieb keine Ernährungszulagen empfängt und nicht Voll- oder Teilselbstversorger ist.

Meldezeiten:

Montag, den 28. Juli 1947
Dienstag, den 29. Juli 1947
Mittwoch, den 30. Juli 1947
jeweils 17.00 bis 19.00

Meldestellen:

Katholisches Gesellenhaus, Sofienstr.
Durlach, Schloßkaserne, Pfintzstr. 53
Gasthaus „Auerhahn“, Schützenstr. 58
Gasthaus „Hohentwiel“, Ecke Hirsch-
u. Klauprechtstraße
Städt. Altersheim, Zähringerstraße 4
Gasthaus „Krone“ Daxlanden
Gasthaus „Rössle“, Grünwinkel
Evang. Gemeindehaus, Rüppurr, Dia-
konissenstraße
Firma Herlan, Gerwigstraße 56
Bezirksstelle Mühlburg
Bahnhofsmmission (nur für auswärtige
Lehrlinge, die täglich die Züge benutzen)

B. P. 7. Gf. 300

Der Ortsausschuß für Hooverspeisung Karlsruhe

von 48 auf 44 Stunden herabgesetzt werden mußte. Bei den Kindern wurde im Vergleich zur Vorkriegszeit bei größerem Wachstum eine Gewichtsverminderung um durchschnittlich ein Kilogramm ermittelt. Der Allgemeinzustand der Kinder wurde mit 9% als gut, 37% als mittelmäßig und 54% als schlecht beurteilt. Die Zahl der Erkrankungen an offener Tbc stieg allein im Jahr 1947 um 242. Der britische Verleger Viktor Gollanz schrieb voller Entsetzen nach einem Deutschlandbesuch, er habe teilweise keine Menschen, sondern nur sterbende Skelette gesehen.

Die deutschen Verwaltungen versuchten unter dem Druck der Besatzungsmacht alles, um die Erzeuger zur Ablieferung ihrer Produkte im vorgesehenen Umfang zu veranlassen. Aber schlechte Ernten 1946 und 1947 nach langen tropisch heißen Sommern und die lockende und lohnende Versuchung etwas für den Schwarzmarkt abzuzweigen, machten die Bemühungen nicht sehr erfolgreich. Die Amerikaner waren sich durchaus bewußt, daß man hungrigen Menschen nur schlecht die demokratische Regierungsform nahebringen kann. Und von deutscher Seite mahnte der Oberkirchenrat Schauffler aus Württemberg, daß ein verzweifelndes Volk, das sich ungerecht behandelt fühle, gegen die Tatsache seiner Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus sich mehr und mehr verschließen werde.

Die Amerikaner versuchten, mit zusätzlichen Getreide- und Mehllieferungen, mit einer kalorienmäßigen Aufwertung der Care-Pakete, mit der Unterstützung deutscher Wohlfahrtsorganisationen und mit der Schülerspeisung, die von Ex-Präsidenten Edgar Hoover angeregt worden war, das Schlimmste zu verhüten. Die Schülerspeisung begann im Juni 1947 mit Lebensmittelspenden aus den USA, einem Zuschuß des Landes für Zubereitung und Organisation sowie einem geringen Eigenbeitrag. Etwa 17 000 Karlsruher Schüler und Schülerinnen erhielten so am Jahresende täglich 350 Kalorien zusätzlich. Bei der Ausgabe wurde streng darauf geachtet, daß das Personal – Kräfte der Arbeiterwohlfahrt und anderer Hilfsorganisationen –, das ja auch Hunger hatte, nichts von den für die Schüler bestimmten Lebensmitteln bekam.

Die von Hoover ins Leben gerufene Sonderverpflegung für deutsche Kinder und Jugendli-

che hat sicher unabsehbare gesundheitliche Schäden der Heranwachsenden verhindert. Sie hat zugleich aber, und das war damals fast genauso wichtig, die Deutschen an die guten Absichten der Amerikaner glauben lassen. Die Aussichten auf eine wirtschaftliche Erholung und die Rückkehr in die Völkergemeinschaft schienen nicht mehr unmöglich.

Hilfsmaßnahmen wurden aber auch in Karlsruhe selbst organisiert durch die Wohlfahrtsverbände, die sich unter Führung der Stadtverwaltung zur Karlsruher Notgemeinschaft zusammengeschlossen hatten. Vor allem notleidende ältere Menschen sollten unterstützt werden. Ihnen fehlte häufig die Kraft aber auch die Findigkeit, sich das Lebensnotwendige zu besorgen und das, was sie erhielten, zuzubereiten. Das Spendenaufkommen kam durch regelmäßige Haussammlungen, Spenden von Betrieben und auch durch den Erlös kultureller oder Vergnügungsveranstaltungen zusammen. Auch Sachspenden wurden angenommen und an Bedürftige verteilt. So kamen im Winter 1946/47 860 000 Mark zur Verteilung, davon stammte die Hälfte aus den Haussammlungen der Rest aus anderen Zuwendungen, z. B. auch aus Amerika. Zudem erhielten 2000 Menschen im ersten Vierteljahr 1947 106 000 Essensportionen.

LEBENSMITTELBESCHAFFUNG: HAMSTERN UND SCHWARZHANDEL

Alle diese Hilfeleistungen konnten freilich das Problem der Unterversorgung nur lindern und nicht lösen. Die Ernährungskrise brachte 1947 immer mehr Karlsruher und Karlsruherinnen dazu, ihre Rationen durch Hamsterfahrten oder auf dem Schwarzmarkt aufzubessern. Gegenüber anderen Städten war Karlsruhe hier aber stark benachteiligt, denn der Weg über den Rhein und nach Süden war durch die französische Zonengrenze versperrt. So blieb nur die nördliche Hardt und der Kraichgau für die Hamsterfahrten. Viel Tafelsilber, Porzellan, Teppiche oder Pelzmäntel wanderten so in die Schränke von Bauern. Bei den Städtern erwarben diese sich einen denkbar schlechten Ruf als Krisengewinner. Der amerikanische Mili-

Aufruf!

Das große Hilfswerk beginnt:

Die Karlsruher Notgemeinschaft ruft die gesamte Bevölkerung auf, ihre bewährte Opferwilligkeit im bevorstehenden Winter für unsere notleidenden Mitbürger zur Tat werden zu lassen. Auch der kommende, schwere Winter muß überstanden werden. Wir sehen ihm mit Sorge entgegen. Die Mitarbeit **aller** Frauen und Männer ist **das Gebot der Stunde!** Wir dürfen in unserer Hilfsbereitschaft **nicht erlahmen!** Deshalb:

Helft unserem leidenden u. darbenden Volk! Helft und gebt, was in Euren Kräften steht!

Die Mittel für die **Bekämpfung der Not** müssen bereitgestellt werden. Wir dürfen uns dieser gewaltigen Aufgabe **nicht entziehen.** Wir müssen auf die so oft **bewährte Hilfsbereitschaft unserer Karlsruher** bauen.

Gebt Geld- und Sachspenden!

Jede Gabe ist willkommen! Ihr gebt nicht mehr für sinnlose Zerstörung, sondern für die Wohlfahrt und Gesundheit unserer Mitmenschen. Die Not ist riesengroß! Sorge und Entbehrung überall. Die Wohlfahrtsverbände unserer Stadt sind bereit wie immer, ihre ganze Kraft in den Dienst des großen Hilfswerks zu stellen. Nur menschliches Verständnis und Liebe zum Nächsten sind Wegweiser ihres Handelns!

Karlsruher!

Mag der kommende Winter bringen, was er will, eines ist gewiß: Die bisher glänzend bewährte Hilfsbereitschaft unserer Einwohner wird sich aufs Neue bewähren. Gebt freudig im Interesse des großen Hilfswerks!

Sachspenden nehmen die Bezirksstellen, die Sammler und unsere Geschäftsstelle, Steinstr. 20, Zimmer 17, entgegen. Jede Abgabe erfolgt gegen Quittung.

Geldspenden sind auf das Konto der Notgemeinschaft bei der Städt. Sparkasse, Konto 5800 oder Postscheckkonto 52040 Karlsruhe einzuzahlen.

Karlsruhe, den 1. Oktober 1947.

Der Oberbürgermeister

Töpper

Caritas-Verband – Innere Mission – Israel. Wohlfahrtsbund – Arbeiterwohlfahrt – Rotes Kreuz – Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund – Industrie und Handelskammer – Handwerkskammer – Kreishandwerkerschaft

G. Baum, Karlsruhe IX, 47 30



Essenausgabe der „Karlsruher Notgemeinschaft“ an ältere Menschen.

(StadtAK 8/Alben 5, Bd. 8, S. 876)

tärgouverneur Lucius D. Clay brach in seinen Memoiren allerdings eine Lanze für die Bauern. „In Wirklichkeit jedoch hat der deutsche Bauer Deutschland in einer Zeit gerettet, als die Lebensmittellage in der Welt ausreichende Einfuhren unmöglich machte. Er arbeitete tag-ein-tagaus, mit seiner ganzen Familie, . . . beakerte unermüdlich den Boden und leistete Hervorragendes, wenn man die Hindernisse bedenkt, denen er sich gegenüber sah. Die hohen Abgabequoten, die ihm wenig für die eigene Verwendung in Küche und Stall übrigließen, erfüllte er 1946/47 zu 86%.“

Neben den Hamsterfahrten bot der Schwarzmarkt die Möglichkeit, die Rationen aufzubessern. Ein Kommentar in den BNN merkte dazu an, daß vor allem die Kuchen- und Tortenberge bei Familienfeiern vom Erfolg solcher Aktionen kündeten. Dazu brauchte man aber Wertgegenstände oder Geld, denn die Schwarzmarktpreise 1947 waren astronomisch hoch. So kostete 1 kg Brot im ersten Halbjahr 1947 30,- Reichsmark, auf Marken dagegen

nur 40 Pfennige. Für jeweils 1 kg Butter lagen die Preise bei 340,- und 4,- Reichsmark, für Schweinefleisch bei 80,- und 1,80 Reichsmark, für Zucker 220,- und 1,06 Reichsmark. Eine amerikanische Zigarette kostete 5,- Reichsmark und eine Leica brachte 30 000,- Reichsmark. Gespeist wurde der Schwarzmarkt durch Schmuggel, durch „Abzweigungen“ aus Vorratslagern und bei den Erzeugern sowie durch Besatzungssoldaten.

Die Kenntnisse über die Preise aber auch über den Umfang des Schwarzmarktes in Karlsruhe verdanken wir dem Sonderkommissariat unter Leitung von Kriminalkommissar Höllein. In seinem Jahresbericht für 1947 teilte er folgende Beschlagnahmungen mit: 123 Zentner Mehl, 480 kg Öle, 77 Zentner Fleisch- und Wurstwaren und 59 Zentner Lebensmittel. 117 Schwarzschlachtungen wurden entdeckt und außerdem 780 000 Zigaretten und 170 000 Stück Seife beschlagnahmt. Was hier aufgelistet ist, stellt natürlich nur einen Bruchteil der auf dem Schwarzmarkt gehandelten Waren

dar. Die Karlsruher Polizei galt im übrigen als besonders erfolgreich im Kampf gegen den Schwarzmarkt. Das wiederum kam der Stadtkasse zugute, denn bei 4198 Verurteilungen flossen ihr durch Geldstrafen und den Erlös der Waren über 1 Million Reichsmark zu. Annähernd 100 Jahre Freiheitsstrafe wurde gegen die Ertappten verhängt. Das konsequente Vorgehen gegen Schwarzhändler hat auch verhindert, daß es in Karlsruhe einen festen Platz für den verbotenen Handel gab. Im wesentlichen spielte er sich in den Gassen des Dörfle und den dortigen Wirtschaften ab.

Es ist leicht nachvollziehbar, daß in Zeiten großer Not die Versuchung zur Beschaffungskriminalität groß ist. So häufen sich denn auch in internen Berichten wie in der Presse die Klagen über den allgemeinen Zerfall der Sitten. Das bezog sich nicht nur auf die Zunahme von Geschlechtskrankheiten, sondern auch auf die Fälschung und den Diebstahl von Lebensmittelkarten, den Diebstahl von Lebensmittelvorräten und die Schwarzschlachtungen. So mußte z. B. im Juni 1947 die Leiterin der Kartenausgabestelle in der Südweststadt mit drei Angestellten verhaftet werden. Erwischt wurden auch zwei Daxlander, die im Mai in der Dusche des Fußballvereinsheims zwei Kühe geschlachtet hatten. Über viele solcher Fälle berichtete die Zeitung immer mit der Namensnennung aller Beteiligten.

DIE ENTNAZIFIZIERUNG

Wie über die Kriminalität bei der Lebensmittelbeschaffung berichtete die Presse auch regelmäßig und ebenfalls mit der vollen Namensnennung über einzelne Urteile der Spruchkammern in den Entnazifizierungsverfahren. Ausführliche Berichte galten immer wieder auch den Verbrechen des Nationalsozialismus. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im Jahre 1947 seien hier exemplarisch einige Berichte und Kommentare aus den BNN präsentiert. Über das ganze Jahr hinweg berichtete die Zeitung über Verfahren und Urteile gegen führende Nationalsozialisten und über nationalsozialistische Verbrechen in den Konzentrationslagern, über den Tod von 2,3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam oder die Ermordung

von mehreren zehntausend Juden in Minsk, an denen der Karlsruher Kriminalkommissar Rübél beteiligt war. Die Berichterstattung über die lokalen Entnazifizierungsverfahren nahm an Intensität im Laufe des Jahres jedoch ab. Und das hatte seine Gründe.

Von der Entnazifizierung waren in Karlsruhe etwa 100 000 Männer und Frauen betroffen. All jene, die vor 1937 in die NSDAP eingetreten waren, durften bis zu ihrem Verfahren nur untergeordneten Tätigkeiten nachgehen oder blieben, wenn sie es sich leisten konnten, einfach zu Hause. Sie waren z. B., wie Klotz festgestellt hat, im Ehrendienst der AAK tätig oder, wie der Flüchtlingskommissar Behnle sich erinnerte, als Hilfsarbeiter mit ihren Fähigkeiten unersetzliche Helfer bei der Organisation der Flüchtlingsbetreuung. Insofern war die Frage, wie sich die Entnazifizierungsverfahren entwickelten, in vielen Familien von brennendem Interesse. Denn erst nach den Verfahren und abhängig von der Höhe der Strafe, die auch ein mehrjähriges Berufsverbot beinhalten konnte, war eine Rückkehr in den Beruf möglich.

Durch die Jugendamnestie und die Weihnachtsamnestie fielen 1947 allerdings bereits zahlreiche von der Entnazifizierung Betroffene nicht mehr unter das Gesetz. In der Presse wurde dies begrüßt, zeige es doch Menschlichkeit gegenüber den „Kleinen“ und böte damit zugleich die Chance, sich schneller den Naziaktivisten aus Wirtschaft und Verwaltung zuzuwenden. Hierin war die damals bereits gängige Kritik an der Entnazifizierung enthalten, man kümmere sich nur um die „Kleinen“ und lasse die „Großen“ laufen. Ein Urteil, das man aus heutiger Sicht nicht ohne wenn und aber teilen mag, denn die „Großen“ warteten zumeist zwei bis drei Jahre in Internierungslagern auf ihre Verfahren.

Die aus der damaligen Erfahrung jedoch durchaus nachvollziehbare Einschätzung erhielt unter anderem durch einen spektakulären Fall Bestätigung. Es ging um den Ministerpräsidenten Reinhold Maier. Der öffentliche Kläger beantragte ein Verfahren vor der Stuttgarter Spruchkammer mit dem Ziel, ihn als Hauptbelasteten einzustufen. Maier, so der Vorwurf, habe als Reichstagsabgeordneter 1933 dem Ermächtigungsgesetz (5. März 1933) zugestimmt und damit die Errichtung des NS-Regi-

mes entscheidend gefördert. Dieses Gesetz habe Hitler eine Maskerade ermöglicht, schrieb der Kommentator in den BNN und fährt fort: „Ohne dieses Ermächtigungsgesetz aber wäre er gezwungen gewesen, sofort sein wahres Gesicht zu zeigen. Es geht bei der Anklage also um eine Schuld. Und auch wer trotz guter Absicht und ungenügendem Erkenntnisvermögen in Schuld gerät, muß für sie gerade stehen. Wie man das zu Recht auch von dem ohne schlechte Absicht in die NSDAP eingetretenen Pg. verlangt.“ 75 Prozent der bei der BNN zahlreich eingegangenen und z. T. auch gedruckten Leserbriefe teilten diese Meinung. Als Reinhold Maier am 13. Mai als von dem Gesetz nicht Betroffener eingestuft wurde, gestand man ihm das Recht des politischen Irrtums jedoch zu, das man den kleinen Parteigenossen der NSDAP verweigerte. Die Praxis der Entnazifizierung verstrickte sich so in Widersprüche und sie galt schon Mitte 1947 als fehlgeschlagen.

War der Umgang mit denen, die sich auf die eine oder andere Weise mit dem Nationalsozialismus gemein gemacht hatten, schon schwer, so mußte der Umgang mit jenen, die sich Hitler widersetzen noch schwerer sein. Seit 1946 gab es im September ein Gedenken an diese Opfer. Kritisch kommentierte die BNN 1947: „Man ehrte die Toten in Gedenkfeiern, aber man würde die Toten besser ehren, wenn man ihren Kameraden, die überlebten, den Platz einräumte, der ihnen gebührt.“ Die Ursachen dieses mangelnden Wohlwollens gegenüber dem Widerstand benennt der Autor aus seiner Kenntnis der Mentalität seiner Zeitgenossen sicher treffend: „Allzu viele gibt es, die – man kann es nicht anders deuten – aus einem nicht ganz reinen Gewissen heraus nicht erinnert sein möchten, wieviele ihretwegen kämpften und sich opferten, als sie auflehnungslos hinnahmen, wieviele ihrer Zukunft wegen starben, als sie der Tyrannei dienten. Man will nichts mehr wissen von damals . . .“. Damit war jene Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus benannt, die die 50er und frühen 60er Jahre beherrschen sollte. 1947 also wurden die nachdenklichen Stimmen, die einer ernsthaften Auseinandersetzung mit dem NS-System das Wort redeten, bereits leiser. Die Verdrängung setzte ein.

1947: JAHR DER WEICHENSTELLUNGEN

Der Gründer der legendären Gruppe 47, Hans Werner Richter, nannte die Ruine das Kennzeichen der Nachkriegsjahre. „In ihren ausgebrannten Fassaden blühte nicht die blaue Blume der Romantik, sondern der Geist der Zerstörung, des Verfalls und der Apokalypse.“ Im Zeichen der Ruine prägte im Jahr 1947 mehr als zuvor und weniger als danach der Mangel das Leben des Alltags. Es herrschte Knappheit an Lebensmitteln, an Brennstoffen, an Strom und Gas, an Wohnungen, an Gütern und lebensnotwendigen Dingen, aufgezehrt wurde die vorhandene Substanz an Grundstoffen und die lebendige Substanz beim Einzelnen. Daraus resultierte eine vor allem körperlich bedingte Müdigkeit, die bei vielen an Hoffnungslosigkeit und Resignation grenzte. Bei anderen löste die Lage dagegen einen schier unstillbaren Lebens- und Erlebnishunger aus.

Dennoch deutete sich bereits im Jahr 1947 durch das stärkere Engagement der Amerikaner für die Besserstellung der Ernährung eine Wende an. Dazu gehörte das Hilfsprogramm des Marshall-Plans, die Milderung der Demontagepraxis sowie ein neuer Industriepan mit höheren Produktions- und Exportziffern. Zu verdanken war diese Weichenstellung durch die Amerikaner zum einen der extremen Not in Deutschland, zum anderen aber dem Ausbruch des Kalten Krieges. Deutschland wurde nun als künftiger möglicher Verbündeter gegen die sich abzeichnende Konfrontation mit dem Ostblock gesehen. Dies erklärt auch das zunehmende Desinteresse der Amerikaner an der Entnazifizierung. Trotz aller Knappheit war aber „so viel Anfang“ wie die zwei Jahre vorher nicht. Der Wiederaufbau hatte begonnen entweder in der Planung oder konkret mit der Rekonstruktion von Verkehrsanlagen: die Straßenbahn verkehrte wieder durch die Kaiserstraße und nach Durlach, die Autobahnbrücke Wolfartsweier und die Rheinbrücke waren wieder befahrbar. Kammerspiele, Kunstakademie und Volkshochschule waren neugegründet oder wiedereröffnet, mit dem Süddeutschen Internistenkongreß kündigte sich die Therapiewoche an. Die Industrierwerke Karlsruhe, Nachfolger der Deutschen Waffen- und Muni-

Euch mahnen die Toten



GEDENKTAG
FÜR DIE OPFER DES FASCHISMUS
14. SEPTEMBER 47

VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES • VVN
WÜRTTEMBERG - BADEN

P

Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ wurde 1947 in ihren Bestrebungen noch von nahezu allen Parteien und öffentlichen Institutionen in Karlsruhe unterstützt.

(StadtAK 8/PBS X 3332)

tionsfabriken, verkündeten den Neubeginn der Produktion. Die Firmen Siemens, Stahlbau Gollnow und die Gablonzer Industrie der Vertriebenen nahmen ihre Produktion in Karlsruhe auf. So stand das Jahr 1947 nicht nur im Zeichen der Ruinen, des Mangels und der Not, sondern auch im Zeichen von Weichenstellungen und dem Neubeginn. Die Karlsruher und Karlsruherinnen erhielten 1947, auch wenn den meisten von ihnen das noch nicht so bewußt oder gar spürbar gewesen sein mag, wieder eine Perspektive für eine bessere Zukunft.

Anmerkungen

- * Geringfügig überarbeitete Fassung eines Vortrages, der im Rahmen der 50-Jahr-Feiern der Volkshochschule Karlsruhe am 10. April 1997 gehalten wurde.

Anschrift des Autors:
Dr. Manfred Koch
Neue Heimat 14
76327 Pfinztal



KRIEGSENDE IN MANNHEIM

Der 29. März 1945 ist für Mannheim ein Datum von historischer Bedeutung, endete an diesem Tag doch für die Quadratesstadt der Zweite Weltkrieg und damit auch die nationalsozialistische Diktatur. Noch wenige Tage zuvor war es zum Beschuß durch die amerikanische Artillerie auf die bereits in Schutt und Asche liegende Stadt gekommen. Am 26. März 1945 stießen amerikanische Panzer in den Käfertaler Wald vor und besetzten das noch intakte Wasserwerk. Von hier aus erfolgte erstmals in der Kriegsge-

schichte die kampflose Übergabe einer Stadt auf telefonischem Wege. Nachdem die Verantwortlichen der Stadt und der Partei sich zu diesem Zeitpunkt bereits abgesetzt hatten, lenkten einige Zivilpersonen beherzt die Geschehnisse Mannheims und verhinderten so gemeinsam mit den amerikanischen Soldaten weitere sinnlose Opfer, womit der Grundstein zur deutsch-amerikanischen Freundschaft gelegt wurde. Eine von der MVV im Wasserwerk Käfertal installierte Gedenktafel soll an dieses Ereignis erinnern.

VON DIESEM GEBÄUDE IM WASSERWERK KÄFERTAL AUS FÜHRTEN DIE AMERIKANISCHEN STREITKRÄFTE AM 28. UND 29. MÄRZ 1945 UNTER LEITUNG VON MAJOR DON S. MATHEWS TELEFONGESPRÄCHE MIT DEM STADTAMTMANN NIKOLAUS QUINTUS IN DER ZENTRALE DER STÄDTISCHEN WERKE IN K 5. DER DEUTSCH SPRECHENDE US-BATAILLONSRZT CAPTAIN FRANZ S. STEINITZ UND DER BETRIEBSLEITER DES WASSERWERKS, HEINRICH FRIEDMANN, UNTERSTÜTZTEN IHN DABEI. GRETJE AHLRICHS HIELT ALS TELEFONISTIN IN K 5 DIE VERBINDUNG AUFRECHT.

DIESE GESPRÄCHE FÜHRTEN AM GRÜNDONNERSTAG, DEM 29. MÄRZ 1945, ZUR KAMPFLOSEN ÜBERGABE DER STADT MANNHEIM AN DIE AMERIKANISCHEN STREITKRÄFTE. DAS ÜBERLEGTE HANDELN DER BETEILIGTEN PERSONEN VERHINDERT EINE WEITERE ZERSTÖRUNG DER STADT.

Text der anlässlich des 52. Jahrestages des Kriegsendes in Mannheim enthüllten Gedenktafel im Wasserwerk Käfertal. Oben: Blick vom Wasserturm in die zerstörten Planken (1945).

Elmar Vogt

Dem Elsaß und der Sprache verpflichtet:

Emma Guntz erhielt die Johann Peter Hebel-Gedenkplakette 1997

Die Johann Peter Hebel-Gedenkplakette wird seit 1960 jährlich auf Vorschlag der Hebelkommission Hausen im Wiesental an Frauen und Männer verliehen, die sich um das Vermächtnis des Heimatdichters oder um die alemannische Mundart in Wort und Schrift oder um die Erhaltung des heimatlichen Volkstums besondere Verdienste erworben haben.

So steht es in den Statuten vom 15. März 1960.

Zum dritten Mal nach 1984 (Anne Franck-Neumann) und 1989 (Jean Dentinger) ging die seltene Auszeichnung in diesem Jahr an die Elsässerin Emma Guntz aus Straßburg.

Bereits am Vorabend der Verleihung hatte die Gemeinde Hausen im Wiesental in das Elternhaus Johann Peter Hebels eingeladen. In der Reihe „Mit der Hebelplakettenträgerin im Gespräch“ hatten die Besucher Gelegenheit, Emma Guntz und ihr Werk näher kennenzulernen.

Zusammen mit André Weckmann, Hebelpreisträger des Jahres 1976, entwickelte sich ein vielseitiger und unterhaltsamer Dialog. Am 30. August 1937 wurde Emma Guntz in Bruchsal geboren. Nach dem Abitur studierte sie Philologie in Heidelberg mit dem Hauptfach Anglistik und den Nebenfächern Geschichte und Latein.

Emma Guntz wurde Präsidentin eines Vereins zur Resozialisierung Jugendlicher in Problemwohnvierteln, ist seit 1989 Mitorganisatorin der „Literarischen Biennale Mitteleuropa“

in Straßburg und begleitet seit 20 Jahren die elsässische Kulturbewegung als unentwegte, mutige Publizistin. Durch gezielte und intelligente Medienarbeit setzt sie sich für den elsässischen Spracherhalt, eine zweisprachige Zukunft und die kulturelle Öffnung des Elsaß nach allen Selten hin ein.

Im Elsaß bedürfe es einer besonderen geistigen Haltung, um zwischen drei Sprachen und zwei Kulturen bestehen zu können, so Emma Guntz. Daß sie dabei grenzüberschreitend fühlt und denkt, ist klar. Sie fühlt sich jedem Landstrich und jeder Sprache verbunden. Und doch wurde Französisch im Laufe der Jahre zu ihrer primären Sprache. Das beweist auch ihre Antwort auf die Frage einer Zuhörerin im Hebelhaus: „Träumen? Träumen tue ich überwiegend in französischer Sprache“.

Aus drei Gründen blieb Emma Guntz letztendlich im benachbarten Elsaß hängen: Wegen der Gastronomie, ein wenig wegen der Politik und – der Liebe. Sie heiratete einen Elsässer Arzt und zog nach Straßburg.

„Wenn man im Elsaß dazugehören will, muß man drei Sprachen beherrschen: Deutsch, Französisch und Elsäbisch. Und Emma Guntz wollte dazugehören, sich engagieren. Denn sie spürte: Im Elsaß des Jahres 1963 wollte man die Vergangenheit totschiweigen und die Gegenwart zubetonieren“.

Das wollte Emma Guntz ändern. Sie begann zu lernen, schrieb Artikel, war als freie Journalistin für „Radio Alsace“ unterwegs und



Aus den Händen von Bürgermeister Karl Heinz Vogt (rechts) erhielt die Elsässerin Emma Guntz aus Straßburg die Johann Peter Hebel-Gedenkplakette der Gemeinde Hausen im Wiesental. Die Laudatio hielt André Weckmann (links), Hebelpreisträger des Jahres 1976.

Foto: Elmar Vogt

moderierte Sendungen des Fernsehsenders „France 3 Alsace“ und stellte in dem Filmbeitrag „2000 Jahre Geschichte am Rhein“ Beiträge zur Diskussion.

Für das Fernsehen produzierte sie die wöchentliche Lyriksendung „Dichter vun hit“, in der sie neben Hochdeutsch und französischen Einlagen der zeitgenössischen elsässischen Mundartlyrik den ihr gebührenden Platz als spracherhaltende Literatur einräumte. Es war dies die einzige Sendung dieser Art in Frankreich. In diesen Sendungen kamen besonders jüngere und zum Teil unbekannte Dichter zum Wort, die Emma Guntz entdeckte und zu qualitativem Schaffen anspornte.

Mit Serien wie „Moments poétiques“, „Bildergarte“ und „Dichter vun hit“ machte sie weit über die Grenzen des Elsaß auf sich aufmerksam. Mit der Folge, daß ihre Sendungen als „zu teuer“ oder „zu kulturell für die Provinz“ eingestellt wurden.

Inoffiziell wurde sie den Verantwortlichen unbequem, denn Emma Guntz scheute sich nicht, auch einmal sehr zeitkritische Künstler und Schriftsteller zu Wort kommen zu lassen.

Die jüngste Hebelplakettenträgerin machte im Rundfunk die Elsässer mit ihrer kulturellen deutschsprachigen Vergangenheit bekannt, von Otfried von Weißenburg bis René Schickele und Hans Arp, die ihnen durch die

offizielle Kulturpolitik vorenthalten worden war.

Bei den Veröffentlichungen von Emma Guntz handelt es sich um zahlreiche Rezensionen, kritische Beiträge, Referate und Essays zur kulturellen und sprachlichen Situation des Elsaß, sowie Übersetzungen aus dem Französischen, Erzählungen und Lyrik in verschiedenen elsässischen, deutschen und österreichischen Publikationen.

1996 erschien der erste Lyrikband von Emma Guntz unter dem Titel „In Klarschrift“ der eigentlich kein Erstlingswerk ist, in dem Sinne, daß die Dichterin die Summe ihrer poetischen Erfahrungen schon sehr lange in sich trug, nur kam sie, verschiedener Umstände wegen und da ihre ganze Zeit von ihrer Medienarbeit in Anspruch genommen war, erst jetzt zum Ausdruck. „Wir haben es in diesem Band mit einer hohen sprachlichen Qualität zu tun, die mühelos fließt, ohne poetische Effekthascherei; nichts ufert aus, es wird kein Überdruß erweckt. Verdichtung ohne hermetisch zu werden, kein überflüssiges Wort, immer das treffende Wort, und die Texte liegen richtig, zwischen Vordergründigem und allzu Hintergründigem. Sie zwingen zur Nachdenklichkeit – aber beileibe nicht zur Beschaulichkeit!, so André Weckmann.

Als Ermunterung für alle, die sich für die Zweisprachigkeit im Elsaß einsetzen, wollte Bürgermeister Karl Heinz Vogt die Verleihung der Johann Peter Hebel-Gedenkplakette an Emma Guntz verstanden wissen. Das Elsaß, obwohl doch so nah mit uns verwandt, scheinemanchmal so weit weg zu sein – warum bloß, fragte Bürgermeister Karl Heinz Vogt.

Wie wird man zur Elsässerin, wenn man aus einem anderen Kulturkreis kommt, wie erlebt man dieses Doppelt-Sein, als Deutsche geboren und zur Französin geworden, lauteten

die rhetorischen Fragen des Hebelpreisträgers von 1976, André Weckmann, in seiner Laudatio auf Emma Guntz. Sie sei in das mit Widersprüchen vollgepackte Zwitterland gekommen, „sie stieg in unsere Träume ein und legte verschüttete Quellen frei“. Doch war es ein Geben und Nehmen: „Von uns“, meinte Weckmann, habe sie die spezifische Art, „Utopien zu züchten“ und das „politisch Unkorrekte“ gelernt. Heute sei sie die beste Kennerin der elsässischen Literatur, und Weckmann hatte ihr Engagement für elsässische Verwurzelung und Weltoffenheit.

Emma Guntz habe das Elsaß geheiratet, „sie isch ins Ländel verliabt“.

Emma Guntz bekannte, daß sie es André Weckmann zu verdanken habe, „daß ich zum geistigen Elsässertum gefunden habe, von dem René Schickele sprach“.

Johann Peter Hebel und seine große Erzählkunst, die ins Nachdenkliche übergeht, sei ihr schon seit der Kindheit vertraut. Die Hebelplakettenträgerin versprach, daß sie ihren bisherigen Weg im Einsatz für das Elsaß und seine Sprache weitergehen wolle.

Emma Guntz ist eine mutige Publizistin und eine besonders starke Kämpferin und Verfechterin für die Zweisprachigkeit im Elsaß. Sie und die deutsch-elsässische Literatur haben es verdient, daß die Johann Peter Hebel-Gedenkplakette mit dazu beiträgt, daß sich dieser Bekanntheitsgrad und die wichtigen Arbeiten von Emma Guntz auch überregional entfalten und ausdehnen können.

Anschrift des Autors:
Elmar Vogt

Riedackerweg 7
79688 Hausen im Wiesental
Telefon (0 76 22) 96 65

Ursula Hülse erhielt den „Hebeldank 1997“ des Lörracher Hebelbundes

Beim Schatzkästlein des Lörracher Hebelbundes am 11. Mai 1997 in der Lörracher Stadthalle wurde die Geschäftsführerin des „Bundes Heimat und Volksleben“, Ursula Hülse, mit dem „Hebeldank 1997“ geehrt.

Die Laudatio des Präsidenten des Hebelbundes, Dekan i. R. Gerhard Leser, ist nachfolgend abgedruckt.

Frau Ursula Hülse, verheiratet, Mutter eines Sohnes, ist seit über 20 Jahren Geschäfts-

führerin des Bundes „Heimat und Volksleben“.

In seiner Satzung bezeichnet sich der Bund „Heimat und Volksleben“ als eine Vereinigung, die sich zur Aufgabe gemacht hat und als Ziel anstrebt, sich einzusetzen

„für die Erhaltung, Pflege und Förderung des bodenständigen Volkslebens, das sich insbesondere in der Tracht, Lied, Musik, Tanz, Mundart, Sitte und Brauchtum äußert“.



Mit dem „Hebeldank 1997“ wurde die Geschäftsführerin des „Bundes Heimat und Volksleben“, Ursula Hülse, geehrt. Die Auszeichnung überreichte der Präsident des Hebelbundes Lörrach, Dekan i. R. Gerhard Leser. Foto: Elmar Vogt

Diese Ziele verfolgt der Bund „Heimat und Volksleben“ seit 1948. Sie sind ein Teil von Frau Hülse's Leben. Sie steht dahinter.

Dahinter, dieses Wort zeigt etwas Äußerliches und Formales auf, verweist aber auch auf einen ganz speziellen Inhalt.

Seit 23 Jahren wirkt Frau Hülse als gute Seele im Sekretariat des Bundes und bei den Vereinen im Land. Die Zeitschrift „Der Lichtgang“ wird von ihr redigiert. Daneben verwaltet sie ein Archiv für Theaterstücke und Schriften in Mundart. Dazu kommen die Organisation von Trachtenfesten allüberall im Land, Ausstellungen, Lehrgänge über Volkskunde und die Mitarbeit bei der Beschaffung und Gestaltung von Trachten. Unauffällig, aber immer wirksam und prägend, steht Ursula Hülse hinter dem, was im Bund „Heimat und Volksleben“ läuft.

Es ist mit Frau Hülse's Verdienst, daß die Verbandsarbeit im Bund und damit der Regionalismus in den letzten Jahren intensiven Auftrieb erhalten haben. Mit ihrem vielfältigen Einsatz leistet Frau Hülse nicht nur dem Bund einen wertvollen Dienst. Sie bereichert damit auch unsere Gesellschaft und die gesamte Region am Oberrhein.

Heute vollziehen sich im allgemeinen und öffentlichen Leben großartige Entwicklungen, aber auch gleichzeitig Sorge bereitende Vorgänge. Ein Vergleich der beiden Jahrtausendübergänge unseres Kalenders zeigt: Vom Jahr 1000 im Mittelalter bis zur zweiten Jahrtausendwende in drei Jahren hat sich eine weite Entwicklung abgespielt. Welch ein Fortschritt hat sich in diesem Jahrtausend vollzogen! Leider müssen wir hinzufügen: Und welche Scheußlichkeiten ereigneten sich! Das Adjektiv „weit“ bezeichnet viel Positives, aber auch viel Negatives.

In dieser Situation zeigt Frau Hülse, was Heimat heute bedeutet und beinhaltet. Heimat – was ist das?

Bevor der Begriff durch fremde Elemente in der Neuzeit verformt und gefährlich überhöht wurde, war „Heimat“ etwas Fundamentales und Einfaches. Die heutige Sprachforschung definiert den ursprünglichen Sinn des heute vielfältig gebrauchten Wortes „Heimat“ als den Ort, wo man sich niederlassen kann, als den Grund unter den Füßen, als die Stätte, an der man sein kann, was man ist, nämlich Mensch, nichts als nur Mensch, Mensch, wie Gott, der Schöpfer ihn schuf.

Johann Peter Hebel umschrieb in seinem Katechismus die Bestimmung des Menschen mit folgenden Sätzen:

„Gott will, daß der Mensch stets dasjenige wähle und tue, was vernünftig, recht und gut ist.

Er soll durch Vernunft herrschen über die sinnlichen Neigungen.

Er soll die Neigungen auf das Gute richten und zu dem Guten anwenden.

Er soll den Segen eines frommen Lebens schon auf der Erde erfahren und durch dasselbe zu einer ewigen Glückseligkeit nach dem Tode eingehen“.

Der Heimat dienen und damit für ein Stück Geborgenheit sorgen, das hat Frau Ursula Hülse über zwei Jahrzehnte getan, und sie will es, wenn Gott Gnade dazu gibt, noch weiter tun.

Der Hebelbund Lörrach sagt ihr Dank mit der Verleihung des Schatzkästlein 1997.

Anschrift des Autors:

Elmar Vogt

Riedackerweg 7

79688 Hausen im Wiesental

Telefon (0 76 22) 96 65

„Wenn bei Capri die rote Sonne ...“ Die Italiensehnsucht der Deutschen im 20. Jahrhundert



Die
Italiensehnsucht
der Deutschen im
20. Jahrhundert

Badisches
Landesmuseum
Karlsruhe

Abbildung: Urlauberin auf Capri, 1953
Fotograf: Benno Wundshammer

Sehnsuchtsland Italien – seit Jahrhunderten zieht es Pilger, Kaufleute, Künstler und Dichter, Brautpaare, Bildungsreisende und Badeurlauber gen Süden.

Was machen den Reiz und die Verlockung dieses Landes aus? Was fesselt den Reisenden des 19. Jahrhunderts so sehr, daß er die Mühsal einer Alpenüberquerung freudig auf sich nimmt? Warum erfüllen sich Deutsche seit den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts millionenfach ihre Urlaubsträume in diesem Land unter südlicher Sonne?

Die Ausstellung handelt vom Reisen der Deutschen nach Italien, von ihrer Sehnsucht nach Italien, von ihrer Sehnsucht nach *bella Italia*. Zu sehen sind Gemälde, Aquarelle, Skizzenbücher und Fotografien von Italien und seinen Menschen, die Sehnsüchte, aber auch Vorurteile dokumentieren. Weiterhin werden Reisebücher, Alben, Schallplatten, Filmplakate, Italien-Reisespiele und Reiseandenken gezeigt. Es geht auch um die Liebe der Italienerinnen und Italiener zu ihrer Heimat, um die sogenannten Gastarbeiter, die ab Mitte der fünfziger Jahre nach Deutschland kamen.

Wie die Eß- und Trinkgewohnheiten der Italiener, wie Mode und Design zu einer „Italianisierung“ der deutschen Lebenswelt geführt haben, ist ebenfalls Thema dieser Ausstellung und des reich bebilderten Katalogs.

31. Mai bis 14. September 1997
geöffnet täglich 10–17 Uhr,
Mittwoch 10–20 Uhr
Montag geschlossen.

Badisches Landesmuseum Karlsruhe, Schloß
Information: 07 21/9 26-65 01/-65 47
Eintritt DM 5,-/ermäßigt DM 3,-/
Schulklassen frei!

Anmeldung von Führungen 07 21/9 26-65 20
(10–12 Uhr)
Katalog DM 44,-
INFO Verlag Karlsruhe

Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg für Ludwig Vögely

Die Badische Heimat gratuliert Ludwig Vögely zu der Verleihung der hohen Auszeichnung.



Ministerpräsident Teufel bei der Verleihung der Auszeichnung an Ludwig Vögely

In einer Feierstunde am 10. Mai 1997 im Ludwigsburger Schloß zeichnete Ministerpräsident Erwin Teufel den Präsidenten des Landesvereins Badische Heimat, Ludwig Vögely, mit der Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg aus. Die Verdienstmedaille, der einzige Orden unseres Bundeslandes, wurde 1974 als Zeichen dankbarer Würdigung hervorragender Verdienste um das Land Baden-Württemberg und seiner Bevölkerung gestiftet. Besonders erfreulich ist es, daß die Auszeichnung am 10. Mai, dem Geburtstag J. P. Hebels erfolgte, dessen Leben und Werk ein guter Teil des Schaffens des Geehrten gilt.

Ludwig Vögely ist seit 1982 Präsident des Landesvereins Badische Heimat und Mitglied des Präsidiums des Deutschen Heimatbundes in Bonn und des Kuratoriums der Denkmalstiftung Baden-Württemberg. Er ist u. a. auch Initiator des Arbeitskreises Heimatpflege Nordbaden, Gründungsmitglied der Goethe-Gesellschaft Karlsruhe und ihr langjähriger Schriftführer und Mitbegründer der Abendrealschule Karlsruhe. Ludwig Vögely ist Verfasser zahlreicher volkskundlicher, landesgeschichtlicher und literarischer Schriften und Bücher.

Nachruf auf Dr. Hans Georg Zier

Dr. Hans Georg Zier, langjähriges Vorstandsmitglied der Ortsgruppe Karlsruhe, und ebenso lange Beirat des Landesvereins „Badische Heimat“ ist am 13. März 1997 in einem Pflegeheim in Kandern verstorben. Die „Badische Heimat“ hat mit seinem Tod einen herben Verlust erlitten, nicht nur, weil er ein Badener im besten Sinne war, auch seine geistige Präsenz, sein großes Wissen und seine Bedeutung als Archivar und Wissenschaftler, seine Fähigkeit zur Freundschaft und sein ganz persönliches Flair, das für ihn einnahm, werden wir sehr vermissen. Wer Dr. Zier bei Sitzungen und Veranstaltungen erlebt hat, wird seine zupackende, offene und den Kern der Sache treffende Argumentation nicht vergessen. Auf ihn war stets Verlaß, wenn es im Landesverein um wichtige Belange ging.

Dr. Hans Georg Zier wurde am 9. August 1926 in Pforzheim geboren, wo sein Vater Pfarrer an der Stiftskirche war. Er verlor seine Eltern bei einem der schrecklichen Fliegerangriffe auf die Goldstadt, während er Soldat war. Nach dem Krieg studierte Zier an den Universitäten Freiburg und Marburg Geschichte, Deutsch und Französisch und promovierte 1951 in Freiburg mit einer Arbeit zur Agrargeschichte des Hanauerlandes. Dem Hanauerland, dem Land seiner Vorfahren, gehörte Ziers lebenslange Aufmerksamkeit und Liebe.

Dann aber wandte er sich dem Beruf zu, den er als seinen „Traumberuf“ bezeichnete. Er wurde an der Archivschule zu Marburg zum Archivar ausgebildet. 1954 kam Dr. Zier als wissenschaftlicher Archivar an das Generallandesarchiv in Karlsruhe und wurde im Verlauf seiner nach oben führenden Karriere 1975 Ltd. Staatsarchivdirektor und übernahm damit die Leitung dieses hoch angesehenen Hauses. Seine Tätigkeit als oberster Archivar gab ihm Gelegenheit zu umfassenden wissenschaftlichen Publikationen. Dr. Zier bearbeitete Themen um Kehl und das Hanauerland, er schrieb seiner Heimatstadt Pforzheim eine Stadtgeschichte, befaßte sich mit Großherzog Karl Friedrich und seiner Zeit u. v. m. Vor allem aber erforschte er zeitlebens die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte unseres Landes. Die Ergebnisse seiner Forschungen fanden ihren Niederschlag auch in den Buchpublikationen, die das Generallandesarchiv herausgab. Professor Dr. Schwarzmaier, der Nachfolger Dr. Ziers in der Leitung des Archivs, schrieb in einem Nachruf auf den Verstorbenen: „Seine große Wirkung als Wissenschaftler und Archivar beruht auf seiner jahrzehntelangen Erfahrung, seinem immensen Wissen um seine Archivbestände, an deren Erschließung und Auswertung er maßgeblich beteiligt war, vor allem auf seiner Ausstrahlungskraft, die ihn zum Mittelpunkt zahlreicher gesellschaftlicher, wissenschaftlicher und politischer Aktivitäten in Karlsruhe und darüber hinaus in allen badischen Teilen des Landes Baden-Württemberg werden ließ.“ Er nannte Dr. Zier einen Mann mit impulsiver geistiger Präsenz, womit er ihn gütig kennzeichnete.

Die letzten Lebensjahre Dr. Ziers waren von schwerer Krankheit überschattet. Er verbrachte sie ab 1994 meist in Kandern, wo er gute Pflege fand.

Nun ist dieser lebenswürdige und für die Heimat allzeit engagierte Mensch von dieser Welt abberufen worden.

Wir werden Dr. Hans Georg Zier nicht vergessen.

Ludwig Vögely

Landesvorsitzender

Hansmartin Schwarzmaier 65 Jahre

Nach seinem 65. Geburtstag im Mai dieses Jahres hat der Leitende Archivdirektor Professor Dr. Schwarzmaier das Generallandesarchiv Karlsruhe verlassen, eine Institution, die für die badische Landesgeschichte von besonderer Bedeutung ist.

1932 in Tübingen geboren und aus einem altwürttembergischen Pfarrhaus stammend, ist er geprägt worden von jener geistigen Solidität und gleichzeitigen Kreativität, mit der evangelische Pastorenfamilien über Jahrhunderte Einfluß auf unsere Geistesgeschichte nahmen.

Nach dem Studium von Geschichte, Germanistik und Anglistik in Tübingen und Freiburg schrieb er seine Dissertation bei Gerd Tellenbach über Königtum, Adel und Klöster in Oberschwaben im Früh- und Hochmittelalter, und der Mediävistik widmet er sich noch heute als Honorarprofessor an der Universität Heidelberg. Die Laufbahn als wissenschaftlicher Archivar führte ihn nach Stuttgart, Sigmaringen und Karlsruhe, unterbrochen von einem Aufenthalt in Rom am Deutschen Historischen Institut 1966–69. Hier entstand nicht nur eine sozialgeschichtliche Monographie über das mittelalterliche Lucca; die Bibliographie seiner Publikationen weist weitere Darstellungen, besonders aber eine Vielzahl von Aufsätzen zur Geschichte des Mittelalters aus.

In seinen Karlsruher Jahren – seit 1986 als Leiter des Generallandesarchivs – hat er sich zudem in gleicher Weise als produktiver Forscher im Bereich der badischen Landesgeschichte profiliert und gerade dem 18. und 19. Jahrhundert sein Interesse geschenkt. Es sei nur an Beiträge über die zähringischen Markgrafen und Untersuchungen über die Hofe der Großherzöge erinnert neben vielem an-

deren. Zehn Seiten umfaßt die Auflistung der Titel wissenschaftlicher Arbeiten in der Festschrift „Bild und Geschichte – Studien zur politischen Ikonographie“, die anlässlich seines 65. Geburtstags von Konrad Krimm und Herwig John herausgegeben wurde, unter anderem im Auftrag der „Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg“, der H. Schwarzmaier seit 1985 angehört. Für diese versieht er seit 1975 die Schriftleitung – nun auch im Ruhestand – der „Zeitschrift für Geschichte des Oberrheins“ und gibt das „Handbuch der baden-württembergischen Geschichte“ heraus.

Die Mitarbeit an zahlreichen Katalogen beweist, wie sich der Leiter einer so bedeutenden Institution in vielen Ausstellungen als Transmissor von Kulturgütern verstand und auf diese Weise ein breites Publikum für die Arbeit des Generallandesarchivs aufschloß. So ist auch auf seine Initiative hin 1990 der „Förderverein des Generallandesarchivs Karlsruhe“ entstanden, der sich nicht nur als Sponsor versteht, sondern über die Benutzerzahl hinaus diese kulturelle Schatzkammer zusätzlich für viele Interessierte öffnen will.

Das weite Publikationsfeld von Hansmartin Schwarzmaier, das bis in die jüngste Zeitgeschichte reicht, spiegelt den Aufgabenbereich all jener, die in der Doppelsexistenz als Wissenschaftler und Archivbeamte einen modernen Dienstleistungsbetrieb prägen. Wer das Alltagswerk der Archivare heute beobachtet, die große Zahl unterschiedlicher Anforderungen, die Flexibilität, die moderne technische Einrichtungen wie anderswo abverlangen, versteht weniger denn je jenen Ausspruch eines ehemaligen schwäbischen Politikers, der für

schwerfällige Beamte den Ruf parat hielt „Ab ins Archiv“!

Das berufliche Lebenswerk eines Südwestdeutschen, der, im Schwäbischen aufgewachsen, für das historische Selbstverständnis der Badener Grundlegendes beigetragen hat, zeigt, wie regionales Denken, das im Zusammenwachsenden Europa postuliert wird, mit Inhalt erfüllt werden kann und sich nicht auf gängige Politslogans beschränkt. Denn nicht nur Bibliotheken sind „Seelenapotheken“, wie es Ministerpräsident Teufel bei der Eröffnung der Melancthon-Ausstellung im April 1997 in der Badischen Landesbibliothek formulierte, sondern auch unsere Archive. Sie bewahren die Ingredienzen, auf denen über die historische

Ortsbestimmung hinaus Existentielles basieren kann.

So ist für die Zukunft nur zu wünschen, daß Hansmartin Schwarzmaier noch viele Jahre nach wie vor als Wissenschaftler, als Vortragender, als Herausgeber und Autor jene fruchtbringende Rolle im kulturellen Leben wahrnehmen möge, die ihn bislang schon geprägt hat.

Anschrift des Autors:
Dr. Leonhard Müller
Reinhold Schneiderstraße 10
76199 Karlsruhe

DEUTSCHER HEIMATBUND

Bundesverband für Natur- und Umweltpflege, Brauchtums- und Denkmalpflege
Adenauerallee 68 · 53113 Bonn · Tel. 02 28/22 40 91-93 · Fax 02 28/21 55 03

Umwelt
Landschaft
Denkmal

dh

Großes Verdienstkreuz mit Stern für DHB-Präsident Dr. Hans Tiedeken

Der Präsident des DEUTSCHEN HEIMATBUNDES, Dr. Hans Tiedeken, erhält für sein langjähriges Engagement in der Heimatpflege das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Überreicht wurde diese hohe Auszeichnung am 10. März 1997 durch die Ministerin für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen, Frau Helga Schuchardt, auf Schloß Clemenswerth in Sögel/Emsland.

Seit vielen Jahren ist Dr. Tiedeken ein engagierter Vertreter der Heimatpflege und des Umwelt- und Naturschutzes: 1982 zum Präsidenten des Dachverbandes der Heimatverbände in Deutschland gewählt, baute er den DEUTSCHEN HEIMATBUND (DHB) systematisch zu einem großen, einflußreichen Umwelt- und Heimatpflegeverband aus. Die Organisation, die sich bereits seit 1904 schwerpunktmäßig für Natur- und Landschaftsschutz, die Denkmalpflege sowie die Pflege von Brauchtum und Mundart einsetzt, vertritt heute 18 Landesverbände in allen Bundesländern.

Dr. Tiedeken unterstützte im Zuge der deutschen Wiedervereinigung in besonderer Weise die zahlreichen Gründungen und die Wiederbelebung von Heimatvereinen auf lokaler, regionaler und Landesebene in den neuen Bundesländern. Ziel des Präsidenten war stets die Förderung der bürgerschaftlichen Selbstverwaltung. Daher erfüllt es ihn mit besonderer Genugtuung, daß sich die dezentralen und föderalen Strukturen in den neuen Bundesländern in der bekannten Weise herausgebildet haben.

Der DHB-Präsident ist in zahlreichen Institutionen und Organisationen ehrenamtlich aktiv. So engagiert er sich u. a. als Mitglied im Nationalen Komitee für Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Bundesregierung, im Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz, im Kuratorium der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, im Beirat des Verbandes deutscher Gebirgs- und Wandervereine und in den Stiftungsräten der Stiftung Wald in Not und der Stuttgarter Wilhelm-Münker-Stiftung.

Auch in seinem Hauptamt hat Dr. Tiedeken die Anliegen des Heimatbundes stets vertreten. Von 1959–1978 war er Oberkreisdirektor des Landkreises Aschendorf-Hümmling. Darüber hinaus war er aktiv im Kreisheimatverein und im Vorstand des Emsländischen Heimatbundes tätig. Diese Funktionen behielt er auch als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages (von 1978 an) und nach seiner Pensionierung im Dezember 1989 bei. Maßgeblich war er u. a. am Erwerb und an der Restaurierung des Schlosses Clemenswerth in Sögel/Landkreis Emsland beteiligt. Es ist daher auch eine besondere Freude für den DHB-Präsidenten, daß ihm die Auszeichnung an dieser Stätte seines Wirkens verliehen wurde.

Buchbesprechungen

Lehmann, Benno. Karl Weysser (1833–1904). Badischer Architektur- und Landschaftsmaler, Monographie und Werkverzeichnis, 1070 S. 276 Abb. 32 in Farbe, DM 120,-, Verlag Galeria Palatina, Hildastr. 12, 69115 Heidelberg, 1996

Karl Weysser und sein leider weitgehend unbeachtetes Werk neu zu entdecken, ist eine Aufgabe unserer Zeit. Diesem Zweck diente auch eine Ausstellung im Durlacher Pfingstbaumuseum, die einen guten Überblick über das Schaffen des großen Durlacher Sohnes ermöglichte. Im übrigen sei darauf hingewiesen, daß es in diesem Museum einen sehenswerten Karl-Weysser-Saal gibt. Entscheidende Impulse, sich neu mit Weysser zu beschäftigen, setzte der Mannheimer Kunsthistoriker Benno Lehmann, der den vorliegenden Band als Dissertation verfaßte und damit ein mit großem Zeitaufwand erstelltes kenntnisreiches und mit eingehenden Bildanalysen und einem vollständigen Werkverzeichnis versehenes Buch vorlegte, das zu einem Standardwerk der Weysser-Forschung geworden ist. Vor dem Leser und Betrachter des voluminösen Bandes breitet sich ein breit gefächertes Werk aus, geschaffen mit unerhörtem Fleiß, großem Können in einem unruhigen Leben.

Die gut situierte Familie ermöglichte Karl Weysser, der am 7. September 1833 in Durlach geboren wurde, eine gute Schulbildung und anschließend das Studium an der polytechnischen Schule in Karlsruhe. Zu deren Fachbereich Ingenieurwesen gehörten u. a. Straßen- und Maschinenbau. Der Maschinenbau lag Weysser nicht besonders, und so wechselte er in die von Prof. Ferdinand Redtenbacher geleitete „mechanisch-technische Schule“ mit dem Berufsziel Lehrfach. Im Fach Figurenzeichnen war der Maler Koopmann sein prägender Lehrer. Diese Jahre waren für Weysser insofern von großer Bedeutung, weil sie ihm die Fähigkeiten vermittelten, die ihn später zu seinen hervorragenden Architekturzeichnungen befähigten. Sein zeichnerisches und malerisches Talent führten schließlich 1855 zu seinem Entschluß, Maler zu werden. Insgesamt dauerten Weyssers Studienjahre in Karlsruhe bis 1865. Seine Lehrer an der Akademie waren die Professoren Schirmer und Des Coudres. Weysser wurde im Malen von Landschaften und als Porträtmaler ausgebildet, entschloß sich aber mit dem Studienjahr 1858/59 – seinen Neigungen folgend – endgültig für die Architektur- und Landschaftsmalerei.

Weyssers großes Vorbild war Prof. Schirmer. Er interessierte sich vor allem für dessen Zeichnungen und Ölstudien und noch mehr für die Architekturzeichnungen in dessen Reisemappen. Durch diese Zeichnungen wurde Weysser zu seiner außerordentlichen Reisetätigkeit angeregt. Er unternahm etwa 50 Studienreisen, die vor allem in den süd- und

südwestdeutschen Raum und in das angrenzende Ausland führten. Dabei besuchte er über 500 Städte und Ortschaften. Die angefertigten Zeichnungen dienten ihm auch als Vorlagen für seine Gemälde, die er alle in seinem Atelier malte.

Von November 1860 bis Juni 1861 weilte Weysser in München. Sein letztes Studienjahr verbrachte er wieder in Karlsruhe bei Prof. Gude. Im Sommer 1865 endete Weyssers Ausbildung an der Karlsruher Akademie. Es folgten freie Künstlerjahre und Studienreisen bis 1873. Nach acht Jahren freier künstlerischer Arbeit ging Weysser für zwei Jahre nach Düsseldorf, um an der dortigen Kunstschule seine maltechnischen Fähigkeiten zu verbessern. 1875 kam er nach Durlach zurück, und es folgten Jahre mit wechselnden Wohnsitzen. Im Herbst 1879 zog er für vier Jahre nach Heidelberg. Eine innere Ruhelosigkeit ist nicht zu übersehen, die ihn, den spät Verheirateten, immer wieder weiter zog. Seine letzten Lebensstationen waren ab Frühjahr 1884 sechs Jahre Baden-Baden, 1890–1895 Karlsruhe, Herbst 1895 wieder Heidelberg. Dort verstarb Karl Weysser am 29. März 1904.

Die knappe Lebensbeschreibung schildert der Autor in der Biographie des Künstlers ausführlich und prägnant. Dann folgen die Abbildungen von Gemälden (Tafeln 1–33) in hervorragenden Farbproduktionen. Ein Schwerpunkt des Werkes ist die Analyse des zeichnerischen Schaffens in der Akademiezeit und den folgenden Perioden (1. bis 1870, 2. bis 1879 und 3. bis 1904). Der Autor stellt dazu fest: „In seiner realistischen Wiedergabe der Architektur, die eine Grundkonstante in seinem künstlerischen Schaffen bildet, sieht er zugleich eine baugeschichtliche Dokumentation, eine topographische Aufzeichnung der sichtbaren Welt in ihrem jeweils historisch gegebenen Zustand, ohne jedoch dabei das Malerische zu vernachlässigen. Daß er alle Zeichnungen sorgfältig mit Ortsbezeichnung und Jahreszahl versieht, und mitunter noch zeichnerische Angaben oder gar Farbvermerke hinzufügt, ist dafür ebenso ein Beweis, wie die erstmals 1862 in großer Zahl aufgenommenen Baudetails (. . .)“ (S. 103). Anschließend folgen die Abbildungen der Zeichnungen (Tafeln 33–112).

Diesen kenntnisreichen und der Entwicklung des Zeichners Weysser gerecht werdenden Ausführungen, welche die meisten Zeichnungen detailliert analysiert und so den Stilwandel aufzeigt, dem der Künstler im Laufe der Jahre unterworfen war, folgt dann die Entwicklung Weyssers in seinem malerischen Werk. Auch dieses unterteilt der Autor in vier Schaffensperioden. Grundlage der einzelnen Phasen bildet der Motivwechsel oder der sich verändernde Malstil, gemessen an seiner auftretenden Häufigkeit (S. 273). Natürlich kann für jede Periode nur eine repräsentative Auswahl an Gemälden betrachtet wer-

den. Die Schaffensphasen umfassen wieder die Akademiezeit, dann die Frühzeit bis 1873. Hierbei konzentriert sich der Künstler ausschließlich auf die kleinstädtische und dörfliche Architektur. Die farbliche Qualitätssteigerung nach dem Aufenthalt in Düsseldorf bildet die dritte und vorletzte Phase von 1874 bis 1899, sie ist die produktivste seines Schaffens. Darauf folgt dann noch kurze und auf vier Jahre beschränkte Spätzeit.

An dieser Stelle muß noch folgendes eingefügt werden. Man hat Weysser oft den Badischen Spitzweg genannt, eine Bezeichnung, die nicht zutrifft. Zwar ist das idyllische bei den Gemälden Weyssers ein charakteristisches und bildimmanentes Ausdrucksmittel, aber bei ihm ist das „Idyllische immer von Bestand und durch Zeitlosigkeit bestimmt. Der Betrachter hat nie das Gefühl, es könnte enden oder gefährdet sein. Anders bei Carl Spitzweg, der die Idylle durch humoristische oder bedrohliche Aspekte auf einen Augenblick fixiert“ (S. 279). Die unterschiedliche Darstellungsweise wird dadurch erklärt, daß Spitzweg die Idylle aus seiner Phantasie heraus und mit einer extrem subjektiven Vorstellung gestaltet, Weysser dagegen „vermittelt nur das Idyllische wie es das Motiv auch in der Realität beinhaltet und vom Betrachter dann als solches empfunden wird.“ Es ist ebenso nicht richtig, Weysser als den badischen Merian zu bezeichnen. Er hat niemals Stadtansichten in der Art Merians gestaltet, sondern sich immer auf die typischen Motive in den Orten beschränkt.

Die Abbildungen der Gemälde Weyssers finden sich in den Tafeln 113–185. Überflüssig zu sagen, daß jedes Gemälde vom Autor hervorragend und überzeugend analysiert wird. Weyssers Arbeiten haben dokumentarischen Wert, sie sind oft die einzige bildnerische Wiedergabe von z. B. Gebäuden, die wir haben, und sind oft in Fällen, wo Gebäude abgerissen oder baulich saniert und verändert werden, eine unverzichtbare Quelle.

Der Werkkatalog umfaßt annähernd das Gesamtwerk des Künstlers. Dem Autor ist es zu danken, daß er durch intensive Forschung die Anzahl bekannter Zeichnungen um 2400 auf 3225 Arbeiten erweitern konnte. Das gilt auch für die beinahe gänzlich in Privatbesitz befindlichen 900 Gemälden und Ölstudien. Jede Katalognummer ist topographisch bestimmt und durch Literaturangaben, Ausstellungsnachweise, Anmerkungen ergänzt. Ein Literatur- und Ausstellungsregister und die Auflistung der Künstlerreisen und das alphabetische Ortsverzeichnis runden den Werkkatalog ab.

Es ist zu einem unverzichtbaren Nachschlagewerk für Museen, Archive, Denkmalsämter, Heimatforscher und Kunstliebhaber geworden. Dafür sei dem Autor herzlichen Dank gesagt, und es ist zu hoffen, daß dadurch Karl Weysser wieder so in den Blickpunkt der Öffentlichkeit tritt, wie er es verdient.

L. Vögely

Kraus, Marianne: Für mich gemerkt auf meiner Reise nach Italien 1791. Reisetagebuch der Malerin und Erbacher Hofdame. Hrsg. Helmut Brosch. Schriftenreihe „Zwischen Neckar und Main“ 28 des Vereins Bezirksmuseum e. V. Buchen 276 S., zahlr. Abb., DM 39,50, Buchen 1996

Helmut Brosch haben Buchen und die kulturell-künstlerische Landschaft Badens viel zu verdanken. Er ist ein unermüdlicher Forscher und Bewahrer des Erbes des Komponisten Joseph Martin Kraus im Bezirksmuseum Buchen, wo er in der Gedenkstätte auch der Malerin Marianne Kraus, der Schwester des Musikers, einen Raum eingerichtet hat. Ihm ist Dank zu sagen, daß er ihr Reisetagebuch herausgebracht hat, das ein interessantes Zeitdokument ist.

Marianne Kraus wurde 1765 in Buchen als Tochter des kurmainzischen Amtmanns Joseph Bernhard Kraus geboren und erhielt eine sorgfältige Ausbildung am Mannheimer Töchter-Internat, u. a. bei dem berühmten Maler Ferdinand Kobell, am französischen Schwestern-Internat in Mainz und genoß Klavier-, Gesangs- und Malunterricht in Frankfurt, letzteren bei Christian Georg Schütz. Ab Januar 1790 stand sie in Diensten des Grafen von Erbach und wurde Hofdame bei dessen Gattin Charlotte. Die im Reisetagebuch der Marianne Kraus notierten Reise des Grafenehepaares nach Italien fand von Januar bis Juni 1791 statt.

Marianne Kraus hat ihrem Tagebuch alles anvertraut, was ihr diese Reise an bemerkenswerten Geschehnissen beschert hat. Dabei erweist sie sich als genaue Beobachterin von Menschen und Natur, und sie schildert in zunehmendem Maße mit dem geschulten Auge der Malerin die Sehenswürdigkeiten, vor allem der Kunstwerke, die ihr auf dieser Reise in großer Zahl und hervorragender Qualität begegnet sind, man denke dabei nur an die Kunstschätze von Florenz und Rom. Ihre Sprache ist dabei oft sehr plastisch, unverblümt, und der Humor der jungen Frau kommt z. B. bei der Schilderung des römischen Karnevals zum Ausdruck. Der genau beobachtende Blick macht bei der Kunst nicht halt. Er erfaßt die Menschen, angefangen von den Posthaltern bis zu den Persönlichkeiten der gehobenen adeligen Gesellschaft. Es ist ja immerhin die Goethe-Zeit, zu der diese Italienreise stattfand. Dazu gehört die Bekanntschaft mit Angelika Kaufmann und dem Landschaftsmaler Hackert, auf denen gewissermaßen noch der Glanz des Dichters von drei Jahren vorher noch lag. So gewinnt der Leser Einblick in die damalige deutsche Gesellschaft in Rom und in die Kunstauffassung und das Kunstverständnis jener Zeit. Damit reicht dieses Tagebuch weit über das Persönliche, dem es dient, hinaus und wird zu einem facettenreichen Dokument.

Ein Briefanhang, Werks- und Literaturverzeichnis und ein Bildteil runden den schön gestalteten Band ab. Er wird viele Freunde finden. L. Vögely

Buß, Hedwig: Was die Alten einst erzählten, Band II. Vom ewigen Jäger, vom Mosspfaff und vielen anderen Geistern. 312 S., zahlreiche Abb., DM 36,-, Waldkircher Verlag, 1996

Frau Buß ließ ihrem ausgezeichneten ersten Band nun den zweiten folgen, der sich schwerpunktmäßig mit dem Reich der Toten befaßt. Er enthält Totensagen aus dem Harmersbachtal und dem mittleren Schwarzwald. Entsprechend dieser Konzeption teilte die Autorin das Buch in folgende sieben Abschnitte ein: Vom Diesseits zum Jenseits, Wiedergänger, andere geisterhafte Erscheinungen, die armen Seelen, regionale Geistergeschichten, wie man den Geistern begegnete und schließlich die Einstellung der Erzähler zu ihren Geschichten. Jedem dieser Kapitel ist eine hilfreiche Einführung vorangestellt.

Was an dem neuen Band wieder imponiert, ist die sachkundige und beispielhafte Art des Sammelns der Sagen, nämlich durch Befragen von noch lebenden Menschen, die noch Bezug zu dem „Ähne dra“ hatten. Das bedeutet jahrelanges, unermüdliches Reisen durch die Dörfer des Sammelgebietes und wortgetreues Notieren in der Mundart. Ein Erzählverzeichnis weist für jede Sage den Erzähler nach, auch das ist vorbildlich und verleiht der Sammlung auch einen wissenschaftlichen Wert.

Sagen aus dem Reich der Toten gehören zu den interessantesten, die wir kennen, und es ist deshalb zu begrüßen, daß sie von Frau Buß zusammengefaßt und veröffentlicht wurden. Bei der damals überwiegend bäuerlichen Bevölkerung war der Tod ein Ereignis, das sehr unmittelbar empfunden wurde, natürlich auf- und angenommen, ganz dem Kreis des Stirb und Werde angehörend. Aus der Natur kommend, sah man auch die Vorzeichen des Todes, den Ruf des Käuzchens beispielsweise, das Verlöschen des Lichts, das Stehenbleiben der Uhr, das Herunterfallen eines Bildes u. v. m. Besonders intensiv gestaltet sich die Todesvorhersage in Kriegszeiten, wenn der besorgten Mutter nachts im Traume der Tod des Sohnes angezeigt wurde. Aber schließlich kann der Tod durch Vorboten nur angezeigt, nicht aber verhindert werden. Ist der Tod da, dann setzen die besonderen Riten ein, z. B. das Läuten der Totenglocke, das Herrichten des Toten, die Totenwache, welche ursprünglich wohl aus Angst vor dem „Nachgezogenwerden“, die Furcht vor den Toten, denen man übernatürliche Kräfte zuschrieb, die Abwehrmaßnahmen erforderte, gehalten wurde, Leichenzug und Begräbnis. Viele Sagen ranken sich um jene Menschen, die aus den verschiedensten Ursachen keine Ruhe im Grabe finden und deshalb umgehen müssen, die Wiedergänger, so auch die Grenzsteinversetzer, ein in der bäuerlichen Bevölkerung besonders verabscheuungswürdiges Verbrechen. Hierher gehören die großartigen Sagengestalten des „Eckwaldpumpers“, des „Mosspfaffs“, der „Lämbin von Griesbach“, alles Wald- und Bodenfrevler. Es fehlen nicht der ewige Jäger und der ewige Jude, die wandelnden Lichter und die typischen Sagen der Fuhrmänner. Es ist daher sinngerecht, daß ein Kapitel den armen Seelen gilt, die ruhelos durch die

Zeiten gehen müssen und leidenschaftlich nach Erlösung verlangen. Umgehen zu müssen und nicht friedlich im Tode ruhen zu dürfen, ist eine furchtbare Strafe.

Auch der zweite Band „Was die Alten einst erzählten“ ist ein wertvolles Buch für den Volks- und Heimatkundler und für alle am heimatischen Erzählgut interessierten Menschen. Auch er wurde vom Verlag sehr ansprechend gestaltet. Daß Frau Buß in einem dritten Band den Rest ihrer gesammelten Sagen, Märchen und Schwänke veröffentlichen will ist sehr begrüßenswert.

L. Vögely

Pädagogium – Lyceum – Gymnasium

450 Jahre Kurfürst-Friedrich-Gymnasium zu Heidelberg hrsg. von V. Gewalt, Verlag Brigitte Guderjahn, Heidelberg 1996, 410 Seiten, DM 49,-

Eine Schule – 450 Jahre alt! Das ist schon ein Anlaß, um eine entsprechende Festschrift herauszugeben. Es ist nicht die erste für diese Institution, denn schon 1825 erschien eine Geschichte dieses Gymnasiums und weitere folgten.

Die vorliegende Publikation vermeidet das Abschreiben und bietet gerade im ersten Drittel die „Entstehung und Geschichte des Pädagogiums zu Heidelberg im 16. Jahrhundert“, von G. Merkel mit ausführlichen Quellenzitaten aus den Archiven verfaßt, für dessen Lektüre man trotz Übersetzungen seine Lateinkenntnisse aufpolieren sollte. H. Wiegand fährt in dieser gelehrten Darstellung mit dem Jesuitenkolleg fort, und mit diesen Beiträgen wird fast die Hälfte des Buchs bestritten, worüber man streiten könnte. Aber Schulgeschichte ist stets auch allgemeine Kulturgeschichte und spiegelt wie bei wenig anderen Einrichtungen die Wendemarken. Wer über die Hektik jüngster Reformjahrzehnte jammert und von der „guten alten Zeit“ der Beharrlichkeit träumt, wird da bald eines anderen belehrt. Nicht nur der Umbruch in die Gegenreformation des 17. Jahrhunderts, schon die Wende vom lutherischen zum calvinistischen Heidelberg brachte Einschnitte, die bewältigt werden mußten.

Das gilt auch für das 19. Jahrhundert, ein Abschnitt, den man sich ausführlicher gewünscht hätte auf Kosten vorangegangener Jahrhunderte, verfolgen wir doch noch heute Humboldts Wege – oder auch absichtlich nicht. Dann hätte die starke Bewegung farbiger charakterisiert werden können, die die Gymnasialreform des Karlsruher Reformers Gustav Wendt, Vertrauter des Großherzogs Friedrich I., und seines Kollegen, des Heidelberger Direktors Gustav Uhlig, beides Preußen, in die damals etwas verschlafene badische Schulatmosphäre um 1870 brachte.

M. Horter nimmt mit der Schilderung des KFG im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts das Thema „Überbürdung“ auf, das bis dahin ein gängiger Slogan während der letzten 50 Jahre war und damit erkennen läßt, wie bestimmte Themen konstitutiv für das Schulwesen zu sein scheinen.

Über „das Gymnasium in der nationalsozialistischen Diktatur“ hat Frank Moraw bereits 1987 einen

wichtigen Beitrag geschrieben, der ein großes nicht immer einheitliches Echo fand aufgrund der Ehrlichkeit, mit der diese – und andere – Institutionen „zwischen Anpassung und Selbstbehauptung“ beschrieben werden sollten. Die hier gekürzt Fassung lädt erneut zur Lektüre ein und erhellt jene 12 Jahre, über deren Verlauf es viele stereotype Klischees gibt.

Die Zeit nach 1945 wird von Wolf Uebel nur kurz behandelt, vielleicht weil mancher noch lebt, vielleicht weil der Umfang des Buchs sonst zu groß geworden wäre. Aber im Vorwort verspricht der Herausgeber, daß dazu eine spätere Darstellung erfolgen wird. Gewahl weist auch darauf hin, daß „hier nicht alle kontroversen Standpunkte der historischen Beurteilung ausgeglichen“ sind. Wie könnte das bei einem solch komplexen Phänomen wie einer Bildungseinrichtung anders sein. Schola semper eformanda – das gilt nicht nur für die Gegenwart. Auch für die Beurteilung vergangener Jahrzehnte gilt der Pluralismus von Überzeugungen. Und darum ist die Lektüre solcher Schulgeschichten für viele so wichtig, und zwar nicht nur für Pädagogen: nämlich zu erkennen, daß es keine simple Definition

gibt, was Bildung, gar „Allgemeinbildung“ sei. Schule ist Spiegel ihrer Zeit; sie kann ihr selten voraussehen, meistens muß sie nachhinken, aber sie kann sie nicht umprägen. Und sie verändert sich stets, denn Wandel ist ihr Element, und die revolutionärste Schule ist jene, die unverändert bliebe. Insofern mag diese Festschrift manchen tangieren, der als Quietist sich nach der pädagogischen Idylle sehnt. Die gab es für das Kurfürst-Friedrich-Gymnasium nie und wird es auch in Zukunft nie geben.

Zusätzlich überzeugt die sorgfältige Ausstattung des Buches, vom geschmackvollen Einband über die instruktive Bilderauswahl bis zur sorgfältigen Bibliographie (aber warum fehlt Gustav Wendt?). Zurecht hat die Stadt Heidelberg die Buchherstellung subventioniert, denn eine wichtige Bildungsstätte hat hier eine anregende Würdigung erfahren, nicht zuletzt auch deshalb, weil man zu manchem noch seine Bemerkungen anbringen möchte. Aber gerade darin liegt der Reiz von Büchern, mit denen man sich auseinandersetzt, und die man nicht nur ins Regal stellt.

Leonhard Müller

Autoren dieses Heftes

Dr. Kurt Andermann

Dr. Lothar Brandstetter, Baden-Baden

Dr. Peter Exner, Meppen

Franz Hilger, Pfaffenweiler

Dr. Manfred Koch, Karlsruhe

Dr. Hansjosef Maus, Freiburg

Dr. Leonard Müller, Karlsruhe

Daniel Parello, Freiburg

Friedrich Resin, Weil am Rhein

Adolf Schmid, Freiburg

Elmar Vogt, Hausen

Ludwig Vögely, Karlsruhe

Prof. Dr. Hansdieter Wohlfarth, Staufen